

Geschäftsbericht 2009

Financial Highlights

Financial Highlights		2009	2008
Erfolgszahlen gemäß IFRS			
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	– 2.221	– 5.375
Ergebnis nach Steuern	in Mio. €	– 2.236	– 5.461
Kennziffern		2009	2008
Eigenkapitalrentabilität nach Steuern	in %	– 46,8	– 74,5
Cost-Income-Ratio ¹⁾	in %	> 100,0	> 100,0
Bilanzzahlen		31.12.2009	31.12.2008
Bilanzsumme	in Mrd. €	359,7	419,7
Bilanzielles Eigenkapital (ohne Neubewertungsrücklage) ²⁾	in Mrd. €	7,4	2,6
Bilanzielles Eigenkapital (inklusive Neubewertungsrücklage) ²⁾	in Mrd. €	4,6	– 1,5
Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen³⁾		31.12.2009	31.12.2008
Kernkapital	in Mrd. €	7,6	5,9
Eigenmittel	in Mrd. €	8,7	8,2
Risikogewichtete Aktiva ^{4) 5)}	in Mrd. €	81,0	95,3
Kernkapitalquote ⁴⁾	in %	9,4	6,2
Eigenmittelquote ⁴⁾	in %	10,8	8,6
Personal		31.12.2009	31.12.2008
Mitarbeiter		1.397	1.786

¹⁾ Die Cost-Income-Ratio ist das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsaufwand und den operativen Erträgen, bestehend aus dem Zinsüberschuss und ähnlichen Erträgen, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis, dem Finanzanlageergebnis, dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen.

²⁾ enthält im Jahr 2009 hybride Kapitalinstrumente des Tochterunternehmens DEPFA Bank plc, die nach IAS 32 von den Nachrangverbindlichkeiten in das Eigenkapital umzugliedern waren

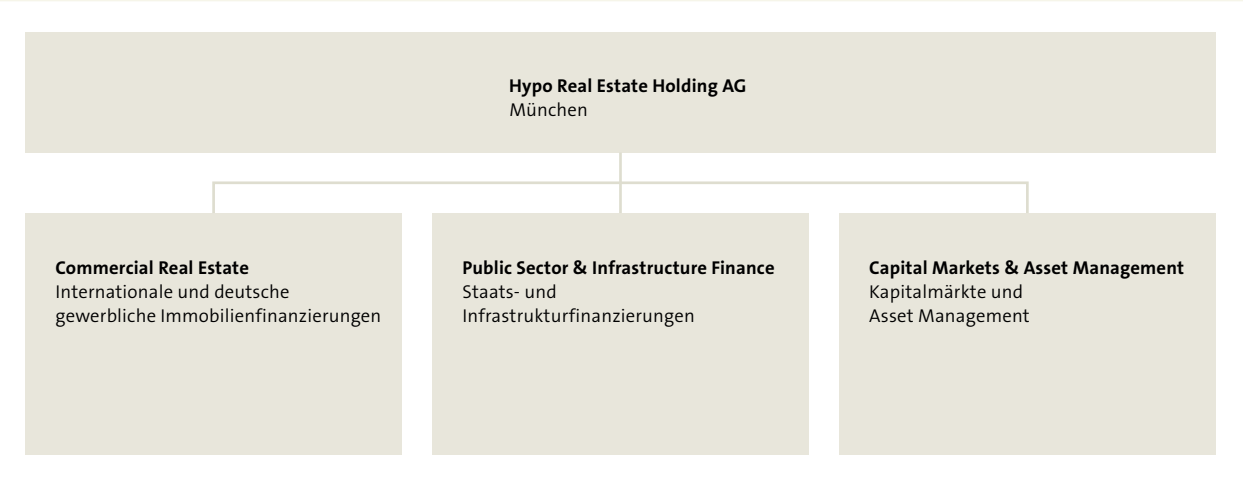
³⁾ vor aufgestellten Jahresabschlüssen und vor erfolgter Gewinnverwendung

⁴⁾ inklusive gewichteter Adressausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken; skaliert mit dem Faktor 12,5

⁵⁾ nach Basel-II-Advanced-IRB-Ansatz für genehmigte Portfolios, sonst Basel-II-Standardansatz

Operative Struktur der HRE

Stand 31. Dezember 2009



Ratings der Konzerngesellschaften

Stand 12. März 2010

		Moody's	Standard & Poor's	Fitch Rating
Deutsche Pfandbriefbank AG	langfristig	A3	BBB	A–
	kurzfristig	P–1	A–2	F1+
	Ausblick	Negative	Credit Watch Positive	Stable
DEPFA Bank plc	langfristig	A3	BBB	A–
	kurzfristig	P–1	A–2	F1+
	Ausblick	Negative	Credit Watch Positive	Stable

Financial Highlights	
Operative Struktur	01
Ratings	01
Vorwort des Vorstandsvorsitzenden	04
Bericht des Aufsichtsrats	09

Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen	18
Wirtschaftsbericht	39
Nachtragsbericht	53
Risikobericht	54
Prognosebericht	101

Gewinn-und-Verlust-Rechnung	112
Gesamtergebnisrechnung	113
Bilanz	114
Entwicklung des Eigenkapitals	115
Kapitalflussrechnung	116
Anhang (Notes)	117
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	181

Glossar	184
Finanzkalender	191
Konzernadressen	192
Zukunftsgerichtete Aussagen	193
Internet-Service	193
Impressum	193

Konzernlagebericht

16–109

Konzernabschluss

110–181

Serviceteil

182–193

2009 war das Jahr der Stabilisierung und Neuausrichtung des Hypo Real Estate Konzerns (HRE) nach der existenzbedrohenden Krise im Herbst 2008: Die HRE wurde mit externer Liquiditäts- und Kapitalunterstützung vor allem seitens des Bundes stabilisiert, es wurde ein neues Geschäftsmodell entwickelt, und die Strukturen, Prozesse und Systeme wurden überarbeitet. Wesentliche Ergebnisse waren die Neuordnung der Eigentümerstruktur, die Etablierung der neuen strategischen Kernbank Deutsche Pfandbriefbank AG sowie die deutliche Reduzierung der Größe und Vereinfachung der Struktur der HRE. Wir werden die Neuausrichtung im Jahr 2010 in enger Abstimmung mit unserem Eigentümer weiter vorantreiben und planen zusätzlich eine Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten, um die strategische Kernbank zu entlasten und schneller reprivatisierungsfähig zu machen. Darüber hinaus ist der positive Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens über gewährte Unterstützung von zentraler Bedeutung.

Die Erfolgslage im Geschäftsjahr 2009 spiegelt die unverändert schwierige Situation wider, die aus der Liquiditäts- und Solvabilitätskrise des Konzerns resultiert. Gleichwohl sind gegenüber dem Vorjahr Verbesserungen zu erkennen:

- Das Ergebnis vor Steuern belief sich auf –2.221 Mio. €, verglichen mit –5.375 Mio. € im Vorjahr.
- Die operativen Erträge stiegen von –585 Mio. € um 1.004 Mio. € auf 419 Mio. €. Hier wirkten sich vor allem das mit –154 Mio. € weit weniger negative Handelsergebnis und das ausgeglichene Finanzanlageergebnis aus. Erheblich belastet wurden die operativen Erträge 2009 durch Aufwendungen in Höhe von 741 Mio. € für Garantien im Zusammenhang mit der erforderlichen Liquiditätsunterstützung durch den SoFFin und die Bundesrepublik Deutschland, einschließlich einer ergebnisabhängigen Gebühr in Höhe von 229 Mio. €.
- Zuführungen zur Kreditrisikovorsorge belasteten das Gesamtergebnis mit 2.091 Mio. €, im Jahr 2008 hatte dieser Wert 1.656 Mio. € betragen. Im Berichtsjahr entfielen davon alleine 1.723 Mio. € auf Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus der Immobilienfinanzierung. Insbesondere die gewerblichen Immobilienmärkte wurden infolge der Rezession in Mitleidenschaft gezogen. Dieses äußerst schwierige Marktumfeld führte in der gesamten Branche zu deutlich höherer Risikovorsorge.
- Der Verwaltungsaufwand sank von 605 Mio. € auf 541 Mio. €. Hier wirkte sich insbesondere der um 18 % niedrigere Personalaufwand aus. Auch die Kosten für Beratungsleistungen primär zu Rechtsfragen und zur Restrukturierung des Konzerns sind gesunken.

Wir rechnen unverändert für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 mit hohen Ergebnisbelastungen, die aus weiterer Kreditrisikovorsorge sowie aus Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützung und die Restrukturierung der Gesellschaft resultieren werden.

Der zukünftige Liquiditätsbedarf hängt stark ab von der Umsetzung einer Abwicklungsanstalt, auf die wir nicht-strategische Vermögenswerte und weitere Bilanzpositionen übertragen wollen, sowie von der Marktentwicklung. In Summe gehen wir unverändert nicht davon aus, vor 2012 wieder in die Gewinnzone zurückkehren zu können.

Das Volumen der Liquiditätsunterstützung erreichte im Berichtsjahr in der Spitze 102 Mrd. €. Durch Rückzahlungen hat der Konzern diesen Liquiditätsrahmen auf 95 Mrd. € per Ende Dezember 2009 zurückgeführt. Auch wenn sich die Refinanzierungsbedingungen für den Konzern in Zukunft schrittweise normalisieren sollten, gehen wir davon aus, dass die vollständige Rückführung der Liquiditätsunterstützung sicherlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird.

Das nunmehr zweite Jahr mit Verlusten hatte erhebliche Auswirkungen auf die Kapitalausstattung der HRE: Ohne Rekapitalisierung des Konzerns wären die regulatorischen Kapitalquoten nicht eingehalten worden. Die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten wurden in 2009 im Zeitraum zwischen der Feststellung des Jahresabschlusses 2008 am 24. April 2009 und der Eintragung der in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 2. Juni 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung in das Handelsregister (vollzogen am 8. Juni 2009) nicht erfüllt. Die zuständigen Aufsichtsbehörden, BaFin und Deutsche Bundesbank, waren hierüber rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden und hatten – aufgrund der bereits laufenden Aktivitäten zur Rekapitalisierung – von Sanktionen abgesehen. Zum Jahresende betrug die Kernkapitalquote 9,4 %, unter Einbeziehung der Verluste des Jahres 2009 7,8 %.

Der SoFFin stellte das benötigte Kapital in mehreren Schritten bereit. Rechtliche Grundlage für diese Kapitalunterstützung waren insbesondere das Finanzmarktstabilisierungsfonds- als auch das Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz. Eine realistische Alternative zur Kapitalbereitstellung durch den Bund gab es in Anbetracht der Höhe der erforderlichen Rekapitalisierung und der zusätzlich notwendigen Liquiditätsunterstützung nach unserer Einschätzung nicht. Der SoFFin hat der Gesellschaft über zwei Kapitalerhöhungen im März und im Juni 2009 zunächst rund 3 Mrd. € zur Verfügung gestellt.

Die Bereitstellung der Mittel hat der SoFFin davon abhängig gemacht, die vollständige Kontrolle über die Gesellschaft zu erlangen. Mit Erreichen der maßgeblichen Schwelle von 90 % hat der SoFFin den Ausschluss der Minderheitsaktionäre gegen Zahlung einer angemessenen Barabfindung verlangt. Dies hat die Hauptversammlung der Gesellschaft am 5. Oktober 2009 beschlossen. Mit Eintragung des Ausschlusses der Minderheitsaktionäre am 13. Oktober 2009 hält der Bund über den SoFFin nunmehr 100 % der Anteile der Hypo Real Estate Holding AG (HRE Holding), deren Börsenzulassung daraufhin widerrufen wurde.

Im November erfolgte eine weitere Kapitalzuführung in Höhe von 3 Mrd. €, sodass die HRE im Berichtsjahr insgesamt Eigenkapitalunterstützung in Höhe von 6,02 Mrd. € erhalten hat. Wir sehen weiteren Kapitalbedarf des Konzerns von bis zu 4 Mrd. €. Über die abschließende Rekapitalisierung wird der SoFFin im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens und der Festlegung der Ausgestaltung einer Abwicklungsanstalt entscheiden.

Deutliche Fortschritte im Jahr 2009 erreicht

Wir haben im Jahr 2009 deutliche Fortschritte bei der Neuausrichtung des Konzerns gemacht:

- Wir konzentrieren uns nunmehr auf das Immobilienfinanzierungs- und Staatsfinanzierungsgeschäft, das wir hauptsächlich – jedoch nicht ausschließlich – über Pfandbriefe weitgehend fristenkongruent refinanzieren. Wir arbeiten mit professionellen Immobilieninvestoren und finanzieren ausgewählte Immobilienarten. In der Staatsfinanzierung legen wir den Schwerpunkt auf primäres Kundengeschäft. Kapitalmarktaktivitäten entwi-

ckeln wir nur noch mit Blick auf Absicherungsgeschäfte für unsere Kunden oder für die Bank selbst.

Wir passen die Größe und die Struktur des Konzerns diesem neuen Geschäftsmodell an. Daraus resultierte eine deutliche Reduzierung der Mitarbeiterzahl im Berichtsjahr um rund 400 auf 1.397 Mitarbeiter. Allerdings haben wir den Personalbestand auch mit Neueinstellungen gestärkt. Für das Jahr 2010 gehen wir von einem insgesamt stabilen Beschäftigungsstand im Konzern aus. Wir haben außerdem 22 von 35 internationalen und deutschen Standorten geschlossen und an Standorten mit mehreren Lokationen des Konzerns Büros weitestgehend zusammengelegt.

Wir haben ferner die Führungs- und Organisationsstruktur neu definiert, den Vorstand in den Ressorts Risikomanagement, Finanzen und Immobilienfinanzierung komplettiert und das Führungsteam unterhalb des Vorstands neu aufgestellt.

Wir implementieren außerdem in einem mehrjährigen Programm eine komplett neue IT-Infrastruktur und haben den Betrieb der IT an einen externen Dienstleister ausgelagert. Die Einführung der neuen IT schafft die Voraussetzung, unsere Prozesse durchgehend und hocheffizient auf einer integrierten, marktfähigen Plattform abzubilden.

- Die Konzernbilanzsumme ging gegenüber dem Vorjahresstichtag von 419,7 Mrd. € deutlich um 60 Mrd. € beziehungsweise 14 % auf 359,7 Mrd. € per Ende Dezember 2009 zurück.

Größter Einflussfaktor waren Rückzahlungen von Krediten, die die Summe der Neugeschäfte überschreiten. Ein weiterer Teil dieser Reduzierung resultiert aus Marktbewegungen, das heißt aus einem Rückgang der Fair Values, ausgelöst durch sinkende Zinsen.

Schließlich wurde die Bilanzsumme durch aktives Portfoliomanagement reduziert. Einige der wesentlichen Transaktionen im Berichtsjahr waren Veräußerungen von CDOs und MBS mit einem Nominalwert von 1,3 Mrd. € sowie eines Portfolios von amerikanischen Studentenkrediten (Student Loans) im Nominalwert von 0,5 Mrd. €. Hinzu kam ein Portfolio mit Forderungen aus der Insolvenz von Lehman Brothers mit einem Nominalwert von weiteren 233 Mio. €; durch den Verkauf realisierte der Konzern einen Buchgewinn.

Eine weitere Rückführung des Portfolios durch Veräußerungen war im Jahr 2009 aufgrund der erheblichen stillen Lasten nicht möglich.

- Die Deutsche Pfandbriefbank AG als neue Kernbank des Konzerns ist gesellschaftsrechtlich etabliert. Sie ist Ende Juni 2009 durch die Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG und die anschließende Umfirmierung zur Deutschen Pfandbriefbank AG entstanden.

Die neue Einheit tritt seit Oktober 2009 unter der neuen Marke pbb Deutsche Pfandbriefbank auf und signalisiert auch so den Neuanfang.

Die neue Bank ist im Aktivgeschäft und auf den Refinanzierungsmärkten tätig. Trotz des schwierigen Marktumfelds haben wir im Berichtsjahr Neugeschäft in den Bereichen Immobilien- und Staatsfinanzierung in Deutschland und anderen europäischen Ländern getätigt. Es belief sich im Bereich Immobilienfinanzierung auf rund 3,3 Mrd. €, und das Volumen neuer Staatsfinanzierungseingagements erreichte rund 0,7 Mrd. €. Dabei verlängern wir auslaufende Kreditzusagen und akquirieren selektiv Neugeschäft auf Basis unserer verschärften Grundsätze für das Risikomanagement. In beiden Bereichen ist eine Reihe neuer Geschäfte angebahnt. Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist auch auf den Markt für Syndizierungen bei der Immobilienfinanzierung zurückgekehrt. So arrangierten wir im vierten Quartal 2009 eine der größten Syndizierungen seit Ausbruch der Finanzkrise.

So wie auf den Kreditmärkten ist die Deutsche Pfandbriefbank AG auch wieder auf den Refinanzierungsmärkten aktiv: Mitte September 2009 begaben wir unseren ersten Jumbopfandbrief, nach mehr als einjähriger Abwesenheit vom Markt. Dabei handelte es sich um einen fünfjährigen Jumbo-Hypothekenpfandbrief mit einem Volumen von 1,5 Mrd. €. Mitte Oktober folgte ein öffentlicher Jumbopfandbrief mit einem Volumen von 1 Mrd. € und zehnjähriger Laufzeit. Beide Emissionen waren überzeichnet und zogen das Interesse von deutschen und internationalen Investoren auf sich. Insgesamt haben wir im Jahr 2009 inklusive Privatplatzierungen und unbesicherten Refinanzierungen über 7,5 Mrd. € Fremdkapital im Markt aufgenommen. Auch im Jahr 2010 haben wir schon einen öffentlichen Jumbopfandbrief begeben.

Strategische Prioritäten für das Jahr 2010

Wir treiben die Neuausrichtung des Konzerns konstant voran. Dazu gehören die weitere Etablierung der strategischen Kernbank des Konzerns, die wir im Berichtsjahr begonnen haben, ebenso wie der weitere wertschonende Bilanzabbau. Hinzu kommen der Aufbau einer Abwicklungsanstalt, die genau auf diesen wertschonenden Abbau der Bilanzsumme zielt, und der zügige Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens.

- Wir beabsichtigen, diejenigen Teile unserer Geschäftstätigkeit, die strategisch nicht mehr für die Neuausrichtung des Konzerns erforderlich sind, sowie zusätzliche Bilanzpositionen in eine Abwicklungsanstalt auszulagern. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach erfolgter Genehmigung durch die zuständigen Behörden und Organe erfolgen und Vermögenswerte bis zu 210 Mrd. € umfassen. Die Einrichtung einer solchen Abwicklungsanstalt, die im Ermessen der Finanzmarktstabilisierungsanstalt liegt, ist ein entscheidender Meilenstein bei der Neuausrichtung des Konzerns. Dieser Schritt erlaubt uns, die Deutsche Pfandbriefbank AG als Kernbank weiter zu stärken, indem wir sie von nicht-strategischen oder problembehafteten Vermögenswerten befreien und die Bilanz deutlich reduzieren. Darüber hinaus wird die Übertragung von Vermögenswerten den zusätzlichen Kapitalbedarf der Deutschen Pfandbriefbank AG verringern und die Gesellschaft schneller reprivatierungsfähig machen. Auch die anderen Konzerngesellschaften werden so attraktiver für Investoren.
- Die gesamte Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für die HRE – Garantien und Kapitalunterstützung sowie die Einrichtung einer Abwicklungsanstalt – wird im Rahmen eines EU-Beihilfeverfahrens überprüft. Die Erfahrung mit ähnlich gelagerten Fällen legt folgende Schlussfolgerung nahe: Es ist sehr wahrscheinlich, dass die EU-Kommission die Genehmigung des Restrukturierungsplans mit Auflagen verbinden wird, etwa mit einer erheblichen Reduzierung der Bilanzsumme und der Festlegung eines Zeitplans für die Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Der Bund als Verhandlungsführer und die Gesellschaft sind gleichwohl unverändert der Überzeugung, dass die Europäische Kommission das Gesamtpaket der Unterstützung genehmigen wird.

Im Jahr 2010 stehen die HRE und die gesamte Branche vor weiteren Herausforderungen: Die Krise auf dem Gewerbeimmobilienmarkt wird noch einige Zeit anhalten, und auch Engagements gegenüber staatlichen Schuldern unterliegen aufgrund des steigenden Verschuldungsgrades der öffentlichen Hände zunehmenden Risiken mit negativem Einfluss auf das Geschäft der Staatsfinanzierung. Allerdings sehen wir trotz dieses schwierigen Umfelds Chancen für die Produkte und Dienstleistungen der Deutschen Pfandbriefbank.

Der erfolgreiche Aufbau einer Abwicklungsanstalt stellt für die HRE eine besondere Herausforderung dar, und die Kosten für die Einrichtung werden das Ergebnis im Jahr 2010 zusätzlich belasten. Diese Abwicklungsanstalt ist nicht nur für die HRE von besonderer Bedeutung, weil sie den Konzern von nicht-strategischen und problembehafteten Vermögenswerten entlastet. Perspektivisch soll die Abwicklungsanstalt die Belastungen aus den ausgelagerten Portfolios für den Steuerzahler minimieren.

Die Stabilisierung und Neuausrichtung der HRE war nur möglich durch die Unterstützung, die die HRE von der Bundesrepublik Deutschland – und damit von den Bürgern dieses Landes – und von der Finanzwirtschaft erfahren hat, sowie durch den außerordentlichen Einsatz unserer Mitarbeiter. Ich danke allen Beteiligten für ihr großes Engagement.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Axel Wieandt
Vorstandsvorsitzender

Der Aufsichtsrat der HRE Holding setzte sich vom 1. Januar 2009 bis 13. August 2009 wie folgt zusammen: Dr. Michael Endres (Vorsitzender vom 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009, Aufsichtsratsmitglied vom 17. November 2008 bis 13. August 2009), Dr. Renate Krümmner (stellvertretende Vorsitzende und Aufsichtsratsmitglied vom 25. Juli 2008 bis 31. März 2009), Dr. h.c. Bernhard Walter (stellvertretender Vorsitzender vom 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009, Aufsichtsratsmitglied vom 17. November 2008 bis 13. August 2009), Dr. Günther Bräunig (Aufsichtsratsmitglied seit 9. Juli 2009), J. Christopher Flowers (Aufsichtsratsmitglied vom 12. August 2008 bis 27. März 2009), Bernd Knobloch (Aufsichtsratsmitglied vom 17. November 2008 bis 13. August 2009), Dr. h.c. Edgar Meister (Aufsichtsratsmitglied vom 17. November 2008 bis 18. Mai 2009), Siegmund Mosdorf (Aufsichtsratsmitglied vom 17. November 2008 bis 13. August 2009), Richard S. Mully (Aufsichtsratsmitglied vom 25. Juli 2008 bis 27. März 2009), Hans-Jörg Vetter (Aufsichtsratsmitglied vom 17. November 2008 bis 13. August 2009) und Manfred Zaß (Aufsichtsratsmitglied vom 17. November 2008 bis 13. August 2009). Die Amtszeit von Dr. Michael Endres, Dr. h.c. Bernhard Walter, Dr. Günther Bräunig, Bernd Knobloch, Siegmund Mosdorf, Hans-Jörg Vetter und Manfred Zaß im Aufsichtsrat der HRE Holding lief mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung der HRE Holding am 13. August 2009 ab.

Die ordentliche Hauptversammlung der HRE Holding am 13. August 2009 wählte mit Wirkung zum Ablauf dieser Hauptversammlung in den Aufsichtsrat der HRE Holding: Dr. Bernd Thiemann, Dagmar Kollmann, Dr. Günther Bräunig, Dr. Alexander Groß, Dr. Albert Peters und Dr. Hedda von Wedel. In der Aufsichtsratssitzung wurden am 13. August 2009 Dr. Bernd Thiemann zum Aufsichtsratsvorsitzenden und Dagmar Kollmann zur stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Seit 13. August 2009 setzte sich der Aufsichtsrat der HRE Holding wie folgt zusammen: Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender seit 13. August 2009), Dagmar Kollmann (stellvertretende Vorsitzende seit 13. August 2009), Dr. Günther Bräunig (Aufsichtsratsmitglied seit 9. Juli 2009), Dr. Alexander Groß (Aufsichtsratsmitglied seit 13. August 2009), Dr. Markus Kerber (Aufsichtsratsmitglied seit 5. Dezember 2009), Dr. Albert Peters (Aufsichtsratsmitglied vom 13. August 2009 bis 4. Dezember 2009) und Dr. Hedda von Wedel (Aufsichtsratsmitglied seit 13. August 2009).

Der Aufsichtsrat bestellte in der Sitzung vom 26. Januar 2009 Manuela Better zum Mitglied des Vorstands ab 1. Februar 2009. In seiner Sitzung vom 15. Mai 2009 bestellte der Aufsichtsrat Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen zum Mitglied des Vorstands ab 1. Oktober 2009. Dr. Bernhard Scholz wurde mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 10. November 2009 zum Vorstandsmitglied ab 1. Januar 2010 bestellt.

In der Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 hatte der Aufsichtsrat der HRE Holding einen Präsidialausschuss, einen Nominierungsausschuss, einen Prüfungsausschuss und einen Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss.

In dieser Zeit setzten sich die Ausschüsse wie folgt zusammen:

Präsidialausschuss Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender und Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Dr. Günther Bräunig (Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Dr. Michael Endres (Vorsitzender und Ausschussmitglied vom 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009), J. Christopher Flowers (Ausschussmitglied vom 22. September 2008 bis 27. März 2009), Dagmar Kollmann (Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Hans-Jörg Vetter (Ausschussmitglied vom 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009), Dr. h.c. Bernhard Walter (Ausschussmitglied vom 28. März 2009 bis 13. August 2009)

Nominierungsausschuss Dr. Bernd Thiemann (Vorsitzender und Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Dr. Günther Bräunig (Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Dr. Michael Endres (Vorsitzender und Ausschussmitglied vom 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009), J. Christopher Flowers (Ausschussmitglied vom 22. September 2008 bis 27. März 2009), Dagmar Kollmann (Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Hans-Jörg Vetter (Ausschussmitglied vom 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009) und Dr. h.c. Bernhard Walter (Ausschussmitglied vom 28. März 2009 bis 13. August 2009)

Prüfungsausschuss Dagmar Kollmann (Vorsitzende und Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Dr. Günther Bräunig (Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Dr. Michael Endres (Ausschussmitglied vom 28. März 2009 bis 13. August 2009), Dr. h.c. Edgar Meister (Ausschussmitglied vom 6. Dezember 2008 bis 18. Mai 2009), Siegmund Mosdorf (Ausschussmitglied vom 22. Juni 2009 bis 13. August 2009), Dr. Bernd Thiemann (Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Dr. Hedda von Wedel (Ausschussmitglied seit 13. August 2009) und Dr. h.c. Bernhard Walter (Vorsitzender und Ausschussmitglied seit 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009)

Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender und Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Dr. Michael Endres (Ausschussmitglied vom 28. März 2009 bis 13. August 2009), Bernd Knobloch (Vorsitzender und Ausschussmitglied vom 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009), Dagmar Kollmann (Ausschussmitglied seit 13. August 2009), Richard S. Mully (Ausschussmitglied vom 6. Dezember 2008 bis 27. März 2009), Dr. Bernd Thiemann (Ausschussmitglied seit 13. August 2009) und Manfred Zaß (Ausschussmitglied vom 6. Dezember 2008 bis 13. August 2009)

Im Jahr 2009 hielt der Aufsichtsrat der HRE Holding 14 Sitzungen und drei Telefonkonferenzen ab und fasste außerhalb von Sitzungen sechs Umlaufbeschlüsse. Kein Aufsichtsratsmitglied fehlte an mehr als der Hälfte der Sitzungen.

Der Präsidialausschuss hielt sieben Sitzungen ab und fasste einen Umlaufbeschluss. Der Nominierungsausschuss veranstaltete keine Sitzungen. Der Prüfungsausschuss hielt sieben Sitzungen ab. Der Ausschuss für Risikomanagement und Liquiditätsstrategie hielt zwölf Sitzungen ab und erörterte in der Regel in wöchentlichen Telefonkonferenzen Kreditengagements.

Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats der HRE Holding, die Geschäftsordnung für den Prüfungsausschuss und die Geschäftsordnung für den Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss wurden in der Aufsichtsratssitzung vom 26. Januar 2009 geändert. Die Geschäftsordnungen für den Präsidial- und für den Nominierungsausschuss wurden zuletzt am 6. Dezember 2008 und seitdem nicht mehr geändert.

Aufsichtsrat

Wie schon Ende 2008 begonnen, verfolgte der Aufsichtsrat weiter das Ziel, das Unternehmen aus der Krise herauszuführen und seine Zukunftsfähigkeit wiederherzustellen. Ziel ist es, ein auf pfandbrieffähiges Geschäft im Immobilien- und Staatsfinanzierungsbereich fokussiertes Institut für Deutschland und Europa zu schaffen. Mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 28. März 2009 wurde der Dienstvertrag von Herrn Dr. Wieandt mit Wirkung vom 1. April 2009 an die Erfordernisse des FMStG angepasst. Besonderes Augenmerk richtete der Aufsichtsrat auch auf die Untersuchungen in Hinblick auf mögliche Fehlverhalten früherer Vorstandsmitglieder.

Aufsichtsrat und Vorstand erörterten intensiv die Maßnahmen zur Liquiditäts- und Kapitalunterstützung für die HRE und deren Restrukturierung. Das neue Geschäftsmodell wurde ausführlich beraten. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah über die wirtschaftliche und finanzielle Geschäftslage des Konzerns, die Geschäftspolitik und -planung, die Strategie, die Kapital- und Liquiditätssituation/-planung sowie über andere wichtige Vorgänge. Der Vorstandsvorsitzende stand mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden laufend über wichtige Entwicklungen in Kontakt.

Regelmäßig erörtert wurden die Entwicklung im Kreditgeschäft und die konzernübergreifende Kreditpolitik, die Risikoentwicklung, die Risikosteuerung, die geschäftspolitische Ausrichtung sowie die Entwicklungen und die Tendenzen der Märkte im Kredit- und Refinanzierungsgeschäft.

Weiter befasste sich der Aufsichtsrat mit den Revisionsergebnissen, der Jahres- und Mehrjahresplanung, den Steuerungs- und Kontrollmechanismen im Kredit-, Wertpapier- und Derivategeschäft. Erörtert wurden der Bericht über Compliance (inklusive Datenschutz- und Geldwäschege-setz) und die Umsetzung von „Basel II“. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat unter anderem folgende Beschlüsse gefasst: Am 6. März 2009 beschloss der Aufsichtsrat die Corporate-Governance-Erklärung für das Geschäftsjahr 2008 und hielt fest, dass die Unabhängigkeit seiner Mitglieder im Sinne von Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex als gegeben anzusehen ist. Dabei hielt der Aufsichtsrat auch fest, dass er die von Ziffer 5.3.2 des

Deutschen Corporate Governance Kodex geforderte besondere Qualifikation bei den Mitgliedern des Prüfungsausschusses und insbesondere bei dessen Vorsitzenden als gegeben betrachtet.

Am 28. März 2009 stimmte der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstands zu, sein Einverständnis zur Absichtserklärung des SoFFin vom 28. März 2009 zu geben. Darin bestätigte der SoFFin seine Absicht, zur Stabilisierung des Finanzmarktes Stabilisierungsmaßnahmen zugunsten der HRE zu ergreifen, insbesondere im Zuge einer hinreichenden Rekapitalisierung der HRE Holding und der Übernahme weiterer Garantien. Voraussetzung dafür war der Erwerb der vollständigen Kontrolle durch den SoFFin oder den Bund an der HRE Holding. Am 28. März 2009 stimmte der Aufsichtsrat auch dem Beschluss des Vorstands vom 23. März 2009 zur Erhöhung des Grundkapitals zu.

Am 21. April 2009 beschlossen die Mitglieder des Aufsichtsrats der HRE Holding den Verzicht auf die satzungsgemäße Aufsichtsratsvergütung und die satzungsgemäße Vergütung für die Tätigkeit in Ausschüssen des Aufsichtsrats für das Jahr 2008 in voller Höhe und für das Jahr 2009 in Höhe der Hälfte.

In seiner Sitzung vom 24. April 2009 beschloss der Aufsichtsrat über den Konzern- und Jahresabschluss 2008 der HRE Holding. In dieser Sitzung stimmte der Aufsichtsrat auch der gemeinsamen Stellungnahme des Vorstands und des Aufsichtsrats nach § 27 WpÜG zum Übernahmeangebot des Bundes (handelnd durch den SoFFin) nach § 29 WpÜG in Verbindung mit Artikel 2, § 12 FMS-tErgG zu. Dabei stimmte der Aufsichtsrat auch der Tagesordnung, der Einladung und den Beschlussvorschlägen der Verwaltung für die außerordentliche Hauptversammlung am 2. Juni 2009 zu.

In der Sitzung vom 2. Juni 2009 stimmte der Aufsichtsrat der von der außerordentlichen Hauptversammlung und vom Vorstand am selben Tag beschlossenen Kapitalerhöhung zu.

Der Beschluss des Aufsichtsrats über die Tagesordnung, die Einladung und die Beschlussvorschläge der Verwaltung für die ordentliche Hauptversammlung am 13. August 2009 datiert vom 22. Juni 2009.

Am 24. und am 26. August 2009 beriet der Aufsichtsrat eingehend über die dem Squeeze-out zugrunde liegenden Unterlagen und Voraussetzungen, insbesondere den Übertragungsbericht des SoFFin, die gutachterliche Stellungnahme der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) und den Prüfungsbericht der Warth & Klein GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Warth & Klein). Am 26. August 2009 beschloss der Aufsichtsrat die Einladung und die Tagesordnung der außerordentlichen Hauptversammlung der HRE Holding am 5. Oktober 2009, welche die Beschlussfassung über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der HRE Holding auf den SoFFin, Frankfurt am Main, gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung vorsah.

Am 30. November 2009 stimmte der Aufsichtsrat den mit dem SoFFin vereinbarten Rekapitalisierungsmaßnahmen, dem Abschluss des Vertrags über die Errichtung einer stillen Gesellschaft sowie der Gegenzeichnung der Absichtserklärung des Bundes durch den Vorstand zu. Diese Absichtserklärung beinhaltete die hinreichende Rekapitalisierung der Gesellschaften der HRE und die Sicherstellung der Liquidität der HRE.

Am 14. Dezember 2009 traf der Aufsichtsrat seine Grundsatzenscheidung zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt und stimmte der entsprechenden Antragstellung des Vorstands zu. Die genauen Sitzungsteilnahmen sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen:

Aufsichtsrat der HRE Holding		Aufsichtsrat		Präsidialausschuss		Prüfungsausschuss		Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss	
Name, Wohnsitz und Haupttätigkeit		Funktion	Sitzungs- teilnahmen ¹⁾	Funktion	Sitzungs- teilnahmen ¹⁾	Funktion	Sitzungs- teilnahmen ¹⁾	Funktion	Sitzungs- teilnahmen ¹⁾
Dr. Bernd Thiemann Kronberg Selbstständiger Unternehmensberater		Vorsitzender (seit 13.8.2009)	7 von 7	Vorsitzender (seit 13.8.2009)	2 von 2	Mitglied (seit 13.8.2009)	2 von 2	Mitglied (seit 13.8.2009)	4 von 4
Dagmar P. Kollmann Bad Homburg Vorsitzende des Gesellschafterausschusses der Kollmann GmbH		Stellvertretende Vorsitzende (seit 13.8.2009)	7 von 7	Mitglied (seit 13.8.2009)	2 von 2	Vorsitzende (seit 13.8.2009)	2 von 2	Mitglied (seit 13.8.2009)	4 von 4
Dr. Günther Bräunig Frankfurt am Main Mitglied des Vorstands der KfW		Mitglied (seit 9.7.2009)	8 von 8	Mitglied (seit 13.8.2009)	2 von 2	Mitglied (seit 13.8.2009)	2 von 2	Vorsitzender (seit 13.8.2009)	4 von 4
Dr. Alexander Groß Teltow Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie		Mitglied (seit 13.8.2009)	7 von 7						
Dr. Markus Kerber Berlin Abteilungsleiter Finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen im Bundesministerium der Finanzen		Mitglied (seit 5.12.2009)	1 von 1						
Dr. Hedda von Wedel Andernach Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D.		Mitglied (seit 13.8.2009)	7 von 7			Mitglied (seit 13.8.2009)	2 von 2		
Dr. Michael Endres Königstein Vorsitzender des Vorstands der Gemein- nützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main		Vorsitzender (bis 13.8.2009)	10 von 10	Vorsitzender (bis 13.8.2009)	5 von 5	Mitglied (28.3.–13.8.2009)	2 von 3	Mitglied (28.3.–13.8.2009)	4 von 4
Dr. h.c. Bernhard Walter Bad Homburg Mitglied des Aufsichtsrats und Vorsitzender des Prüfungsausschusses der Daimler AG, Stuttgart		Stellvertretender Vorsitzender (bis 13.8.2009)	10 von 10	Mitglied (28.3.–13.8.2009)	3 von 3	Vorsitzender (bis 13.8.2009)	5 von 5		
Dr. Renate Krümmel Hamburg Geschäftsführerin der J. C. Flowers & Co GmbH, Hamburg		Stellvertretende Vorsitzende (bis 31.3.2009)	2 von 3						
J. Christopher Flowers New York Chairman und Chief Executive Officer der J. C. Flowers & Co. LLC, New York/USA		Mitglied (bis 27.3.2009)	1 von 2	Mitglied (bis 27.3.2009)	0 von 2				

¹⁾ Aufgrund der Wechsel in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats hat kein Mitglied an allen Sitzungen teilgenommen; angegeben ist jeweils die Teilnahme eines Aufsichtsrats-/Ausschussmitglieds bezogen auf die während seiner Amtszeit stattgefundenen Sitzungen

Aufsichtsrat der HRE Holding		Aufsichtsrat		Präsidialausschuss		Prüfungsausschuss		Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss	
Name, Wohnsitz und Haupttätigkeit		Funktion	Sitzungsteilnahmen ¹⁾	Funktion	Sitzungsteilnahmen ¹⁾	Funktion	Sitzungsteilnahmen ¹⁾	Funktion	Sitzungsteilnahmen ¹⁾
Bernd Knobloch Frankfurt am Main Mitglied des Vorstands der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main		Mitglied (bis 13.8.2009)	10 von 10					Vorsitzender (bis 13.8.2009)	8 von 8
Dr. h.c. Edgar Meister Kronberg Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank AG, Frankfurt am Main		Mitglied (bis 18.5.2009)	5 von 6			Mitglied (bis 18.5.2009)	4 von 4		
Siegmar Mosdorf Potsdam Partner der CNC AG, Berlin		Mitglied (bis 13.8.2009)	9 von 10			Mitglied (22.6.–13.8.2009)	1 von 1		
Richard S. Mully Dublin Managing Partner Grove International Partners (UK) LLP, London/Großbritannien		Mitglied (bis 27.3.2009)	2 von 2					Mitglied (bis 27.3.2009)	3 von 4
Dr. Albert Peters Berlin Leiter der Steuerabteilung im Bundesministerium der Finanzen		Mitglied (13.8.–4.12.2009)	6 von 6						
Hans-Jörg Vetter Königstein Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart		Mitglied (bis 13.8.2009)	9 von 10	Mitglied (bis 13.8.2009)	5 von 5				
Manfred Zaß Königstein Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Euroshop AG, Hamburg		Mitglied (bis 13.8.2009)	10 von 10					Mitglied (bis 13.8.2009)	4 von 4

¹⁾ Aufgrund der Wechsel in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats hat kein Mitglied an allen Sitzungen teilgenommen; angegeben ist jeweils die Teilnahme eines Aufsichtsrats-/Ausschussmitglieds bezogen auf die während seiner Amtszeit stattgefundenen Sitzungen.

Präsidialausschuss

Der Präsidialausschuss befasste sich während des gesamten Berichtszeitraums ausführlich mit den laufenden Untersuchungen gegen ehemalige Vorstandsmitglieder. Am 17. Februar 2009 genehmigte der Präsidialausschuss die zu diesem Zeitpunkt bestehenden externen Aufsichtsratsmandate der Vorstandsmitglieder mit der Maßgabe, dass weitere Mandate nicht angenommen werden sollen. Mehrmals begutachtete der Präsidialausschuss Kandidaten zur Berufung in den Vorstand und unterbreitete dem Aufsichtsrat entsprechende Vorschläge. In mehreren Sitzungen beriet der Präsidialausschuss über die Vorstandsverträge der bestellten und neu zu berufenden Vorstandsmitglieder und insbesondere deren Vergütung. Mit Beschluss des Präsidialausschusses vom 14. Mai 2009 wurden die Dienstverträge von Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer und Frank Krings mit Wirkung vom 1. April 2009 an die Erfordernisse des FMStG angepasst. Am 14. Mai 2009 befasste sich der Präsidialausschuss mit der Organisationsstruktur der HRE und einem Entwurf des „Rahmenvertrags zur Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen“ zwischen dem SoFFin und der HRE.

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss befasste sich am 7. Januar 2009 mit den Grundzügen der Arbeit des Prüfungsausschusses, auch in Abgrenzung zum Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss. Der Prüfungsausschuss überwacht primärverantwortlich die Wirksamkeit des Risikomanagements und nimmt zahlreiche weitere Aufgaben wahr.

Der Prüfungsausschuss beriet mehrmals den Umfang des bilanziellen Konsolidierungskreises und des Risikokonsolidierungskreises. In mehreren Sitzungen erörterte der Prüfungsausschuss Berichte der Internen Revision und Berichte zu Compliance. Er beriet die Auswirkungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG).

Am 26. März 2009 beriet der Prüfungsausschuss die vorläufigen Geschäftsergebnisse zum 31. Dezember 2008 und erörterte die vorläufigen Prüfungsergebnisse des Jahresabschlussprüfers KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG). Beraten wurden zudem der Bericht über die Prüfung der Fortführungsprognose der Deloitte &

Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und die Fortschreibung des Geschäftsplans.

Am 23. April 2009 befasste sich der Prüfungsausschuss mit dem Konzern- und dem Jahresabschluss der HRE Holding zum 31. Dezember 2008. KPMG berichtete über die Prüfungsergebnisse. Der Prüfungsausschuss beschloss, dem Aufsichtsrat die Billigung des Konzernabschlusses und die Feststellung des Jahresabschlusses zu empfehlen. Der Prüfungsausschuss nahm auch die Informationen des Vorstands über den Jahresabschluss 2008 der Hypo Real Estate Bank AG, der heutigen Deutschen Pfandbriefbank AG, zur Kenntnis.

Der Prüfungsausschuss diskutierte am 4. Mai 2009 unter Anwesenheit der KPMG vor allem den Zwischenbericht der HRE zum 31. März 2009.

In seiner Sitzung vom 6. August 2009 erhob der Prüfungsausschuss nach Bericht durch die KPMG keine Einwendungen gegen das Ergebnis der prüferischen Durchsicht des Konzernzwischenabschlusses der HRE Holding per 30. Juni 2009. Der Ausschuss befürwortete die Billigung dieses Abschlusses. Die Honorare des Abschlussprüfers für 2008 sowie der Honorarvorschlag für 2009 wurden besprochen und beschlossen.

Am 10. November 2009 tagte erstmals der Prüfungsausschuss des in der ordentlichen Hauptversammlung vom 13. August 2009 neu gewählten Aufsichtsrats. Neben der Erörterung der aktuellen Situation befasste sich der Ausschuss mit dem Konzernzwischenabschluss der HRE Holding zum 30. September 2009 und nahm den Bericht von KPMG zur prüferischen Durchsicht dieses Abschlusses zur Kenntnis. Der Ausschuss erhob keine Einwendungen. Beraten wurde zudem die Bestätigung der Fortführungsprognose. Weiter befasste sich der Ausschuss mit der Überwachung der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und der Internen Revision. Dabei wurden gesetzliche Änderungen infolge des BilMoG (Bilanzierungsmodernisierungsgesetz) miterörtert.

In der Sitzung vom 14. Dezember 2009 erörterte der Prüfungsausschuss unter anderem rechnungslegungsbezogene Auswirkungen einer möglichen Abwicklungsanstalt. Er diskutierte Bilanzierungs- und Bewertungsfelder mit

Blick auf den Jahres- und Konzernabschluss der HRE 2009. Mit KPMG wurde die Prüfungserweiterung 2009 ff. unter dem Gesichtspunkt der Prüfung der Wirksamkeit der Internen Kontrollsysteme festgelegt.

Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss

Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) verdichtet die Kontrolle des Aufsichtsrats über die Risiko- und Liquiditätssteuerung der Gesellschaft und des Konzerns, überprüft die Risikoberichterstattung des Vorstandes und ist im durch die Geschäftsordnung festgelegten Umfang in den Kreditgenehmigungsprozess eingebunden.

In seiner Sitzung am 8. Januar 2009 befasste sich der RLA schwerpunktmäßig mit der Organisation des Risikomanagements sowie der Kompetenzordnung und verschaffte sich einen Überblick über die Kreditportfolios im Commercial-Real-Estate-, im Public-Sector-Bereich und über das Capital-Markets-Portfolio. Der RLA ließ sich auch über das Marktrisiko informieren. In der Sitzung am 26. Januar 2009 wurden die Risikosituation der DEPPFA Bank plc sowie die Marktrisiken und die Strategie zur Liquiditätsrisikosteuerung erörtert. Die Sitzung am 5. März 2009 hatte neben der Weiterentwicklung der Kompetenzordnung schwerpunktmäßig den Risikobericht des Vorstands, die Behandlung der größten Konzernengagements, wiederum die Weiterentwicklung der Risikoorganisation sowie die aktuelle Entwicklung der Liquidität des Konzerns zum Gegenstand. In der Sitzung am 26. März 2009 wurden neben Krediteinzelfällen insbesondere die Risikovorsorgebildung erörtert. Am 24. April 2009 ließ sich der RLA wiederum vom Vorstand den aktuellen Risikobericht erläutern. Ferner befasste sich der RLA mit verschiedenen Sonderthemen wie unter anderem der Darstellung der Strategie zum sogenannten Value-Business und der öffentlichen Finanzierung. Der RLA ließ sich auch einen Sachstand zur Risikotransparenz im Bereich Treasury und Öffentliche Finanzierung sowie zur Liquiditätssituation geben. In den Folgesitzungen ließ sich der RLA im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung über die Entwicklung in den wesentlichen Risikoarten sowie fer-

ner regelmäßig über die Liquiditätssituation sowie den Stand der Abarbeitung von Prüfungsfeststellungen im Risikobereich berichten. Darüber hinaus bildeten in der Sitzung am 5. Mai 2009 die Entwicklung der Problemkredite sowie die Erörterung verschiedener Portfolios und Strukturen die Schwerpunkte dieser Sitzung. Die Sitzung am 22. Juni 2009 hatte neben Krediteinzelfällen insbesondere das USA-Portfolio und das sogenannte Monoliner-Portfolio des Konzerns zum Gegenstand. Am 12. August erörterte der RLA die konzeptionelle Fortentwicklung der Risikoberichterstattung und ließ sich über die Entwicklung der Risikovorsorge informieren. Die Sitzung am 6. Oktober 2009 hatte – neben den Standardthemen Risikobericht und Liquiditätssituation – einen Bericht zur Aktiv-/Passiv-Steuerung zum Inhalt. In einer weiteren Sitzung am 10. November 2009 befasste sich der RLA neben der Schwerpunktdiskussion zum Risikobericht für das dritte Quartal 2009 und zur Entwicklung der wesentlichen Risikoarten unter anderem mit der Organisation, den Geschäftsprozessen und der Entwicklung des Workout-Bereichs. Darüber hinaus ließ sich der RLA über verschiedene Einzeltransaktionen und Portfolios, den Fundingplan und die Liquiditätssituation berichten. Am 14. Dezember 2009 bildete – neben der Risikoberichterstattung und Liquiditätssituation des Konzerns – die Risikostrategie den Schwerpunkt der Berichterstattung und Erörterung im RLA. Erörtert wurden außerdem die Entwicklung von Immobilien im Eigenbesitz und die vorläufigen Ergebnisse einer Prüfung der Bundesbank nach § 44 KWG. In der Sitzung am 15. Dezember 2009 befasste sich der RLA detailliert mit der Wertberichtigungs-Strategie des Konzerns.

Darüber hinaus befasste sich der RLA in mehr als 40 Sitzungen beziehungsweise Telefonkonferenzen mit mehr als 200 Kreditfällen. Hierbei handelte es sich, soweit im Rahmen der Geschäftsordnung des RLA vorlagepflichtig, um regelmäßige Wiedervorlagen, Zustimmungen zu Änderungsanträgen, aber auch zu Neugeschäften.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HRE für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr.

> Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen 18

>> Gesamtwirtschaftliche Lage 18

>> Branchenspezifische Lage 19

Gesamtsituation der Bankbranche
Immobilienfinanzierung
Staatsfinanzierung
Infrastrukturfinanzierung
Refinanzierungsmärkte
Wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen

>> Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen 22

Strategie
Wesentliche Ereignisse
Personalia
Ratings
Die HRE als Arbeitgeber
Vergütungsbericht
Nachhaltigkeit

> Wirtschaftsbericht 39

>> Entwicklung der Erfolgslage 39

HRE
Geschäftssegment Commercial Real Estate
Geschäftssegment Public Sector & Infrastructure Finance
Geschäftssegment Capital Markets & Asset Management
Corporate Center

>> Entwicklung der Vermögenslage 48

>> Entwicklung der Finanzlage 49

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen nach Solvabilitätsverordnung

>> Zusammenfassung 52

> Nachtragsbericht 53

> Risikobericht 54

>> Organisation und Grundsätze des Risiko- und Kapitalmanagements 54

Organisation und Komitees
Risikostrategie und Policies
Risikoberichtswesen
Risikoquantifizierung, Risikosteuerung und -management
Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit
Wesentliche Projekte im Risikomanagement
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

>> Wesentliche Risikoarten 65

>> Adressrisiko 66

Definition
Adressrisikostategie und -grundsätze
Organisation des Adressrisikomanagements
Adressrisikoberichte
Risikoquantifizierung über das ökonomische Kapital sowie der Risikoaktiva nach Basel II
Adressrisikoquantifizierung nach Basel II

Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung
Risikoabsicherung und -minderung Kreditsicherheiten
Kreditportfolio
Zweckgesellschaften in der HRE
Watchlist- und Problemkredite
Wertberichtigungen und Rückstellungen

>> Marktrisiko 88

Definition
Marktrisikostrategie
Organisation der Marktrisikostrategie
Marktrisikoberichte
Marktrisikomessung und -limitierung
Marktrisikostrategie, -management und -überwachung
Marktrisikoabsicherung und -minderung
Ausblick
Entwicklung der relevanten Marktrisikoarten

>> Liquiditätsrisiko 91

Definition
Liquiditätsrisikostrategie
Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung
Liquiditätsrisikobericht
Liquiditätsrisikomessung und -limitierung
Liquiditätsrisikoüberwachung und -management
Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung
Entwicklung der Risikoposition
Ausblick

>> Operationelle Risiken 95

Definition
Strategie für operationelle Risiken
Organisation der Steuerung von operationellen Risiken
Risikoberichte, Überwachung und Management von operationellen Risiken
Risikoberichte
Risikomessung
Wesentliche operationelle Risiken der HRE

>> Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse 97

Methodik der einzelnen Risikoarten
Stresstests

>> Ausblick 100

> Prognosebericht 101

>> Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen 101

>> Branchenspezifische Rahmenbedingungen 103

Gesamtsituation der Bankenbranche
Neue regulatorische Anforderungen und Änderungen in der Bankenaufsicht
Immobilienfinanzierung
Staatsfinanzierung
Infrastrukturfinanzierung
Refinanzierungsmärkte

>> Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen 105

Bestandsgefährdende Risiken

Konzernlagebericht

Gesamtwirtschaftliche Lage

Das Jahr 2009 war gekennzeichnet durch die andauernde Finanzkrise. Die gesamte Weltwirtschaft erlebte nach der Insolvenz von Lehman Brothers Mitte September 2008 in dem darauf folgenden Winterhalbjahr 2008/2009 einen massiven konjunkturellen Abschwung. Obwohl dieser Abschwung nahezu alle Volkswirtschaften erfasste, waren nicht alle gleichermaßen betroffen. So verzeichnete beispielsweise Polen als einziges Land der Europäischen Union auch 2009 ein leichtes Wachstum. Innerhalb der OECD-Mitgliedsstaaten erreichten dies lediglich Australien und Südkorea. Von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders betroffen waren Länder, die in hohem Maße auf ausländisches Kapital angewiesen sind. Länder wie China oder Indien verzeichneten dagegen nur moderate Rückgänge der Wachstumsraten auf 8,2% beziehungsweise 5,5%.

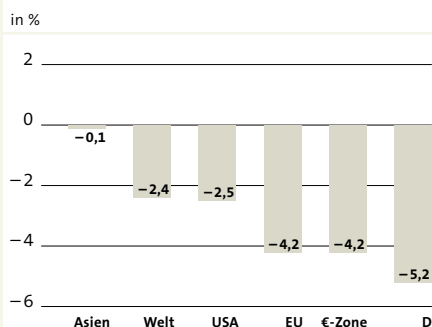
Die Einbrüche in der Realwirtschaft überstiegen die Erwartungen der Experten. Die Politik reagierte auf den Konjunkturerinbruch mit umfangreichen Maßnahmenpaketen. Neben klassischen Instrumenten der Geld- und Fiskalpolitik wurden vor allem Maßnahmen ergriffen, die auf die Unterstützung des Bankensektors ausgerichtet waren. Die Bereitstellung von Krediten, Garantien und Eigenkapital sowie neue Gesetze verhinderten Insolvenzen weiterer systemrelevanter Banken.

Die Geldpolitik manifestiert sich zunächst in historischen Tiefstständen der Notenbankzinsen. So wurde in den USA die Federal Funds Target Rate Mitte Dezember 2008 auf

0,25 % fixiert, die Europäische Zentralbank behält seit Mitte Mai 2009 den Zins für die Hauptrefinanzierungsfazilität bei 1%. Daneben wurde eine Reihe weiterer Maßnahmen ergriffen, die zu einer sogenannten quantitativen Lockerung beitrugen. Die wichtigste Maßnahme der Europäischen Zentralbank in diesem Bereich war die unbegrenzte – beziehungsweise nur durch die Verfügbarkeit von Sicherheiten limitierte – Bereitstellung von Zentralbankgeld mittels der Hauptrefinanzierungsfazilität mit einer Laufzeit von einem Jahr. Die zuvor übliche Laufzeit waren sieben Tage.

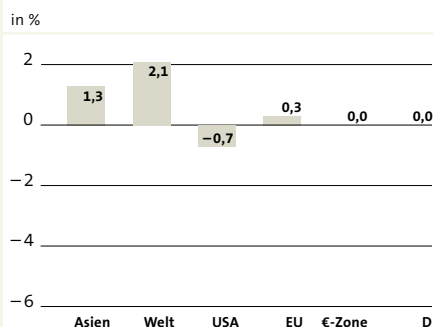
Auch die Fiskalpolitik wurde in nahezu allen Ländern deutlich ausgeweitet. In der Eurozone lag das durchschnittliche Haushaltsdefizit bei 6,4 %. Zusammen mit dem konjunkturellen Abschwung stiegen die Staatsschulden innerhalb eines Jahres durchschnittlich um über 10,0 % an. Dies galt etwa für Spanien, Irland und Griechenland, deren Haushaltsdefizite 2009 mit 11,2 %, 12,5 % beziehungsweise 12,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im zweistelligen Bereich lagen. Damit haben diese Länder die im Maastricht-Vertrag festgehaltene Grenze von 3 % weit überschritten. Als Folge haben sich erstmals in der Währungsunion wieder deutliche Zinsunterschiede für Staatsanleihen zwischen den Staaten der Eurozone herausgebildet. Experten sehen hierin eine deutliche Skepsis der Investoren, die nun auch in der Eurozone Länderrisiken wieder differenzierter sehen. Entsprechend unterschiedlich fallen auch die jeweiligen Ratings aus.

Reales BIP-Wachstum 2009



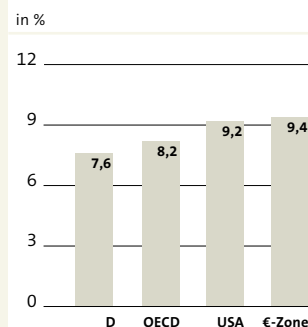
Quelle: EIU, Abfrage über Datastream am 15.12.2009

Konsumentenpreisinflation 2009



Quelle: EIU, Abfrage über Datastream am 15.12.2009

Arbeitslosenquoten 2009



Quelle: OECD, Economic Outlook No. 86, 11/2009

Der mit der Finanzkrise einhergehende Konjunkturerinbruch sorgte dafür, dass es trotz der ergriffenen Maßnahmen nicht zu einer Inflation kam. Weltweit ging die Inflationsrate sogar zurück. Zusätzlich sank auch der Ölpreis im Berichtsjahr deutlich im Vergleich zu den Höchstständen Mitte 2008, dennoch führten all diese Faktoren auch noch nicht zu einer Deflation.

Eine weitere Auswirkung der durch die Finanzkrise ausgelösten Wirtschaftskrise ist die gestiegene Arbeitslosigkeit. Dabei verlief die Entwicklung keinesfalls homogen. So verdoppelte sich die Arbeitslosenquote in den USA zwischen 2007 und 2009 nahezu, während sich in Deutschland die Anzahl der Erwerbslosen im selben Zeitraum sogar leicht verminderte. Ein Grund hierfür war der Einsatz der Kurzarbeit.

Branchenspezifische Lage

Gesamtsituation der Bankbranche

2009 erwies sich für die Bankenbranche als ein sehr wechselhaftes Jahr. Die Ausweitung der Finanzkrise ab Herbst 2008 und die dadurch bedingten Liquiditätsengpässe machten für Banken weltweit Kapitalunterstützung in Form von Krediten, Garantien oder Staatshilfen erforderlich, um Liquiditäts- oder Eigenkapitalengpässe zu vermeiden. In den USA mussten dennoch 140 Banken im Jahr 2009 geschlossen werden. Nach Berechnungen der Bank von England betrugen die staatlichen Unterstützungen für das jeweilige Finanzsystem in den USA 73 % des dortigen Bruttosozialproduktes, 74 % in Großbritannien und 18 % in der Eurozone.

Gegen Ende 2009 konnten allerdings einige der US-amerikanischen und britischen Banken diese Staatshilfen meist auf der Basis hoher Gewinne im Investmentbanking ganz oder teilweise zurückführen. Klassische Geschäfts- oder Kreditbanken ohne größere Aktivitäten im Investmentbanking verzeichneten dagegen, bedingt durch hohen Risikovorsorgebedarf deutlich schlechtere Ergebnisse.

Zu Beginn der Krise wurden fällige Kredite in größerem Umfang verlängert, um sofortige Kreditausfälle zu vermeiden. Der Rückgang der Sicherheitenwerte lässt dies jedoch kaum noch zu. Die gespannte gesamtwirtschaftliche Lage, aber auch die knappe Eigenkapitalsituation und die gestiegenen Risikobewertungsanforderungen reduzierten zudem das Neugeschäft im Kreditbereich deutlich.

Um das Vertrauen sowohl in die Banken als auch zur Kreditvergabe wiederherzustellen, haben die Regierungen weltweit unterschiedliche Modelle entwickelt. In Deutschland hat die Politik im Sommer 2009 Gesetze auf den Weg gebracht, die die Gründung sogenannter Abwicklungsanstalten erlauben. Diese ermöglichen es Banken, risikobehaftete Wertpapiere und Kredite aus der Bilanz zu übertragen und dadurch ihre Eigenkapitalrelationen nicht noch weiter zu verschlechtern. In Großbritannien dagegen werden Darlehen dem staatlichen Vermögenssicherungssystem unterstellt. Die US-Regierung hat unterdessen Sicherheiten für verbrieftete Immobiliendarlehen abgegeben und die Regeln bei Zahlungsverzug gelockert.

Immobilienfinanzierung

Quellen: DTZ Zadelhoff, Jones Lang LaSalle, Atis Real

Auch die Märkte für Gewerbeimmobilien waren in zunehmendem Maß von der Krise betroffen und erlitten im Berichtsjahr teilweise massive Einbrüche. Verglichen mit den Höchstständen im Juli 2007 verzeichneten die Märkte in den USA, in Großbritannien, Spanien und Irland bei Objektwerten Rückgänge von bis zu 50 %.

Die schwierige wirtschaftliche Lage führte zu kontinuierlich steigenden Leerstandsdaten bei sinkenden Mieten. Büromieten in erstklassigen Lagen von Madrid oder Paris gingen im Vergleich zum Jahresende 2008 um bis zu 20 % zurück, in London um bis zu 18 %, in New York um bis zu 45 % – Deutschland war mit einem Rückgang um durch-

schnittlich 6 % vergleichsweise wenig betroffen. Die Leerstandsrate für ganz Europa liegt bei 11 %, in Deutschland bei 10 % und in den USA bei 16 %. Diese Entwicklung stellte insbesondere für Investments mit hohem Fremdkapitalanteil eine Herausforderung dar, da sinkende Mieten und steigende Leerstände einen niedrigeren Ertragswert zur Folge hatten, sodass solche Finanzierungen Deckungslücken aufwiesen.

Einige Banken prolongierten anfänglich noch fällige Darlehen in der Hoffnung, dass sich die Objektwerte und die Beleihungsausläufe wieder erholen und ein refinanzierbares Niveau erreichen würden. Zwar konnten die Banken höhere Margen und Gebühren durchsetzen, vielen Marktteilnehmern fehlte jedoch eine Lösung für nicht realisierte Wertkorrekturen – insbesondere für Objekte in Nebenlagen. Die verschlechterte Kreditportfolioqualität vieler Institute führte außerdem dazu, dass zur Prolongation anstehende Kredite aufgrund von geringeren Objektwerten nicht mehr verlängert wurden, beziehungsweise vorzeitig infrage gestellt wurden, da die ursprünglichen Kreditvereinbarungen nicht mehr eingehalten werden konnten. Die Folge waren weitere Zahlungsausfälle. Nach Angaben von PricewaterhouseCoopers wurden in Spanien 38 % aller Insolvenzanträge von Unternehmen aus dem Bau- und Immobiliengewerbe gestellt, in Großbritannien waren es 24 %. Der Immobiliensektor insgesamt war damit die Branche mit den meisten Insolvenzen.

Auch das weltweite Investitionsvolumen lag im Berichtsjahr deutlich unter dem der Vorjahre und belief sich auf 70,0 Mrd. €. Während das erste Quartal mit 0,9 Mrd. € sehr schwach ausfiel, stiegen die Investitionen im Jahresverlauf wieder an. Das vierte Quartal war mit einem Volumen von 25,7 Mrd. € das umsatzstärkste seit dem Höhepunkt der Finanzkrise im September 2008. Während die Investoren in der ersten Jahreshälfte eher zurückhaltend waren und sich hauptsächlich auf ihre heimischen Märkte konzentrierten, waren sie in der zweiten Jahreshälfte bereits zuversichtlicher und investierten wieder über die Landesgrenzen hinweg. Das stärkste Wachstum verzeichneten dabei die Märkte Mittel- und Osteuropas, obwohl diese im Vergleich zu den westeuropäischen traditionell als riskanter eingestuft werden.

Staatsfinanzierung

Im Verlauf der Finanzkrise gerieten auch öffentliche Körperschaften in einen Kreditengpass. Länder wie Italien oder Frankreich mussten zum Beispiel besondere Maßnahmen ergreifen, um regionale Körperschaften finanziell zu unterstützen. Mittlerweile fließt jedoch wieder ein beträchtlicher Teil der auf den Märkten verfügbaren Liquidität in die Finanzierung von Staaten und öffentlichen Körperschaften.

In unseren Kernmärkten Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien wurde die Verfügbarkeit von Liquidität zur Finanzierung von Staaten und regionalen Körperschaften mindestens von einem der folgenden Faktoren unterstützt:

- Risikoaverses Angebotsverhalten von Regional- und Geschäftsbanken, die deshalb Kredite vermehrt im öffentlichen Sektor vergeben statt an die Privatwirtschaft
- Steigendes Volumen der Kundeneinlagen bei großen Geschäftsbanken, welches in sicheres Kreditgeschäft reinvestiert wurde
- Lockerung der Beleihungsrichtlinien für Anleihen und Darlehen bei der EZB, um eine günstigere Refinanzierung zu ermöglichen
- Unterstützung des europäischen Marktes für gedeckte Anleihen, wie den deutschen Pfandbrief, durch die EZB mit der Absicht, Bonds im Wert von bis zu 60 Mrd. € zu erwerben (bis zum 8. Dezember 2009 hatte die EZB Bonds im Wert von 28,3 Mrd. € erworben)

Obwohl sich im Laufe des Berichtsjahres einzelne Marktteilnehmer von der Staatsfinanzierung zurückzogen, erschlossen einige Regionalbanken erfolgreich ihre heimischen Märkte und sorgten so vor allem in der zweiten Jahreshälfte für verstärkten Wettbewerb. Nachdem aufgrund vorübergehender Maßnahmen (z. B. beschleunigte Mehrwertsteuerrückzahlung in Frankreich) die Nachfrage nach Finanzierungen für Gebietskörperschaften kleiner geworden war, erhöhte sich der Druck auf die Margen.

Deshalb erhielten die regionalen und kommunalen Körperschaften in den Kerngebieten wieder einfacher Zugang zu Finanzierungen, bei vergleichsweise geringerem Risikoaufschlag. Ein großer Unterschied zwischen den Märkten besteht in der Fristigkeit. Während beispielsweise in Spanien Laufzeiten bis zu 10 Jahren angeboten werden, beträgt die Laufzeit für staatliche Schuldner in Frankreich und in Deutschland 20 bis 30 Jahre.

Ogleich der Zugang zu Finanzierungsmitteln für Staaten und Gebietskörperschaften leichter wurde, stuften die Ratingagenturen einige EU-Länder herab. Portugal wurde beispielsweise auf A+ herabgestuft (S & P, Stand Januar 2010), das Rating von Großbritannien und Spanien zwar auf AAA belassen, aber jeweils mit negativer Prognose versehen (S & P, Stand Dezember 2009), und Griechenland wurde zuletzt auf BBB+ herabgestuft (Fitch Ratings, Stand Dezember 2009). Diese Entwicklung spiegelte sich auch in ausgewählten Credit Default Swaps (CDS) sowie in den Risikoaufschlägen für zehnjährige Staatsanleihen wider.

Infrastrukturfinanzierung

Wie auch andere Kreditmärkte litt im Jahr 2009 der Markt für Infrastrukturfinanzierungen unter mangelnder Verfügbarkeit von Refinanzierungsmitteln und unter steigenden Kreditausfällen. Gerade für private Akquisitionsfinanzierungen und Vermögenswert-basierte Finanzierungen von beispielsweise Schiffen oder Flugzeugen sind die für die Bedienung der Darlehensverpflichtungen wichtigen Cashflows aufgrund der schwachen Konjunktur deutlich rückläufig und die Risiken damit hoch. Dies gilt auch für private Transportinfrastrukturfinanzierungen wie Flughäfen, Häfen und Mautstraßen. Infrastrukturfinanzierungen von öffentlichen Projekten wie Wasser- oder Stromkraftwerken werden weniger kritisch gesehen, da diese überwiegend eng mit dem öffentlichen Sektor verbunden sind und damit konstante und vorhersehbare Cashflows aufweisen. Für Engagements mit Beteiligung der öffentlichen Hand, insbesondere Public Private Partnerships zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur wie Bildung, Gesundheitswesen und Transportwesen, ist die Situation am komfortabelsten, da die konjunkturelle Abhängigkeit gering ist. Hierfür besteht am Markt sowohl Kreditnachfrage als auch -angebot, meist von inländischen Banken.

Refinanzierungsmärkte

Die Refinanzierungsmärkte haben sich im Laufe des Jahres 2009 kontinuierlich stabilisiert. In der zweiten Jahreshälfte fanden vermehrt erfolgreiche Kapitalmarktemissionen statt. Positiv hat sich der Markt für gedeckte Schuldverschreibungen entwickelt. Neben den sogenannten Bench-

mark-Covered-Bond-Transaktionen mit einem Volumen von mehr als 1 Mrd. € konnten auch Privatplatzierungen in einem vergleichsweise hohen Umfang realisiert werden. Zur Stabilisierung hat auch das Covered-Bond-Kaufprogramm der EZB beigetragen. Andere Märkte haben die positive Spread-Entwicklung am Markt für gedeckte Schuldverschreibungen teilweise nachvollzogen. So haben sich auch die Märkte für unbesicherte Bank-Emissionen weiter stabilisiert. Jedoch ist das Niveau der Risikoaufschläge generell immer noch höher als vor der Finanzkrise. Der Geldmarkt hat sich noch nicht wieder vollständig erholt. Die umgesetzten Volumina außerhalb der Offenmarktgeschäfte der EZB sind weit geringer als vor der Finanzmarktkrise.

Wesentliche rechtliche Rahmenbedingungen

Das im Juli 2009 von der Bundesregierung erlassene Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung ermöglicht es Kreditinstituten, erworbene Risikoaktiva und nicht strategische Geschäftsbereiche in eine Abwicklungsanstalt auszulagern. Das sogenannte Abwicklungsanstalt-Modell ermöglicht die Entlastung der Bankbilanzen von Problemaktiva.

Auch die Neufassung der „Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten“ (MaRisk) sind für die Branche bedeutend. Hier sind vor allem die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Stresstesting, Liquiditätsrisiko sowie Risikokonzentration von Relevanz. Höhere Anforderungen stellen die MaRisk nun auch an das gruppenweite Risikomanagement. Darin wird ausdrücklich gefordert, dass eine Strategie für den gesamten Konzern entwickelt wird; das heißt, die Risikotragfähigkeit muss für den gesamten Konzern gewährleistet sein.

Das im Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) enthält neben den bilanzrechtlichen Regelungen für den handelsrechtlichen Jahresabschluss und Konzernabschluss eine Reihe von Bestimmungen, die die Corporate Governance betreffen. Die bilanzrechtlichen Regelungen sind überwiegend verpflichtend im Jahr 2010 anzuwenden, alle Corporate-Governance-Regelungen finden schon für das Jahr 2009 Anwendung.

Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Strategie

Organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns Die Konzernstruktur der HRE bestand im Berichtsjahr insbesondere aus der übergeordneten HRE Holding und den operativen Banktochterunternehmen Hypo Real Estate Bank AG und DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG sowie der DEPFA Bank plc. Die DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG wurde am 29. Juni 2009 auf die Hypo Real Estate Bank AG verschmolzen, die in Deutsche Pfandbriefbank AG umfirmiert wurde. Seit dem 19. Mai 2009 ist die HRE Holding auch im aufsichtsrechtlichen Sinn das übergeordnete Unternehmen des HRE Konzernverbundes (§ 10 a Abs. 3 KWG). In der Struktur gliedern sich die Verantwortungsbereiche in drei Berichtssegmente, die weitgehend unabhängig von der rechtlichen Unterteilung nach Tochterunternehmen sind.

Unternehmensstrategie Im Geschäftsjahr 2009 war die HRE konzernübergreifend in drei Berichtssegmenten tätig: Commercial Real Estate (gewerbliche Immobilienfinanzierung), Public Sector & Infrastructure Finance (Finanzierung der öffentlichen Hand sowie von Infrastrukturmaßnahmen) sowie Capital Markets & Asset Management (Kapitalmarktgeschäft und Asset Management). Im Segment Public Sector & Infrastructure Finance hat sich die HRE aus dem Neugeschäft für Infrastrukturfinanzierung komplett zurückgezogen. Ziel ist der weitgehende Abbau des Kreditportfolios unter wertschonenden Gesichtspunkten. Das Segment Capital Markets & Asset Management hat für die Zukunft weitestgehend keine strategische Bedeutung mehr. So wurden z. B. die Tochterunternehmen Collineo Asset Management GmbH und DEPFA First Albany Securities LLC verkauft. Lediglich im Zusammenhang mit der Strukturierung von Finanzierungen werden in den Geschäftssegmenten Commercial Real Estate und Public Sector & Infrastructure Finance Kapitalmarktprodukte zur Risikoreduzierung angeboten.

Im Zuge der strategischen Neuausrichtung wird die Segmentstruktur überarbeitet. Im Geschäftsjahr 2010 wird die HRE ihr Berichtswesen auf drei Berichtssegmente umstellen: Das strategische Geschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung (bisher Commercial Real Estate) wird zukünftig im Segment Real Estate Finance zusammenge-

fasst und das strategische Staatsfinanzierungsgeschäft (bisher Public Sector & Infrastructure Finance) im Segment Public Sector Finance. Das nicht-strategische Geschäft wird im Segment „Value Portfolio“ erfasst und soll wertschonend abgebaut werden. Zusätzlich wird eine Spalte „Consolidation & Others“ eingeführt, die neben buchhalterischen Konsolidierungsposten einzelne Positionen umfasst, die nicht den strategischen Segmenten beziehungsweise dem Value Portfolio zugeordnet werden können.

Neugeschäft wird nur in der Deutschen Pfandbriefbank AG getätigt, und zwar in den beiden folgenden Segmenten; dem gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft (Real Estate Finance) und dem Staatsfinanzierungsgeschäft (Public Sector Finance). Wesentlicher Erfolgsfaktor in der Neugeschäftsstrategie sind in den beiden zukünftigen Zielsegmenten Real Estate Finance und Public Sector Finance die zahlreichen und langjährigen Kundenverbindungen und der große Kundenstamm, die die Basis für die im Jahr 2009 getätigten Neugeschäfte waren. Die Neugeschäftsstrategien dieser beiden Geschäftssegmente gestalten sich wie folgt:

Real-Estate-Finance-Neugeschäftsstrategie Real Estate Finance fokussiert auf Immobilienfinanzierungen mit konservativer Refinanzierungsstrategie für professionelle Investoren. Der Schwerpunkt liegt auf der Finanzierung bereits bestehender Objekte, Entwicklungsfinanzierungen werden nur selektiv und nicht-spekulativ vorgenommen. Der geografische Fokus liegt auf pfandbrieffähigen Märkten, insbesondere Deutschland, England und Frankreich sowie andere ausgewählte europäische Regionen, in denen die Deutsche Pfandbriefbank AG schon in der Vergangenheit aktiv war. Es werden Beleihungsausläufe von bis zu 80 % eingegangen. Die Zielgröße von Finanzierungen liegt in einer Höhe von 70 Mio. € und, sehr selektiv, von bis zu 100 Mio. €; eine Mindestlosgröße von 10 Mio. € gilt für deutsche Mittelstandskunden beziehungsweise 20 Mio. € für professionelle Immobilienfinanzierungskunden im restlichen Europa. Strategische Partnerschaften werden mit anderen Instituten mit dem Ziel geschlossen, durch Syndizierungen und Konsortialfinanzierungen für Kunden auch höhere Beleihungsausläufe ohne vermehrtes Risiko für die Bank zu ermöglichen.

Public-Sector-Finance-Neugeschäftsstrategie Neugeschäft soll mit Fokus auf die Primärmärkte, sprich die direkte Finanzierung öffentlicher Körperschaften, und mit einer konservativen Refinanzierungsstrategie erfolgen. Ziel ist eine Konzentration auf pfandbrieffähige Märkte mit exzellenten Länderratings. Für das Geschäftsjahr 2009 lag der Schwerpunkt auf Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien. Die Zielgruppe für dieses Geschäft sind profitable Kundensegmente mit einem adäquaten Risikoniveau: Regionen, Städte und Gemeinden sowie staatlich garantierte öffentliche Körperschaften und garantierte Public Private Partnerships. Nur eingeschränkt findet direktes Geschäft mit souveränen Staaten statt, da diese überwiegend den direkten Zugang zu den Kapitalmärkten nutzen und nur geringe Cross-Selling-Möglichkeiten bei niedrigen oder sogar negativen Margen ermöglichen. Es werden vor allem einfache und maßgeschneiderte Finanzierungs-lösungen angestrebt, die in größerem Umfang der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet werden und Laufzeiten bis zu zwölf Jahren haben. Ein weiteres Ziel ist die signifikante Verbesserung der Profitabilität im Public-Sector-Finance-Geschäftssegment durch aktives Anbieten von Kundenderivaten zur Risikoreduktion, nicht jedoch für spekulative Zwecke.

Strategie zum wertschonenden Abbau von Kredit- und Wertpapierportfolios In Abstimmung mit dem SoFFin hat die HRE Holding bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögensgegenständen gestellt. Auf diese Abwicklungsanstalt will die HRE Geschäftsbereiche, die für die Neuausrichtung des Unternehmens nicht strategienotwendig sind, und weitere Bilanzpositionen übertragen. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen und Vermögenswerte bis zu 210 Mrd. € umfassen. Kredite, die nicht mehr im strategischen Fokus der Kernbank stehen, können so auch im Interesse der Kunden wertschonend weitergeführt werden. Außerdem soll durch die Übertragung der weitere Kapitalbedarf der Deutschen Pfandbriefbank AG sinken und diese Gesellschaft schneller reprivatisierungsfähig gemacht werden. Ob und inwieweit dem Antrag auf Errichtung der Abwicklungsanstalt stattgegeben wird, liegt im Ermessen der FMSA.

Steuerungskonzept Das Steuerungskonzept der HRE ist darauf ausgerichtet, den Fortbestand des Konzerns zu sichern und langfristig den Unternehmenswert zu steigern. Im Vordergrund stehen weiterhin die Sicherstellung der Liquidität und der Solvabilität sowie die Verbesserung des Risiko-früherkennungssystems. Bei der Liquiditätssteuerung steht die jederzeitige Fähigkeit im Vordergrund, alle fälligen Zahlungsverpflichtungen erfüllen zu können. Wie im Vorjahr kann dieses Ziel derzeit nur mithilfe umfangreicher Unterstützungsmaßnahmen erreicht werden. Die Solvabilität, also die ausreichende Ausstattung mit Eigenkapital, wird auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kennziffern Kernkapitalquote und Eigenmittelquote auf Konzernebene und Einzelinstitutsebene gesteuert. Die gesetzlich vorgeschriebenen Quoten konnten ebenfalls nur mithilfe der Unterstützungsmaßnahmen erreicht werden. Die HRE steuert diese Quoten auch auf Basis von Szenarioanalysen, die zum Beispiel Ratingmigrationen oder Wechselkursveränderungen berücksichtigen. Bei der Steuerung des Eigenkapitals steht im Vordergrund, die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie die Anforderungen der Ratingagenturen und Geschäftspartner an die Mindestkapitalisierung zu erfüllen. Das Risikofrüherkennungssystem wurde nach der Krise der HRE überarbeitet; es ist ausführlich im Risikobericht dargestellt.

Gleichzeitig ist zur Sicherung des Fortbestands des Unternehmens strikte Kostendisziplin erforderlich. Diese wird sowohl anhand der absoluten Kosten als auch mittels der Cost-Income-Ratio überwacht. Die Cost-Income-Ratio ist das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsaufwand und den operativen Erträgen, bestehend aus dem Zinsüberschuss und ähnlichen Erträgen, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis, dem Finanzanlageergebnis, dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen. Eine Verbesserung der Cost-Income-Ratio wird primär durch eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes im Zuge der Restrukturierung und erst in zweiter Linie durch zunehmendes Neugeschäft angestrebt. Darüber hinaus strebt die HRE durch den wertschonenden Abbau nicht-strategischer Portfolios eine weitere Reduzierung der Bilanzsumme an.

Die Steigerung des Unternehmenswertes ist gegeben, wenn die Eigenkapitalrentabilität einer Steuerungseinheit ihre Eigenkapitalkosten nachhaltig übersteigt. Zur Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität wird der Jahresüber-

schuss nach IFRS in Beziehung zum durchschnittlichen Eigenkapital (ohne AfS-Rücklage und Cashflow-Hedge-Rücklage) gesetzt. Dabei stellen die Eigenkapitalkosten die rechnerischen Kosten für das Eigenkapital dar und geben den Grenzkostensatz für die bestehende und künftige Risikoprämiierung vor. Durch Vergleich der Eigenkapitalrentabilität mit den Eigenkapitalkosten werden das Neugeschäft und das bestehende Portfolio auf Rentabilität unter Berücksichtigung des ökonomischen Risikos untersucht.

Wesentliche Ereignisse

Liquiditätssichernde Maßnahmen Die HRE griff im Geschäftsjahr 2009 unverändert auf Liquiditätshilfen eines Konsortiums der Finanzwirtschaft sowie des SoFFin zurück. Die Liquiditätsunterstützung belief sich per 31. Dezember 2009 auf insgesamt 95,0 Mrd. €. Die Entwicklung ist der unten stehenden Tabelle zu entnehmen.

Der SoFFin hat zunächst am 4. November 2009 den gesamten Garantierahmen für die HRE in Höhe von 52 Mrd. € bis zum 30. Juni 2010 verlängert. Die Verlängerung war erforderlich, da die Garantien zum 18. November 2009 ausliefen. Die zur HRE gehörende Deutsche Pfandbriefbank AG kann den SoFFin-Garantierahmen weiterhin nutzen, um auszugebende Schuldverschreibungen zu besichern. Die Konditionen blieben unverändert: So zahlte die Deutsche Pfandbriefbank AG an den SoFFin eine zeitanteilig berechnete Bereitstellungsprovision in Höhe von 0,1 % auf den nicht in Anspruch genommenen Teil des Garantierahmens. Für die Ausnutzung fällt eine Provision in Höhe von 0,5 % p.a. an.

Für die seit November 2008 bestehende Liquiditätsfazilität für die HRE mit einem ursprünglichen Volumen in Höhe von 50 Mrd. € haben der SoFFin, die HRE und ein Konsortium der deutschen Finanzwirtschaft eine neue Struktur vereinbart. Die neue Liquiditätsfazilität hat sich aufgrund von Tilgungen in Höhe von 7 Mrd. € im Laufe des Jahres 2009 auf 43 Mrd. € reduziert. Davon hat das Konsortium der deutschen Finanz- und Versicherungswirtschaft rund 23 Mrd. € gezeichnet. Die Auszahlung erfolgte am 23. Dezember 2009 beziehungsweise am 30. Dezember 2009. In Höhe von 20 Mrd. € wurden Wertpapiere der Deutschen Pfandbriefbank AG begeben, die wie bisher über Zentralbanken, aber auch über den Markt refinanziert wurden. Die Fazilität wurde in vollem Umfang mittels SoFFin-Garantien mit einer Laufzeit bis zum 22. Dezember 2010 besichert. Die Bundesgarantien über 35 Mrd. € wurden abgelöst. Das Sicherheitenportfolio über ursprünglich rund 60 Mrd. € wird bis zum 31. März 2010 weitgehend freigegeben werden. Sowohl die Bundesgarantie als auch das Sicherheitenportfolio dienen als Sicherheit für die ursprüngliche Fazilität in Höhe von 50 Mrd. €. Nicht freigegeben sind die Verpfändungen der Anteile an der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc sowie die Verpfändungen der Anteile an Tochterunternehmen der DEPFA Bank plc. Mit dieser Restrukturierung reduzieren sich die Kosten der HRE für die Liquiditätsbereitstellung. Die vom Konsortium übernommenen Wertpapiere werden mit dem EURIBOR-Zinssatz + 0,10 Prozentpunkte p.a. verzinst. Die SoFFin-Garantien kosten 0,10 % p.a. Bereitstellungsgebühr beziehungsweise 0,50 % p.a. bei Ausnutzung.

Liquiditätsunterstützungsmaßnahmen für die HRE				
Art der Unterstützungsmaßnahme	Datum der Gewährung	Fälligkeit unter Berücksichtigung von Prolongationen	Ursprünglicher Nominalbetrag in Mrd. €	Nominalbetrag zum 31.12.2009
Emission von staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen (= Ablösung der Liquiditätskreditlinie der Deutschen Bundesbank vom 13.11.2008 bis 26.3.2009)	26.3.2009	30.12.2009	20,0	—
Emission von staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen	13.11.2008	23.12.2009	15,0	—
Emission von besicherten Schuldverschreibungen	13.11.2008	23.12.2009	15,0	—
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibung (Ablösung des vom SoFFin erstmalig gewährten Garantierahmens vom 19.4.2009)	18.11.2009	30.6.2010	52,0	52,0
Emission von SoFFin-garantierten Inhaberschuldverschreibungen (Ablösung der staatlich garantierten und der besicherten Schuldverschreibungen vom 26.3.2009 bis 23.12.2009)	23.12.2009	22.12.2010 ¹⁾	23,0	23,0
Emission von SoFFin-garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen (Ablösung der staatlich garantierten, EZB-fähigen Inhaberschuldverschreibungen vom 26.3.2009 bis 30.12.2009)	30.12.2009	22.12.2010	20,0	20,0
Summe der Liquiditätsunterstützung				95,0

¹⁾ Gemäß § 5 (1) der Anleihebedingungen sind zum 23.3./23.6./23.9.2010 Teilrückzahlungen von jeweils 1,5 Mrd. € vorzunehmen.

Rekapitalisierung Der SoFFin hat die HRE im Geschäftsjahr 2009 zunächst mit insgesamt rund 6 Mrd. € rekapitalisiert: 3 Mrd. € flossen der HRE Holding über zwei Kapitalerhöhungen im März und im Juni 2009 zu. Im November 2009 erhielt der Konzern weitere 3 Mrd. €. Die EU-Kommission hat mit Entscheidung vom 13. November 2009 die weitere Rekapitalisierungstranche für die HRE vorläufig, das heißt bis zur endgültigen Entscheidung über den Umstrukturierungsplan, mit den Beihilfenvorschriften des EG-Vertrags für vereinbar erklärt.

Die jüngste Kapitalzuführung durch den SoFFin erfolgte auf Ebene der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG: In die Rücklage der HRE Holding zahlte der SoFFin 700 Mio. € ein. Bei der Deutschen Pfandbriefbank AG wurden 1,3 Mrd. € den Rücklagen zugeführt; 1 Mrd. € wurde als stille Einlage gezahlt. Darüber hinaus hat der SoFFin am 6. November 2009 in einer schriftlichen Absichtserklärung gegenüber der HRE erneut bekräftigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG sicherzustellen. Die Unter-

stützung, die die HRE insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, ggf. eine Abwicklungsanstalt für nicht strategische oder notleidende Vermögenswerte der HRE einzurichten. Diese sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Verfahren bei der Europäischen Kommission Die Europäische Kommission hat mit Entscheidung vom 2. Oktober 2008 Maßnahmen zur Abdeckung des Liquiditätsbedarfs der HRE genehmigt. In der Entscheidung wurde die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, bis spätestens 1. April 2009 einen Umstrukturierungsplan für die HRE vorzulegen. Die HRE hat einen solchen Umstrukturierungsplan erstellt und über das Bundesministerium für Wirtschaft fristgerecht bei der Europäischen Kommission eingereicht. Dieser Umstrukturierungsplan wird gegenwärtig von der Europäischen Kommission geprüft. Mit Entscheidung vom 7. Mai 2009 hat die Europäische Kommission das sogenannte „förmliche Prüfverfahren“ eingeleitet. Mit Entscheidung vom 13. November 2009 hat die Europäische Kommission das förmliche Prüfverfahren auf weitere, in der Zwischenzeit bereits gewährte, sowie auf geplante

Maßnahmen zugunsten der HRE erweitert. Die Einleitung und Erweiterung des förmlichen Prüfverfahrens ist in komplexen beihilferechtlichen Verfahren das übliche Vorgehen; es wird von der Europäischen Kommission ergebnisoffen geführt und nimmt noch keine inhaltliche Entscheidung vorweg. Der Vorstand der HRE Holding rechnet derzeit mit einer abschließenden Entscheidung frühestens im zweiten Quartal 2010.

Außerordentliche Hauptversammlung im Juni 2009 Am 2. Juni 2009 fand in München mit rund 2.000 Aktionären die erste außerordentliche Hauptversammlung der HRE Holding statt. Auf der Tagesordnung stand ausschließlich die „Beschlussfassung über eine Erhöhung des Grundkapitals gemäß §§ 182 ff. AktG i.V.m. § 7 FMStBG gegen Bareinlagen unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre“. Die Präsenz zum Zeitpunkt der Abstimmung über diesen einzigen Tagesordnungspunkt belief sich auf 74,06 % des Grundkapitals. Die Aktionärinnen und Aktionäre stimmten der von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Kapitalerhöhung mit großer Mehrheit zu (73,95 %). Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der SoFFin zugelassen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der SoFFin hatte sein Bezugsrecht ausgeübt und rund 986,5 Mio. Aktien zu einem Ausgabebetrag von 3,00 € gezeichnet. Das Amtsgericht München als zuständiges Registergericht trug die Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 ein. Damit beträgt das Grundkapital der Gesellschaft 3.652.885.800 €, das sich in 1.217.628.600 Stückaktien aufteilt. Der SoFFin hielt damit 90 % der Aktien der HRE Holding. Der Gesellschaft floss aus dieser Kapitalerhöhung rund 2,96 Mrd. € zu.

Ordentliche Hauptversammlung im August 2009 Am 13. August 2009 fand die ordentliche Hauptversammlung der HRE Holding in München statt, zu der rund 1.750 Aktionäre kamen. Die Hauptversammlung wählte turnusgemäß einen neuen Aufsichtsrat. Zudem stimmte die Hauptversammlung auch einer vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Sonderprüfung nach dem Aktiengesetz zu. Prüfungsgegenstand sind die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Erwerb der irischen DEPFA Bank plc und der Liquiditätssteuerung der HRE. Zwei weitere Anträge auf Sonderprüfung betreffend den Erwerb von Anteilen an der irischen DEPFA Bank plc, mögliche Bilanzmanipulationen und falsche Darstellung der Vermögens-, Finanz-, und Ertrags-

lage der HRE wurden ebenfalls angenommen. Die Hauptversammlung hat entschieden, dass alle Sonderprüfungen einheitlich von einem Prüfer durchgeführt werden sollen. Ein weiterer Antrag von Aktionären auf Sonderprüfung hinsichtlich des Ausgabebetrags neuer Anteile bei den im März und im Juni 2009 durchgeführten Kapitalerhöhungen sowie des Ausschlusses des Bezugsrechts wurde von der Hauptversammlung zurückgewiesen. Die Entlastung der ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands und der bereits vor der ordentlichen Hauptversammlung ausgeschiedenen Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2008 (mit Ausnahme von Dr. Edgar Meister, der den Aufsichtsrat bereits im Mai 2009 verlassen hatte) wurde vertagt. Den zum Zeitpunkt der Hauptversammlung amtierenden Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats (sowie einschließlich Dr. Edgar Meister), die bereits 2008 im Amt waren, wurde für das Geschäftsjahr 2008 mit großer Mehrheit Entlastung erteilt. Die Präsenz zum Zeitpunkt der Abstimmungen belief sich auf rund 95 % des Grundkapitals.

Außerordentliche Hauptversammlung im Oktober 2009 An der zweiten außerordentlichen Hauptversammlung der HRE Holding am 5. Oktober 2009 in München nahmen rund 1.450 Aktionäre teil. Die Hauptversammlung der HRE Holding beschloss mit einer Mehrheit von rund 95 % der anwesenden Stimmen den Ausschluss der Minderheitsaktionäre. Zum Zeitpunkt der Abstimmung betrug die Präsenz rund 95 % des Grundkapitals. Der Ausschluss der Minderheitsaktionäre erfolgte auf Verlangen des SoFFin, der zum Zeitpunkt der Hauptversammlung als Mehrheitsaktionär rund 90 % der HRE Holding Aktien hielt. Die Aktionäre erhielten eine Barabfindung von 1,30 € je Stückaktie. Vollzogen wurde die Übertragung der Aktien mit Eintragung des Übertragungsbeschlusses in das Handelsregister am 13. Oktober 2009, womit der SoFFin vollständiger Eigentümer der HRE Holding wurde.

Standortschließungen beziehungsweise -konsolidierungen

Die Reduzierung beziehungsweise Konsolidierung der Standorte schreitet im Plan gut voran. Seit Januar 2009 wurden bereits 22 Standorte weltweit geschlossen; weitere zwei Standortschließungen sollen bis Ende des Jahres 2010 folgen. Darüber hinaus wurden an Standorten mit mehreren Bürogebäuden (Dublin, London, Madrid, Paris, New York) die Büros zusammengelegt.

In der zweiten Augushälfte 2009 wurden alle Umzüge der bisherigen Münchner Standorte an den Standort Unterschleißheim abgeschlossen. Dort ist nun der überwiegende Teil der Mitarbeiter zusammengeführt, die in München bisher auf fünf Standorte im Stadtgebiet verteilt arbeiteten. Lediglich die IT-Tochter pbb Services GmbH sowie ein zeitlich befristetes IT-Projekt haben ihre zwei Standorte in München behalten. Der Standort Unterschleißheim bietet Büros für rund 650 Mitarbeiter. Der juristische Sitz des Unternehmens bleibt auch nach dem Umzug München.

Neue Marke pbb Deutsche Pfandbriefbank Seit dem 2. Oktober 2009 tritt die Deutsche Pfandbriefbank AG unter der neuen Marke „pbb Deutsche Pfandbriefbank“ sowie mit neuem Logo und neuem Corporate Design am Markt auf. Der neue Marktauftritt kam erstmals bei der internationalen Immobilienmesse Expo Real vom 5. bis 7. Oktober 2009 in München zum Einsatz. Mit dem neuen Marktauftritt vollzieht die Bank auch in der Außendarstellung die Verschmelzung von DEPPFA Deutscher Pfandbriefbank AG und Hypo Real Estate Bank AG zur Deutschen Pfandbriefbank AG.

Deutsche Pfandbriefbank AG überträgt Betrieb und Management ihrer IT-Infrastruktur Ab dem 1. November 2009 haben die Deutsche Pfandbriefbank AG und die mit ihr verbundenen Konzernunternehmen den Betrieb der weltweiten IT-Infrastruktur einheitlich an Fujitsu Services GmbH ausgelagert. Diese Maßnahme umfasst den Betrieb der Rechenzentren, der Server, der Netzwerke sowie weitere Dienstleistungen.

Verkäufe von Wertpapier- und Forderungsportfolios Die HRE hat im September 2009 erfolgreich ein Auktionsverfahren für Forderungen der Gruppe aus dem Insolvenzverfahren von Lehman Brothers abgeschlossen. Im Rah-

men der Auktion veräußerte der Konzern weitgehend alle seine Forderungen gegen die Lehman Brothers Holding beziehungsweise verbundene Unternehmen im Volumen von rund 232,5 Mio. €. Durch den Verkauf realisiert der Konzern einen Buchgewinn. Darüber hinaus hat die HRE im Jahr 2009 CDOs und MBS (verbriefte Hypothekenkreditforderungen) mit einem Nominalwert von 1,3 Mrd. € sowie ein Portfolio von amerikanischen Studentenkrediten (Student Loans, Nominalwert von 0,5 Mrd. €) verkauft.

Kapitalmarktemissionen Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat am 8. September 2009 erfolgreich einen Jumbo-Hypothekenpfandbrief im Volumen von 1,5 Mrd. € sowie am 14. Oktober 2009 einen Öffentlichen Jumbopfandbrief im Volumen von 1 Mrd. € begeben. Dies waren die ersten öffentlichen Emissionen des Instituts seit mehr als einem Jahr. Beide Papiere wurden am Markt sehr positiv aufgenommen und waren überzeichnet. Die Deutsche Pfandbriefbank AG zahlte für den Jumbo-Hypothekenpfandbrief einen Aufschlag von 50 Basispunkten und für den Öffentlichen Jumbopfandbrief einen Aufschlag von 55 Basispunkten über dem aktuellen Referenzpreis im Swap-Markt. Bereits zu Anfang des Jahres 2010 hat die Deutsche Pfandbriefbank AG am 11. Januar 2010 erfolgreich einen weiteren Öffentlichen Jumbopfandbrief im Volumen von 1 Mrd. € aufgelegt. Der aktuelle Pfandbrief ist mit einem jährlichen Kupon von 3,375 % ausgestattet und hat eine Laufzeit von sieben Jahren. Die Deutsche Pfandbriefbank AG zahlte einen Aufschlag von 38 Basispunkten über dem aktuellen Referenzpreis im Swap-Markt. Bei einem Emissionspreis (Re-offer-Preis) von 99,254 % entspricht dies einer Rendite des Pfandbriefs von 3,497 %. Darüber hinaus wurden im Jahr 2009 unbesicherte Emissionen in Höhe von 1,6 Mrd. € getätigt. Das Emissionsvolumen von Short Term Deposits und Commercial Papers belief sich auf 1,8 Mrd. €.

Personalia

Personelle Veränderungen im Vorstand Im Berichtszeitraum gab es folgende personelle Veränderungen im Vorstand: Die Vorstandsmitglieder Bettina von Oesterreich, Dr. Robert Grassinger und Cyril Dunne verließen zum 31. Januar 2009 den Vorstand der HRE Holding. Cyril Dunne gehört weiterhin dem Board of Directors der DEPFA Bank plc an.

Der Aufsichtsrat bestellte mit Wirkung zum 1. Februar 2009 Manuela Better zum Vorstand der HRE Holding. Sie verantwortet die Funktion des Risikovorstands (CRO). Des Weiteren berief der Aufsichtsrat zum 1. Oktober 2009 Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen in den Vorstand. Er übernahm die Funktion des Finanzvorstandes (CFO). Dr. Bernhard Scholz wurde vom Aufsichtsrat zum 1. Januar 2010 als Mitglied des Vorstands bestellt. Er verantwortet das Ressort Real Estate Finance.

Ratings

Im Geschäftsjahr 2009 und bis zum 12. März 2010 kam es im Hinblick auf die Bank- und Covered Bond Ratings zu folgenden wesentlichen Ratingveränderungen der drei mandatierten Ratingagenturen:

Im Januar 2009 setzte Fitch Ratings im Vorfeld der avisierten Verschmelzung mit dem öffentlichen Deckungsstock der Hypo Real Estate Bank AG das Rating der Öffentlichen Pfandbriefe der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf Überprüfung für eine mögliche Herabstufung.

Anfang Februar 2009 beendete Moody's die Überprüfung der Ratings und senkte das Langfrist-Rating der Banken wegen der zu erwartenden staatlichen Unterstützung nur um eine Stufe von A2 auf A3. Die weiteren Ratingnoten wurden bestätigt, der Ausblick auf alle Ratings ist negativ. In einer weiteren Ratingaktion bestätigte Moody's die Ratings der Pfandbriefe der Hypo Real Estate Bank AG und der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG und beendete damit die Überprüfung auf Herabstufung. Gleichzeitig wurde das Rating der Asset Covered Securities der DEPFA ACS Bank von Aa1 auf Aa2 gesenkt; dieses Rating verbleibt zunächst noch unter Überprüfung auf Herabstufung.

Anfang April 2009 stellte Standard & Poor's die Bankratings wegen der zu erwartenden staatlichen Unterstützung auf „Credit Watch Positive“ (Überprüfung auf Ratingverbesserung).

Nach der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 verbesserte Fitch das Kurzfrist-Rating von F1 auf F1+.

Die am 29. Juni 2009 erfolgte Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG, die heute als Deutsche Pfandbriefbank AG firmiert, blieb ohne Auswirkung auf die Ratings.

Ende November 2009 beendete Fitch Ratings die bis dahin andauernde Überprüfung der Öffentlichen Pfandbriefe der Deutschen Pfandbriefbank AG und bestätigte das AAA-Rating.

Ratings der Konzerngesellschaften und Covered Bonds

Stand 31. Dezember 2009

	Standard & Poor's ¹⁾	Moody's	Fitch Rating
Langfrist-Rating	BBB	A3	A–
Ausblick	Credit Watch Positive	Negativ	Stabil
Kurzfrist-Rating	A–2	P–1	F1+
Öffentliche Pfandbriefe	AAA ²⁾	Aaa	AAA
Hypothekendarpfandbriefe	AAA ²⁾	Aa3	AA+ ²⁾
Asset Covered Securities	AAA ²⁾	Aa2 ²⁾	AAA
Lettres de Gage	AAA ²⁾	—	—

¹⁾ Für die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. und deren Lettres de Gage werden nur von Standard & Poor's Ratingnoten vergeben.

²⁾ Überprüfung auf Herabstufung

Die HRE als Arbeitgeber

Mit der Umsetzung der im Jahr 2008 beschlossenen strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung der HRE kam es in 2009 zu umfassenden Umbauaktionen im Konzern, die zu einer Straffung der Organisationsstruktur führten und in deren Folge auch erhebliche Personalabbaumaßnahmen sowie Zusammenlegungen und Schließungen von Standorten vorgenommen wurden. Gleichzeitig konnten – trotz zunehmenden Wettbewerbs am Markt – im Zuge der Sicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der Bank neue, hoch qualifizierte Mitarbeiter zur Verstärkung von strategisch wichtigen Stabs- und Geschäftsbereichen rekrutiert werden.

Veränderungen in der Aufbauorganisation und Besetzung von Schlüsselfunktionen Unmittelbar nach der Kommunikation der strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung des Konzerns im Dezember 2008 wurden sowohl die Aufbauorganisation als auch die Besetzung von Schlüsselfunktionen einer systematischen Überprüfung unterzogen. Im Zuge der Neuausrichtung wurde die bestmögliche Besetzung der zweiten Führungsebene für die Erneuerung des Konzerns als besonders erfolgskritisch bewertet. Es galt, die Besetzungsentscheidungen möglichst transparent, objektiv und auch hinsichtlich der Entscheidungsqualität treffsicher zu gestalten. Die Führungskräftebewertung wurde gemeinsam mit einem externen Berater durchgeführt und durch persönliche Gespräche mit dem Vorstand validiert. Es wurden 77 Führungskräftebewertungen durchgeführt. Der Prozess wurde im ersten Quartal 2009 abgeschlossen und als Ergebnis die neue Aufbauorganisation und die Besetzung der zweiten Führungsebene im März 2009 kommuniziert.

Personalabbau, Standortschließungen und Konsolidierung im Rahmen der Restrukturierung Als Grundlage für die Umsetzung der Restrukturierungsmaßnahmen in Deutschland wurden die hierfür notwendigen Interessenausgleiche verhandelt. Es wurde überdies zwischen Geschäftsleitung und Konzernbetriebsrat in Deutschland eine Rahmenvereinbarung geschlossen, in der die Maßnahmen im Zuge der Restrukturierung benannt und Umsetzungsregeln im Hinblick auf die Restrukturierung beschrieben wurden. Mit den jeweils zuständigen Betriebsratsgremien wurden zudem die ebenfalls für den gesamten Zeitraum der Restrukturierung gültigen Sozialpläne abgeschlossen.

In Summe sank die Zahl der Mitarbeiter weltweit im Jahr 2009 von 1.786 per Ende 2008 auf 1.397 Ende 2009. Der Abbau konnte bislang weitgehend sozialverträglich und im Einvernehmen mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erzielt werden. Restrukturierungsbedingte betriebsbedingte Kündigungen konnten in Deutschland bislang vermieden werden.

Der Verkauf der DEPFA First Albany Securities LLC durch die DEPFA Bank plc an die New Yorker Investmentbank Jefferies & Company Inc. wurde am 27. März 2009 vollzogen. Davon betroffen waren 70 Mitarbeiter in zehn Büros in den Vereinigten Staaten, deren Arbeitsplätze durch diesen Verkauf erhalten werden konnten.

Mit der Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG im Juni 2009 wurden die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter unverändert beim neuen Arbeitgeber fortgeführt. Zudem gingen im Jahr 2009 die Dienstverhältnisse der meisten Mitarbeiter der HRE Holding per Konzerntransfer auf die Deutsche Pfandbriefbank AG über. Durch Teilentsendungen von Mitarbeitern der Deutschen Pfandbriefbank AG werden die für die Holding als übergeordnetes Unternehmen notwendigen Funktionen sichergestellt.

Mit Wirkung vom 1. November 2009 lagerten die Deutsche Pfandbriefbank AG und die ihr verbundenen Konzernunternehmen den Betrieb der weltweiten IT-Infrastruktur des Konzerns einheitlich an Fujitsu Services GmbH aus. Diese Maßnahme umfasst den Betrieb der Rechenzentren, der Server sowie der Netzwerke. Ausgelagert wurde zudem das „Enduser-Computing“, das heißt die Betreuung der Arbeitsplatz-PCs und deren Anwendung sowie die allgemeine Anwenderunterstützung. Insgesamt wurden 48 interne Mitarbeiter, die bisher in der IT-Infrastruktur des Konzerns beschäftigt waren, zum 1. November 2009 von Fujitsu Services GmbH an ihren bisherigen Standorten übernommen.

Ein weiteres Zeichen für den Neuanfang und weiterer Beitrag zur langfristigen Senkung von Strukturkosten war die Konsolidierung und der Umzug der Konzernzentrale nach Unterschleißheim im August 2009. Zuvor verstreut auf fünf Münchener Innenstadtlukationen, konnten ca. 650 Mitarbeiter einen modernen Gebäudekomplex beziehen. Dies führt zu einer wesentlichen Verbesserung der internen

Kommunikation sowie zu einer Beschleunigung und Verbesserung der Arbeitsprozesse. Lediglich die IT-Tochter pbb Services GmbH sowie ein zeitlich befristetes IT-Projekt haben ihre zwei Standorte in München behalten. In einem gesonderten Sozialplan mit Interessenausgleich wurden zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat München die Zusammenlegung der Münchener Standorte und der Umzug an den neuen Standort geregelt und eine Einigung über den Nachteilsausgleich erzielt.

Die bereinigte Fluktuation in der HRE im Jahr 2009 betrug 13,54 %, davon 14,69 % in der Deutschen Pfandbriefbank AG und 11,40 % in der DEPFA Bank plc (unter bereinigter Fluktuation versteht man die Fluktuation infolge Kündigung durch Mitarbeiter oder Bank und durch Ablauf befristeter Verträge, ohne Ausscheiden durch Tod, Pensionierung, Vorruhestand, Aufhebungsvertrag oder Konzerntransfer).

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht folgt den Empfehlungen des Public-Corporate-Governance-Kodex und beinhaltet die Angaben nach den Maßgaben des deutschen Handelsrechts beziehungsweise der International Financial Reporting Standards (IFRS). Er gibt einen detaillierten Überblick über die einzelnen Bestandteile der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 2009 mehrfach eingehend mit der Thematik der Vorstandsvergütung befasst und dabei insbesondere auch die gesetzlichen Neuregelungen des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) umfassend geprüft. Der Inhalt des Rundschreibens 22/2009 vom 21. Dezember 2009 „Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten“ war und ist ebenfalls Gegenstand eingehender Erörterungen durch den Aufsichtsrat. Ein Vergütungsausschuss bei der Gesellschaft ist durch den Vorstand bereits eingerichtet. Darüber hinaus erfolgen individualisierte Angaben der Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 für jedes einzelne Mitglied des Vorstands und des Aufsichtsrats. Es sind jeweils die Gesamtbezüge veröffentlicht, die die Vorstandsmitglieder im Konzern im Geschäftsjahr 2009 erhalten. Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsmandate, die einzelne Vorstandsmitglieder innerhalb des Konzerns wahrnehmen, werden nicht gesondert vergütet. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des tes-

tierten Konzernlageberichts. Auf eine zusätzliche Darstellung der nachfolgend erläuterten Informationen im Anhang beziehungsweise Konzernabschluss wird daher verzichtet.

Vorstand Grundsatz Die Festlegung der Vergütung für die Vorstandsmitglieder der HRE Holding soll grundsätzlich eine leistungsorientierte Bezahlung sicherstellen und richtet sich nach der internationalen Tätigkeit und Größe des Unternehmens. Dabei findet neben einem Vergleich der Vorstandsvergütung bei entsprechenden Unternehmen im In- und Ausland auch die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Konzerns Berücksichtigung. Unter Berücksichtigung dieser Kriterien berät der Aufsichtsrat die Struktur und Höhe der Vergütung des Vorstands. Im Zusammenhang mit der Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMSStG) haben die Mitglieder des neu formierten Vorstands für den Zeitraum ab dem 1. April 2009 für die Dauer der Stabilisierungsmaßnahmen oder einen anderen vom Finanzmarktstabilisierungsfonds vorgegebenen Zeitraum einer Reduzierung der jährlichen Bezüge pro Vorstandsmitglied pro rata temporis auf maximal 500.000 € per annum zugestimmt. Eine variable Vergütung wird für den vorstehend definierten Zeitraum nicht gezahlt. Insofern wird für diesen Zeitraum vom Grundsatz der leistungsorientierten Bezahlung abgewichen. Nach Abschluss der Sanierung der Gesellschaft, spätestens bei Beendigung des Dienstvertrages, stellt die Gesellschaft die Zahlung eines einmaligen Bonus in Aussicht. Die geänderten Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder tragen insofern den Vorgaben des Finanzmarktstabilisierungsfonds Rechnung. Die neuen Anstellungsverträge sind mit Wirkung ab dem 1. April 2009 an die Stelle der ursprünglich vereinbarten Anstellungsverträge getreten. Nach dem 1. April 2009 neu in die Gesellschaft eingetretene Vorstandsmitglieder haben analoge Verträge erhalten.

Im Zusammenhang mit dem Neuabschluss seines Anstellungsvertrags hat Dr. Axel Wieandt auf umfangreiche unverfallbare Pensionsansprüche zugunsten der Gesellschaft verzichtet (die Pensionsverpflichtungen der Gesellschaft haben sich durch diesen Verzicht um ca. 3,8 Mio. € reduziert), wofür Dr. Axel Wieandt vom Aufsichtsrat der HRE Holding eine Einmalzahlung in Höhe von 500.000 € gewährt wurde. Ferner besteht bei Dr. Axel Wieandt, Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer und Frank Krings für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 31. März 2009 auf Basis der

bis zum 31. März 2009 gültigen Dienstverträge jeweils ein garantierter Anspruch auf zeitanteilige variable Vergütung für das Jahr 2009 in Höhe von 375.000 € bei Dr. Axel Wieandt sowie jeweils 325.000 € bei Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer und bei Frank Krings. Dr. Axel Wieandt, Frank Krings und Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer haben sich bereit erklärt, die Auszahlung der vorbezeichneten Ansprüche bis zu einem Zeitpunkt nach Abschluss der Restrukturierung und Neuausrichtung der HRE, spätestens jedoch bis zum Ablauf ihres jeweiligen Dienstvertrages, nicht fällig zu stellen.

Vergütungsbestandteile Aus den mit den Vorstandsmitgliedern abgeschlossenen Anstellungsverträgen ergeben sich folgende Vergütungselemente:

- erfolgsunabhängige Vergütung einschließlich Sachbezügen
- erfolgsbezogene variable Vergütung
- Pensionszusage

Erfolgsunabhängige Vergütung Die Festvergütung wird anhand eines externen Marktvergleichs in regelmäßigen Abständen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Eine automatische Anpassung erfolgt nicht. Entsprechend der neuen gesetzlichen Regelungen des VorStAG hat der Aufsichtsrat die Anwendung von § 87 AktG geprüft und wird dies im Weiteren laufend tun. Darüber hinaus gewährt die Gesellschaft den Vorstandsmitgliedern Zusatzleistungen im üblichen Rahmen. Diese Leistungen beinhalten unter anderem die Stellung eines Dienstwagens inklusive der Übernahme aller in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten. Zusätzlich besteht für die Vorstandsmitglieder über eine Gruppenunfallversicherung eine

entsprechende Versicherung. Auf den geldwerten Vorteil entfallene Steuern für diese Leistungen tragen die Vorstandsmitglieder. Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft alle zwei Jahre die Kosten für eine ärztliche diagnostische Untersuchung.

Variable Vergütung Aufgrund der Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMSG) erhält der Vorstand für das Geschäftsjahr 2009 keine diskretionäre variable Vergütung. Davon ausgenommen sind die vorgenannten garantierten Zahlungen für den Zeitraum 1. Januar bis 31. März 2009 für die im Oktober 2008 neu eingetretenen Vorstandsmitglieder.

Im Grundsatz wird die variable Vergütung des Vorstands vom Aufsichtsrat in einer Ermessensentscheidung unter Einbeziehung mehrerer Faktoren festgelegt. Vor Beginn eines Geschäftsjahres legt der Aufsichtsrat im Rahmen der Gesamtstrategie sowohl Gesamtziele für den Vorstand als auch individuelle Ziele für jedes Vorstandsmitglied fest. Nach Ablauf des Geschäftsjahres trifft der Aufsichtsrat eine Entscheidung über die Bonushöhe aufgrund einer eingehenden Erörterung. Dabei werden der Unternehmenserfolg und die persönliche Leistung des Vorstandsmitglieds beurteilt. Die einzelnen Kriterien in der persönlichen Beurteilung sind die Erreichung strategischer und quantitativer Ziele, der persönliche Beitrag und Einsatz sowie die Wahrnehmung unternehmerischer Verantwortung und das Teamverhalten im Vorstand. In der Gesamtschau achtet der Aufsichtsrat auf die Korrelation zwischen Unternehmenserfolg und persönlicher Leistung und damit auf die Angemessenheit.

Konzernbezüge an Vorstandsmitglieder der HRE Holding	1.1.–31.3.2009				1.4.–31.12.2009				2009	2008
	garantierte Komponenten; Auszahlung b. a. w. verschoben ¹⁾		Sonstige Bezüge	Insgesamt	erfolgs- bezogene Komponenten		Sach- bezüge ²⁾	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt
	Fixe Bezüge				Fixe Bezüge					
in Tsd. €										
Dr. Axel Wieandt ³⁾ , Vorsitzender	188	375	500	1.063	375	—	375	54	1.492	602
Manuela Better (seit 1.2.2009)	83	—	—	83	375	—	375	24	482	—
Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer	150	325	—	475	375	—	375	—	850	458
Frank Krings	150	325	—	475	375	—	375	14	864	448
Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen (seit 1.10.2009)	—	—	—	—	125	—	125	3	128	—
Ehemalige Vorstände	—	—	—	—	—	—	—	—	2.429	4.922
Insgesamt⁴⁾	571	1.025	500	2.096	1.625	—	1.625	95	6.245	6.430

¹⁾ Die garantierten Komponenten sind vertraglich fix zugesagt; die Gesamtbezüge sind ab dem 1.4.2009 auf max. 500.000 € per annum begrenzt; auf die für den Zeitraum nach dem 1.4.2009 garantierten Komponenten haben Dr. Axel Wieandt, Frank Krings und Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer verzichtet und sich zudem bereit erklärt, die Auszahlung der Ansprüche des ersten Quartals 2009 bis zu einem Zeitpunkt nach Abschluss der Restrukturierung und Neuausrichtung der HRE, spätestens jedoch bis zum Ablauf ihres jeweiligen Dienstvertrages beziehungsweise Beendigung ihrer jeweiligen Vorstandsbestellung, nicht fällig zu stellen; vgl. dazu auch die Ausführungen im Fließtext unter „Vorstand (Grundsatz)“, letzter Satz.

²⁾ Darin enthalten: Sachaufwand für Nebenleistungen im üblichen Rahmen, die der Besteuerung und – im Ausland – auch der Sozialversicherung unterliegen.

³⁾ Bei Neuabschluss des Anstellungsvertrages hat Dr. Axel Wieandt für den Verzicht auf umfangreiche Pensionsansprüche eine Einmalzahlung erhalten, die unter „Sonstige Bezüge“ ausgewiesen ist.

⁴⁾ Darüber hinaus bestehen einzelvertragliche Zusagen auf Altersversorgung in Höhe eines Prozentsatzes der jährlichen Fixbezüge.

Pensionszusagen Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands sowie Dr. Robert Grassinger haben einzelvertragliche Ruhegehaltszusagen auf Altersruhegeld ab dem 60. Lebensjahr und für den Fall des Eintritts von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit. Die Ruhegeldzusagen von Georg Funke, Dr. Markus Fell, Bo Heide-Ottosen und Frank Lamby wurden vom Präsidialausschuss des Aufsichtsrats mit Beschluss vom 20. Januar 2008 widerrufen.

Bezüglich der Höhe des Ruhegehalts der Mitglieder des Vorstands gilt Folgendes: Der Vorstandsvorsitzende erhält ein Ruhegehalt in Höhe von 30 % der nicht-reduzierten Festbezüge. Es erhöht sich für jedes vollendete Dienstjahr als Mitglied des Vorstands um 1,66 Prozentpunkte, höchstens jedoch auf 60 %. Für die übrigen Vorstandsmitglieder beträgt der Sockelbetrag ebenfalls 30 % der nicht-reduzierten Festbezüge. Für jedes vollendete Dienstjahr als Vorstandsmitglied erhöht sich das Ruhegeld um 1 %, maximal jedoch auf 50 %. Bei Manuela Better gilt die Besonderheit, dass bis zum 31. Januar 2010 ihre bisher bestehende Pensionszusage fortgeführt wurde, nach der sie

von der Gesellschaft einen jährlichen Rentenbeitrag von 30.000 € erhält. Ab 1. Februar 2010 wurde diese Zusage durch eine Zusage abgelöst, wie sie für die übrigen Vorstandsmitglieder besteht. Die Pensionszusagen von Dr. Axel Wieandt, Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer und Frank Krings wurden mit Ablauf eines Jahres nach deren jeweiligem Eintritt vertraglich unverfallbar. Die Pensionszusagen von Manuela Better und Alexander von Uslar-Gleichen sind vertraglich nach Ablauf eines Jahres unverfallbar. Die Versorgungszusage von Dr. Bernhard Scholz wird nach Ablauf von zwei Jahren als Mitglied des Vorstands vertraglich unverfallbar. Für diese Pensionszusagen ist wie für die übrigen Pensionsverpflichtungen der Gesellschaft eine Rückdeckungsversicherung abgeschlossen worden. Die Ansprüche aus dieser Rückdeckungsversicherung sind an die Vorstände verpfändet.

Hinsichtlich der Anpassung der Pensionsbezüge nach Eintritt in den Ruhestand gilt § 16 des Betriebsrentengesetzes, das heißt, alle drei Jahre erfolgt eine Anpassung anhand des Verbraucherpreisindex.

Im Falle des Todes eines Vorstandsmitgliedes erhält dessen hinterbliebener Ehepartner 60 % der Ruhegehaltsansprüche des Ehegatten. Darüber hinaus besteht eine Halbwaisen- beziehungsweise Vollwaisenversorgung bis zur Vollendung des 21. beziehungsweise 18. Lebensjahres der Kinder. Sofern ein Kind sich nach Vollendung des 21. beziehungsweise 18. Lebensjahres noch in Berufsausbildung befindet, wird das Waisengeld bis zum Abschluss der Berufsausbildung, längstens jedoch bis zum vollendeten 25. Lebensjahr gezahlt. Solange der hinterbliebene Ehe-

gatte Hinterbliebenenbezüge erhält, dürfen die Gesamtbezüge der Halbwaisen 30 % der Ruhegehaltsbezüge des verstorbenen Elternteils nicht übersteigen. Vollwaisen erhalten zusammen bis zu 60 % des Ruhegehalts des verstorbenen Elternteils.

Hinterbliebene Ehegatten und Kinder aus einer Ehe, die das Vorstandsmitglied nach dem Übertritt in den Ruhestand schließt, haben keinen Anspruch auf Hinterbliebenenbezug und Waisengelder.

Pensionszusagen an Vorstandsmitglieder der HRE Holding

in Tsd. €

	2009				2008
	Barwert der im Geschäftsjahr verdienten Pensionsansprüche	Zinsaufwand	Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	Pensionsverpflichtung per 31.12.2009	
Dr. Axel Wieandt ¹⁾ , Vorsitzender	158	151	– 3.671	2.873	6.218
Manuela Better (seit 1.2.2009)	73	109	–	2.084	–
Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer	81	126	–	2.406	2.031
Frank Krings	68	106	–	2.017	1.637
Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen (seit 1.10.2009)	63	95	–	1.815	–
Dr. Robert Grassinger (bis 31.1.2009)	–	–	–	1.219	1.414
Bettina von Oesterreich ²⁾ (bis 31.1.2009)	–	–	– 1.383	–	–
Insgesamt	443	587	– 5.054	12.414	11.300

¹⁾ Änderung der Pensionszusage ab 1. April 2009

²⁾ Es bestehen keine Pensionsansprüche, da die Unverfallbarkeitsfrist nicht erfüllt wurde.

Sonstige Regelungen Für den Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses durch die Gesellschaft ohne wichtigen Grund enthalten die Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstandes eine Klausel, nach der sie neben der Abgeltung der Restlaufzeit eine Abfindung in Höhe eines Jahresgehalts erhalten. Bei den Anstellungsverträgen ist die vertraglich vorgesehene Ausgleichszahlung auf maximal zwei Jahresvergütungen begrenzt (Abfindungs-Cap).

Mit den im Laufe des Jahres 2009 aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitgliedern des Vorstands wurden folgende Regelungen getroffen:

Cyril Dunne Cyril Dunne hat sein Vorstandsmandat bei der HRE Holding mit Wirkung zum 31. Januar 2009 niedergelegt. Die Beendigung des Anstellungsvertrages mit der Gesellschaft erfolgte ebenfalls zum 31. Januar 2009. Da Cyril Dunne seit 1. Februar 2009 weiterhin als Chief Executive Officer der DEPFA Bank plc in Dublin tätig ist, wurde keine Abfindung vereinbart.

Dr. Robert Grassinger Dr. Robert Grassinger hat sein Amt als Vorstand der HRE Holding zum 31. Januar 2009 niedergelegt. Sein Vorstandsmandatsvertrag mit der HRE Holding endete durch Aufhebungsvereinbarung zum 31. Januar 2009. Der Anstellungsvertrag von Dr. Robert Grassinger mit der ehemaligen Hypo Real Estate Bank AG endet durch Aufhebungsvereinbarung zum 31. März 2009. Im Vergleich zu den übrigen ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern stellen die Vereinbarungen mit Dr. Robert Grassinger eine Besonderheit dar. Die materiellen Konditionen der Aufhebungsvereinbarung wurden bereits im Sommer 2008 mit dem damaligen Aufsichtsrat vereinbart. Damals wurde Dr. Robert Grassinger schriftlich zugesagt, dass bei Beendigung die Festbezüge sowie die

Nebenleistungen für die Restlaufzeit vergütet werden (1.326.800 € brutto). Im Rahmen der Aufhebungsvereinbarung wurde vereinbart, dass anderweitige Bezüge aus selbstständiger, unselbstständiger oder sonstiger Tätigkeit, die Dr. Robert Grassinger bis 30. Juni 2010 erwirbt, auf die Abfindung gemäß § 615 Satz 2 BGB angerechnet werden. Die Abfindung wurde beziehungsweise wird jeweils nach Ablauf von drei Monaten in vierteljährlichen Raten ausbezahlt, erstmals am 30. April 2009. Ein Bonusanspruch für 2008 beziehungsweise anteilig für 2009 besteht nicht. Darüber hinaus hat Dr. Robert Grassinger aufgrund seiner Vordienstzeit eine gesetzlich unverfallbare Anwartschaft auf Leistungen aus betrieblicher Altersversorgung ab Vollendung des 60. Lebensjahres erworben.

Bettina von Oesterreich Der Aufsichtsrat und Bettina von Oesterreich haben sich Ende Dezember 2008 durch Aufhebungsvertrag darauf verständigt, dass das Dienstverhältnis vorzeitig zum 31. März 2009 endet. Vereinbarungsgemäß hat sie ihr Amt als Vorstand zum 31. Januar 2009 niedergelegt, als die Nachfolge geregelt war. Der Anstellungsvertrag endete per Aufhebungsvereinbarung vorzeitig zum 31. März 2009. Als Ausgleich für die Ansprüche aus dem bis 31. Januar 2010 fest abgeschlossenen Anstellungsvertrag hat Bettina von Oesterreich eine Abfindung in Höhe von 400.000 € brutto erhalten. Dies entspricht einem Jahresfestgehalt. Ein Bonusanspruch für das Jahr 2008 beziehungsweise anteilig für 2009 bestand nicht. Im Rahmen der Aufhebungsvereinbarung hat Bettina von Oesterreich auf die ihr nach ihrem Dienstvertrag fest zugesagte Überbrückungsleistung in Höhe von 950.000 € brutto verzichtet. Eine unverfallbare Anwartschaft auf Leistungen aus betrieblicher Altersversorgung besteht nicht, da die Unverfallbarkeitsfrist noch nicht erreicht war.

Aufsichtsrat Der Aufsichtsrat erhält eine Vergütung, deren Höhe in § 11 der Satzung festgelegt ist. Danach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009 grundsätzlich eine jährliche Grundvergütung von 70.000 €, der Vorsitzende das Zweieinhalbfache der Grundvergütung, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache. Die Ausschusstätigkeit wird mit 10.000 € im Präsidialausschuss und 20.000 € im Prüfungsausschuss vergütet. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält jeweils das Doppelte dieser Vergütung. Der Vergütungsanspruch besteht jeweils anteilig für den Zeitraum der Tätigkeit. Der Aufsichtsrat, dessen Amtszeit mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung endete, hat am 21. April 2009 beschlossen, einen Sanierungsbeitrag zu leisten und deshalb für das Jahr 2009 auf die Hälfte seiner Bezüge zu verzichten. Der seit dem 13. August 2009 amtierende Aufsichtsrat hat am 14. Dezember 2009 ebenfalls beschlossen, für das Jahr 2009 auf die Hälfte seiner Bezüge zu verzichten.

Die Gesellschaft erstattet die Reisekosten, Sitzungsgelder werden nicht bezahlt. Neben den zuvor aufgeführten und satzungsgemäß festgelegten Vergütungen hat die Gesellschaft den Mitgliedern des Aufsichtsrates keine weiteren Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen gewährt. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, dass die Mitglieder des Aufsichtsrates ihre Vergütung am Tag nach ihrer Entlastung durch die Hauptversammlung und nicht nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres erhalten. Da diese Regelung bereits für das Geschäftsjahr 2008 gilt, haben die Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Vergütung für 2008 noch nicht erhalten, eine entsprechende Rückstellung ist jedoch gebildet. Der nachfolgenden Tabelle ist der individualisierte Ausweis der Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder zu entnehmen.

**Konzernbezüge
an Mitglieder des
Aufsichtsrats 2009**

 in Tsd. € **Vergütung p. a.**

	Aufsichtsrat			Präsidial- ausschuss		Prüfungs- ausschuss		Risikomanage- mentausschuss		Nominierungs- ausschuss		Vergü- tung aus Tochter- unter- nehmen	Summe	Umsatz- steuer 19 %	Ins- gesamt
	Vorsitz	stellv. Vorsitz	Mit- glied	Vorsitz	Mit- glied	Vorsitz	Mit- glied	Vorsitz	Mit- glied	Vorsitz	Mit- glied				
Dr. Bernd Thiemann ¹⁾ (Vorsitzender seit 13.8.2009)	36	—	—	4	—	—	4	—	—	—	—	4	49	9	58
Dagmar P. Kollmann ¹⁾ (Stellvertretende Vorsitzende seit 13.8.2009)	—	22	—	—	2	8	—	—	—	—	—	4	36	7	43
Dr. Günther Bräunig ¹⁾ (seit 9.7.2009)	—	—	18	—	2	—	4	—	—	—	—	4	28	5	33
Dr. Alexander Groß ¹⁾ (seit 13.8.2009)	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	3	17
Dr. Markus Kerber ¹⁾ (seit 5.12.2009)	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	3
Dr. Hedda von Wedel ¹⁾ (seit 13.8.2009)	—	—	15	—	—	—	4	—	—	—	—	4	23	4	27
Dr. Michael Endres ¹⁾ (Vorsitzender bis 13.8.2009)	58	—	—	7	—	—	7	—	—	—	—	7	79	15	94
Dr. h.c. Bernhard Walter ¹⁾ (Stellvertretender Vorsitzender bis 13.8.2009)	—	35	—	—	3	13	—	—	—	—	—	—	52	10	61
Dr. Renate Krümmner (Stellvertretende Vorsitzende bis 31.3.2009)	—	26	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	31	6	37
J. Christopher Flowers (bis 27.3.2009)	—	—	18	—	3	—	—	—	—	—	—	—	20	4	24
Bernd Knobloch ¹⁾ (bis 13.8.2009)	—	—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	7	30	6	36
Dr. Edgar Meister ¹⁾ (bis 18.5.2009)	—	—	15	—	—	—	4	—	—	—	—	4	23	4	27
Sigmar Mosdorf ¹⁾ (bis 13.8.2009)	—	—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23	4	28
Richard S. Mully (bis 27.3.2009)	—	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	3	21
Dr. Albert Peters ¹⁾ (13.8. bis 4.12.2009)	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	3	17
Hans-Jörg Vetter ¹⁾ (bis 13.8.2009)	—	—	23	—	3	—	—	—	—	—	—	7	34	6	40
Manfred Zaß ¹⁾ (bis 13.8.2009)	—	—	23	—	—	—	—	—	—	—	—	3	26	5	31
Insgesamt	95	83	207	11	13	22	28	—	—	—	—	44	503	96	599

¹⁾ Verzicht auf 50 % der satzungsmäßigen Vergütung für 2009

Mitarbeiter Variable Vergütung 2009 Aufgrund der anhaltend schwierigen Lage an den Finanzmärkten, der weiterhin negativen Ergebnisse des Konzerns sowie der auch nach wie vor notwendigen Unterstützungsleistungen ist seitens des Vorstands geplant, für diskretionäre variable Vergütungen in dem jeweils relevanten lokalen rechtlichen Rahmen auch für das Jahr 2009 kein Budget zur Verfügung zu stellen und keine diesbezügliche Auszahlung vorzunehmen. Dies gilt, wie bereits im Jahr 2008, für alle Konzerngesellschaften und Standorte.

Gleichwohl befindet sich der Vorstand derzeit mit wesentlichen Interessengruppen in einer Abstimmung darüber, dass als Ersatzlösung für den Entfall einer variablen Vergütung eine freiwillige einmalige Zahlung gewährt werden soll. Der Vorstand hat bei der Ausgestaltung der geplanten Ersatzlösung vor allem auf die Sicherung der operativen Stabilität und die Vermeidung operativer Risiken Wert gelegt und dabei die Steuerung und Motivation von Leistungsträgern in der kritischen Phase der Restrukturierung im Blick gehabt.

Diese Zahlung unterscheidet sich nach Zweck, Rechtsgrund, Höhe und inhaltlicher Ausgestaltung von der diskretionären variablen Vergütung in der Vergangenheit. Im Sinne einer solchen Ersatzlösung kann die Zahlung deshalb grundsätzlich nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewährt werden, die im Gegenzug rechtswirksam auf eine etwaige Zahlung diskretionärer variabler Vergütung für das Jahr 2009 verzichten.

Bei der Ausgestaltung dieser „Strategischen Lösung 2009“ soll die Bemessung der geplanten Ausgleichszahlung auf Basis grundgehaltsabhängiger, normierter und regional differenzierter Entgeltbausteine unter Berücksichtigung einer Beitrags- und Leistungsgewichtung erfolgen. Für die Beitrags- und Leistungsgewichtung sollen die Beiträge und Leistungen des Mitarbeiters bei der Stabilisierung, Restrukturierung und Neupositionierung des Konzerns summarisch gewürdigt werden. Ein Teil der Auszahlung soll für bestimmte Mitarbeiter zeitversetzt erfolgen.

Eine Information und Einbindung des Aufsichtsrates sowie des Eigentümers bezüglich der „Strategischen Lösung 2009“ hat stattgefunden. Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertreter in Deutschland werden gewahrt.

Vergütungsausschuss Infolge des am 21. Dezember 2009 veröffentlichten BaFin-Rundschreibens 22/2009 „Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten“ wurde vom Vorstand am 22. Januar 2010 ein Vergütungsausschuss eingerichtet. Der Vergütungsausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern der Bereiche Personal, den Vertriebseinheiten sowie dem Value Portfolio, Risikocontrolling und -management, Compliance/Corporate Governance, Finanzen sowie – als Mitglied ohne Stimmrecht im Rahmen der Aufgaben – einem Vertreter der internen Revision. Zur Betonung der besonderen Rolle des Vergütungsausschusses wurde Frank Krings als Chief Operating Officer und in seiner Rolle als Personalvorstand zum Vorsitzenden des Vergütungsausschusses ernannt.

Die wesentlichen Aufgaben des Vergütungsausschusses waren bisher:

- die intensive Auseinandersetzung mit und die Begutachtung der „Strategischen Lösung 2009“ vor dem Hintergrund der gesetzlichen/regulatorischen Anforderungen sowie
- die Erarbeitung eines Vorschlages für die Anwendbarkeit der besonderen Anforderungen aus Abschnitt 4 des BaFin-Rundschreibens (positive Selbsteinschätzung) sowie
- im Zusammenhang mit der Auslegung des Abschnitts 4 des BaFin-Rundschreibens die Erarbeitung eines Vorschlags für die Definition der risikobegründenden Funktionen („Risk Taker“), auf die die besonderen Anforderungen des Abschnitts 4 aus dem BaFin-Rundschreiben Anwendung finden.

Als risikobegründende Positionen (Risk Taker) für das Jahr 2009 wurden ausschließlich die Geschäftsleiter der Gesellschaften der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG vorgeschlagen. Darüber hinaus wurde empfohlen – über die sich unmittelbar aus dem Rundschreiben des BaFins ergebenden Anforderungen hinaus –, auch die Geschäftsleiter (Executive Directors) der DEPFA Bank plc für das Jahr 2009 wie Risk Taker zu behandeln. Der Vorstand der HRE Holding AG, der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie das Executive Board der DEPFA Bank plc haben dem Vorschlag des Vergütungsausschusses zugestimmt und die entsprechenden Beschlüsse hierzu gefasst. Diese Entscheidung berücksichtigt, dass für das Jahr 2009 das übergeordnete Ziel des Konzernverbunds in der

Reduzierung der Risiken, in der Restrukturierung und in der Neupositionierung bestand. Zudem oblagen im Jahr 2009 alle wesentlichen Entscheidungen im Zusammenhang mit wesentlichen Risikopositionen dem Vorstand.

Einführung eines neuen Vergütungssystems ab 2010 Im Rahmen der regulatorischen Anforderungen (Langfristigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz und Angemessenheit) und angesichts der Interessen der öffentlichen „Stakeholder“ ist ab 2010 die Einführung eines neuen Vergütungssystems erforderlich. Hierzu wurden 2009 wesentliche vorbereitende Arbeiten durchgeführt, insbesondere eine durchgängige Klassifizierung und Zuordnung von Mitarbeiterfunktionen sowie eine umfassende regional differenzierte Gehaltsstudie. Wesentliche Strukturelemente des neuen Vergütungssystems wurden erarbeitet und der Aufsichtsrat über den Stand der Arbeiten umfassend informiert. Der Abschluss der weiteren Abstimmungen mit den unterschiedlichen Interessengruppen ist in der ersten Jahreshälfte 2010 geplant.

Nachhaltigkeit

Unternehmenskultur Ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenskultur ist die Förderung einer offenen Unternehmenskultur. Neben der ökonomischen Ausrichtung werden dabei auch nicht-finanzielle Faktoren berücksichtigt. So sind zum Beispiel in den Allgemeinen Kreditgrundsätzen der HRE ethische Grundsätze für die Vergabe von Finanzierungen festgelegt, die im Einklang mit dem für alle Mitarbeiter gültigen Verhaltenskodex stehen.

Daneben ist die Unternehmenskultur auf die Förderung und Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ausgerichtet. So wird darauf geachtet, dass Hersteller und Zulieferer die definierten Umweltschutzansprüche erfüllen und entsprechend zertifiziert sind. Intern wird diesem Anspruch z.B. durch papiersparende Arbeitsabläufe oder die Verwendung moderner, energiesparender Geräte Rechnung getragen.

Gesellschaftliches Engagement Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung widmete sich die HRE auch im Jahr 2009 hauptsächlich über ihre beiden Stiftungen: die Hypo Real Estate Stiftung, München, sowie die Stiftung für Kunst und Wissenschaft der ehemaligen Hypo Real Estate Bank International AG, Stuttgart. Seit deren Gründungen in den Jahren 1968 beziehungsweise 1987 durch die Vorgängereinstitute der Deutschen Pfandbriefbank AG verfügen die Stiftungen über ein eigenständiges, von der Bank losgelöstes Kapital. Dieses wird ausschließlich zur Erfüllung der Stiftungszwecke verwendet. Auf diese Weise war die HRE trotz der besonderen finanziellen Situation des Konzerns im Berichtsjahr weiterhin in der Lage, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auch bei der Förderung von Kunst, Kultur und Wissenschaft nachzukommen. Beide Stiftungen verfügen über kein eigenes Personal. Die Stiftungsarbeit wird den Stiftungen als laufende personelle Unterstützung von der Deutschen Pfandbriefbank AG kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die **Hypo Real Estate Stiftung** unterstützt auf der einen Seite Konzerte und Ausstellungen. Auf der anderen Seite ergreift sie mit ihrem bundesweit viel beachteten Architekturpreis selbst die Initiative zur Verbesserung architektonischer Kultur gewerblicher Objekte in Deutschland. Über den Architekturpreis hinaus nimmt die Stiftung monetäre Förderungen auf den Gebieten der Musik und Kunst vor.

Die **Stiftung für Kunst und Wissenschaft** der ehemaligen Hypo Real Estate Bank International AG fördert – mit dem Schwerpunkt Baden-Württemberg – geistige und künstlerische Arbeiten vor allem in Schrifttum, Malerei, Bildhauerei, Musik, Theater, Architektur/Design, Landeskunde und Brauchtum. Zudem wird alle ein bis zwei Jahre ein Stiftungspreis in diesen Bereichen vergeben.

Nachhaltigkeitsindizes Um die Bemühungen des Konzerns der HRE um nachhaltiges Wirtschaften transparent zu machen, nimmt der Konzern regelmäßig an Umfragen folgender Nachhaltigkeits-Ratingagenturen teil: Dow Jones Indexes/STOXX Ltd./SAM, SiRi Global Profile, Vigeo, Carbon Disclosure Project.

Entwicklung der Erfolgslage

HRE

Die Erfolgslage der HRE war im Geschäftsjahr 2009 von der spezifischen Situation des Konzerns und der weiter angespannten Situation im Kreditgeschäft und dabei vor allem in der Immobilienfinanzierung geprägt. Als Folge belief sich das Ergebnis vor Steuern auf –2.221 Mio. € und war damit wie erwartet negativ. Der Verlust resultierte aus hohen Wertberichtigungen, die hauptsächlich Forderungen aus Immobilienfinanzierungen betroffen haben. Darüber hinaus wurde der Provisionsüberschuss in Höhe von –741 Mio. € durch die Aufwendungen für die externen Liquiditätsunterstützungen belastet, ohne die der Fortbestand der HRE jedoch nicht gewährleistet gewesen wäre.

Das Vorsteuerergebnis des Jahres 2008 war noch stärker von der Krise der HRE und den angespannten Märkten belastet und lag mit –5.375 Mio. € unter dem aktuellen Ergebnis. Hauptgründe für das deutlich negative Ergebnis des Jahres 2008 waren die Abschreibungen der Geschäfts- oder Firmenwerte und von weiteren immateriellen Vermögenswerten (2.482 Mio. €). Darüber hinaus waren im Vorjahr hohe Abschreibungen und erfolgswirksame Bewertungsminderungen auf Handelsbestände beziehungsweise Finanzanlagen in Form von Collateralised Debt Obligations (CDOs) und Mortgage Backed Securities (MBS) sowie eine hohe Kreditrisikoversorge notwendig. Im Detail stellt sich die Ergebnisentwicklung für das Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Key Financials

		2009	2008	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	419	–585	1.004
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	1.396	1.633	–237
Provisionsüberschuss	in Mio. €	–642	32	–674
Handelsergebnis	in Mio. €	–154	–1.009	855
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	–1	–1.409	1.408
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	–117	86	–203
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	–63	82	–145
Kreditrisikoversorge	in Mio. €	2.091	1.656	435
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	541	605	–64
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA	in Mio. €	—	2.482	–2.482
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	–8	–47	39
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	–2.221	–5.375	3.154
Ertragsteuern	in Mio. €	15	86	–71
Ergebnis nach Steuern	in Mio. €	–2.236	–5.461	3.225
Kennziffern				
Cost-Income-Ratio	in %	> 100,0	> 100,0	—
Eigenkapitalrentabilität nach Steuern	in %	–46,8	–74,5	—

Operative Erträge Die operativen Erträge lagen bei 419 Mio. € und damit um 1.004 Mio. € besser als im Jahr 2008, in dem die operativen Erträge –585 Mio. € betrugen. Die Steigerung resultierte ausschließlich aus einem weit weniger negativen Handels- und Finanzanlageergebnis, die überwiegend auf sich stabilisierende Kapital- und Finanzmärkte zurückzuführen sind.

Der Zinsüberschuss lag mit 1.396 Mio. € unter dem Vorjahreswert von 1.633 Mio. €. Der Rückgang ist auf höhere Sondereffekte des Vorjahres als auch auf den in 2009 stetig vollzogenen Abbau an zinstragenden Vermögenswerten zurückzuführen. Aus der Abwertung einiger Instrumente des Nachrangkapitals resultierte auch im Jahr 2009 ein Ertrag in Höhe von 138 Mio. € (im Vorjahr 353 Mio. €). Darüber hinaus waren im Vergleich zum Vorjahr die Einmalerträge aus Forderungsverkäufen, Vorfälligkeitsentschädigungen sowie Rücknahmen und Rückkäufen von finanziellen Verbindlichkeiten rückläufig (2009: 25 Mio. €, 2008: 79 Mio. €). Ferner wurde der Zinsüberschuss durch den rückläufigen Portfoliobestand sowie durch den Ausfall von Kreditnehmern und damit einhergehenden Zinsausfällen belastet. Der Effekt aus dem Ausfall von Kreditnehmern wird teilweise im Zeitablauf über das sogenannte „Unwinding“, das heißt die Fortschreibung des Barwerts der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme, kompensiert. Positiv wirkten sich im ersten Halbjahr 2009 Erträge aus dem Geldmarktbereich sowie aus gezogenen US-amerikanischen Kundenliquiditätsfazilitäten aus. Durch ein abfallendes Zinsniveau am Geldmarkt war es der HRE möglich, sinkende Refinanzierungsaufwendungen bei konstanten Erträgen der Aktivseite zu nutzen. Die gezogenen US-amerikanischen Kundenliquiditätsfazilitäten begünstigten aufgrund ihres hohen Zinssatzes den Zinsüberschuss. Beide Effekte haben sich vor allem im ersten Halbjahr 2009 ausgewirkt. Seit Mitte des Jahres 2009 hatten sie aufgrund des inzwischen stabilen Zinsniveaus und der weitgehenden Tilgung der Forderungen aus gezogenen US-amerikanischen Kundenliquiditätsfazilitäten keinen materiell begünstigenden Einfluss auf den Zinsüberschuss der HRE mehr.

Der Provisionsüberschuss betrug –642 Mio. €, nach 32 Mio. € im Vorjahr. Der Rückgang ist primär auf Aufwendungen in Höhe von –741 Mio. € für die Garantien im Zusammenhang mit den Liquiditätsunterstützungen des SoFFin und des Bundes zurückzuführen. Im Vorjahr fielen solche Aufwendungen nur im vierten Quartal an (–92 Mio. €).

Die Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützungen des aktuellen Jahres enthalten eine erfolgsabhängige Prämie. Das Finanzkonsortium hat im Dezember 2009 im Rahmen der Restrukturierung der im November 2008 gewährten Liquiditätsunterstützung erwartungsgemäß auf eine erfolgsabhängige Prämie verzichtet. Demgegenüber hat der Bund in seiner Eigenschaft als Garant bislang nicht formal auf eine erfolgsabhängige Prämie verzichtet, sodass eine entsprechende Verpflichtung in Höhe von 229 Mio. € zu passivieren war, wovon 27 Mio. € auf die Monate November und Dezember 2008 entfallen.

Das im Jahr 2009 zu verzeichnende Handelsergebnis war mit –154 Mio. € weit weniger negativ als noch im Vorjahr (–1.009 Mio. €). Allerdings war die Entwicklung der einzelnen Portfolios und Vermögenswerte unterschiedlich. Die Bewertungsverluste auf den Bestand an trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten in den synthetischen CDOs waren mit –58 Mio. € weniger negativ gegenüber dem Vorjahreswert (2008: –395 Mio. €). Weiterhin waren die Bewertungsverluste auf das Portfolio Halcyon und Pegasus in Höhe von –29 Mio. € niedriger als im Vorjahr (2008: –237 Mio. €). Die Bestände werden anhand eines internen Modells bewertet. Begünstigend wirkte sich dabei die geringere Ausfallwahrscheinlichkeit im Zusammenhang mit der Restrukturierung eines US-amerikanischen Kreditversicherers („Monoline Insurers“) aus. Gestiegen ist dagegen das latente Ausfallrisiko von Kundenderivaten. Hierfür bildet die HRE, einhergehend mit der höheren Ausfallwahrscheinlichkeit von Kreditforderungen, eine Vorsorge, ein sogenanntes Counter Party Risk Adjustment, zu der im Jahr 2009 –228 Mio. € zugeführt wurden (2008: –33 Mio. €). Im Vorjahr fiel darüber hinaus ein Aufwand in Höhe von –150 Mio. € aus Derivatepositionen gegenüber Lehman Brothers Inc. an. Ansprüche gegenüber Lehman Brothers Inc. wurden im Jahr 2009 mit einem leichten Buchgewinn verkauft.

Abschreibungen und Zuschreibungen auf Wertpapiere sowie Ergebnisse aus der Veräußerung von Wertpapieren werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Im Jahr 2009 wurde mit –1 Mio. € ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Die materiellen Verluste des Vorjahres waren vor allem auf Abschreibungen auf Cash CDOs (2008: –762 Mio. € inklusive einer teilweisen Auflösung in Höhe von 70 Mio. € der im Jahr 2007 gebildeten Modellreserve) und auf MBS (2008: –528 Mio. €) zurückzuführen. Im Jahr 2009 dagegen wurden auf Cash CDOs –77 Mio. € abge-

schrieben (inklusive einer teilweisen Auflösung in Höhe von 12 Mio. € der im Jahr 2007 gebildeten Modellreserve) und MBS um 131 Mio. € zugeschrieben. Darüber hinaus wurden die portfoliobasierten Wertberichtigungen auf LaR-Finanzanlagen um –10 Mio. € (2008: –24 Mio. €) erhöht sowie ein Gebäude um –33 Mio. € abgeschrieben.

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen war mit –117 Mio. € negativ und lag damit unter dem Vorjahreswert von 86 Mio. €. Im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen werden Hedge-Ineffizienzen von –111 Mio. € (2008: 162 Mio. €) innerhalb der nach IAS 39 zulässigen Bandbreite in Höhe von 80 % bis 125 % sowie das Bewertungsergebnis in Höhe von –6 Mio. € (2008: –76 Mio. €) aus „designated at Fair Value through Profit or Loss (dFVTPL)“-Vermögenswerten und dazugehörigen Derivaten ausgewiesen. Die Hedge-Ineffizienzen resultierten im Wesentlichen aus der Volatilität der Zinssätze im kurzfristigen Bereich. Dadurch wurden im Berichtszeitraum der Zinsüberschuss begünstigt und das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen belastet. Die beizulegenden Zeitwerte der auf Zinsrisiken gesicherten dFVTPL-Vermögenswerte veränderten sich primär aufgrund der Credit-Spread-Bewegungen am Markt.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen betrug –63 Mio. € (2008: 82 Mio. €) und entstand überwiegend aus Effekten aus der Währungsumrechnung (insbesondere US-Dollar) in Höhe von –56 Mio. € (2008: 96 Mio. €). Der Währungseffekt ist insbesondere auf die Wertberichtigungen von Fremdwährungsaktiva zurückzuführen.

Kreditrisikovorsorge Wie im Vorjahr waren auch im Jahr 2009 als Folge der verschlechterten Situation auf den gewerblichen Immobilienmärkten in erheblichem Umfang Zuführungen zur Kreditrisikovorsorge notwendig. Insgesamt belief sich die Kreditrisikovorsorge auf 2.091 Mio. € (2008: 1.656 Mio. €). Die Einzelwertberichtigungen in Höhe von 1.896 Mio. € betrafen mit 1.723 Mio. € überwiegend Immobilienkredite und mit 132 Mio. € Infrastruktur- und Public-Sector-Finanzierungen.

Der starke Anstieg der Kreditrisikovorsorge für Immobilienfinanzierungen wurde durch die sich weiter verschlechternden regionalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf den Immobilienmärkten, insbesondere in den Märkten Nordamerika, Südeuropa, Großbritannien

und verstärkt auch Deutschland, verursacht. Die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führten, verursacht durch die steigenden Leerstandsdaten und die Illiquidität der Märkte, zu Bewertungsabschlägen bei den Immobilienwerten und damit mittelbar zu steigenden Kreditausfällen. Insbesondere wirkten sich die verminderten Immobilienwerte einerseits bei Finanzierungen ohne direkte Rückgriffsmöglichkeiten auf den übergeordneten Schuldner, die einen Großteil der Finanzierungen des Konzerns ausmachen, sowie andererseits auf nachrangige Finanzierungstranchen aus.

Die weltweite Rezession wirkte sich auch auf die Auslastung von Infrastrukturvermögenswerten wie Autobahnen, Flughäfen oder Verkehrsmittel aus. Da auch bei diesen Finanzierungen häufig keine Rückgriffsmöglichkeit auf die übergeordneten Schuldner besteht, wurde eine entsprechende Kreditrisikovorsorge gebildet.

Die portfoliobasierten Wertberichtigungen stiegen um 194 Mio. € (2008: Zuführung von 501 Mio. €). Die erwarteten Verluste der Bestände haben sich nochmals erhöht, was auf die Verschlechterung der Bonität einiger Schuldner und die damit gestiegene Ausfallwahrscheinlichkeit zurückzuführen ist. Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden nach IAS 39 nur für Forderungen gebildet, bei denen bisher keine Hinweise auf eine individuelle Wertminderung festgestellt wurden. Darüber hinaus wurden die zur Ermittlung der portfoliobasierten Wertberichtigungen notwendigen Schätzparameter hinsichtlich des Zeitraums zwischen Eintreten und Identifizieren einer Wertminderung an die verbesserten Kreditprozesse angepasst. Weitere Anpassungen erfolgten im Vergleich zum Vorjahr für die Berücksichtigung des Konjunkturzyklus, da dieser sich zunehmend in den historischen Verlustraten niederschlägt. Aufgrund der geänderten Parameter ergab sich eine um 323 Mio. € niedrigere portfoliobasierte Wertberichtigung.

Verwaltungsaufwand Der Verwaltungsaufwand verringerte sich auf 541 Mio. €, nach 605 Mio. € im Vorjahr. Der Personalaufwand sank von 260 Mio. € auf 213 Mio. €, da sich der Personalbestand auf 1.397 Mitarbeiter reduzierte, nach 1.786 Mitarbeitern zum 31. Dezember 2008. Der Sachaufwand lag mit 328 Mio. € ebenfalls unter dem Vorjahresniveau (345 Mio. €). Niedrigere Raum- und Betriebsaufwendungen sowie niedrigere Abschreibungen und Wertberichtigungen wurden jedoch teilweise kompensiert durch

höhere Aufwendungen für IT. Die höheren IT-Aufwendungen resultierten vor allem aus dem Projekt New Evolution, mit dem die Prozesse und die IT-Infrastruktur vereinheitlicht werden. Für das Vorhaben zur Auslagerung von nicht-strategischen Vermögenswerten in eine nicht konsolidierte Abwicklungsanstalt sind ab dem vierten Quartal 2009 zusätzliche Berateraufwendungen angefallen. Da der Verwaltungsaufwand die operativen Erträge übersteigt, lag die Cost-Income-Ratio, also das Verhältnis von Verwaltungsaufwand und operativen Erträgen, wie im Vorjahr bei über 100 %.

Saldo übrige Erträge/Aufwendungen Im Zusammenhang mit der strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung der HRE wurde im vierten Quartal 2008 eine Restrukturierungsrückstellung in Höhe von 225 Mio. € gebildet. Die Berechnung der Restrukturierungsrückstellung wurde im Laufe des Jahres 2009 aktualisiert, und die Rückstellung wurde um 15 Mio. € erhöht. Hier wirkte sich unter anderem aus, dass einzelne Standorte früher als ursprünglich geplant geschlossen werden konnten und damit Zahlungen aus laufenden Mietverträgen für ungenutzte Objekte anfallen. Im Jahr 2009 wurden Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 52 Mio. € verbraucht. Im Jahr 2008 beinhaltete der Saldo übrige Erträge/Aufwendungen darüber hin-

aus einen Ertrag in Höhe von 180 Mio. € aus der begebenen und inzwischen gewandelten Pflichtwandelanleihe zur Finanzierung der Akquisition der DEPFA Bank plc.

Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA Im Geschäftsjahr 2008 wurden die aktivierten Geschäfts- oder Firmenwerte, die Markennamen und die Kundenbeziehungen vollständig und die Software teilweise abgeschrieben. Vergleichbare Aufwendungen fielen im aktuellen Geschäftsjahr nicht an.

Ergebnis vor Steuern Das Ergebnis vor Steuern war im Jahr 2009 mit –2.221 Mio. € negativ (2008: –5.375 Mio. €).

Ertragsteuern Einem tatsächlichen Steueraufwand von 53 Mio. € standen latente Steuererträge von 38 Mio. € gegenüber und ergaben damit für das Jahr 2009 einen Gesamtsteueraufwand in Höhe von 15 Mio. € (2008: 86 Mio. € Steueraufwand). Der tatsächliche Steueraufwand ergab sich vor allem in Ländern, in denen die HRE positive Ergebnisse vor Steuern erzielte.

Ergebnis nach Steuern Das Ergebnis nach Steuern belief sich im Jahr 2009 auf –2.236 Mio. € (2008: –5.461 Mio. €).

Geschäftssegment Commercial Real Estate

Das Geschäftssegment Commercial Real Estate umfasst das In- und das Auslandsgeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung und beinhaltet gewerbliche Immobilienfinanzierungen der Deutschen Pfandbriefbank AG.

Für das Geschäftsjahr 2009 betrug das Ergebnis vor Steuern –1.457 Mio. € und lag damit unter dem vergleichbaren Vorjahreswert von –350 Mio. €. Der Rückgang resultierte primär aus gesunkenen operativen Erträgen und aus einer gestiegenen Kreditrisikovorsorge.

Operative Erträge Die operativen Erträge sanken auf 587 Mio. €, nach 876 Mio. € im Vorjahr. Der Zinsüberschuss verringerte sich auf 632 Mio. € (2008: 756 Mio. €). Die Minderung resultierte aus dem stetig vollzogenen Abbau an Krediten. Zudem wurde der Zinsüberschuss

durch den Ausfall von Kreditnehmern und damit einhergehenden Zinsausfällen belastet. Dieser Effekt wurde teilweise im Zeitablauf über das sogenannte „Unwinding“, das heißt die Fortschreibung des Barwerts der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme, kompensiert. Darüber hinaus enthielt die Vorjahreszahl Gewinne aus der Veräußerung von Schuldscheindarlehen in Höhe von 10 Mio. €. Der Provisionsüberschuss lag mit 97 Mio. € auf dem Vorjahresniveau (2008: 95 Mio. €). Niedrigere Erträge aus dem verringerten Portfoliobestand wurden durch Provisionen für Forderungen kompensiert, die nicht wie ursprünglich geplant syndiziert werden konnten, weshalb mit der erfolgswirksamen Vereinnahmung begonnen wurde. Darüber hinaus waren die Erträge aus dem Abschluss von Sicherungsgeschäften für Kunden mit 23 Mio. € leicht über dem Niveau des Vorjahres (18 Mio. €). Das Handels-

ergebnis in Höhe von –151 Mio. € resultierte aus dem latenten Ausfallrisiko von Kundenderivaten, für das eine Vorsorge gebildet wurde. Im Vorjahr war das Handelsergebnis von –45 Mio. € auf Zinspositionierungen zurückzuführen. Das Finanzanlageergebnis des Vorjahres in Höhe von 58 Mio. € resultierte aus Veräußerungsgewinnen von Wertpapieren. Im Jahr 2009 wurden solche Veräußerungsgewinne nur in sehr geringem Maße realisiert. Da sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte mit den Sicherungsinstrumenten weitgehend ausglich, fiel wie im Vorjahr kein Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen an. Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen betrug 6 Mio. € (2008: 12 Mio. €).

Kreditrisikovorsorge In den Jahren 2008 und 2009 hat sich die Lage auf den gewerblichen Immobilienmärkten drastisch verschlechtert. Die Zahlungsfähigkeit der Kunden, die in vielen Fällen zu einem großen Teil von den Cashflows der finanzierten Immobilien abhängt, war durch die steigenden Leerstandsdaten und die schwierige Vermarktung insbesondere neu erstellter beziehungsweise gene-

ralüberholter Objekte stark belastet. Betroffen waren vor allem Immobilienfinanzierungen von Hotels, Büro- und Einzelhandelsobjekten. Entsprechend der negativen Entwicklung auf den Immobilienmärkten in Großbritannien, Spanien und den USA waren Engagements in diesen Regionen überproportional belastet. Aufgrund des signifikanten Anteils am Gesamtportfolio trugen dazu auch materielle Einzelwertberichtigungsfälle aus Deutschland bei. Die Kreditrisikovorsorge betrug für das gesamte Jahr 2009 1.866 Mio. €, wovon 1.723 Mio. € auf Einzelwertberichtigungen und 142 Mio. € auf portfoliobasierte Wertberichtigungen entfielen. Im Vorjahr hatte die Zuführung zur Kreditrisikovorsorge 1.066 Mio. € betragen.

Verwaltungsaufwand Der Verwaltungsaufwand lag mit 177 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres von 155 Mio. €, was im Wesentlichen auf eine Verlagerung von Aktivitäten der HRE Holding in die Geschäftssegmente zurückzuführen ist. Da die operativen Erträge sanken und der Verwaltungsaufwand stieg, verschlechterte sich die Cost-Income-Ratio auf 30,2 % (2008: 17,7 %).

Key Financials

Erfolgszahlen

	in Mio. €
Operative Erträge	
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	
Provisionsüberschuss	
Handelsergebnis	
Finanzanlageergebnis	
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	
Kreditrisikovorsorge	
Verwaltungsaufwand	
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	
Ergebnis vor Steuern	

Kennziffer

Cost-Income-Ratio	in %
-------------------	------

2009

2008

Veränderung

587	876	–289
632	756	–124
97	95	2
–151	–45	–106
3	58	–55
—	—	—
6	12	–6
1.866	1.066	800
177	155	22
–1	–5	4
–1.457	–350	–1.107

30,2

17,7

Geschäftssegment Public Sector & Infrastructure Finance

Key Financials		2009	2008	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	148	609	–461
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	683	730	–47
Provisionsüberschuss	in Mio. €	–477	–39	–438
Handelsergebnis	in Mio. €	34	–124	158
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	–7	13	–20
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	–86	26	–112
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	1	3	–2
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	203	420	–217
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	89	75	14
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	3	–8	11
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	–141	106	–247
Kennziffer				
Cost-Income-Ratio	in %	60,1	12,3	

Das Geschäftssegment Public Sector & Infrastructure Finance umfasst Staats- und Infrastrukturfinanzierungen.

Das Vorsteuerergebnis des Segments sank auf –141 Mio. € (2008: 106 Mio. €). Die Verminderung ist vor allem auf ein negatives Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und auf einen verschlechterten Provisionsüberschuss zurückzuführen.

Operative Erträge Die operativen Erträge sanken von 609 Mio. € im Vorjahr auf 148 Mio. € im aktuellen Jahr. Der Zinsüberschuss ging von 730 Mio. € in 2008 auf 683 Mio. € im Jahr 2009 zurück. Der Rückgang resultierte aus dem stetig vollzogenen Abbau an zinstragenden Vermögenswerten. Darüber hinaus lag das Ergebnis aus dem Verkauf beziehungsweise Abgang von Forderungen sowie der Rücknahme von Verbindlichkeiten unter dem Vorjahreswert. Dagegen wurden höhere Erträge im Geldmarktbereich und aus den von Kunden gezogenen US-amerikanischen Kundenliquiditätsfazilitäten erzielt. Beide Effekte haben sich vor allem im ersten Halbjahr 2009 ausgewirkt. Seit Mitte des Jahres 2009 hatten sie aufgrund des inzwischen stabilen Zinsniveaus und der weitgehenden Tilgung der Forderungen aus gezogenen US-

amerikanischen Kundenliquiditätsfazilitäten keinen materiell begünstigenden Einfluss auf den Zinsüberschuss mehr. Der Provisionsüberschuss war stark durch die Aufwendungen für die Garantien im Zusammenhang mit den Liquiditätsunterstützungen des SoFFin und des Bundes belastet. Er belief sich auf –477 Mio. €, nach –39 Mio. € in 2008. Das Handelsergebnis (2009: 34 Mio. €, 2008: –124 Mio. €) enthält Bewertungsgewinne aus Stand-alone-Derivaten und einen Buchgewinn aus dem Verkauf der fast vollständig wertberichtigten und neu bewerteten Ansprüche gegenüber der im Gläubigerschutz befindlichen US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers Inc. Im Vorjahr resultierte aus dem Re-Hedging und der Bewertung von Derivatepositionen gegenüber Lehman Brothers Inc. ein Aufwand in Höhe von –120 Mio. €. Das Finanzanlageergebnis belief sich auf –7 Mio. € (2008: 13 Mio. €). Vor allem Hedge-Ineffizienzen innerhalb der nach IAS 39 zulässigen Bandbreite verursachten ein negatives Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen in Höhe von –86 Mio. € (2008: 26 Mio. €). Der Aufwand stellt teilweise einen Umkehreffekt der korrespondierenden Erträge im Jahr 2008 dar. Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen betrug 1 Mio. € (2008: 3 Mio. €).

Kreditrisikovorsorge Die Zuführungen zur Kreditrisikovorsorge beliefen sich auf 203 Mio. € (2008: 420 Mio. €) und unterteilen sich in Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen in Höhe von 132 Mio. € und zu portfoliobasierten Wertberichtigungen in Höhe von 71 Mio. €. Die individuellen Zuführungen waren vor allem für Infrastrukturfinanzierungen und dabei zum Beispiel für Finanzierungen von Autobahnen, Flughäfen oder Verkehrsmitteln sowie für Public-Sector-Finanzierungen in den USA notwendig.

Verwaltungsaufwand Der Verwaltungsaufwand stieg von 75 Mio. € im Vorjahr auf 89 Mio. €, was im Wesentlichen auf eine Verlagerung von Aktivitäten der HRE Holding in die Geschäftssegmente zurückzuführen ist. Da die operativen Erträge sanken und der Verwaltungsaufwand stieg, verschlechterte sich die Cost-Income-Ratio auf 60,1 %, nach 12,3 % im Vorjahr.

Geschäftssegment Capital Markets & Asset Management

Key Financials		2009	2008	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	31	–506	537
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	65	73	–8
Provisionsüberschuss	in Mio. €	–73	5	–78
Handelsergebnis	in Mio. €	—	–518	518
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	33	–61	94
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	6	–5	11
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	—	—	—
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	—	—	—
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	26	32	–6
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	5	–538	543
Kennziffer				
Cost-Income-Ratio	in %	83,9	> 100,0	

Das Geschäftssegment Capital Markets & Asset Management umfasst das Capital-Markets- und Asset-Management-Geschäft des Konzerns.

Die Erholung auf den internationalen Finanzmärkten spiegelte sich im Ergebnis des Geschäftssegments Capital Markets & Asset Management wider. Als Folge war das Vorsteuerergebnis im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 5 Mio. € wieder positiv, nachdem es im Vorjahr mit –538 Mio. € negativ war.

Operative Erträge Das positive Ergebnis vor Steuern resultierte aus höheren operativen Erträgen in Höhe von 31 Mio. € (2008: –506 Mio. €). Der Zinsüberschuss lag mit 65 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (2008: 73 Mio. €). Der Zinsüberschuss nahm durch den stetig vollzogenen Abbau an zinstragenden Vermögenswerten ab. Vor allem aufgrund der Aufwendungen für die Garantien im Zusammenhang mit den Liquiditätsunterstützungen fiel der Provisionsüberschuss von 5 Mio. € im Vorjahr auf –73 Mio. € im abgelaufenen Geschäftsjahr. Darüber hinaus sanken die

Provisionserträge nach dem Verkauf der DEPFA First Albany Securities LLC. Das Handelsergebnis belief sich auf 0 Mio. € und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert von –518 Mio. €. Die Verbesserung resultierte aus Bewertungsverlusten auf das im Risikobericht beschriebene Portfolio Halcyon und Pegasus, die mit –29 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von –237 Mio. € lagen. Dabei wirkte sich die geringere Ausfallwahrscheinlichkeit im Zusammenhang mit der Restrukturierung eines US-amerikanischen Kreditversicherers („Monoline Insurers“) begünstigend aus. Darüber hinaus war das Vorjahr deutlich durch die Credit-Spread-Ausweitungen der Bestände geprägt, wohingegen die Credit Spreads im Laufe des ab-

gelaufenen Jahres wieder leicht zurückgingen. Das Finanzanlageergebnis belief sich aufgrund von Zuschreibungen auf MBS auf 33 Mio. € (2008: –61 Mio. €). Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen betrug 6 Mio. € (2008: –5 Mio. €). Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen belief sich wie im Vorjahr auf 0 Mio. €.

Verwaltungsaufwand Aufgrund der Verringerung des Personalbestandes und der Entkonsolidierung der DEPFA First Albany Securities LLC sank der Verwaltungsaufwand von 32 Mio. € im Vorjahr auf 26 Mio. €. Die Cost-Income-Ratio, also das Verhältnis von Verwaltungsaufwand und operativen Erträgen, belief sich auf 83,9 % (2008: >100 %).

Corporate Center

Im Corporate Center sind unter anderem die Ergebnisbeiträge aus den nicht-strategischen Portfolios wie dem CDO-Portfolio dargestellt. Darüber hinaus beinhaltet es Ergebnisbeiträge aus der HRE Holding sowie die Aufwendungen wesentlicher Konzernfunktionen.

Die veränderte Situation der HRE und die Belastungen aus der Krise einiger Märkte wirkten sich im Corporate Center signifikant aus. Als Folge war das Ergebnis vor Steuern mit –628 Mio. € deutlich negativ. Das Vorjahresergebnis in Höhe von –4.593 Mio. € war geprägt durch die Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA sowie auf strukturierte Produkte.

Operative Erträge Die operativen Erträge beliefen sich auf –347 Mio. € (2008: –1.564 Mio. €). Der Zinsüberschuss betrug 16 Mio. €. Aus der Abwertung einiger Instrumente des Nachrangkapitals resultierte auch im Jahr 2009 ein Ertrag in Höhe von 138 Mio. € (im Vorjahr 353 Mio. €). Darüber hinaus enthielt der Zinsüberschuss des laufenden Jahres weniger Erträge aus Forderungsverkäufen als im Vorjahr. Ohne diese beiden Effekte wäre der Zinsüberschuss im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, da Verbindlichkeiten nach den Kapitalerhöhungen getilgt werden konnten. Der Provisionsüberschuss wurde durch die Aufwendungen für die Garantien im Zusammenhang mit den Liquiditätsunterstützungen des SoFFin und des Bundes belastet und sank von –29 Mio. € im Jahr 2008 auf –189 Mio. €

im Jahr 2009. Das Handelsergebnis in Höhe von –37 Mio. € (2008: –322 Mio. €) war in deutlich geringerem Umfang durch erfolgswirksame Bewertungsänderungen der synthetischen CDOs belastet (2009: –58 Mio. €, 2008: –395 Mio. €). Darüber hinaus wurde das Handelsergebnis durch Marktwertveränderungen von Derivaten verbessert, die nach Wegfall der Hedge-Voraussetzungen frei stehend (stand alone) bewertet werden müssen. Das Finanzanlageergebnis in Höhe von –30 Mio. € (2008: –1.419 Mio. €) enthielt im Wesentlichen Wertberichtigungen auf Finanzanlagen. Allerdings lagen die Wertberichtigungen auf Cash CDOs mit –77 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau von –762 Mio. €. Darüber hinaus wurden auf MBS 131 Mio. € zugeschrieben, nachdem im Vorjahr noch Abschreibungen in Höhe von –528 Mio. € notwendig waren. Ferner wurde ein Gebäude um –33 Mio. € abgeschrieben. Hedge-Ineffizienzen innerhalb der nach IAS 39 zulässigen Bandbreite verursachten ein negatives Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen in Höhe von –37 Mio. € (2008: 65 Mio. €). Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen beinhaltete vor allem negative Effekte aus der Währungsumrechnung.

Kreditrisikovorsorge Die Kreditrisikovorsorge betrug 22 Mio. €, nach 170 Mio. € im Vorjahr. Sie setzte sich aus Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen in Höhe von 41 Mio. € und Auflösungen von portfoliobasierten Wertberichtigungen in Höhe von –19 Mio. € zusammen. Port-

foliobasierte Wertberichtigungen werden nach IAS 39 nur für Forderungen gebildet, bei denen keine Hinweise auf eine individuelle Wertminderung festgestellt wurden.

Verwaltungsaufwand Der Verwaltungsaufwand lag mit 249 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (343 Mio. €), was hauptsächlich auf die Reduktion der HRE Holding Aktivitäten sowie den niedrigeren Personalbestand zurückzuführen ist.

Saldo übrige Erträge/Aufwendungen Der Saldo übrige Erträge/Aufwendungen resultierte aus zusätzlichen Zuführungen zu Rückstellungen für die strategische Neuausrichtung und Restrukturierung der HRE. Der Aufwand des Vorjahres resultierte ebenfalls aus Zuführungen zu Restrukturierungsrückstellungen. Dieser Aufwand wurde teilweise durch einen Ertrag in Höhe von 180 Mio. € aus dem in die Pflichtwandelanleihe eingebetteten Derivat kompensiert.

Key Financials		2009	2008	Veränderung
Erfolgszahlen				
Operative Erträge	in Mio. €	– 347	– 1.564	1.217
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	16	74	– 58
Provisionsüberschuss	in Mio. €	– 189	– 29	– 160
Handelsergebnis	in Mio. €	– 37	– 322	285
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	– 30	– 1.419	1.389
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	– 37	65	– 102
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	– 70	67	– 137
Kreditrisikoversorge	in Mio. €	22	170	– 148
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	249	343	– 94
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA	in Mio. €	—	2.482	– 2.482
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	– 10	– 34	24
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	– 628	– 4.593	3.965

Entwicklung der Vermögenslage

Aktiva		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Barreserve	1.824	1.713
Handelsaktiva	10.749	17.287
Forderungen an Kreditinstitute	37.521	49.409
Forderungen an Kunden	198.344	222.048
Wertberichtigungen auf Forderungen	-3.898	-2.277
Finanzanlagen	94.808	108.740
Sachanlagen	15	32
Immaterielle Vermögenswerte	44	40
Sonstige Aktiva	15.399	17.396
Ertragsteueransprüche	4.870	5.266
Tatsächliche Steueransprüche	146	132
Latente Steueransprüche	4.724	5.134
Summe der Aktiva	359.676	419.654

Die Bilanzsumme der HRE verminderte sich im Geschäftsjahr kontinuierlich und belief sich zum Stichtag 31. Dezember 2009 auf 359,7 Mrd. €, was gegenüber dem Vorjahr (2008: 419,7 Mrd. €) einen Rückgang um 14 % darstellt. Der deutliche Rückgang resultierte aus mehreren Effekten: Portfolios konnten reduziert werden, da das Neugeschäft und die Ziehungen von Altzusagen geringer ausfielen als die Rückzahlungen. Weiterhin konnten durch einen aktiven Abbau von nicht-strategischen Vermögenswerten am Markt Bestände reduziert werden. Dabei sind der Verkauf von CDOs und MBS (Nominalwert von insgesamt 1,3 Mrd. €), von Student Loans (Nominalwert von 0,5 Mrd. €) sowie von Forderungen aus der Lehman-Brothers-Insolvenz hervorzuheben. Die Bilanzbestände verringerten sich aufgrund von Wechselkurseffekten und der Auswirkung des gesunkenen Zinsniveaus auf die Marktwerte der Derivate. Diese Effekte spiegelten sich vor allem in den Positionen Forderungen, Finanzanlagen und Handelsaktiva wider. In den Forderungen nahm hauptsächlich der Bestand der Kommunaldarlehen ab, da

dem selektiven Neugeschäft höhere Rückzahlungen gegenüberstanden. In den Finanzanlagen sank der Bestand der Schuldverschreibungen und Anleihen. In den Handelsaktiva und in den sonstigen Aktiva nahmen die positiven Marktwerte der Stand-alone-Derivate des Bankbuchs beziehungsweise der Sicherungsderivate ab. Ferner sank die Bilanzsumme aufgrund der Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie durch die Entkonsolidierung von Zweckgesellschaften nach dem Verkauf der gehaltenen Tranchen.

Die Eventualverbindlichkeiten, die dem Kreditvolumen zuzurechnen sind, konnten hauptsächlich aufgrund der Streichung von Erfüllungsgarantien und Gewährleistungen zum 31. Dezember 2009 auf 0,8 Mrd. € (31. Dezember 2008: 1,3 Mrd. €) reduziert werden. Das Kreditvolumen, das die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute exklusive der Geldanlagen sowie die Eventualverbindlichkeiten umfasst, verringerte sich um 12% von 267,3 Mrd. € zum Jahresende 2008 auf 236,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2009.

Entwicklung der Finanzlage

Passiva		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	137.349	146.878
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.259	15.936
Verbriefte Verbindlichkeiten	156.376	197.978
Handelsspassiva	11.391	17.236
Rückstellungen	249	352
Sonstige Passiva	29.250	33.835
Ertragsteuerverpflichtungen	3.976	4.163
Tatsächliche Steuerverpflichtungen	113	161
Latente Steuerverpflichtungen	3.863	4.002
Nachrangkapital	3.217	4.784
Verbindlichkeiten	355.067	421.162
Gezeichnetes Kapital	3.649	633
Hybride Kapitalinstrumente ¹⁾	1.043	—
Stille Einlage ²⁾	999	—
Kapitalrücklage	8.351	6.352
Gewinnrücklagen	–4.368	1.085
Neubewertungsrücklage	–2.829	–4.117
AfS-Rücklage	–2.267	–3.115
Cashflow-Hedge-Rücklage	–562	–1.002
Konzernverlust/-gewinn 1.1.–31.12.	–2.236	–5.461
Eigenkapital	4.609	–1.508
Summe der Passiva	359.676	419.654

¹⁾ Hybride Kapitalinstrumente des Tochterunternehmens DEPFA Bank plc, die nach IAS 32 von den Nachrangverbindlichkeiten in das Eigenkapital umzugliedern waren (nicht beherrschender Anteil)

²⁾ Stille Einlage des SoFFin in das Tochterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG (nicht beherrschender Anteil)

Das bilanzielle Eigenkapital (ohne Neubewertungsrücklage) betrug zum 31. Dezember 2009 7,4 Mrd. €, nach 2,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2008. Inklusive Neubewertungsrücklage betrug das Eigenkapital zum 31. Dezember 2009 4,6 Mrd. € (31. Dezember 2008: –1,5 Mrd. €).

Im Zuge der Rekapitalisierung der HRE durch den SoFFin hat sich das gezeichnete Kapital in 2009 um 3,0 Mrd. € erhöht. Der SoFFin hat im ersten Quartal 2009 aus der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 20 Mio. Aktien der HRE Holding zum Preis von 3,00 € je Aktie übernommen. Im Juni 2009 hat der SoFFin rund 986,5 Mio. Aktien

aus einer Kapitalerhöhung gezeichnet, die die außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft am 2. Juni 2009 beschlossen hatte. Der HRE Holding sind aus dieser zweiten Kapitalerhöhung rund 2,96 Mrd. € zugeflossen. Im November 2009 hat der SoFFin eine stille Einlage in Höhe von 1,0 Mrd. € in das Tochterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG geleistet. Diese stille Einlage wird in einer separaten Zeile innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen. Darüber hinaus hat der SoFFin im November 2009 in die Rücklage der HRE Holding 0,7 Mrd. € und in die Rücklage der Deutschen Pfandbriefbank AG 1,3 Mrd. € eingezahlt. Diese Einzahlungen werden in der Kapitalrücklage gezeigt.

Im Einklang mit den Vorschriften des IAS 32 wurden die direkten den Kapitalerhöhungen zuzuordnenden Aufwendungen in Höhe von 8 Mio. € erfolgsneutral abgesetzt.

Bestimmte Hybridemissionen der DEPFA Bank plc sind seit dem ersten Quartal 2009 gemäß IAS 32.16 als Eigenkapitalinstrumente zu bilanzieren. Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten als Eigenkapital- oder Fremdkapitalinstrumente ist nicht von den gesellschaftsrechtlichen Regelungen abhängig. Sie richtet sich stattdessen danach, ob die Gesellschaft eine vertragliche Verpflichtung hat, Zahlungen aus einem begebenen Finanzinstrument zu leisten. Die DEPFA Bank plc hat über ihre Emissionsvehikel DEPFA Funding II LP, DEPFA Funding III LP und DEPFA Funding IV LP nachrangiges Fremdkapital in Form von Endlosanleihen herausgegeben. Diese hybriden Kapitalinstrumente müssen nur Zinszahlungen leisten, wenn gleichrangige Gläubiger eine Zinszahlung erhalten. Nachdem die letzte gleichrangige Verbindlichkeit mit Zinsanspruch im ersten Quartal 2009 zurückbezahlt worden ist, hat die Gesellschaft ab diesem Zeitpunkt keine vertragliche Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen. Dementsprechend war der Buchwert dieser hybriden Kapitalinstrumente in Höhe von 1.043 Mio. € von den Nachrangverbindlichkeiten in das Eigenkapital umzugliedern.

Die Neubewertungsrücklage betrug –2,8 Mrd. € (31. Dezember 2008: –4,1 Mrd. €). Dabei verbesserte sich die AfS-Rücklage zum 31. Dezember 2009 auf –2,3 Mrd. €, verglichen mit –3,1 Mrd. € zum 31. Dezember 2008. Diese positive Entwicklung resultierte aus Credit-Spread-Verbesserungen. Darüber hinaus war die AfS-Rücklage aufgrund der Wertberichtigungen und der Amortisierung von Wertpapieren, die gemäß der im Oktober 2008 vom IASB verabschiedeten und von der EU anerkannten IAS-39-Änderung „Umgliederung finanzieller Vermögenswerte“ im Geschäftsjahr 2008 umgewidmet wurden, weniger negativ. Die HRE hatte rückwirkend zum 1. Juli 2008 Vermögenswerte der Kategorie Available for Sale mit einem Buchwert von 76,1 Mrd. € in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert. Ohne diese Umwidmung hätte sich die AfS-Rücklage nach Steuern im Geschäftsjahr 2009 um 2,7 Mrd. € verbessert. Seit dem Umwidmungstag wäre die AfS-Rücklage nach Steuern ohne diese Umwidmung um insgesamt –4,3 Mrd. € negativer gewesen. Die Cashflow-Hedge-Rücklage belief sich auf –0,6 Mrd. €, nach –1,0 Mrd. € zum Vorjahresende. Die Veränderung resultierte primär aus Fälligkeiten

von Derivaten und dem im Laufe des Jahres gesunkenen Zinsniveau.

Die gesamten Konzernverbindlichkeiten beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 355,1 Mrd. €, nach 421,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2008.

Die Verbindlichkeiten sanken im Vergleich zum Jahresende 2008 in allen Positionen, insbesondere aber innerhalb der Verbrieften Verbindlichkeiten. Die im November 2008 über 50 Mrd. € gewährte Liquiditätsfazilität wurde im Geschäftsjahr 2009 um 7 Mrd. € getilgt. Die Inanspruchnahme der Liquiditätsunterstützungen findet sich überwiegend in den Verbrieften Verbindlichkeiten und den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wieder. Das Nachrangkapital sank aufgrund von Fälligkeiten und aufgrund der Umwidmung der Hybridemissionen der DEPFA Bank plc in das Eigenkapital. Ferner wurden durch die Verschmelzung der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG die Instrumente des Genussrechtskapitals der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG zu Nachrangigen Verbindlichkeiten, da den Genussscheininhabern gleichwertige Rechte gewährt wurden. Diese Rechte beinhalten Modifikationen hinsichtlich Ausschüttung und Verlustteilnahme. Auf Basis dieser Modifikationen wurden die Papiere umklassifiziert, da dieses dem wirtschaftlichen Gehalt der Verträge näher kommt. Die Handelsspassiva und die Sonstigen Passiva sanken, da sich die negativen Marktwerte der Handels- und Sicherungsderivate infolge des gesunkenen Marktzinsniveaus verminderten.

Die anderen Verpflichtungen sanken im Vergleich zum Vorjahresende (13,2 Mrd. €) auf 8,1 Mrd. €. Die nicht oder nicht vollständig ausbezahlten Forderungen spiegeln sich in den unwiderruflichen Kreditzusagen wider und beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 5,9 Mrd. €, nach 11,3 Mrd. € zum 31. Dezember 2008. Die Verringerung der unwiderruflichen Kreditzusagen resultiert aus der höheren Ziehungsrates und der Reduzierung von Zusagen bei Immobilien- und öffentlichen Finanzierungen. Dagegen stiegen die ausgegebenen Kundenliquiditätsfazilitäten von 1,9 Mrd. € zum 31. Dezember 2008 auf 2,2 Mrd. €. Diese Kundenliquiditätsfazilitäten sind auf dem US-amerikanischen Markt vertriebene Produkte, die an die Emissionen steuerbefreiter Kommunalanleihen gekoppelt sind. Nach Tilgung der Inanspruchnahme leben Teile der ursprünglichen Kreditzusage (Liquiditätsfazilität) wieder auf.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen nach Solvabilitätsverordnung^{a)}

Gemäß den offiziellen regulatorischen Vorgaben erfolgt die Ermittlung der Eigenmittel zu den Stichtagen 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008 ohne Einbezug des jeweiligen Jahresergebnisses, da zum Zeitpunkt der Abgabe der Meldung an die Aufsichtsbehörden noch kein aufgestellter Jahresabschluss vorlag. Dieser ist jedoch Voraussetzung, um das Jahresergebnis berücksichtigen zu können.

Das bankenaufsichtsrechtliche Kapital gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) der HRE stellt sich wie folgt dar:

Eigenmittel¹⁾				
in Mio. €	31.12.2009²⁾	31.12.2009³⁾	31.12.2008²⁾	31.12.2008³⁾
Kernkapital	7.614	6.260	5.897	2.928
Ergänzungskapital	1.133	2.213	2.275	2.069
Eigenkapital	8.747	8.473	8.172	4.997
Dritrangmittel	—	—	—	—
Insgesamt	8.747	8.473	8.172	4.997

¹⁾ konsolidiert gemäß § 10a KWG

²⁾ vor aufgestellten Jahresabschlüssen und vor erfolgter Ergebnisverwendung

³⁾ pro forma nach aufgestellten Jahresabschlüssen und nach erfolgter Ergebnisverwendung

Die Kapitalquoten wurden auf Basis der Eigenkapitaldefinition nach SolvV sowie unter Verwendung der risikogewichteten Aktiva nach Basel II ermittelt. Zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 ergaben sich somit folgende Kapitalquoten:

Kapitalquoten				
in %	31.12.2009¹⁾	31.12.2009²⁾	31.12.2008¹⁾	31.12.2008²⁾
Kernkapitalquote ³⁾	9,4	7,8	6,2	3,4
Eigenkapitalquote ⁴⁾	11,2	11,0	9,0	6,0
Eigenmittelquote (Gesamtkennziffer) ³⁾	10,8	10,6	8,6	5,7

¹⁾ vor aufgestellten Jahresabschlüssen und vor erfolgter Ergebnisverwendung

²⁾ pro forma nach aufgestellten Jahresabschlüssen und nach erfolgter Ergebnisverwendung

³⁾ inklusive gewichteter Adressausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5

⁴⁾ inklusive gewichteter Adressausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5

^{a)} Zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wurde die Eigenmitteldefinition nach SolvV herangezogen. Für die risikogewichteten Aktiva wurden die Werte ebenfalls auf Basis der SolvV berechnet. Hierbei wurden für die Adressrisiken die Beträge gemäß des Advanced Internal Rating Based Approach für diejenigen Portfolios herangezogen, für welche die HRE die entsprechenden Zulassungen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhalten hat. Dies betrifft im Wesentlichen die Hypo Real Estate Bank AG, die Hypo Public Finance Bank und die Hypo Pfandbriefbank International. Für die Institute der ehemaligen DEPFA-Gruppe wurden die risikogewichteten Aktiva nach dem Standardansatz ermittelt. Die Anrechnungsbeträge für operationelle Risiken wurden durchweg mit dem hierfür gültigen Standardansatz berechnet.

Zusammenfassung

Die Gewinn-und-Verlust-Rechnung für das Jahr 2009 war deutlich von der spezifischen, äußerst schwierigen Situation der HRE sowie der Krise an den Immobilienmärkten beeinflusst. Vor allem auf gewerbliche Immobilienfinanzierungen, aber auch auf andere Forderungen und Wert-

papiere waren signifikante Wertberichtigungen notwendig. Darüber hinaus wurde die Ertragslage durch die Aufwendungen für die Unterstützungsmaßnahmen belastet. Insgesamt war das Ergebnis vor Steuern mit –2.221 Mio. € negativ.

Die HRE Holding hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten gestellt. Auf diese Abwicklungsanstalt will die HRE Bilanzpositionen übertragen, die für die Neuausrichtung des Unternehmens nicht strategienotwendig sind. Die Übertragung soll im zweiten Halbjahr 2010 nach Genehmigung aller erforderlichen Institutionen und Organe erfolgen und Vermögenswerte bis zu 210 Mrd. € umfassen. Ein Rechtsanspruch auf Einrichtung der Abwicklungsanstalt be-

steht nicht; ihre Einrichtung steht vielmehr im Ermessen der FMSA.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG hat am 11. Januar 2010 einen Öffentlichen Jumbopfandbrief im Volumen von 1 Mrd. € aufgelegt. Der Pfandbrief ist mit einem Kupon von 3,375 % p.a. ausgestattet und hat eine Laufzeit von sieben Jahren.

Darüber hinaus fanden keine berichtenswerten Vorgänge nach dem 31. Dezember 2009 statt.

Die Lage an den Kapitalmärkten hat sich im Verlauf des Jahres 2009 in einzelnen Märkten zunehmend stabilisiert – mit Ausnahme von Spreads für Staatsanleihen in einigen südeuropäischen Ländern. Die Risikoauflagen (Credit Spreads) lagen in vielen Bonitätsgruppen und Laufzeiten deutlich unter dem Niveau zum Jahresende 2008.

Auf den Immobilienmärkten hat sich der Abwärtstrend der Preise für gewerbliche Immobilien verlangsamt und zeigt vereinzelt Tendenzen einer Stabilisierung. Die Preise liegen jedoch unverändert unter dem Vorjahresniveau. Es gibt aber nach wie vor Rückschlagspotenzial, weil der gewerbliche Immobilienmarkt hohe, teilweise noch steigende Leerstandsdaten aufweist.

Die Lage der HRE hat sich im Jahresverlauf 2009 hinsichtlich der Refinanzierungssituation durch die Liquiditäts- und Kapitalunterstützungsmaßnahmen, die ausführlich im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ des Lageberichtes dargestellt sind, stabilisiert. Erstmals seit Beginn der Krise konnte die Deutsche Pfandbriefbank AG im zweiten Halbjahr 2009 die ersten Privatplatzierungen und Benchmark-Transaktionen am Markt platzieren.

Der Konzern ist jedoch auch im Jahr 2010 auf eine Verlängerung der Liquiditätsfazilitäten angewiesen. Marktplatzierungen von Pfandbriefen und unbesicherten Transaktionen sind zwar weiterhin geplant, diese werden die Liquiditätsunterstützung jedoch nur zu einem sehr kleinen Teil reduzieren können.

Organisation und Grundsätze des Risiko- und Kapitalmanagements

Organisation und Komitees

Der Vorstand der HRE Holding trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagementsystem und entscheidet über alle Strategien und die wesentlichen Fragen des Risikomanagements und der Organisation. Das Risikomanagementsystem ist ein alle Geschäftsaktivitäten der Gruppe umfassendes System hinsichtlich der nachvollziehbaren und systematischen Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung, Dokumentation und Kommunikation aller wesentlichen Risiken sowie deren Überwachung auf Basis einer definierten, jährlich überarbeiteten Risikostrategie. Das Risikomanagementsystem der HRE wurde 2009 weiterentwickelt und weiter konzernweit vereinheitlicht.

Wesentliche, vom Vorstand zu verantwortende Komponenten sind dabei:

- Festlegung, Aktualisierung und Kommunikation von Geschäfts- und Risikostrategien als Grundlage der Geschäftsaktivitäten und Risikoprävention für alle Einheiten in der Gruppe
- Festlegung und Weiterentwicklung von Organisationsstrukturen für die Gruppe und insbesondere für das Risikomanagement zur Gewährleistung der Steuerung und Überwachung aller wesentlichen Risiken

- Verabschiedung von Kreditkompetenzrichtlinien als Entscheidungsrahmen entlang der Kreditprozesse
- Entscheidung über (Portfolio-)Steuerungsmaßnahmen außerhalb der übertragenen Kompetenzen

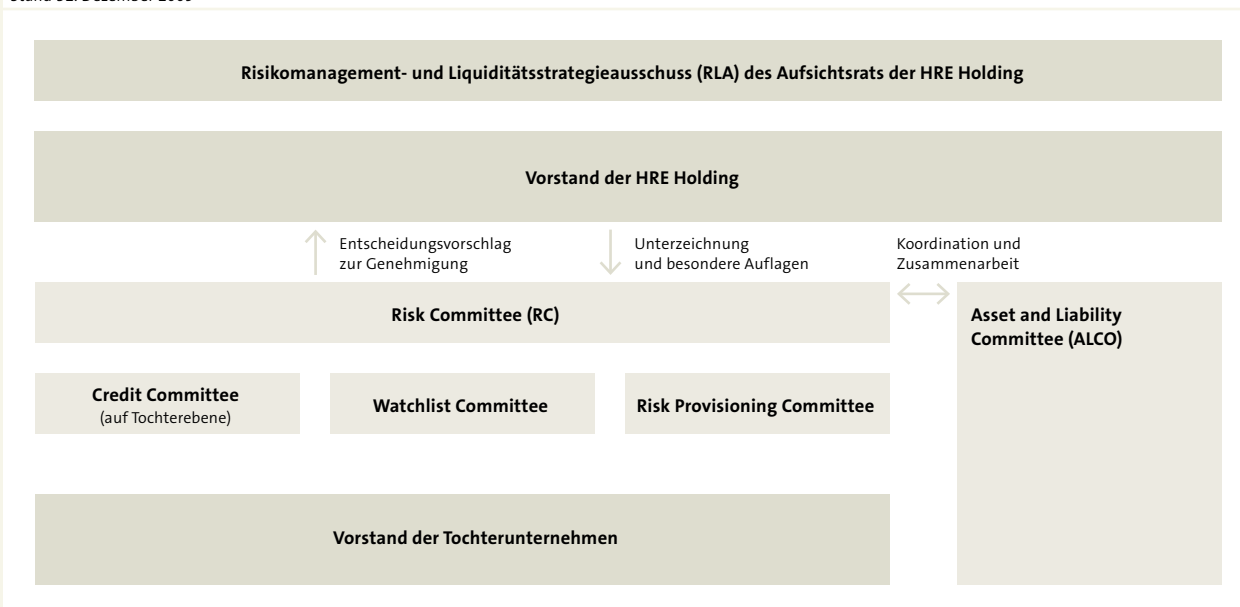
Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat der HRE Holding über Änderungen der konzernübergreifenden Geschäfts- und Risikostrategien, das Risikoprofil der HRE und die konkreten Geschäfts- und Risikostrategien auf Ebene der operativ tätigen Tochterbanken.

Der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss (RLA) des Aufsichtsrats befasst sich hauptsächlich mit der Steuerung der Gesamtrisikosituation, der Überwachung, Einrichtung und Fortentwicklung eines effizienten Risikomanagementsystems sowie mit der Liquiditätssteuerung und -sicherung des Konzerns. Der Vorstand informiert das Gremium über alle Erhöhungen und Neubildungen von Einzelwertberichtigungen über 5 Mio. € und seit Beginn 2009 wöchentlich über größere und risikoreichere Engagements.

Das Risikomanagement der HRE ist zentral organisiert und umfasst – wie in nachfolgender Grafik dargestellt – neben Vorstand und Aufsichtsrat mehrere Komitees, die vom Vorstand der HRE Holding und dem Vorstand der Tochter etabliert wurden:

Organisation des Risikomanagements der HRE Holding

Stand 31. Dezember 2009



Das **Risk Committee (RC)** der HRE setzt sich aus dem Chief Risk Officer (CRO, Vorsitzender), dem Chief Financial Officer (CFO), dem Chief Operating Officer (COO), den Chief Credit Officers (CCOs) der Geschäftssegmente sowie den Leitern Risikomanagement & Control und Global Workout zusammen. Das Gremium tagt in der Regel monatlich und verabschiedet Guidelines/Policies (Policies und Guidelines sind durch Gesamtvorstand zu genehmigen), Methoden zur Risikomessung, deren Parametrierung sowie Methoden der Risikoüberwachung für alle Risikoarten. Es unterbreitet dem HRE Holding Vorstand und dem Vorstand der relevanten Töchter Entscheidungsvorschläge zu Risikostrategien und -limiten für alle Risikoarten.

Das RC überwacht die Entwicklung des ökonomischen Kapitals, der Risikodeckungsmasse, des Kreditportfolios und die Einhaltung von Limiten. Es entscheidet über geeignete Maßnahmen des Kreditrisikomanagements.

Die Adaption und Ausführung der getroffenen Entscheidungen liegt in der Verantwortung der Organisationsstruktur der CROs und CCOs der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc beziehungsweise beim Bereich Treasury und Liquiditätsmanagement.

Das **Asset and Liability Committee (ALCO)** der HRE ist unter Vorsitz des zuständigen Vorstandsmitglieds für Treasury und Public Finance mit dem CRO, dem CFO, dem Head of Treasury sowie den Leitern der Bereiche Asset Liability Management, Finance, Risk Management & Control besetzt und tagt monatlich. Die Aufgaben umfassen das Liquiditätsmanagement, das Management der Bilanzstruktur sowie die Marktrisikosteuerung und die Steuerung der regulatorischen Kapitalquoten. In diesem Gremium erfolgt auch die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen für Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategien, die nach Diskussionen im Risk Committee, ebenso wie Akquisitionen und Desinvestments im Vorstand entschieden werden.

Das **Credit Committee** setzt sich auf Ebene der einzelnen Tochterbanken aus dem CRO (Vorsitzender), den CCOs der Geschäftssegmente und dem Senior Credit Executive zusammen. Die Vertreter der Marktseite haben dabei ein Anwesenheits- und Votierungsrecht im Rahmen der Markt-/Marktfolgeverantwortung. Das Gremium tagt in der Regel mindestens wöchentlich und ist für die Kreditentscheidungen entsprechend der Kompetenzordnung für Neugeschäft, Prolongationen und materielle Veränderungen im Kreditverhältnis verantwortlich. Es gibt zudem ein Votum ab für alle Kreditentscheidungen, die in die Kompetenz des Vorstandes der Tochterinstitute fallen beziehungsweise durch den Aufsichtsrat zu genehmigen sind. Das Credit Committee stellt sicher, dass die Kreditentscheidungen der jeweils aktuellen Geschäfts- und Risikostrategie entsprechen.

Das monatlich tagende **Watchlist Committee** setzt sich unter Vorsitz eines der CCOs der Geschäftssegmente aus dem Senior Credit Executive, den Leitern Global Workout, optional dem CRO sowie den zuständigen Leitern des Credit Risk Managements zusammen. In dem Gremium werden alle im Rahmen des Frühwarnsystems aufgefallenen Engagements besprochen und weitere individuelle, risikobegrenzende Maßnahmen beschlossen, die nachfolgend von den zuständigen Abteilungen umgesetzt werden. In

diesem Gremium wird außerdem gegebenenfalls die Übergabe an den Bereich Global Workout entschieden, der die notwendigen Schritte zur Restrukturierung und Abwicklung übernimmt. Alle notwendigen Kreditentscheidungen werden von den jeweils Verantwortlichen entsprechend der Kreditkompetenzordnung beziehungsweise im Credit Committee getroffen.

Sofern Impairment Trigger vorliegen, wird das Ergebnis nach erfolgtem Impairment-Test im **Risk Provisioning Committee** vorgestellt und gegebenenfalls verabschiedet. Das regelmäßig tagende Gremium setzt sich aus dem CRO (Vorsitzender), dem CFO, den Leitern der regionalen Workout-Bereiche sowie den CCOs der Geschäftssegmente zusammen. Es entscheidet innerhalb der Kompetenzordnung über die Bildung und Auflösung von Risikovorsorge sowie gegebenenfalls notwendigen Rettungserwerben. Die Kompetenzordnung überschreitende Entscheidungen trifft auf Empfehlung des Gremiums der Vorstand der betroffenen Tochter, die auch generell ein Vetorecht in Bezug auf Entscheidungen des Komitees für ihren Verantwortungsbereich besitzt.

Chief Risk Officer (CRO) Neben den oben genannten Komitees bilden folgende Organisationseinheiten des CRO einen integralen Bestandteil des Risikomanagementsystems:

Organisation des Chief Risk Officers der HRE Holding

Stand 31. Dezember 2009



Die Organisation der CRO-Funktion umfasst als Überwachungs- und Marktfolgeeinheit

- die Einheit **Risk Management & Control**, die unter anderem konzernweit Markt-, Adress-, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken überwacht und auch für konzernweit einheitliche Risikomessmethoden, Risikoberichte und Kreditprozesse verantwortlich ist
- die Einheiten des **Credit Officer Real Estate** und des **Credit Officer Public Sector, Financial Institutions & Value Portfolio** (das auch das Infrastructure-Finance-Geschäft, die strukturierten Produkte sowie das Capital-Markets-/Asset-Management-Geschäft umfasst), die jeweils das Bestandsmanagement sowie die Analyse des selektiven Neugeschäfts zur Aufgabe haben
- das **Global Workout**, das die konzernweite Sanierung und Abwicklung aller kritischen Engagements im Segment Immobilienfinanzierung zum Ziel hat. Für die Segmente Public Sector, Infrastructure Asset Finance Group und Structured Products erfolgt die Bearbeitung in den jeweiligen Credit-Risk-Management(CRM)-Bereichen
- die Einheit **Credit Quality Control**, die sich im Aufbau befindet und schwerpunktmäßig für Qualitätskontrollen hinsichtlich der Kreditprozesse und der Risikoanalysen für die HRE verantwortlich sein wird, sowie
- die Einheit **Property Analysis & Valuation Germany/Property Analysis Europe**, die für Analyse und die einheitliche Bewertung der Besicherungsobjekte nach Markt- und Beleihungswertverfahren zuständig ist.

Neben der CRO-Funktion ergänzen das Risikomanagementsystem der HRE sowohl das Group Compliance als auch das Group Internal Audit, das durch regelmäßige Prüfungen von Prozessen und Systemen die MaRisk-Konformität der Gruppe laufend überwacht. Zudem wird das Risikomanagement von Group Legal unterstützt.

Risikostrategie und Policies

Unter Annahme einer ausreichenden Rekapitalisierung basiert die Risikostrategie grundsätzlich auf der Risikotragfähigkeitsanalyse und auf der Geschäftsstrategie. Sie umfasst die Festlegung der Risikoneigung der HRE auf Basis des ökonomischen Kapitals unter Berücksichtigung von Risikopuffern und einem angestrebten A-Rating.

Im dritten Quartal 2009 erfolgte die Anpassung der Risikostrategie auf Basis der aktualisierten Geschäftsstrategie. Die Risikostrategie wurde im Oktober 2009 im HRE-Holding-Vorstand verabschiedet und dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates Anfang November 2009 zur Kenntnisnahme vorgelegt. Sie gilt gruppenweit und wurde bezüglich der für die Tochterinstitute Deutsche Pfandbriefbank AG sowie DEPFA Bank plc relevanten Teile separat vom jeweiligen Vorstand verabschiedet.

Die Risikostrategie spiegelt die strategische Neuausrichtung des Konzerns als ein spezialisierter Immobilien- und Staatsfinanzierer in Deutschland und Europa mit pfandbrieforientierter Refinanzierung wider, ist in den Geschäftsplanungsprozess der HRE integriert und wird jährlich aktualisiert.

Die verabschiedete konservative Risikostrategie der HRE definiert, wie die Finanzierung qualitativ hochwertiger gestaltet werden kann, z. B. durch nahezu ausschließlich pfandbrieffähige Assets und konservative Refinanzierung des Neugeschäfts (größtenteils über Pfandbriefemissionen). Sie konkretisiert damit die langfristige Zielsetzung, Kompetenzzentrum für Finanzierungen, verbunden mit Dienstleistungen des öffentlichen Sektors, sowie für das professionelle Real-Estate-Finance-Geschäft in Deutschland und Europa zu werden.

Die Strategie spiegelt sich in folgenden Kernpunkten wider:

- Fokussierung des Neugeschäfts auf den Primärmarkt für pfandbrieffähige Emissionen im Public-Sector-Geschäft und pfandbrieffähige Darlehen im Real-Estate-Finance-Geschäft
- Bereitstellung von wenig komplexen Finanzierungsstrukturen im Primärmarkt, Zweitmarkttransaktionen gehören nicht zum Kerngeschäft der Gruppe
- Unterstützung des risikoorientierten Portfoliomanagements des Neu- und Bestandsgeschäfts durch Syndizierungs- und Verbriefungsaktivitäten
- Ergebnisschonender Abbau des nicht-strategischen Bestandsportfolios
- Konservative Refinanzierung des Geschäftes vorwiegend über Pfandbriefemissionen

Die Risikostrategie unterteilt sich in Strategien für das angestrebte Neugeschäft sowie das strategische und nicht-strategische Bestandsgeschäft für die neuen Geschäftssegmente Public Sector und Real Estate Finance. Risiko-teilstrategien für die wesentlichen Risikoarten der Gruppe werden in den relevanten Kapiteln hierzu näher erläutert.

Die Umsetzung dieser Strategie erfolgt in den Teilkonzernen Deutsche Pfandbriefbank AG und DEPFA Bank plc. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist die am 21. Januar 2010 beantragte und derzeit durchgeführte Prüfung der Auslagerung von Teilen des Portfolios der DEPFA Bank plc, Dublin, zusammen mit problematischen oder nicht strategiekonformen Krediten aus dem Bereich Real Estate Finance in eine neu zu gründende teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Anstalt, die als Anstalt in der Anstalt (AidA) bezeichnet wird, ist eine eigene Rechtseinheit unterhalb der FMSA, deren Einrichtung im Ermessen der FMSA liegt. Details hierzu finden sich im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ dieses Lageberichtes.

Die operative Konkretisierung der Risikostrategie erfolgt in der HRE über Risiko-Policies für die einzelnen Geschäftssegmente sowie für alle wesentlichen Risikoarten (Adress-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko), die die Risikomessung, Risikoüberwachung und das -management, den Limitierungsprozess sowie den Eskalationsprozess im Falle einer Limitüberschreitung beschreiben. Die Policies werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.

Risikoberichtswesen

Das gesamte Risikoberichtswesen ist im Geschäftsjahr 2009 grundlegend – auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Anforderungen nach MaRisk 2010 – überarbeitet und qualitativ deutlich verbessert worden. Die regelmäßigen Berichte an den Vorstand der HRE sowie die Vorstände der Tochterinstitute umfassen unter anderem:

- Täglicher Liquiditätsrisikobericht über die Liquiditätslage und -vorschau
- Wöchentliche Zusammenfassung der Märkte, der Marktrisikoeentwicklung sowie relevante Steuerungsinformationen
- Monatlicher, verkürzter Group Risk Report über wesentliche, steuerungsrelevante Kennzahlen
- Vierteljährlicher Group Risk- und Credit Risk Report

Daneben erhalten der CRO und der Vorstand für Treasury und Public Sector Finance täglich Marktrisikoberichte.

Diese Berichte geben dem Vorstand einen umfassenden Überblick sowie detaillierte Informationen über die Risikosituation pro Risikoart und Gesellschaft. Darüber hinaus werden anlassbezogen beziehungsweise auf Wunsch des Vorstands oder Aufsichtsrats Spezialberichte erstellt, die auf spezifische und akute Risikoschwerpunkte eingehen, so zum Beispiel bezogen auf kritische Märkte, Produkte oder Kontrahenten.

In den einzelnen, oben beschriebenen Komitees erhalten die jeweiligen Vorstandsmitglieder weitere detaillierte Berichte zur Risikolage mit spezifischen Steuerungsinformationen und -empfehlungen.

Der Aufsichtsrat beziehungsweise der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrats der HRE Holding sowie der Aufsichtsrat der Tochterinstitute werden in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch vierteljährlich und bei Bedarf kurzfristig, über die Portfoliostruktur, die Risikosituation und spezielle risikorelevante Themen informiert.

Sie erhalten regelmäßig:

- monatlich den verkürzten Group Risk Report über wesentliche, steuerungsrelevante Kennzahlen sowie
- vierteljährlich den Group Risk- und Credit Risk Report.

Seit Anfang 2009 erhält der Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates der HRE Holding alle größeren Engagements sowie alle größeren Einzelwertberichtigungen zur Kenntnisnahme.

Risikoquantifizierung, -steuerung und -management

Die Risikoquantifizierung erfolgt auf Portfolioebene insbesondere auch für die Ermittlung des ökonomischen Kapitals für die wesentlichsten Risikoarten außer dem Liquiditätsrisiko nach dem Value-at-Risk (VaR)-Ansatz. Die einzelnen Berechnungsmethoden sind ausführlich in den Kapiteln zu den einzelnen Risikoarten beschrieben.

Weitere, im Rahmen des regelmäßigen internen Risk Assessments als wesentlich erachtete Risikoarten wie strategische Risiken, Reputationsrisiken, regulatorische Risiken sowie Pensionsrisiken werden nicht quantitativ gemessen, aber über regelmäßige detaillierte Berichte und klare Vorgaben wie z. B. die Vorschriften zu Compliance und zur Corporate Governance gesteuert und begrenzt.

Risikosteuerung und -management erfolgt im Konzern auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene durch:

1. Überwachung der Risikotragfähigkeit auf Basis des Vergleichs des ökonomischen Kapitals und der Risikodeckungsmasse der HRE auf Portfolioebene, auch unter Berücksichtigung von neu entwickelten Stresstests
2. Überwachung der Risikoaktiva (RWA) auf Portfolioebene über neue, 2009 implementierte Stresstests, die gewährleisten sollen, dass die Gesamtkapitalquote nicht unter 8,5 % sinkt
3. Operative Risikosteuerung über
 - den Einsatz Basel-II-konformer Risikoparameter im Kreditgeschäft. Der Basel-II-konforme Steuerungsansatz zeigt den durchschnittlich zu erwartenden Verlust auf Kreditnehmerebene und ist daher ein wichtiger Baustein in der Risikofrüherkennung und der laufenden Profitabilitätsüberwachung. Die Parameter werden jährlich überprüft und rekali­briert. Der Steuerungsansatz wurde im ersten Halbjahr 2009 im Rahmen der Einführung des IRBA-Ansatzes auch in den DEPFA-Einheiten implementiert und wird voraussichtlich ab dem zweiten Quartal 2010 durch die Bundesbank geprüft
 - ein verbessertes Limitsystem für Kontrahenten- und Emittentenrisiken auf Basis einer markterprobten Standardapplikation mit konzernweit einheitlicher Risikomessmethodik, die in 2009 entwickelt wurde und im ersten Quartal 2010 gruppenweit eingeführt werden soll
 - intensive Überwachung und Management von Einzeladressen, auch mit Unterstützung eines 2009 verbesserten Frühwarnsystems
 - Überwachung der Verlustgefahr durch entsprechende Impairment Trigger nach IAS 39

Die Risikosteuerung der HRE wird durch die Integration des ökonomischen Kapitals in den Geschäftsplanungsprozess im Verlauf des Jahres 2010 weiter verfeinert.

Ökonomisches Kapital und Überwachung der Risikotragfähigkeit

Die HRE hat eine interne, auf dem internen Kapitaladäquanzverfahren (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP) basierende Risikotragfähigkeitsanalyse etabliert, um sicherzustellen, dass die Risikoposition der Gruppe den Angaben in ihrem Bericht zur Risikobereitschaft entspricht. Die Prüfung der internen Kapitaladäquanz stützt sich auf das Konzept des ökonomischen Kapitals. Die Ausstattung mit ökonomischem Kapital der HRE ist speziell auf den Bedarf und die Anforderungen des Geschäfts der HRE und die Erfüllung der Säule-2-Kriterien nach Basel II für Banken sowie deren Konkretisierung in den deutschen MaRisk ausgelegt, die eine angemessene interne Kapitalisierung vorschreiben.

Das ökonomische Kapital wird definiert als „die Menge an Kapital, die eine Bank benötigt, um den größten potenziellen Gesamtverlust mit einer definierten Wahrscheinlichkeit über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen“. Der von der HRE verwendete Maßstab für die Verlustwahrscheinlichkeit ist die mit ihrem angestrebten langfristigen Kreditrating (A) verbundene Ausfallwahrscheinlichkeit. Der auf Basis der Einschätzung von der Ratingagentur Standard & Poor's für die langfristige Ausfallwahrscheinlichkeit von vorrangigen unbesicherten Verpflichtungen mit A-Rating dafür ermittelte Wert beträgt derzeit 0,05 % (unverändert seit Ende 2008). Damit beträgt das Konfidenzniveau, das bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals zugrunde gelegt wird, 99,95 %.

Das ökonomische Kapital wird durch Aggregation des ökonomischen Kapitals für Kredit-, Markt-, operationelles Risiko und sonstige Risiken unter Berücksichtigung von marktüblichen Korrelationsannahmen berechnet. Die Basis für die Berechnungen ist in den meisten Fällen ein Value-at-Risk-Ansatz. Der VaR gibt den Verlust an, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes von beispielsweise einem Jahr mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Das VaR-Modell basiert auf historischen Daten und beinhaltet die Annahme, dass sich die zukünftige Entwicklung ähnlich verhält. Die Grenzen des VaR-Modells lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

- Der zugrunde gelegte Zeithorizont reflektiert die Halteperiode der Risikoposition. Insofern besteht die Annahme, dass diese auch im vorgegebenen Zeitfenster geschlossen beziehungsweise gesichert werden kann.
- Mit der zugrunde gelegten Wahrscheinlichkeit, dem Konfidenzniveau von beispielsweise 99,95 %, verbleibt eine statistische Wahrscheinlichkeit von 0,05 %, dass der tatsächliche Verlust innerhalb des zugrunde gelegten Zeithorizontes größer ist als der ermittelte VaR.
- Durch die Verwendung von historischen Daten zur VaR-Berechnung könnten nicht alle potenziellen, zukünftigen Entwicklungen, insbesondere außerordentliche Entwicklungen, berücksichtigt sein.
- Der VaR ist sowohl von der Risikoposition als auch von der Volatilität der Marktpreise abhängig.

Das Value-at-Risk-Modell ist trotzdem ein wesentlicher Faktor zur Berechnung des ökonomischen Kapitals und zur Steuerung insbesondere des täglichen Geschäfts des Marktrisikos. Die Modelle werden laufend anhand der tatsächlichen Entwicklungen überprüft und, falls nötig, angepasst.

Die einzelnen, spezifischen Berechnungsmethoden des VaR für die einzelnen Risikoarten sind in den jeweiligen Kapiteln näher erläutert. Für das Liquiditätsrisiko wird – wie branchenüblich – kein ökonomisches Kapital berechnet; das Risiko wird jedoch in Stress-Szenarien berücksichtigt.

Zur Bewertung der Kapitalausstattung der HRE wird die Höhe des ökonomischen Kapitals den der Bank zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen innerhalb eines Jahres gegenübergestellt. Die Definition der verfügbaren Risikodeckungsmasse für ein Jahr beinhaltet branchenübliche Komponenten wie im Wesentlichen das bilanzielle Eigenkapital nach IFRS, eigenkapitalähnliche Komponenten (Nachrang- und Hybridkapital) sowie das geplante Ergebnis der nächsten 12 Monate. Diese Komponenten sind dazu geeignet, mögliche Verluste abzufedern

und einen entsprechenden Risikopuffer aufrechtzuerhalten. Die Gesamtheit der Kapitalbestandteile (Risikodeckungsmasse) muss in jedem Fall größer sein als ein möglicherweise auftretender Verlust (ökonomisches Kapital).

Das auf Basis des ICAAP größte Risiko, gemessen am ökonomischen Kapital (ohne explizite Berücksichtigung des Liquiditätsrisikos), ist das Adressrisiko, auf das über 80 % des ökonomischen Kapitals entfallen, gefolgt vom Markt-, operationellen und Geschäftsrisiko.

Bezogen auf das ökonomische Kapital, ist die HRE seit dem dritten Quartal 2008 – insbesondere durch die Ausweitung der Credit Spreads – unterkapitalisiert. Verschiedene Maßnahmen, wie der geplante Risikoabbau, die berichtete geplante Auslagerung von wesentlichen Teilportfolios in eine Abwicklungsanstalt sowie die Übernahme und die geplante weitere Rekapitalisierung durch den Bund, sollen die Risikotragfähigkeit wiederherstellen.

Im Gesamtvorstand und im Risk Committee werden die Ergebnisse des ökonomischen Kapitals und der Stress-tests regelmäßig vorgestellt, diskutiert und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen festgelegt.

Für das Jahr 2010 ist eine signifikante Anpassung der ICAAP-Methodik an die veränderte Geschäftsstrategie der Gruppe geplant. Ein entsprechendes Projekt wurde im vierten Quartal 2009 mit externer Unterstützung begonnen und wird voraussichtlich zum ersten Quartal 2010 umgesetzt. Hierbei werden die strategische Neuausrichtung mit deutlich stärkerem Fokus auf die Haltedauer von Aktiva bis zur Endfälligkeit, die neue Eigentümerstruktur, das veränderte Funding-Profil sowie die bevorstehende Abspaltung der Abwicklungsanstalt in der Modellgestaltung explizit berücksichtigt.

Teile dieser geplanten Änderungen sind bei der Modellierung des Adressrisikos per Jahresende 2009 bereits umgesetzt.

Wesentliche Projekte im Risikomanagement

Limit-System Im Jahr 2009 wurde ein konzernübergreifendes Limit-System entwickelt, welches alle Kreditnehmer und Produkte sämtlicher konsolidierter juristischer Einheiten des Konzerns berücksichtigt. Die endgültige Umsetzung des Systems im Risikomanagementprozess der HRE wird im ersten Quartal 2010 abgeschlossen sein. Weitere Verfeinerungen und Ausbaustufen sollen folgen.

Markt-Daten-System Mit der Implementierung eines gruppenweiten Markt-Daten-Systems wurde 2009 konzernweit eine qualitätsgesicherte, konsistente Marktdatenversorgung zur einheitlichen Bewertung aller Risikopositionen eingeführt.

Management-Information-System (MIS) Im Jahr 2009 wurde die gruppenweite Reporting-Plattform „MIS/Risk Cockpit“ weiter ausgebaut und vereinheitlicht und somit für das Reporting der wesentlichen Kreditrisiko-Kennzahlen eine zeitnahe und transparente Datenversorgung zur Verfügung gestellt. Durch diese einheitliche Plattform werden sich die Datenqualität und die Konsistenz der einzelnen Berichte spürbar verbessern. 2010 erfolgen kontinuierliche Verfeinerungen sowie eine weitere Ausbaustufe mit zusätzlichen Informationen und höherem Automatisierungsgrad bei der Erstellung der Berichte.

Vereinheitlichung Marktrisiko Im Rahmen der ersten Phase der gruppenweiten Vereinheitlichung der Marktrisikosteuerung wurde 2009 schwerpunktmäßig an der einheitlichen Bewertung von Darlehen und Verbindlichkeiten gearbeitet. Weitere Projektphasen sind im Zuge des Programms „New Evolution – TOPP 2011“ in den folgenden Releases geplant.

Basel II/DEPFA Für die DEPFA-Gruppe wurden die Vorbereitungen zur Basel-II-IRBA-Zulassung abgeschlossen und der Antrag zur Prüfung bei den Aufsichtsbehörden eingereicht. Die Prüfung erfolgt ab April 2010.

Eine wesentliche Verzögerung beziehungsweise ein Scheitern der erwähnten Projekte kann zu Fehlsteuerungsimpulsen führen.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

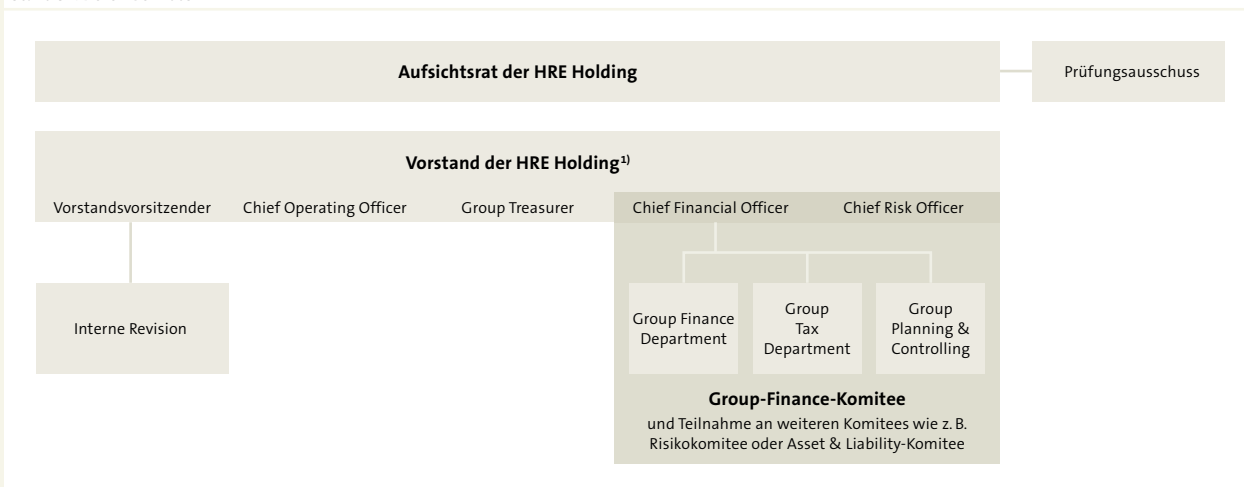
Konzeption Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Ziel des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist es, Risiken zu identifizieren und zu bewerten, die dem Ziel der Regelkonformität des Abschlusses entgegenstehen könnten, sowie erkannte Risiken zu begrenzen und auf ihren Einfluss auf den Abschluss und die entsprechende Abbildung dieser Risiken hin zu überprüfen. Das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems und hat die Zielsetzung, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewährleisten, dass trotz der identifizierten Risiken ein regelungskonformer Abschluss erstellt wird.

Ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess kann jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der verbundenen Ziele geben. Wie alle Ermessensentscheidungen können auch solche zur Einrichtung angemessener Systeme grundsätzlich aufgrund von Fehlern, Irrtümern, Veränderungen der Umgebungsvariablen oder bewussten Verstößen und kriminellen Handlungen fehlerhaft sein. Aufgrund dieser Grenzen können Fehlaussagen in den Abschlüssen nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden.

Bei der HRE spiegelt sich das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Aufbau- und der Ablauforganisation wider. Aufbauorganisatorisch umfasst das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess vor allem den Vorstand, den Aufsichtsrat als Kontrollorgan des Vorstands, den vom Aufsichtsrat gebildeten Prüfungsausschuss, die an den Chief Financial Officer (CFO) berichtenden Bereiche, das Group-Finance-Komitee und die Interne Revision.

Aufbauorganisation des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Stand 31. Dezember 2009



¹⁾ ab 1. Januar 2010 erweitert um den Chief Real Estate Finance

Der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der HRE Holding hat gemäß § 290 HGB einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand der HRE Holding trägt im Zusammenhang mit der Pflicht zur Einführung eines konzernweiten internen Kontroll- und Risikomanagementsystems auch die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Der Gesamtvorstand entscheidet hierzu über alle Strategien auf Vorschlag des Chief Financial Officers (CFO).

Der Aufsichtsrat hat die Aufgabe, den Vorstand zu überwachen. Hierzu kann der Aufsichtsrat Geschäftsführungsmaßnahmen von seiner Zustimmung abhängig machen. Daneben hat der Aufsichtsrat Prüfungspflichten und Berichtspflichten. Der Aufsichtsrat der HRE hat zur Unterstützung seiner Tätigkeit einen Prüfungsausschuss eingerichtet. Gemäß § 100 Abs. 5 AktG muss mindestens ein Mitglied des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses über Sachverstand in den Gebieten Rechnungslegung und Prüfung verfügen. Der Aufsichtsrat genügt nach eigener Einschätzung diesen Anforderungen.

Die Interne Revision unterstützt den Vorstand in seiner Kontrollfunktion durch unabhängige Prüfungen.

Der CFO leitet die drei Bereiche Finance, Tax sowie Planning and Controlling. Im CFO-Ressort wird der Konzernabschluss gemäß IFRS erstellt, und die rechnungslegungsrelevanten Kapitalmarktinformationen werden bereitgestellt. Die Gesellschaften der HRE erstellen ihre Abschlüsse nach den jeweiligen lokalen rechtlichen Anforderungen. Für Konzernrechnungslegungszwecke werden die Abschlüsse auf konzerneinheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß IFRS vereinheitlicht. Jede einbezogene Gesellschaft meldet daraufhin die Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung und die Anhangsangaben über die Konsolidierungssoftware an eine zentrale Stelle im Konzernrechnungswesen. Im Konzernrechnungswesen werden die Daten der Fremdwährungsgesellschaften mithilfe der Konsolidierungssoftware in Euro umgerechnet. Darüber hinaus werden dort die Daten plausibilisiert, analysiert und konsolidiert.

Der Vorstand hat auf Konzernebene ein Group-Finance-Komitee (GFK) eingerichtet, das Empfehlungen an den Vorstand gibt. Dazu gehören unter anderem die Festlegung und Überwachung der Richtlinien und Abläufe für

das Rechnungs- und Berichtswesen für alle Einheiten der HRE Group und den Konzernabschluss sowie für alle Segmente der HRE. Um eine enge Kommunikation zu anderen Bereichen sicherzustellen, sind der CFO oder die Leiter der CFO-Bereiche Teilnehmer in anderen Komitees wie zum Beispiel dem Risikokomitee mit seinen Unterkomitees oder dem Asset und Liability Committee (ALCO).

Ablauforganisatorisch basiert das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess auf einer angestrebten weitgehenden Standardisierung von Prozessen und Software. Für Kernaktivitäten und -prozesse existieren ein Richtlinienwesen und ein Verhaltenskodex. Danach ist das Vieraugenprinzip für wesentliche Vorgänge verpflichtend anzuwenden. Daten und EDV-Systeme sind vor unbefugten Zugriffen geschützt. Ferner werden bestimmte relevante Informationen nur Mitarbeitern zur Verfügung gestellt, die diese Information für ihre Arbeit benötigen. Ergebnisse werden, soweit notwendig, bereichs- und gesellschaftsübergreifend abgestimmt.

Implementierung Für die Erstellung des Konzernabschlusses und -lageberichts hat die HRE die Konzeption des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in verschiedenen Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken implementiert. Die Maßnahmen zur Aufbauorganisation betreffen die Gremien der HRE und die CFO-Bereiche. Die Gremien der wesentlichen Konzernunternehmen sind weitgehend personenidentisch besetzt, wodurch eine einheitliche Steuerung ermöglicht wird. Zum Beispiel bilden die Mitglieder des Vorstandes der HRE Holding gleichzeitig den Vorstand der Deutschen Pfandbriefbank AG und sind größtenteils auch exekutiv oder nicht-exekutiv Mitglieder des Board of Directors der DEPFA BANK plc.

Innerhalb des CFO-Bereichs herrscht eine klare Funktionstrennung, was sich zum Beispiel in separaten Abteilungen zur Bearbeitung der IFRS-Grundsatzfragen und der Abschlusserstellung widerspiegelt. Darüber hinaus sind die Konzernabschlusserstellung und die Einzelabschlusserstellung in eigenen Gruppen strukturiert. Das GFK und weitere Komitees sowie Abteilungsbesprechungen bilden Klammerfunktionen zwischen den verschiedenen Aufgaben. Darüber hinaus sind vollziehende, buchende und verwaltende Tätigkeiten wie zum Beispiel die Zahlung

und die Buchung der Zahlung klar getrennt oder unterliegen dem Vieraugenprinzip. Ferner melden die in den Konzernabschluss einbezogenen Einheiten die Daten an eine zentrale Stelle innerhalb des Konzerns, sodass die Weiterverarbeitung in einem einheitlichen Prozess bewirkt wird.

Innerhalb der Ablauforganisation bestehen maschinelle beziehungsweise systembasierte und manuelle beziehungsweise nicht-systembasierte Maßnahmen zum Management der Risiken und für interne Kontrollen. Systembasiert wird zur Vermeidung von Fehlern so weit wie möglich Standardsoftware für die Buchung, Abstimmung, Kontrolle und das Berichten der Daten eingesetzt. Das gilt auch für die Konsolidierung, die mithilfe einer im Markt weit verbreiteten Software durchgeführt wird. Die Konsolidierungssoftware unterstützt technisch die Abstimmung der konzerninternen Beziehungen in einem klar geregelten Prozess, um die vollständige und richtige Eliminierung dieser konzerninternen Beziehungen zu gewährleisten. Die Daten der einbezogenen Einheiten werden in einem einheitlichen standardisierten Positionsplan gemeldet. Automatisierte Plausibilitätsprüfungen werden zum Beispiel bei der Zumeldung der Daten der Tochterunternehmen für die Konsolidierung genutzt. Die Saldo-vorträge werden systemunterstützt geprüft. Zum Schutz vor Verlust werden die Daten der Konsolidierungssoftware täglich gesichert und die Sicherung auf Band ausgelagert. Allgemein ist die Software der HRE gegen unbefugte Zugriffe durch eine klar geregelte Administration und Freigabe von Berechtigungen geschützt.

Neben den systembasierten Maßnahmen hat die HRE manuelle beziehungsweise nicht-systembasierte Verfahren implementiert. So werden die Zumeldungen in einem standardisierten Prozess auf Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft. Dazu werden unter anderem Abweichungsanalysen in Form von Soll-Ist-Vergleichen durchgeführt. Darüber hinaus werden die konsolidierte Bilanz und die Gewinn- und Verlust-Rechnung auf monatlicher Basis ermittelt, einzelne Positionen sogar täglich. Ferner werden Hochrechnungen und Planungsrechnungen erstellt. Durch die fortlaufende häufige Zahlenanalyse wird ein besseres Verständnis erzielt. Konzernweit verbindlich anzuwendende Rechnungslegungsvorgaben werden definiert und kommuniziert, unter anderem in der Form eines Handbuchs. Diese Vorgaben umfassen die Analyse und Auslegung der neuen und bestehenden IFRS-Standards und

-Interpretationen, um eine konzernweit einheitliche Bilanzierung und Bewertung zu ermöglichen. Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewandten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und, soweit erforderlich, angepasst. Vorgegeben werden darüber hinaus Terminpläne, um bei Terminengpässen zeitgerecht reagieren zu können.

Zur Erhöhung der Kontrollqualität sind in bestimmte Prozesse verschiedene Bereiche eingebunden und zur Abstimmung verpflichtet. Zum Beispiel dienen der bereichsübergreifende Neuproduktprozess und die Überprüfung der bestehenden Produkte mit Vetorecht durch den Bereich Finance der Sicherstellung einer einheitlichen und systematischen bilanziellen Abbildung der Produkte. Ein weiteres Beispiel für die bereichsübergreifende Abstimmung ist der Prozess zur Erstellung der Geschäfts- und Zwischenberichte. Alle beteiligten Bereiche müssen diese Berichte vor der Aufstellung durch den Vorstand bestätigen (sogenannter Subcertification-Prozess), wodurch eine weitere Kontrollstufe für die offenzulegenden Produkte erreicht wird. Im Vorfeld stimmen alle betroffenen Bereiche in Redaktionssitzungen die Inhalte der Geschäfts- und Zwischenberichte ab.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ergreift die HRE Maßnahmen zur Abwehr von betrügerischen Handlungen und bewussten Verstößen zu Lasten der HRE. Als betrügerische Handlung zu Lasten der HRE werden zum Beispiel Diebstahl, Unterschlagung oder Untreue gezählt. Im Bezug auf den Rechnungslegungsprozess wird darüber hinaus auch die bewusste falsche Bilanzierung als betrügerische Handlung definiert. Die HRE identifiziert und bewertet die Risiken und stellt Maßnahmen zur Abwehr solcher betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße auf. Durch ein neu entwickeltes systembasiertes Konzept werden darüber hinaus die Mitarbeiter in Compliance-Regelungen geschult.

Aufrechterhaltung Die HRE überprüft und verbessert gegebenenfalls ihr internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess fortlaufend im Rahmen der Sitzungen des Vorstandes, des GfK und bereichsintern zur Sicherstellung einer möglichst richtigen und umfassenden Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken. Als Ergebnis werden

auch Anpassungen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an neue Gegebenheiten wie zum Beispiel Veränderungen in der Struktur und im Geschäftsmodell des Konzerns oder neue gesetzliche Anforderungen vorgenommen.

Das Risiko betrügerischer Handlungen und bewusster Verstöße wird regelmäßig analysiert, um Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Dazu werden unter anderem auffällige Vorkommnisse und Veränderungen in der Situation der HRE und einzelner Mitarbeiter berücksichtigt.

Die HRE hat gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Ändern sich die gesetzlichen Vorgaben zum Beispiel in Form von neuen oder geänderten IFRS-Standards, sind die Änderungen umzusetzen. Die notwendigen Anpassungen an die Prozesse und IT-Systeme werden gegebenenfalls in eigenen Projekten abteilungsübergreifend und mit klarer Funktionszuordnung umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung wird auch das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess an die geänderten Vorschriften angepasst, zum Beispiel bei der Überarbeitung der Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen.

Im Rahmen der Restrukturierung der HRE wurden Gesellschaften liquidiert und verschmolzen, Niederlassungen geschlossen und der Personalbestand reduziert. Die HRE begegnet dem Risiko bezüglich des Konzernabschlussprozesses durch klare Funktionszuordnungen, die Zentralisierung des Projektmanagements zur Restrukturierung und eine enge Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche.

Die IT-Systemlandschaft der HRE ist vor allem aufgrund der Übernahme der DEPFA Bank plc im Jahr 2007 und zahlreicher konzerninterner Fusionen von Gesellschaften heterogen. Im Rahmen des Projektes New Evolution werden daher die Systeme und die Prozesse in den nächsten Jahren so weit wie möglich vereinheitlicht.

Überwachung Der Internen Revision kommt die Aufgabe zu, Vorgänge auf Ordnungsmäßigkeit zu prüfen und Unwirtschaftlichkeit, Unregelmäßigkeiten oder Manipulationen aufzudecken. Dabei prüft die Interne Revision entsprechend den Regeln der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) risikoorientiert auch die

Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems und deckt gegebenenfalls Schwächen in der Identifizierung, Bewertung und Reduzierung der Risiken auf. Darin eingeschlossen ist auch eine Prüfung der IT-Systeme der HRE sowie der Prozesse und Kontrollen in den CFO-Funktionen der berichtenden Einheiten und dem Konzernrechnungswesen. Zur Abarbeitung der aufgedeckten Mängel werden konkrete Maßnahmenpläne mit konkreten Terminvorgaben erstellt und nachgehalten. Die Interne Revision ist direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und weder in den Arbeitsablauf integriert noch für das Ergebnis des zu prüfenden Prozesses verantwortlich. Zur Wahrung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten, Prozesse sowie die IT-Systeme.

Als Kontroll- und Beratungsgremium des Vorstands kann der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 2 AktG die Bücher und die Vermögenswerte der Gesellschaft einsehen und prüfen. Darüber hinaus berichtet der Vorstand regelmäßig an den Aufsichtsrat. Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess Gegenstand der Beratungen des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat erteilt der Abschlussprüferin den Prüfungsauftrag für den Jahres- und den Konzernabschluss gemäß § 290 HGB. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vor-

stand aufgestellten und vom unabhängigen Wirtschaftsprüfer testierten Konzernabschluss und Konzernlagebericht. Ein Prüfungsausschuss wurde vom Aufsichtsrat eingesetzt, der den Aufsichtsrat von der Aufgabe der eingehenden und zeitnahen Prüfung des Konzernabschlusses, des Konzernlageberichts sowie des Vorschlags für die Verwendung des Bilanzgewinns entlastet und im Wesentlichen nur vorbereitend tätig ist. Der Prüfungsausschuss befasst sich vor allem mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems sowie mit der Abschlussprüfung, hier insbesondere mit der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen.

Der Abschlussprüfer nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Prüfungsausschusses teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, insbesondere wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und des internen Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess. Darüber hinaus berichtet der Abschlussprüfer unverzüglich über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Prüfung ergeben. Im Vorfeld bespricht der Aufsichtsrat mit dem Abschlussprüfer die Schwerpunkte der Prüfung.

Wesentliche Risikoarten

Die HRE unterscheidet für ihre Geschäftsaktivitäten folgende wesentliche Risikoarten:

- Adressrisiko
- Marktrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Operationelles Risiko

Weitere wesentliche Risikoarten, die bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals berücksichtigt werden, sind zudem

- Geschäftsrisiko
- Risiken aus bank eigenem Beteiligungs- und Immobilienbestand

Für alle Risikoarten außer dem Liquiditätsrisiko wird ökonomisches Kapital berechnet. Szenarien des Liquiditätsrisikos werden jedoch unter anderem im Rahmen von Stresstests im Zusammenhang mit der Überprüfung der Risikotragfähigkeit auf HRE Konzernebene berücksichtigt.

Wesentliche Risikoarten, die nicht quantifiziert, jedoch über geeignete Berichte, Vorgaben und Policies begrenzt werden, sind

- strategische Risiken
- Reputationsrisiken
- regulatorische Risiken sowie
- Pensionsrisiken

Adressrisiko

Definition

Adressrisiko bezeichnet das Risiko des Wertverlustes beziehungsweise den teilweisen oder vollständigen Ausfall einer Forderung, verursacht durch Ausfall oder Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners. Daneben umfasst das Adressrisiko auch das Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiko, die wie folgt definiert sind:

- Kontrahentenrisiken sind mögliche Wertverluste von nicht erfüllten Geschäften, insbesondere Derivaten, welche durch Ausfall des Kontrahenten entstehen. Dabei werden folgende Unterkategorien unterschieden:
 - Abwicklungsrisiko als das Risiko, dass bei Abwicklung eines Geschäftes der fällige Gegenwert nicht geliefert wird
 - Wiedereindeckungsrisiko als die Gefahr, dass bei Ausfall eines Kontrahenten der Kontrakt zu ungünstigeren Konditionen ersetzt werden muss
 - Barrisiko als Risiko, dass die Gegenpartei aufgenommene (Bar-)Kredite nicht zurückzahlt oder Optionsprämien weiterleitet
- Emittentenrisiken sind Risiken des teilweisen oder vollständigen Verlustes von Forderungen aus Wertpapieranlagen, verursacht durch den Ausfall des Emittenten.
- Länderrisiken werden unterschieden in Transfer- und Konvertierungsrisiken sowie in Ausfallrisiken. Transfer- und Konvertierungsrisiken können durch staatliche Interventionen entstehen, die die Devisenbeschaffung oder den grenzüberschreitenden Kapitaltransfer eines zahlungsfähigen Schuldners begrenzen oder verhindern. Ausfallrisiken können durch den Ausfall beziehungsweise die Bonitätsverschlechterung eines Landes als Schuldner entstehen.

Adressrisikostategie und -grundsätze

Die HRE hat im Rahmen der Restrukturierung die Aufteilung des gesamten Kreditportfolios in ein strategisches Portfolio und ein Value Portfolio vorgenommen. Die Umsetzung der neuen Portfoliostruktur im Adressrisikoberichtswesen wird voraussichtlich zum ersten Quartal 2010 durchgeführt. Die verabschiedete Risikostrategie reflektiert die neue Struktur bereits:

- Das strategische Portfolio beinhaltet große Teile des Real-Estate-Portfolios sowie das Public-Sector-Portfolio der Deutschen Pfandbriefbank AG.
- Das Neugeschäft im Real-Estate-Business fokussiert sich auf pfandbrieffähige Finanzierungen gewerblicher Immobilien mit nachhaltigem Cashflow innerhalb Europas mit Schwerpunkt in Deutschland, Frankreich und England. Zielkunden sind hauptsächlich professionelle Investoren, institutionelle Kunden, Real Estate Funds oder selektiv Bauträger. Die angestrebte Produktpalette umfasst weniger komplexe Darlehensstrukturen, selektiv ergänzt um derivative Absicherungsprodukte.
- Im Bereich Public Sector wird sich das Neugeschäft der HRE auf risikoarme, pfandbrieffähige Finanzierung von Ländern, Kommunen und staatlichen Einrichtungen im westeuropäischen Raum, insbesondere Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien, sowie auf staatsgarantierte Public Private Partnerships (PPP) konzentrieren. Die Refinanzierung des Neugeschäfts soll weitgehend laufzeitkongruent über Pfandbriefemissionen dargestellt werden.
- Im Value Portfolio, das zum weit überwiegenden Teil der DEPFA Bank plc zuzurechnen ist und das im Wesentlichen das Portfolio des Infrastructure Finance, des Capital Markets, des Corporate Center, große Teile des Public-Sector-Portfolios sowie einen kleinen Teil des Real-Estate-Portfolios beinhaltet, befindet sich vor allem nicht pfandbrieffähiges Geschäft und Geschäft, das im Hinblick auf Volumen und Risikoprofil nicht strategiekonform ist. Hier ist keine Ausweitung der Geschäftsaktivitäten vorgesehen, stattdessen steht der werterhaltende, kapitalschonende Abbau des Portfolios beispielsweise durch
 - Abbau riskanter und komplexer Assets mit höchster Priorität
 - Abbau lang laufender und ertragsschwacher Assets im Zeitverlauf
 - gegebenenfalls Verkauf einzelner Assets
 - Abbau über Konditionenanpassung im Vordergrund.

Sowohl aus dem strategischen wie auch aus dem Value Portfolio sind Auslagerungen von Teilportfolios in eine Anstalt in der Anstalt (AidA), die im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ näher beschrieben sind, in der Diskussion.

Organisation des Adressrisikomanagements

Die Organisation des CRO umfasst als Marktfolgeeinheiten für das Adressrisikomanagement alle Bereiche, die unter dem Kapitel „Chief Risk Officer“ im vorangegangenen Teil aufgeführt und in den wesentlichen Aufgaben beschrieben sind. Die genannten Marktfolgeeinheiten sind organisatorisch bis auf Vorstandsebene MaRisk-konform von den Vertriebseinheiten unabhängig.

Adressrisikoberichte

Das Berichtswesen zu Adressrisiken wurde im Geschäftsjahr 2009 – auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Anforderungen nach MaRisk – grundlegend überarbeitet.

- Im vierteljährlichen Credit Risk Report werden Details zum Portfolio und Risikokennzahlen sowohl auf Konzernebene als auch auf Ebene der Tochterinstitute ausführlich berichtet, im Vorstand diskutiert und dem Risikomanagement- und Liquiditätsstrategieausschuss des Aufsichtsrates zur Kenntnis gebracht. Wesentliche steuerungsrelevante Kennzahlen wie die Entwicklung des EaD, des EL und des Credit-VaR sind im monatlichen Group Risk Report integriert, der ebenfalls im Vorstand erörtert wird.
- Für Entscheidungen zum Neugeschäft beziehungsweise zu Konditionen Anpassungen werden wesentliche Kennzahlen, Inhalte und Analysen im Credit Committee vorgestellt und erörtert.
- Im laufenden Geschäft unterstützen weitere regelmäßige Berichte das operative Management bei der Steuerung beziehungsweise rechtzeitigen Erkennung von Risiken auf Subportfolioebene.
- Auffällige Entwicklungen, die eine wesentliche Verschlechterung der Risikolage eines Einzelengagements bewirken können, werden über sogenannte „Credit Issue Notes“ an einen weiter gefassten Kreis berichtet.

Risikoquantifizierung über das ökonomische Kapital

Kreditportfoliomodell Die HRE setzt zur Ermittlung des Adressrisiko-VaR ein Kreditportfoliomodell ein. Die Bonitätseinstufung eines Kreditnehmers verändert sich, beziehungsweise der Kreditnehmer gilt als ausgefallen, wenn bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Diese Schwellenwerte werden aus dem Rating des Kreditnehmers, einer Migrationsmatrix beziehungsweise aus dem Default-Vektor und der Volatilität eines Bonitätsindex über ein internes Kreditportfoliomodell, basierend auf dem Grundgedanken von Credit Metrics, ermittelt. Die Bonität wird über einen stochastischen Prozess modelliert, der systematische und spezifische Komponenten beinhaltet und das interne Rating der Kreditnehmer berücksichtigt. Die Korrelationen werden über die systematischen Komponenten des Bonitätsindex und über eine 10-Jahres-Historie relevanter Zeitreihen modelliert. Die Migrationsmatrix zur Modellierung von Ratingveränderungen wird von S&P ermittelt und bildet eine Historie von über 30 Jahren ab. Über das Grundkonzept von Credit Metrics hinaus wird für die Available-for-Sale-Positionen der potenzielle Wertverlust bei Anrechnung der maximalen historisch aufgetretenen Spread-Anstiege innerhalb eines Jahres berücksichtigt. Credit-Spread-Änderungen in der IFRS-Kategorie „Fair Value through P&L“ werden im Marktrisikomodell berücksichtigt.

Das ökonomische Kapital für Adressrisiken, berechnet aus dem Kreditportfoliomodell, beträgt für ein Risikoniveau von 99,95 % und einen Zeithorizont von einem Jahr ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zu anderen Risikoarten 7,9 Mrd. € (Dezember 2008: 5,9 Mrd. €). Im Laufe des Berichtsjahres 2009 haben sich die Credit Spreads insbesondere im Bereich Public Sector gegenüber Dezember 2008 deutlich verringert, was zu einem Anstieg der Bewertung der Vermögenswerte des Konzerns führte. Die Zunahme des ökonomischen Kapitals ist hauptsächlich eine Folge einer Verschlechterung der Bonität des CRE-Portfolios sowie einer Modellierung deutlich größerer Credit-Spread-Szenarien im Public-Sector-Business. Die Umstellung von einer antizyklischen Betrachtung auf den oben genannten größten 1-Jahres-Spread-Anstieg für die Available-for-Sale-Positionen hat den Ausschluss der Loans-and-Receivables-Positionen aus der Credit-Spread-Modellierung aufgrund der Durchhalteab-

sicht und der geänderten Funding-Situation im Vergleich zum Vorjahr deutlich überkompensiert. Der Anstieg konnte nicht durch eine Reduzierung des Engagements, vor allem im nicht-strategischen Geschäft mit dem öffentlichen Sektor, der Infrastrukturfinanzierung und dem Bereich CM & AM, abgedeckt werden.

Stresstests In Stresstests werden neben den 2009 neu entwickelten integrierten Stresstests zur Risikotragfähigkeit, die auch Szenarien zum Adressrisiko beinhalten (siehe Kapitel zum ökonomischen Kapital und Beurteilung der Risikotragfähigkeit), die

- Herabstufung der Bonität aller Kreditnehmer um je eine Ratingstufe
- Annahme des Ausfalls der 10 größten Kreditnehmer aus dem Real-Estate-Finance-Bereich

in ihrer Auswirkung auf den Adressrisiko-VaR sowie die verfügbare Risikodeckungsmasse geprüft.

In Ergänzung zu den Stresstests des ökonomischen Kapitals wurden in 2009 sogenannte RWA Reverse Stress Tests entwickelt, die untersuchen, um wieviel sich ein bestimmter Risikoparameter (wie z.B. Rating, LGD, Währung) verändern kann, bevor die Mindestkapitalquote von derzeit 8,5 % nicht mehr eingehalten wird. Für alle getesteten Risikoparameter wurden Toleranzveränderungsniveaus definiert, die für ein Bestehen der Tests nicht verletzt werden dürfen.

Adressrisikoquantifizierung nach Basel II

Alle Tochterinstitute des Konzerns außer der DEPFA Bank plc, der DEPFA ACS Bank und der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG (die nun Teil der fusionierten Deutschen Pfandbriefbank AG ist) haben bereits die regulatorische Genehmigung erhalten, den sogenannten Advanced Internal Rating Based Approach (Advanced-IRBA) für die Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung anzuwenden. Der Konzern hat Ende Juni 2009 bei der Bankenaufsicht den formalen Antrag – inklusive aller hierfür notwendigen Dokumente – für die Einführung des Advanced-IRBA in der DEPFA Bank plc, der DEPFA ACS Bank sowie der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG eingereicht. Die aufsichtliche Prüfung wird voraussichtlich ab dem zweiten Quartal 2010 starten.

Adressrisikosteuerung, -management und -überwachung

Adressrisikosteuerung Auf Portfolioebene wird die angestrebte Portfoliostruktur mittels Strukturkomponenten in der Risikostrategie festgelegt. Die Limite orientieren sich auch an der verfügbaren Risikodeckungsmasse und beinhalten beispielsweise:

- Limitierung von Länderrisiken
- Festlegung strategischer Risikoparameter (z.B. Zielkunden, Regionen, Finanzierungsdauer)

Kernelemente für die Überwachung der Einhaltung der festgelegten Limite und der angestrebten Risiko- und Ertragsparameter auf Portfolio- und Einzelgeschäftsebene sind folgende Berichte und Maßnahmen:

- Ermittlung des Adressrisiko-VaR auf Portfolioebene über ein Kreditportfoliomodell; Analyse von Konzentrationsrisiken und verschiedenen Stresstests
- zentrale, konzernweite Überwachung von Risikokonzentrationen durch spezielle, regelmäßige und anlassbezogene Auswertungen, wie beispielsweise regionale, produktspezifische Auswertungen
- kontinuierliche Analyse des Portfolios und der relevanten Märkte durch die lokalen Credit-Risk-Management-Einheiten
- regelmäßige Bewertung der Kreditsicherheiten
- Spezialberichte potenziell gefährdeter Kreditengagements (z.B. „Credit Issue Notes“)

Die Kreditkompetenzrichtlinie legt zudem, abhängig von Kontrahentengruppe und Expected-Loss-Klasse, die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Credit Risk Manager für Prolongationen im Bestandsgeschäft fest. Der Abschluss von Neugeschäft erfolgt im Berichtszeitraum ausschließlich auf Vorstandsebene.

Adressrisikomanagement und -überwachung Auf Einzelgeschäftsebene bestimmen die Richtlinien zu Kreditprozessen die notwendigen Schritte der Risikoprüfung bei Neugeschäft und Prolongationen sowie der Übergabe in die Intensivbetreuung beziehungsweise Abwicklung.

Nachfolgend werden Kernprozesse des Adressrisikomanagements und der -überwachung sowie der hierbei involvierten Bereiche der CRO-Funktion beschrieben:

Die Credit-Risk-Management-Einheiten (Credit Officer Real Estate und Credit Officer PS, FI & Value-Portfolio)

führen auf Anfrage des Vertriebs die erstmalige beziehungsweise jährlich wiederkehrende Risikoanalyse beim Neu- und Bestandsgeschäft durch. Für die Bewertung und die Vorbereitung der Kreditentscheidung im Neu- und Prolongationsgeschäft kommen Basel-II-konforme PD- und LGD Rating Tools zum Einsatz, die von Credit Risk im Bereich Risk Management & Control (RMC) entwickelt sowie jährlich validiert und kalibriert werden. Bei der Analyse und Bewertung der Sicherheiten unterstützt der Bereich Property Analysis & Valuation Germany/Property Analysis Europe. Die jeweils verantwortliche Credit-Risk-Management-Einheit überprüft den Antrag.

Das Legal Department, gegebenenfalls zusammen mit externen Rechtsanwälten/Kanzleien, ist verantwortlich für die Vertrags- und Sicherheitengestaltung.

Definierte Frühwarnindikatoren werden vom Credit Risk Management (CRM) regelmäßig analysiert. Bei Auffälligkeiten wird eine Kreditneubewertung (z. B. Rating, Sicherheiten) der entsprechenden Fälle durchgeführt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Ferner werden die Fälle in einem monatlichen Überwachungsturnus aufgenommen und im Watchlist-Komitee präsentiert.

In Zusammenarbeit mit der Global-Workout-Einheit (derzeit nur CRE-Engagements; für alle anderen Engagements ist CRM zuständig) werden die Impairment Trigger (siehe auch Kapitel zu Watchlist- und Problemkrediten) analysiert und notwendige Impairment-Berechnungen durchgeführt. Im Risk Provisioning Committee (siehe auch Übersicht zu Organisation und Komitees) wird über das Ergebnis der Impairment-Tests entschieden.

Für kritische beziehungsweise wertberichtigte Engagements wird von Global Workout (nur CRE) beziehungsweise CRM ein Restrukturierungsplan beziehungsweise ein Abwicklungsplan erarbeitet. In die Entscheidung zur Restrukturierung oder Abwicklung gehen Szenarioanalysen der potenziellen Entwicklung des Kreditnehmers, der Sicherheit beziehungsweise des relevanten Marktes ein. Diese werden im Risk Provisioning Committee präsentiert und genehmigt.

Sowohl kritische Engagements (Watchlist) wie auch Fälle der Restrukturierung und der Abwicklung (Problemkredite) werden monatlich im Group Risk Report und im Risk Committee sowie auf Anfrage in Spezialanalysen an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

Risikoabsicherung und -minderung Kreditsicherheiten

In der HRE haben insbesondere Gebäudesicherheiten im Bereich Commercial Real Estate und Vermögenswerte im Bereich Infrastructure Finance eine wesentliche Bedeutung. Daneben werden insbesondere im Bereich Public Sector auch andere finanzielle Sicherheiten und Garantien als Absicherung akzeptiert (z. B. Kreditversicherungen, Bürgschaften, festverzinsliche Wertpapiere usw.).

Die Überprüfung der Werthaltigkeit der Sicherheiten erfolgt im Rahmen der turnusmäßigen jährlichen Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer durch die Kreditsachbearbeiter; bei Immobiliensicherheiten werden externe oder interne Gutachten mit herangezogen.

Kreditportfolio

Zum 31. Dezember 2009 wird der gesamte Forderungsbestand der HRE erstmals einheitlich nach dem Basel-II-konformen Exposure at Default (EaD) ermittelt. Zur besseren Vergleichbarkeit zum Vorjahr werden für die Gesamtsumme der Forderungen wie auch für die relevanten Geschäftssegmente sowohl „Exposure“ als auch „EaD“ ausgewiesen. Die Kommentierung der Risikoentwicklung erfolgt auf Basis der bisherigen Logik – also EaD für Commercial Real Estate Finance und Exposure für die Gesamtsumme des Kreditportfolios sowie für alle anderen Geschäftssegmente.

Der Begriff „Exposure“ beinhaltet die aktuelle Inanspruchnahme, zugesagte Kreditlinien, Derivate (aktueller Marktwert zuzüglich eines aufsichtsrechtlich vorgegebenen Aufschlags [Add-on]) und Garantien, vermindert um Absicherungsinstrumente des Kreditrisikos.

Der Basel-II-konforme Begriff „Exposure at Default“ (EaD) berücksichtigt neben der aktuellen Inanspruchnahme noch die anteiligen Kreditzinsen, mit denen ein Kreditnehmer bis zur Feststellung eines Kreditausfalls (maximal 90-Tage-Verzug) in Verzug geraten kann, sowie diejenigen Kreditzusagen, die ein Kreditnehmer trotz einer wesentlichen Bonitätsverschlechterung zukünftig noch ausnutzen kann. Bei Derivaten ergibt sich der EaD wie beim Exposure als Summe aus aktuellem Marktwert und dem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Add-on, der einen Puffer für zukünftige, potenzielle Erhöhungen des Marktwertes darstellt.

Das konzernweite Exposure des Kreditportfolios betrug zum 31. Dezember 2009 rund 339 Mrd. € und liegt damit deutlich unter dem Wert vom 31. Dezember 2008 (403 Mrd. €). Der Rückgang von insgesamt 64 Mrd. € Exposure ist vorwiegend (46 Mrd. €) auf das Geschäftssegment Public Sector & Infrastructure Finance (PS & IF) zurückzuführen und ist im Kapitel zum Geschäftssegment PS & IF näher erläutert. Im Geschäftssegment Capital Markets & Asset Management (CM & AM) konnten strategiekonform im Jahresverlauf rund 9 Mrd. € insbesondere an Derivatepositionen abgebaut werden. Im Corporate Center ist das Exposure vor allem im Bereich der strukturierten Produkte im Bankbuch und den konsolidierten Zweckgesellschaften insgesamt um 5 Mrd. € reduziert. Neben den selektiven Verkäufen von einzelnen Vermögenswerten oder Teilportfolios war die Reduzierung des konzernweiten Exposures vom Rückgang der Credit Spreads und damit einer Reduzierung der Kontrahentenrisiken im Repogeschäft sowie geringerer zu leistender Sicherheitsleistungen geprägt.

Das Neugeschäft von insgesamt 4,0 Mrd. € Zusagen in den nachfolgend beschriebenen Geschäftssegmenten konzentrierte sich mit 3,3 Mrd. € auf das Commercial-Real-Estate-Finance-Geschäft. Davon entfallen 2,6 Mrd. € auf ausgewählte Prolongationen des Bestandsgeschäftes. Das verbleibende Neugeschäft von 0,7 Mrd. € ist dem Geschäftssegment Public Sector Finance zuzurechnen.

Überblick über das Gesamtexposure der HRE: Exposure/EaD 339 Mrd. €; EaD: 347 Mrd. € Das Kreditportfolio ist größtenteils in die Geschäftssegmente

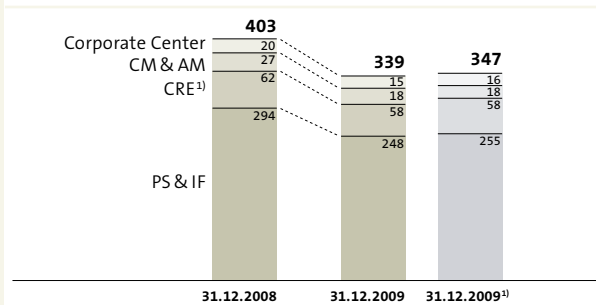
- Public Sector & Infrastructure Finance (PS & IF)
- Commercial Real Estate (CRE) und
- Capital Markets & Asset Management (CM & AM) aufgeteilt.

Neben den Geschäftssegmenten beinhaltet das Corporate Center nicht-strategische Positionen von insgesamt 15 Mrd. € (Dezember 2008: 20 Mrd. €). Die Struktur des Portfolios ist im Kapitel „Corporate Center“ näher erläutert.

Das Gesamtportfolio wird von Public Sector & Infrastructure Finance mit 73 % (unverändert zum Dezember 2008) Anteil beziehungsweise 248 Mrd. € Exposure dominiert.

Gesamtexposure: Exposure/EaD nach Segmenten

in Mrd. €



¹⁾ EaD

Risikokennzahlen Der Erwartete Verlust (EL), der sich aus der jährlichen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), der Verlusthöhe im Falle des Ausfalls (LGD) und dem Exposure at Default (EaD) ergibt, beträgt unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2009 1,1 Mrd. € (Dezember 2008: 0,5 Mrd. €).

Der deutliche Anstieg der Summe des Erwarteten Verlusts im Commercial-Real-Estate-Geschäft ist insbesondere auf den hohen Zuwachs der „Watchlist“, also des nicht wertberichtigten, problembehafteten Kreditbestandes, zurückzuführen (siehe Kapitel „Watchlist und Problemkredite“). Darüber hinaus wurde im dritten Quartal eine Rekalibrierung der Risikoparameter durchgeführt, die zu einer Erhöhung des Erwarteten Verlusts um 95 Mio. € geführt hat.

Der ebenfalls deutlich erhöhte Erwartete Verlust im Public Sector- & Infrastructure Finance-Geschäft ist mit 59 Mio. € EL zum einen auf eine größere Finanzierung im Segment Public Sector, die derzeit mit positivem Ausblick auf Erholung restrukturiert wird, und zum anderen mit 85 Mio. € EL auf eine größere Finanzierung im Segment Infrastructure Finance zurückzuführen. Der Anstieg wird teilweise durch eine erfolgreiche Restrukturierung mit –90 Mio. € EL kompensiert.

Der Anstieg im Segment Capital Markets & Asset Management ist auf ein Derivat zurückzuführen, das mit der oben erwähnten Finanzierung im Segment Infrastructure Finance zusammenhängt.

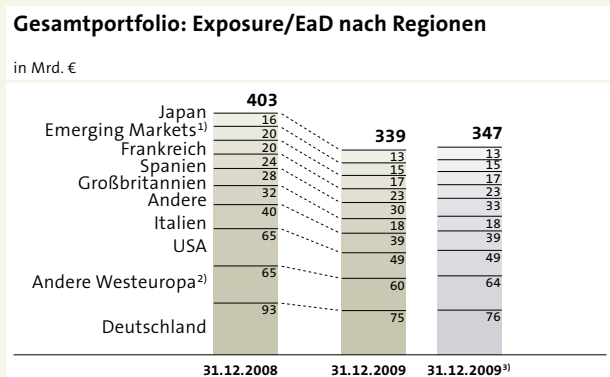
Im Corporate Center wurde der Anstieg des Erwarteten Verlusts aufgrund von Bonitätsherabstufungen durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen überkompensiert.

Der Erwartete Verlust für einen Zeitraum von einem Jahr ist eine wesentliche Steuerungsgröße des Portfolios. Er wird für das gesamte Exposure außer Handelsbuchpositionen und Problemkredite, für die bereits eine Einzelwertberichtigung gebucht wurde, berechnet. Die Kennzahl verteilt sich wie folgt auf die Geschäftssegmente sowie das Corporate Center:

Erwarteter Verlust		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Public Sector & Infrastructure Finance	177	66
Commercial Real Estate	834	365
Capital Markets & Asset Management	36	4
Corporate Center ¹⁾	32	49
Insgesamt	1.079	484

¹⁾ Der Erwartete Verlust im Corporate Center beinhaltet weder die synthetischen CDOs noch die bereits wertgeminderten Cash CDOs.

Länderrisiko Die relative Aufteilung des Länderrisikos auf die einzelnen Länder hat sich gegenüber Dezember 2008 in Deutschland um 1,0 Prozentpunkte, in den USA um 1,7 Prozentpunkte und in der Kategorie „Andere“ um 2,6 Prozentpunkte reduziert. Nach wie vor konzentriert sich das Portfolio mit über 72 % auf Westeuropa.



¹⁾ Emerging Markets gemäß IWF-Definition

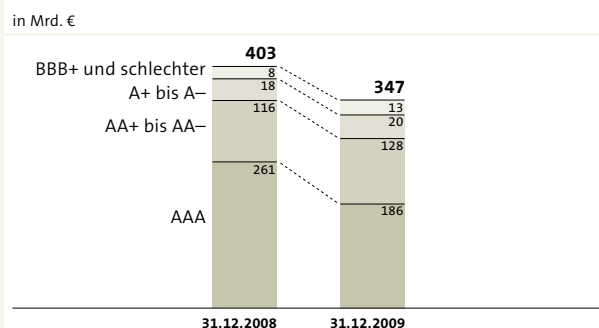
²⁾ hiervon Tschechische Republik 1,4 Mrd. € per Dezember 2008 und 1,2 Mrd. € per Dezember 2009

³⁾ EaD

In Abhängigkeit von den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens werden jedem einzelnen Land beziehungsweise Ländergruppen maximale Limite in bestimmten Ratingkorridoren zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten des Konzerns begrenzen. Sämtliche Länderratings und Länderlimite werden mindestens einmal im Jahr von Risk Management & Control überprüft. Aufgrund der derzeitigen Neuausrichtung und Umstrukturierung der Bank wurden die konzernweiten Länderlimite seit Ende Oktober 2008 bis auf Weiteres auf das Niveau der ausstehenden Forderungen zu diesem Zeitpunkt reduziert und begrenzen somit das Neugeschäft.

Die Struktur des Länderexposures nach internem Rating hat sich im Vergleich zum 31. Dezember 2008 verschlechtert. Länder mit einem Rating von AA– und besser haben einen Anteil am Gesamtportfolio von 90 % (31. Dezember 2008: 93 %). Demgegenüber ist der Portfolioanteil der Länder mit einem Rating von A+ bis A– auf 6 % angewachsen (31. Dezember 2008: 5 %). Das Länderexposure mit einem Rating von BBB+ und schlechter belief sich auf 4 % (31. Dezember 2008: 2 %).

Gesamtportfolio: EaD nach internen Länderratings



Public Sector & Infrastructure Finance: 248 Mrd. € Exposure; 255 Mrd. € EaD **Portfolioentwicklung und -struktur** Das Exposure im Segment Public Sector & Infrastructure Finance (PS&IF) betrug zum 31. Dezember 2009 248 Mrd. € und liegt damit deutlich unter dem Vorjahresniveau mit 294 Mrd. € Exposure.

Der Rückgang des Exposures um 46 Mrd. € setzt sich im Wesentlichen zusammen aus

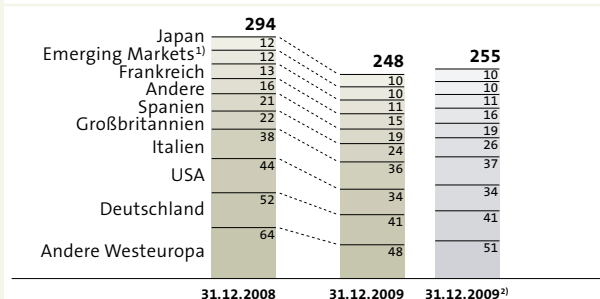
- 13 Mrd. € Rückgang des ausgewiesenen Kontrahentenrisikos bei Repo- und repoähnlichen Transaktionen, bedingt durch die rückläufigen Credit Spreads, sowie geringeren zu leistenden Sicherheitsleistungen
- 7 Mrd. € Verringerung der US-Liquiditätsfazilitäten
- 5 Mrd. € reduzierten Swap-Transaktionen
- 16 Mrd. € strategiekonformen Wertpapierverkäufen sowie Fälligkeiten, die nicht ersetzt wurden, sowie
- 0,7 Mrd. € Netto-Wechselkurseffekten.

Das Portfolio ist regional in über 70 Ländern diversifiziert. Der größte Teil des Exposures liegt in Westeuropa mit unverändert 72 %, gefolgt von den USA mit einem Anteil von 13 % (Dezember 2008: 15 %). Auf die Emerging Markets (gemäß IWF-Definition) entfielen weiterhin 4 %, wobei die größten Anteile Polen mit 3,8 Mrd. € und Ungarn mit 2,3 Mrd. € auf sich vereinen.

In der Rubrik „Andere“ entfallen 6,9 Mrd. € auf Kanada, gefolgt von Australien mit 1,6 Mrd. € und Südkorea mit 1,7 Mrd. €. Wesentliche Länder unter „Andere Westeuropa“ sind Österreich mit 10 Mrd. €, Griechenland mit 9,4 Mrd. € sowie Irland mit 7 Mrd. €. Das Exposure in Irland hat sich durch den Rückgang der Repo-Transaktionen mit der irischen Zentralbank im ersten Halbjahr 2009 (17 Mrd. € zum Jahresende 2008, aktuell 4 Mrd. €) deutlich reduziert.

PS & IF: Exposure/EaD nach Regionen

in Mrd. €



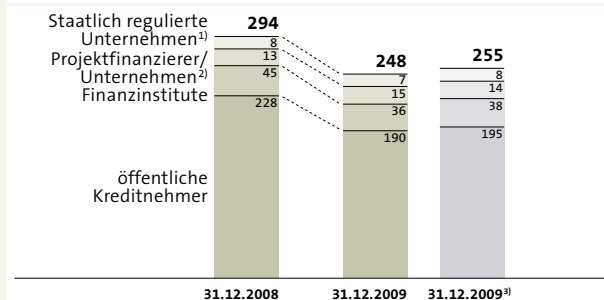
¹) Emerging Markets gemäß IWF-Definition

²) EaD

Die Kontrahentenstruktur im Portfolio Public Sector & Infrastructure Finance hat sich gegenüber Dezember 2008 kaum verändert und wird mit 77 % von öffentlichen Kreditnehmern dominiert (Dezember 2008: 76 %). Zu diesem Segment zählen Unternehmen des öffentlichen Sektors/ öffentliche Unternehmen mit 32 % (33 %), Zentralstaaten mit 26 % (25 %) und Kommunen mit unverändert 19 %. Die Kategorie „Kreditnehmer des öffentlichen Sektors“ beinhaltet strukturierte Produkte, die in diesem Kapitel nachfolgend detailliert dargestellt sind.

PS & IF: Exposure/EaD nach Kontrahenten

in Mrd. €



¹) inklusive Finanzinstitute mit staatlichem Hintergrund oder Staatsgarantie

²) z. B. Wasserwerke, Energieunternehmen usw.

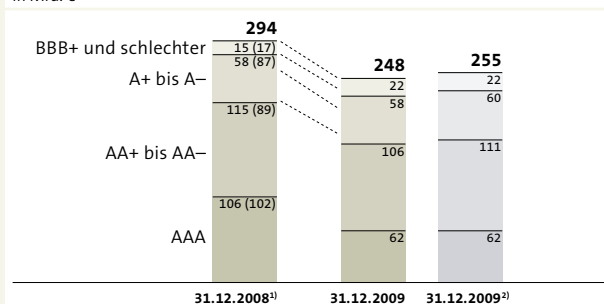
³) EaD

Der weiterhin unverändert hohe Anteil von Kreditnehmern aus dem öffentlichen Sektor, von denen 97 % als „Investment Grade“ eingestuft sind, spiegelt sich im Rating wider. Das Engagement im Nicht-Investment-Grade-Bereich steht im Zusammenhang mit Infrastrukturfinanzierungen sowie Krediten im öffentlichen Sektor in Emerging Markets.

Im Allgemeinen haben 45 % der Emerging-Market-Länder (gemäß IWF-Definition) ein internes Rating von mindestens A (21 % weniger als Ende 2008 ohne Berücksichtigung der Ratingverbesserung durch Kreditversicherer), während der Nicht-Investment-Grade-Anteil von 10 % auf 14 % zugenommen hat. Dieser Qualitätsrückgang ist hauptsächlich strukturell bedingt, weil das gesamte A-geratete Engagement der Tschechischen Republik (0,6 Mrd. €) seit Dezember 2008 von diesem Korb ausgeschlossen ist, da der IWF das Land nicht mehr als Schwellenland (Emerging Market) betrachtet.

PS & IF: Exposure/EaD nach internen Ratings

in Mrd. €



¹⁾ mit Berücksichtigung der Ratingverbesserung durch Monoliner
(ohne deren Berücksichtigung)

²⁾ EaD

Risikokennzahlen Der sehr hohe Anstieg des Erwarteten Verlusts für das Portfolio des Geschäftssegmentes Public Sector & Infrastructure Finance ist größtenteils auf eine größere Finanzierung im Segment Public Sector (+85 Mio. € EL) zurückzuführen, bei der der Kreditnehmer in Zahlungsschwierigkeit geraten war. Diese Finanzierung wird derzeit restrukturiert, mit positivem Ausblick auf Erholung, sodass kein Anlass für die Bildung einer Einzelwertberichtigung bestand. Darüber hinaus wurde eine weitere Finanzierung im Infrastructure-Finance-Geschäft heruntergestuft (+59 Mio. € EL), die mittelfristig zwar noch bedient wird, wo aber absehbar ist, dass ein Ausfall in den nächsten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit droht.

PS & IF: EaD/Erwarteter Verlust¹⁾ nach internen Klassen

EL-Klassen	Basispunkte	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung Erwarteter Verlust in %
		EaD kumuliert in %	Erwarteter Verlust in Mio. €	EaD kumuliert in %	Erwarteter Verlust in Mio. €	
EL-Klasse 1	0 bis < 1	88,3	4,25	90,4	5,39	-21
EL-Klasse 2	1 bis < 2	93,5	1,94	94,3	1,61	21
EL-Klasse 3	2 bis < 3	94,2	0,42	95,5	0,80	-47
EL-Klasse 4	3 bis < 5	95,0	0,80	96,2	0,72	11
EL-Klasse 5	5 bis < 10	96,4	2,36	97,1	1,70	39
EL-Klasse 6	10 bis < 20	97,7	4,50	99,2	8,25	-45
EL-Klasse 7	20 bis < 35	98,3	4,12	99,2	0,54	> 100
EL-Klasse 8	35 bis < 55	98,7	5,00	99,4	2,10	138
EL-Klasse 9	55 bis < 90	99,1	5,54	99,7	4,92	13
EL-Klasse 10	90 bis < 160	99,4	6,29	99,7	0,28	> 100
EL-Klasse 11	160 bis < 250	99,5	8,32	99,8	6,37	31
EL-Klasse 12	250 bis < 400	99,6	5,79	99,9	12,19	-53
EL-Klasse 13	400 bis < 650	99,6	0,42	99,9	—	—
EL-Klasse 14	650 bis < 1.100	99,7	3,36	100,0	1,66	102
EL-Klasse 15	1.100 bis < 1.800	99,7	5,11	100,0	4,81	6
EL-Klasse 16	1.800 bis < 3.500	99,8	52,93	100,0	—	—
EL-Klasse 17	3.500 bis < 6.000	100,0	6,53	100,0	14,21	-54
EL-Klasse 18	6.000 bis < 10.000	100,0	59,36	100,0	0,52	> 100
Insgesamt			177,05		66,07	168

¹⁾ Der Erwartete Verlust wird für alle Positionen des Bankbuches ohne Kredite, für die bereits eine Wertberichtigung gebildet wurde, berechnet.

Risikoschwerpunkte Kreditversichertes Exposure durch Monoliner Der Anteil des kreditversicherten Exposures beträgt 4 % (11 Mrd. €) des Portfolios des Geschäftssegments PS&IF (Dezember 2008: 14,4 Mrd. €). Dies ist auf eine bislang starke Marktpräsenz, vor allem auf dem Markt der US-Staatsanleihen, zurückzuführen. Die Kontrahenten der versicherten Wertpapiere sind mit 53 % weiterhin überwiegend öffentliche Schuldner (wie beispielsweise US-Municipalities mit 47 %), 15 % staatlich regulierte Unternehmen und 33 % Projektfinanzierungen. Das durchschnittliche interne Rating der versicherten Kreditnehmer beträgt A2. In der Risikobetrachtung wird ausschließlich auf das Rating beziehungsweise die Bonität des versicherten Wertpapiers beziehungsweise Emittenten abgestellt.

Staatsunterstützte und teilgarantierte strukturierte Produkte Gemäß den Empfehlungen des Financial Stability Board (FSB, ehemals FSF) sowie der Senior Supervisory Group (SSG) für „Leading Practice for Selected Exposures“ weist die HRE weitere Informationen zu folgenden Teilportfolios aus:

1. Strukturierte, teilweise garantierte Produkte, überwiegend im Geschäftssegment PS&IF sowie zu einem kleinen Anteil im Geschäftssegment CM&AM, die der Übersichtlichkeit halber zusammen in nachfolgender Übersicht dargestellt werden
2. Strukturierte Produkte des Bankbuches sowie konsolidierte Zweckgesellschaften des Corporate Center (Kapitel „Corporate Center“)
3. Zweckgesellschaften innerhalb und außerhalb des Konsolidierungskreises (Kapitel „Zweckgesellschaften in der HRE“)

Staats- und bankgarantierte, staatsunterstützte strukturierte Produkte in den Geschäftssegmenten PS & IF und CM & AM¹⁾

in Mrd. €

Vollgarantierte strukturierte Produkte

CDO (verbriefte staatsgarantierte europäische [meist Spanien] Finanzierungen von Kleinunternehmen)

CDO (verbriefte Hypothekendarlehen, garantiert durch die Niederlande; CM & AM)

Staatsunterstützte strukturierte Produkte

ABS (Reverse Mortgage; Garantie durch US Federal Home Administration)

ABS (Housing Finance: verbrieft geförderte Hypothekendarlehen)

ABS (Stranded Costs: verbrieft Hypothekendarlehen von Gebäuden im öffentlichen Interesse; Zins und Tilgung durch öffentlich erhobene Nutzungsgebühren)

Strukturierte Produkte mit staatsgarantierten Underlyings (inklusive CM & AM)

FFELB Student Loans (verbriefte, zu mindestens 97 % US-staatsgarantierte Studentenkredite)

Bankgarantierte strukturierte Produkte

CDO – TRS mit Schweizer Bank

CDO – TRS fast ausschließlich mit US-Investmentbanken

31.12.2009		31.12.2008	
Nominalwert	Interner Fair Value	Nominalwert	Interner Fair Value
4,8	4,4	5,4	5,3
2,4	2,3	2,5	2,4
0,3	0,1	0,3	0,3
0,8	0,7	1,9	1,9
1,6	1,6	1,3	1,4
15,6	13,9	16,7	13,5
0,6	0,6	0,6	0,6
5,4	5,4	6,9	6,9

¹⁾ ohne zusätzliche kreditversicherte Wertpapiere

Erhöhtes Risiko könnte aus strukturierten Wertpapieren ohne explizite Garantie (nominal 2,4 Mrd. € staatlich unterstützt) entstehen. Da die verbrieften Darlehen jedoch Investments im „öffentlichen Interesse“ finanzieren, kann – im Falle von Zahlungsschwierigkeiten – von einer Staatsunterstützung ausgegangen werden.

FFELB Student Loans Die Reduzierung des Nominalbestandes der FFELB Student Loans um 1,1 Mrd. € gegenüber Dezember 2008 ist zu 470 Mio. € auf Verkäufe im vierten Quartal 2009 zurückzuführen.

Zusätzlich zu dem in der Übersicht dargestellten Bestand an FFELB Student Loans sind zum 31. Dezember 2009 nominal 0,4 Mrd. € mit einem Fair Value von 0,4 Mrd. € (Vorjahr: Nominal und Fair Value: 0,5 Mrd. €) über Mono-liner kreditversichert.

US-Liquiditätsfazilitäten Das Gesamtexposure aus US-Liquiditätsfazilitäten im Geschäftssegment PS&IF hat sich seit Jahresende 2008 von 10,8 Mrd. € auf 3,9 Mrd. € zum 31. Dezember 2009 (inklusive der noch nicht gezogenen Fazilitäten) durch Auslaufen der Zusagen und Refinanzierung der zugrunde liegenden Forderungen durch die Emittenten verringert.

Es verbleiben noch nicht gezogene Fazilitäten in Höhe eines Nominalbetrages von 2,2 Mrd. €, die durch die erfolgreiche Vermarktung bereits angedienter Wertpapiere gegenüber dem Jahresende 2008 um rund 0,2 Mrd. € wieder angestiegen sind. Das durchschnittliche gewichtete Rating der Wertpapiere der gezogenen und noch nicht gezogenen US-Liquiditätsfazilitäten ist AA2 (Dezember 2008: AA3).

Commercial Real Estate: Exposure at default: 58 Mrd. € Portfolioentwicklung und -struktur Der EaD (Exposure at Default) des Commercial-Real-Estate-Portfolios ist gegenüber dem 31. Dezember 2008 im Verlauf des Geschäftsjahres 2009 sukzessive um insgesamt 4 Mrd. € zurückgegangen. Die hierin enthaltenen Kundenderivate belaufen sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,6 Mrd. € EaD gegenüber 1,2 Mrd. € EaD zum Jahresende 2008.

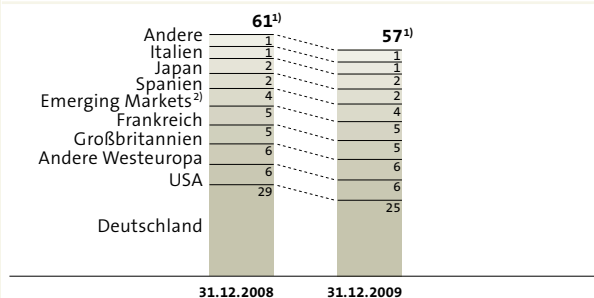
Die Zusagen betragen 56 Mrd. € und liegen damit 12 % unter dem Vorjahresniveau (64 Mrd. €). Der Forderungsbestand beträgt 55 Mrd. € (Vorjahr 58 Mrd. €); die noch

nicht ausgezahlten Kreditlinien haben sich mit rund 1 Mrd. € gegenüber dem Jahresende 2008 (rund 6 Mrd. €) deutlich reduziert.

Die regionale Verteilung des Commercial-Real-Estate-Portfolios ist gegenüber dem Jahresende 2008 fast gleich geblieben und verteilt sich auf 35 Länder mit deutlichem Schwerpunkt in Deutschland (44 %) und den restlichen westeuropäischen Ländern (33 %); auf die USA entfallen 10 %.

Commercial Real Estate: EaD nach Regionen

in Mrd. €



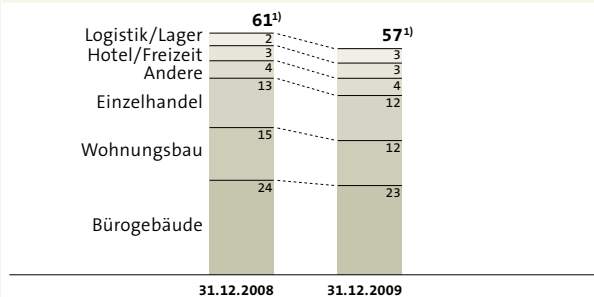
¹⁾ Aufteilung ohne CRE-Derivate ca. 1,6 Mrd. € (Dezember 2008: 1,2 Mrd. €)

²⁾ Emerging Markets gemäß IWF-Definition

Die Verteilung des Portfolios nach Objektarten ist gegenüber dem Jahresende 2008 ebenfalls stabil geblieben. Rund 21% (Dezember 2008: 25 %) des Portfolios entfallen auf wohnwirtschaftlich genutzte Immobilien (zumeist Portfolio-Transaktionen). Gewerblich genutzte Objekte konzentrieren sich auf Bürogebäude und den Einzelhandel.

Commercial Real Estate: EaD nach Objektarten

in Mrd. €

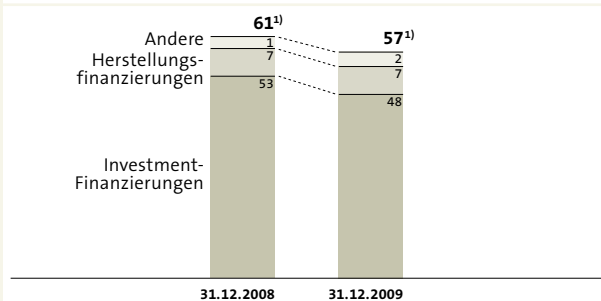


¹⁾ Aufteilung ohne CRE-Derivate ca. 1,6 Mrd. € (Dezember 2008: 1,2 Mrd. €)

Das Portfolio wird nach wie vor mit 84 % (Dezember 2008: 87 %) von Investment-Finanzierungen dominiert; auf risikoreichere Herstellungsfinanzierungen entfallen unverändert 12 % des EaD. Unter Investment-Finanzierungen wird die Finanzierung von Immobilien zusammengefasst, deren Cashflow aus der Vermietung generiert wird.

Commercial Real Estate: EaD nach Darlehensarten

in Mrd. €



¹⁾ Aufteilung ohne CRE-Derivate ca. 1,6 Mrd. € (Dezember 2008: 1,2 Mrd. €)

Risikokennzahlen Der Erwartete Verlust (EL) für das Commercial-Real-Estate-Portfolio beträgt unter Anwendung der nach Basel II vorgegebenen Parameter zum 31. Dezember 2009 834 Mio. €. Er hat sich damit gegenüber Dezember 2008 (365 Mio. €) deutlich verschlechtert. Dies spiegelt die beschriebene negative Entwicklung an den Immobilienmärkten wider, die den später beschriebenen Anstieg des Watchlist- und Problemkreditbestandes und damit den erhöhten Erwarteten Verlust bedingt. Bei der Verteilung des Portfolios nach EL-Klassen zeigt sich dieser Anstieg insbesondere in den Klassen 12 bis 18.

CRE: EaD/Erwarteter Verlust¹⁾ nach internen Klassen

EL-Klassen	Basispunkte	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung Erwarteter Verlust in %
		EaD kumuliert in %	Erwarteter Verlust in Mio. €	EaD kumuliert in %	Erwarteter Verlust in Mio. €	
EL-Klasse 1	0 bis < 1	13,9	0,24	19,0	0,30	-21
EL-Klasse 2	1 bis < 2	18,6	0,38	23,0	0,32	19
EL-Klasse 3	2 bis < 3	21,9	0,46	28,0	0,74	-38
EL-Klasse 4	3 bis < 5	24,6	0,68	33,0	1,41	-52
EL-Klasse 5	5 bis < 10	33,3	3,86	44,0	5,01	-23
EL-Klasse 6	10 bis < 20	45,2	9,40	59,0	13,09	-28
EL-Klasse 7	20 bis < 35	56,4	18,12	72,0	21,42	-15
EL-Klasse 8	35 bis < 55	65,2	22,84	80,0	23,99	-5
EL-Klasse 9	55 bis < 90	73,4	31,99	86,0	22,81	40
EL-Klasse 10	90 bis < 160	80,3	45,38	90,0	34,73	31
EL-Klasse 11	160 bis < 250	82,4	24,21	93,0	32,34	-25
EL-Klasse 12	250 bis < 400	83,3	14,93	93,0	10,76	39
EL-Klasse 13	400 bis < 650	84,5	27,99	94,0	6,39	> 100
EL-Klasse 14	650 bis < 1.100	86,0	52,81	94,0	12,90	> 100
EL-Klasse 15	1.100 bis < 1.800	86,6	38,96	95,0	8,55	> 100
EL-Klasse 16	1.800 bis < 3.500	88,8	86,48	96,0	97,63	-11
EL-Klasse 17	3.500 bis < 6.000	95,2	193,62	98,0	63,97	203
EL-Klasse 18	6.000 bis < 10.000	100,0	261,89	100,0	9,11	> 100
Insgesamt			834,24		365,45	128

¹⁾ Der Erwartete Verlust wird für alle Positionen des Bankbuches ohne Kredite, für die bereits eine Wertberichtigung gebildet wurde, berechnet.

Risikoschwerpunkte Von den negativen Marktentwicklungen im Berichtsjahr waren insbesondere die Immobilienmärkte in Großbritannien (hier mit ersten Konsolidierungstendenzen seit dem dritten Quartal 2009), in Spanien sowie in den USA betroffen. Diese sogenannten Hot-Spot-Märkte werden regelmäßig und besonders gründlich analysiert, die Teilportfolios stehen unter intensiver Überwachung und werden weiter reduziert. Da diese Negativtrends schon frühzeitig antizipiert wurden, konnten die entsprechenden Finanzierungsportfolios bereits seit Ende 2006 wesentlich reduziert werden: Großbritannien um 45 % auf 5,2 Mrd. € Zusagen zum Berichtszeitpunkt (5,2 Mrd. € EaD), Spanien um 36 % auf 1,8 Mrd. € Zusagen (1,9 Mrd. € EaD) und Finanzierungen sogenannter Condominiums (größere Wohnanlagen mit Flächen im Gemeineigentum) in den USA um 57 % auf 1,2 Mrd. € (1,0 Mrd. € EaD). Trotz dieser Bemühungen weisen die verbliebenen Restportfolios in den erwähnten Ländern teilweise signifikante Risikokonzentrationen auf. Dementsprechend sind wesentliche Teile „als mit erhöhtem Risiko behaftet“ klassifiziert und befinden sich auf der Watchlist beziehungsweise wurden bereits unter Problemkredite (Großbritannien 31 %, Spanien 53 %, USA 58 %) eingeordnet. Auf eine Reihe von Finanzierungen wurden bereits entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen (siehe Kapitel „Watchlist- und Problemkredite“). Dennoch sind die Risikomanagementmöglichkeiten angesichts eines nur sehr eingeschränkt liquiden Sekundärmarktes für Kreditrisiken und der langfristigen Darlehensverträge nur auf zur Konditionenanpassung fällige Darlehen, Neugeschäft und, in geringem Ausmaß, auf noch nicht gezogene Kreditlinien begrenzt.

Auf den deutschen Gewerbeimmobilienmärkten sind vor allem bei B-Objekten Flächenumsatz und Renditen aufgrund einer anhaltenden Risikoaversion der Investoren weiter unter Druck. Bei Qualitätsimmobilien in exzellenten Lagen und mit bonitätsstarken Mietern mehren sich seit dem dritten Quartal 2009 die Anzeichen einer beginnenden Erholung.

Einen weiteren Risikoschwerpunkt stellen gerade in Zeiten sinkender Immobiliennachfrage die Herstellungsfinanzierungen (sogenannte Developments) dar. Das Geschäftsvolumen in diesem Segment belief sich zum Berichtsstichtag auf 6,7 Mrd. € EaD und wurde schwerpunktmäßig in den USA (vor allem mit den oben erwähnten Condominiums) und in Deutschland (hier überwiegend mit Gewerbeimmobilien) betrieben. Gegenüber Dezember 2008 ergibt sich keine Reduzierung, da im Verlauf des Projektfortschritts sukzessive bereits zugesagte Linien beansprucht werden. Zwischenzeitlich sind fast alle Projekte in der Endphase der Fertigstellung. Auch die Development-Portfolios enthalten in überproportionaler Höhe Finanzierungen, die als „mit erhöhtem Risiko behaftet“ klassifiziert und zum Teil schon wertberichtigt sind.

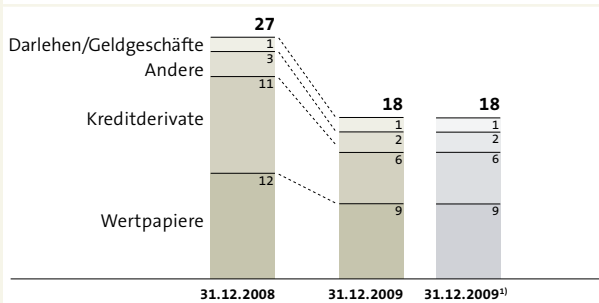
Bezogen auf die Art der finanzierten Objekte sind insbesondere die Hotels (Zusagen zum 31. Dezember 2009: 2,8 Mrd. €) von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen. Vor allem in den USA sind Übernachtungen sowohl im Zusammenhang mit Geschäftsreisen wie auch mit Urlaubsreisen stark zurückgegangen. Durch die resultierenden Einbrüche in den Cashflows der Finanzierungen, zusammen mit dem Wertrückgang der finanzierten Immobilien, wurden eine Reihe von Hotelfinanzierungen als kritisch klassifiziert beziehungsweise wertberichtigt.

Capital Markets & Asset Management: 18 Mrd. € Exposure, 18 Mrd. € EaD Portfolioentwicklung und -struktur Das Portfolio konnte – entsprechend der Strategie des Konzerns, die Handelsaktivitäten mit Ausnahme von Absicherungsgeschäften vollständig einzustellen – weiter, insbesondere bei den Derivatepositionen, deutlich reduziert werden. Der Rückgang des Exposures gegenüber 31. Dezember 2008 (27 Mrd. €) beträgt 9 Mrd. €.

Das Portfolio setzt sich im Wesentlichen aus Wertpapieren (49 %; Dezember 2008: 41 %) und Kreditderivaten (37 %; Dezember 2008: 41 %) zusammen. Die Kreditderivate (hauptsächlich CDS mit 96 %) wurden maßgeblich zur Absicherung des Kreditrisikos des Handelsbuches abgeschlossen. Die Kontrahenten der Kreditderivate sind zu 38 % Staaten und zu je 21 % Finanzinstitute und Unternehmen.

CM & AM: Exposure/EaD nach Produktarten

in Mrd. €



¹) EaD

75 % (Dezember 2008: 56 %) der Kontrahenten im Geschäftsegment Capital Markets & Asset Management sind AAA oder AA geratet; ein sehr großer Anteil von 97 % weist ein Rating im Investment Grade auf (geringfügig geringerer Anteil im Vergleich zum 31. Dezember 2008).

Neben Unternehmen (4,0 Mrd. €; 31. Dezember 2008: 7,2 Mrd. €) und Finanzinstituten (2,7 Mrd. €; 31. Dezember 2008: 3,6 Mrd. €) sind die meisten Kontrahenten dem öffentlichen Sektor zuzuordnen (9,4 Mrd. €; 31. Dezember 2008: 13,3 Mrd. €).

Der über Kreditversicherer (Monoliner) abgesicherte Anteil, das indirekte Exposure, beläuft sich auf 0,4 Mrd. €; das direkte Exposure gegenüber Monolinern beträgt 0,9 Mrd. €, die Gesamtsumme beläuft sich auf 1,3 Mrd. € (31. Dezember 2008: 1,6 Mrd. €). Das direkte Exposure sind Derivate, die Bestandteil der nachfolgend beschriebenen Position im Handelsbuch sind.

Risikoschwerpunkte Ein signifikanter Bestandteil der Handelsposition des Konzerns sind vier Arbitragepositionen aus den Jahren 2005 bis 2007. Dabei wurde einerseits eine offene Risikoposition in CMBS (Commercial Mortgage Backed Security) oder CMBX (CMBS-Index) aufgebaut und andererseits ein potenzieller Erstverlust von nahezu 30 % zeitgleich abgesichert. Diese Absicherung wurde über jeweils zwei Junior Super Senior Credit Default Swaps (JSS) mit den Monolinern Syncora beziehungsweise Radian als auch durch eine Collateralised Junior CDS vorgenommen. Die Gesamtkonstruktion ist so aufgebaut, dass sich die Absicherung auf niedriger geratete Tranchen bezieht als das eingekaufte Risiko, sodass sich daraus ein zusätzlicher Puffer im Falle eines Ausfalls ergibt, da zuerst die Absicherung bedient werden müsste, bevor die Bank selbst in Anspruch genommen würde.

Durch die Spread-Entwicklung auf CMBX beziehungsweise CMBS wurde aus einer zuvor nahezu delta-neutralen Gesamtkonstruktion eine offene Risikoposition auf den CMBX-Index. Als Folge dieser Entwicklung hatte die HRE in den Jahren 2008 und 2009 die CMBX-Bestände durch Gegengeschäfte von ehemals über 4,3 Mrd. € auf nunmehr 2,2 Mrd. € reduziert.

- Aktuell werden diese Wertanpassungen im Hinblick auf Monoliner regelmäßig überprüft. Sollten hierzu neue, gesicherte Erkenntnisse existieren, werden diese in der täglichen Bewertung umgehend berücksichtigt.
- Die Longposition ist im Gegensatz zu den Absicherungsinstrumenten (CDOs) nicht sensitiv gegenüber der Ausfall-Korrelation der Underlyings. Nach einem starken Anstieg der Korrelation in der ersten Jahreshälfte 2009, die zu einer Verschlechterung des Ergebnisses führte, ist die Korrelation in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder auf das Niveau vom Jahresanfang zurückgefallen.

- Zur Verbesserung der Bewertungsmethodik der CDOs wurden zum Ende des dritten Quartals 2009 einige Modellparameter verändert. Die dadurch entstandene Veränderung der Bewertung wurde vollständig durch eine Modellreserve kompensiert, die linear über die erwartete Restlaufzeit abgeschmolzen wird.

Corporate Center: 15 Mrd. € Exposure, 16 Mrd. € EaD Das Corporate Center beinhaltet nicht-strategische Positionen von insgesamt 15 Mrd. € Exposure (Dezember 2008: 20 Mrd. €). Das Portfolio unterteilt sich in:

- 10,6 Mrd. € (Dezember 2008: 12,1 Mrd. €) Positionen, die von der ehemaligen DEPFA im Rahmen der Positionierung im Zinsrisiko eingegangen wurden. Die wesentlichen Positionen sind Schuldscheindarlehen deutscher Bundesländer sowie Medium Term Notes (MTN) von Finanzinstituten und öffentlichen Kontrahenten mit einem durchschnittlichen Rating von AA
- 2,0 Mrd. € (Dezember 2008: 2,7 Mrd. €) Exposure größtenteils macro-gehedgetes Asset-/Liability-Management-Portfolio, das aus der Zeit vor der DEPFA-/Aareal-Aufspaltung stammt
- 2,2 Mrd. € (Dezember 2008: 4,9 Mrd. €) Exposure strukturierter Produkte im Bankbuch und in konsolidierten Zweckgesellschaften (siehe auch nachfolgendes Kapitel

„Portfolioentwicklung und -struktur der strukturierten Produkte“)

- 0,5 Mrd. € (Dezember 2008: 0,4 Mrd. €) Real-Estate-Portfolio, das mit Bankbürgschaften vollständig besichert ist und aus der Zeit vor der DEPFA-/Aareal-Aufspaltung stammt.

Portfolioentwicklung und -struktur der strukturierten Produkte

Der Nominalbestand an strukturierten Wertpapieren, den die HRE in immobilienbezogene Real Estate Linked Investments wie Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und in Credit Linked Investments wie zum Beispiel Collateralised Debt Obligations (CDOs, im engeren Sinne) und Collateralised Loan Obligations (CLOs) unterteilt, hat sich gegenüber dem Jahresende 2008 insbesondere durch Verkäufe im vierten Quartal 2009 über 1,3 Mrd. € deutlich um nominal 2,0 Mrd. € auf nunmehr 4,2 Mrd. € verringert.

Der aktuelle intern berechnete Fair Value dieser Wertpapiere, die Kreditrisiken verbriefen, belief sich per 31. Dezember 2009 auf 2,17 Mrd. € (1,67 Mrd. € MBS, 0,40 Mrd. € CDO und 0,10 Mrd. € sonstige ABS). Der Rückgang gegenüber Dezember 2008 beträgt 31 % beziehungsweise 1,02 Mrd. €.

Strukturierte Wertpapiere

in Mrd. €		31.12.2009			31.12.2008		
		Nominalwert	Interner Fair Value	Fortgeführte Anschaffungskosten	Nominalwert	Interner Fair Value	Fortgeführte Anschaffungskosten
Real Estate Linked Investments							
CMBS	Gesamt	2,15	1,13	1,82	2,51	1,55	2,01
	Europa	1,65	0,78	1,42	1,76	1,07	1,41
	USA	0,50	0,35	0,40	0,75	0,48	0,60
RMBS	Europa	0,71	0,54	0,63	0,78	0,55	0,70
Credit Linked Investments							
CDO	Gesamt	1,17	0,40	0,39	2,76	0,96	1,01
	Europa	0,60	0,39	0,38	1,25	0,71	0,77
	USA	0,57	0,01	0,01	1,51	0,25	0,24
ABS (sonstige)	Gesamt	0,14	0,10	0,14	0,15	0,13	0,15

Die interne Fair-Value-Bewertung der CMBS- und RMBS-Wertpapiere erfolgt auf Basis eines anerkannten Discounted-Cashflow-Modells entsprechend den Vorschriften nach IAS 39. Im Gegensatz zur Bewertung einfacherer CDO-Strukturen auf liquide Referenz-Assets mittels üblicher Finite-Pool- beziehungsweise Copula-Modelle wird für komplexe Strukturen beziehungsweise illiquide zugrunde liegende Sicherheiten ein gesondertes Bewertungsmodell zur Anwendung gebracht. Daher erfolgt die interne Fair-Value-Bewertung der US- und EU-CDOs mithilfe eines eigenen CDO-Modells mit von unten nach oben verteilten Erwarteten Verlusten, welches in Zusammenarbeit mit einer namhaften Unternehmensberatung entwickelt wurde. Im Wesentlichen ist die Bewertung dieses Portfolios von der Entwicklung der zugrunde liegenden Sicherheiten geprägt, die vorwiegend aus ABS-, MBS- oder CDO-Tranchen bestehen.

Nachfolgende Übersicht zeigt den Einfluss der strukturierten Wertpapiere auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter Berücksichtigung der Veränderung der Modellreserve für das oben genannte Bewertungsmodell.

Einfluss der strukturierten Wertpapiere auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung		
in Mio. €	2009	2008
1. Quartal	-33	-178
2. Quartal	-27	-145
3. Quartal	-57	-308
4. Quartal	114	-1.139
Insgesamt	-3	-1.770

Die Gesamtsumme der Wertberichtigungen von -3 Mio. € für das Geschäftsjahr 2009 liegt damit deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Real Estate Linked Investments im Corporate Center Das Portfolio an US- und europäischen RMBS- und CMBS Beständen hat zum 31. Dezember 2009 einen Nominalwert von insgesamt 2,9 Mrd. € (Dezember 2008: 3,3 Mrd. €). Der Rückgang ist fast ausschließlich auf Währungsveränderungen und Tilgungen zurückzuführen.

Der intern berechnete Fair Value belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,7 Mrd. € (Dezember 2008: 2,1 Mrd. €). Die Ratingstruktur der verbleibenden Investments hat sich insbesondere bei den EU-CMBS gegenüber Dezember 2008 deutlich von 65 % AAA-Anteil auf nunmehr nur noch 23 % AAA zugunsten AA mit jetzt 32 % und A 24 % verschlechtert (basierend auf Fair Values). Dies spiegelt die sich verschlechternde Qualität der Sicherheitenwerte wider.

Externe Ratingstruktur der Real Estate Linked Investments auf Basis der internen Fair Values

in Mrd. €	31.12.2009			31.12.2008		
	EU-CMBS	US-CMBS	RMBS	EU-CMBS	US-CMBS	RMBS
AAA	0,18	0,25	0,28	0,69	0,42	0,32
AA	0,25	0,01	0,12	0,20	—	0,12
A	0,18	0,02	0,07	0,10	0,01	0,09
BBB	0,10	0,04	0,05	0,06	0,04	0,01
BB und schlechter	0,07	0,03	0,02	0,02	0,01	0,01
Insgesamt	0,78	0,35	0,54	1,07	0,48	0,55

Credit Linked Investments im Corporate Center Alle Credit Linked Investments werden im nachfolgenden Text als „CDO“ bezeichnet.

Von 2,91 Mrd. € Nominalwert CDOs per 31. Dezember 2008 wurden im Verlauf des vierten Quartals 2009 Positionen über 1,3 Mrd. € Nominalwert mit leichtem Buchgewinn verkauft. Weitere Portfolioteile stehen bei entsprechender Gelegenheit ebenfalls zum Verkauf.

Der interne Fair Value der Credit Linked Investments beträgt zum 31. Dezember 2009 0,50 Mrd. € (Dezember 2008:

1,09 Mrd. €) inklusive der ABS Sonstige. Auf Verkäufe entfallen hierbei mit Wertansatz zum 30. September 2009 0,22 Mrd. €. Die verbleibende Veränderung ist auf Tilgungen und Währungsveränderungen zurückzuführen.

Die Ratingstruktur der Fair Values der Investments zeigt den fast vollständigen Verkauf der US-CDOs über alle Ratingklassen. Bei den EU-CDOs hat sich der Anteil im Non-Investment-Grade-Bereich von ca. 4% auf nun ca. 30% deutlich erhöht, was teilweise auf die Verkäufe, aber auch auf die Verschlechterung der Kreditqualität der Sicherheitenwerte zurückzuführen ist.

Externe Ratingstruktur der Credit Linked Investments auf Basis der internen Fair Values

in Mrd. €	31.12.2009			31.12.2008		
	US-CDO	EU-CDO	ABS sonstige	US-CDO	EU-CDO	ABS sonstige
AAA	—	0,13	—	0,08	0,47	—
AA	0,004	0,12	0,10	0,01	0,16	—
A	0,001	—	—	0,10	0,01	—
BBB	0,01	0,03	0,003	0,01	0,04	—
BB und schlechter	—	0,11	0,001	0,05	0,03	—
Insgesamt	0,01	0,39	0,10	0,25	0,71	0,13¹⁾

¹⁾ keine Ratingstruktur verfügbar

Der aktuelle Marktwert der Kategorie „ABS Sonstige“ beläuft sich zum Jahresende 2009 auf 0,10 Mrd. €. 90 % dieser Position bestehen aus einer verbrieften Tranche an einem Asset Financing Trust (Verbriefung von Leasingforderungen mit dem Leasinggut als Sicherheit). Dieses Investment ist durch eine Garantie einer kanadischen Provinz zusätzlich abgesichert.

Zweckgesellschaften in der HRE

Zweckgesellschaften werden in der Regel dazu verwendet, Vermögenswerte (weitgehend) insolvenz sicher von operativen Gesellschaften zu isolieren und im Bedarfsfall eine leichtere Verwertung dieser Vermögensgegenstände, die oftmals als Sicherheiten dienen, zu ermöglichen. Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit setzt die HRE Zweckgesellschaften vor allem für die Risikoreduktion ein.

Zweckgesellschaften, die von der HRE gegründet oder gesponsert wurden oder mit denen eine Vertragsbeziehung besteht, sind unter Umständen zu konsolidieren. In Übereinstimmung mit den IFRS werden Zweckgesellschaften konsolidiert, die durch die HRE zwar nicht formal rechtlich, wohl aber wirtschaftlich beherrscht werden (IAS 27 in Verbindung mit SIC 12). Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der HRE die Mehrheit der Chancen und Risiken der Zweckgesellschaft zuzurechnen sind. Bei Gründung sowie bei einer Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Zweckgesellschaft oder wenn sich die Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und der Zweckgesellschaft wandeln, wird die Konsolidierung nach IFRS untersucht.

Refinanzierung des Konzerns Zweckgesellschaften in diesem Kontext werden genutzt, um die Refinanzierung des Konzerns zu unterstützen und somit das Liquiditätsrisiko zu reduzieren. Die Ausgestaltungsformen sind vielfältig. Neben klassischen Refinanzierungsvehikeln, welche Gelder am Kapitalmarkt einsammeln und an die HRE in Form von Krediten weiterreichen, können über Zweckgesellschaften auch bestimmte Vermögensgegenstände in einer Art und Weise verbrieft werden, dass diese im Wertpapierleihgeschäft eingesetzt werden können.

Ausplatzierung von Kreditrisiken Eine ebenfalls sehr wichtige Absicht beim Einsatz von Zweckgesellschaften besteht in der Ausplatzierung eigener Risiken aus dem Kreditgeschäft. Die Mehrzahl dieser Ausplatzierungen wurde in oder vor 2007 vorgenommen, sodass diese nur nach Basel I anerkannt sind und in der Regel nicht gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) beziehungsweise Basel II anerkannt werden. Dabei werden die Risiken von der HRE in der Regel synthetisch auf die Zweckgesellschaft übertragen, welche diese wiederum an Dritte weiterreicht. Die Weiterleitung dieser Risiken erfolgt normalerweise zweistufig. Für den sogenannten First Loss (vorrangige Risiken – Junior-Tranche mit höchstem Verlustrisiko) und die nachgelagerten Risiken, im weiteren Sinne Second Losses, werden von der Zweckgesellschaft Credit Linked Notes (CLN) emittiert, während für die verbleibenden nachgelagerten Risiken (Senior Tranches) Finanzgarantien oder Credit Default Swaps (CDS) von Dritten erworben werden. Die Erlöse aus den CLN werden in erstklassige Wertpapiere investiert, welche wiederum als Sicherheit für die HRE dienen. Die Zweckgesellschaften werden konsolidiert, wenn die CLN der Zweckgesellschaften nur zu einem geringen Anteil im Markt platziert werden konnten.

Kapitalgarantierte Investments In der Vergangenheit wurden zur Optimierung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen Investitionen in kapitalgarantierte Verbriefungen vorgenommen. Dabei emittierten die Zweckgesellschaften kapitalgarantierte Bonds, welche wiederum vollständig von der HRE erworben wurden. Bei kapitalgarantierten Bonds ist die Rückzahlung des investierten Nominalbetrags zum Fälligkeitstag garantiert. Diese Gesellschaften werden voll konsolidiert.

Sonstiger Einsatz von Zweckgesellschaften Zweckgesellschaften kommen daneben zur gezielten Absicherung von handelsrelevanten Risiken durch Weiterplatzierung an den Kapitalmärkten zum Einsatz. Sie werden in der Regel nicht konsolidiert.

Darüber hinaus hatte die HRE eine Zweckgesellschaft (Morrigan TRR Funding LLC, Wilmington) errichtet, um anderen Kapitalmarktteilnehmern Refinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen einer besicherten Beleihung zur Verfügung zu stellen. Dabei agierte die HRE lediglich als Intermediär, sodass die Gesellschaft gemäß IFRS nicht zu konsolidieren war. Die Morrigan-Struktur wurde im Geschäftsjahr 2009 aufgelöst.

Zweckgesellschaften im Rahmen von Investments in ABS-Strukturen Aufgrund früherer Investments der HRE in ABS-Strukturen besteht bei einigen ausgewählten Investments eine Konsolidierungspflicht der zugehörigen Zweckgesellschaft. Dabei handelt es sich überwiegend um Investments in First-Loss-Tranchen, die vollständig abgeschrieben sind, sodass der HRE hieraus keine Risiken erwachsen. Darüber hinaus besteht ein Investment in eine Zweckgesellschaft, der ein Pool von AAA-gerateten US Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS) zugrunde liegt (siehe Kapitel „Capital Markets & Asset Management“).

Vermögenswerte von konsolidierten Zweckgesellschaften Die nachfolgende Tabelle fasst die gemäß IFRS in den Abschluss der HRE per 31. Dezember 2009 beziehungsweise per 31. Dezember 2008 einbezogenen Zweckgesellschaften zusammen. Die der Konsolidierung zugrunde liegenden Vermögenswerte sind ausschließlich als Loans and Receivables (LaR) klassifiziert.

Konsolidierte Zweckgesellschaften nach Kategorien		
Nominalwert in Mrd. €	31.12.2009	31.12.2008
Refinanzierung des Konzerns	6,18	8,17
Ausplatzierung von Kreditrisiken	0,54	0,61
Kapitalgarantierte Investments	0,63	1,47
Investments in ABS-Strukturen	0,95	3,04
Insgesamt	8,30	13,29

Aus der Konsolidierung der Zweckgesellschaften ergibt sich insbesondere eine Bilanzverlängerung in Höhe von 2,6 Mrd. € (31. Dezember 2008: 3,0 Mrd. €) aus Verbriefungszweckgesellschaften im Rahmen von Investments in ABS-Strukturen, bei denen die HRE unter anderem bereits voll abgeschriebene First-Loss-Tranchen hält. Aus Risikosicht reduziert sich dadurch das risikobehaftete Volumen um 2,2 Mrd. € (31. Dezember 2008: 2,5 Mrd. €) entsprechend.

Die folgende Übersicht enthält das nominale Transaktionsvolumen aus Geschäften mit nicht konsolidierten Zweckgesellschaften. Die Morrigan-Struktur wurde im Geschäftsjahr 2009 aufgelöst. Bei den sonstigen Geschäften handelt es sich im Wesentlichen um cash-collateralised Liquiditätsfazilitäten.

Geschäfte mit nicht-konsolidierten Zweckgesellschaften		
Nominalwert in Mrd. €	31.12.2009	31.12.2008
Morrigan	—	1,01
Sonstige	0,11	0,12
Insgesamt	0,11	1,13

Watchlist- und Problemkredite: 14,6 Mrd. € Exposure/EaD

Frühwarnsystem Das Frühwarnsystem der HRE gewährleistet, dass Kredite beziehungsweise Kreditnehmer, deren Bonität beziehungsweise Sicherheiten sich eventuell verschlechtern könnten, zeitnah identifiziert und eng überwacht beziehungsweise in die Intensivbetreuung (Watchlist) aufgenommen werden.

Im Jahr 2009 wurden die bestehenden Frühwarnkriterien sowie Impairment-Kriterien sukzessive weiterentwickelt. Vor allem wurden diese weiter detailliert und segment-spezifische Kriterien definiert.

Problemkredite werden in die Kategorien „Restructuring Loans“ und „Workout“ unterteilt. Im dritten Quartal 2009 wurden die Abgrenzungskriterien zwischen „Workout“ und „Restructuring Loans“ überarbeitet.

- „Restructuring Loans“ beinhalten Fälle, für die eine Einzelwertberichtigung (jedoch noch keine Zwangsmaßnahme) durchgeführt wurde, sowie Fälle, welche nach Basel II ausgefallen sind (z. B. Zahlungsverzug > 90 Tage).
- „Workout Loans“ beinhalten nunmehr nur noch Darlehen, die bereits der Zwangsvollstreckung unterliegen und für die eine Wertberichtigung durchgeführt wurde. Dies bewirkte ausschließlich im Commercial-Real-Estate-Geschäft eine deutliche Verschiebung der Problemkredite von Workout- zu Restructuring Loans. Zudem werden nun Darlehen in die Watchlist aufgenommen, die einen Zahlungsverzug von 60 Tagen (statt bisher 30 Tagen) aufweisen. Dies bewirkte keine Veränderung der bisher berichteten Zahlen.

Insbesondere bei auftretenden Leistungsstörungen und einem Zahlungsrückstand von mehr als 90 Tagen werden entsprechende Fälle an die Problemkreditbearbeitung übertragen. Die Problemkreditbearbeitung ist auch für die Durchführung eines Impairment-Tests im Einklang mit den diesbezüglichen Bilanzierungsvorschriften des Konzerns verantwortlich. Die Berechnungsmethodik für Finanzinstrumente der Kategorie „Forderungen“ wurde 2009 konzernweit standardisiert.

Die nachfolgende Übersicht beinhaltet Portfolios, die in den Geschäftssegmenten Public Sector & Infrastructure Finance (PS&IF) beziehungsweise Commercial Real Estate (CRE) erfasst werden. Außerhalb dieser beiden Geschäftssegmente besitzt die HRE im Wesentlichen leistungsge- störte strukturierte Wertpapiere im Segment Corporate Center, über die im Kapitel „Strukturierte Wertpapiere im Corporate Center“ berichtet wird.

Entwicklung der Watchlist- und Problemkredite	31.12.2009			31.12.2008				
	PS & IF	CRE	Insgesamt	PS & IF	CRE	CRE (neue Def.)	Insgesamt (neue Def.)	Veränderung
in Mio. €								
Workout Loans	77	918	995	259	3.723	495	754	241
Restructuring Loans	1.327	8.024	9.351	502	495	3.723	4.225	5.126
Problemkredite	1.404	8.942	10.346	761	4.218	4.218	4.979	5.367
Watchlist Loans	772	3.449	4.221	453	785	785	1.238	2.983
Insgesamt	2.176	12.390	14.566	1.214	5.003	5.003	6.217	8.349

Die schwierige Situation an den Immobilienmärkten im gesamten Geschäftsjahr 2009 führte zu einem deutlichen Anstieg der risikobehafteten Kredite und der Risikovor-sorgeaufwendungen. Mieten und Immobilienwerte für Gewerbeimmobilien stehen nach wie vor unter hohem Druck und werden in einzelnen Märkten noch weiter sinken. Gleichzeitig werden sich die Leerstandsquoten noch weiter erhöhen. Diese Entwicklung führt weiter zu einer nachhaltigen Beeinflussung unserer Sicherheiten-position, die sich in weiteren Wert- und Ertragsrückgängen voraussichtlich auch im Jahr 2010 bemerkbar machen wird. Eine Verschlechterung der Marktbedingungen sehen wir insbesondere weiter in den Teilmärkten USA, Spanien, Osteuropa sowie auch teilweise in Deutschland.

Der starke Anstieg der Problem- und Watchlist-Kredite im Geschäftsjahr 2009 im Geschäftssegment Commercial Real Estate um 7,4 Mrd. € auf 12,4 Mrd. € reflektiert diese Marktentwicklungen. Die deutlichsten Zuwächse sind in den USA mit +2,8 Mrd. €, davon allein im dritten Quartal 1,2 Mrd. €, in Deutschland mit +1,7 Mrd. € und in Großbritannien mit +0,8 Mrd. € zu verzeichnen.

Der Anstieg im Geschäftssegment Public Sector & Infrastructure Finance resultiert insbesondere aus den Finanzierungen der Kategorie „Transportation & Asset Finance“. Die Cashflows der finanzierten Objekte, wie beispielsweise Mautstraßen oder Flugzeuge, sind tendenziell anfälliger für eine Verschlechterung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds.

Wertberichtigungen und Rückstellungen

Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen Alle Assets, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet sind, werden regelmäßig überprüft, ob eine Wertminderung vorliegt. Dabei wird zunächst untersucht, ob ein objektiver Hinweis für eine Wertminderung besteht, und anschließend wird die Höhe der Wertminderung als Differenz des Buchwertes zum Barwert der künftig erwarteten Cashflows ermittelt. Objektive Hinweise für eine Wertminderung sind im Detail im Anhang des Konzernabschlusses beschrieben.

Die konkreten Kriterien, die eine Wertberichtigungs-bildung auslösen, die sogenannten „Impairment Trigger“, wurden 2009 überarbeitet und verfeinert.

Zur Bemessung der Höhe der Wertberichtigung werden insbesondere unter Berücksichtigung des konzernweiten Kredit-Exposures die folgenden Faktoren berücksichtigt:

- der Betrag und der Zeitpunkt der erwarteten Zins- und Tilgungszahlung
- der verwertbare Betrag der Sicherheit und die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Verwertung
- die wahrscheinliche Höhe der Kosten zur Eintreibung von Außenständen
- falls vorhanden, der Marktpreis des Vermögenswertes.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen werden unter Verwendung Basel-II-konformer Risikoparameter wie Ausfall-wahrscheinlichkeit (PD) und Verlustquote (LGD) bestimmt. Der sich hieraus ergebende Erwartete Verlust, bezogen auf einen Zeithorizont von einem Jahr, wird mit einem IFRS-konformen Umrechnungsfaktor auf denjenigen Zeitraum skaliert, der im Mittel zur Identifizierung des Wertmin-derungsereignisses benötigt wird.

Die Genehmigung der Einzelwertberichtigungen beziehungsweise -risiken erfolgt im Risk Provisioning Committee, in dem die CRO aller Tochterinstitute vertreten sind.

Sollten aufgrund des Marktumfelds in einzelnen Portfolios der Geschäftssegmente Abweichungen zwischen lang-jährigen Durchschnittswerten für die Parameter PD und LGD einerseits und aktuellen Ausfall- und Verlustquoten andererseits erkannt werden, so werden diese entsprechend berücksichtigt.

Risikovorsorgebestand Eine Übersicht über die Entwicklung der Risikovorsorge und der Rückstellungen findet sich im Anhang (Notes).

Der dort berichtete Anstieg der Einzelwertberichtigungen von 1,6 Mrd. € per 31. Dezember 2008 auf 3,1 Mrd. € zum 31. Dezember 2009 reflektiert die nach wie vor andauernde schwierige Entwicklung auf den Immobilienmärkten wie auch den deutlichen weltweiten Wirtschaftsabschwung.

Die portfoliobasierten Wertberichtigungen betrugen zum 31. Dezember 2009 818 Mio. € (31. Dezember 2008: 629 Mio. €) ohne Modellreserve für CDOs. Der Anstieg war mit rund 100 Mio. € auf die Rekalibrierung der PD- und LGD-Verfahren im dritten Quartal 2009 zurückzuführen, die als Grundlage für die Ermittlung der portfoliobasierten Wertberichtigungen dienen. Des Weiteren hat ein Anstieg der problembehafteten, jedoch noch nicht wertberichtigten Kredite zu dem deutlichen Anstieg der portfoliobasierten Wertberichtigungen geführt. Hinsichtlich des Zeitraums zwischen Eintreten und Identifizieren einer Wertminderung wurden die Schätzparameter an die verbesserten Kreditprozesse angepasst. Weitere Anpassungen erfolgten im Vergleich zum Vorjahr für die Berücksichtigung des Konjunkturzyklus, da dieser sich zunehmend in den historischen Verlustraten niederschlägt. Aufgrund der geänderten Parameter ergibt sich eine um 323 Mio. € niedrigere portfoliobasierte Wertberichtigung.

Abschirmquote der Problemkredite Die Problemkredite im Bereich Commercial Real Estate (CRE) waren per 31. Dezember 2009 zu 34,8 % abgesichert. Die entsprechende Vergleichszahl, ermittelt mit dem im zweiten Quartal überarbeiteten Verfahren (bisher wurde der Wertberichtigungsbestand nach IFRS in Bezug zur Summe aus Kapitalfor-

derung, rückständigen Zinsen und Kosten sowie nicht gezogenen Kreditlinien gesetzt; jetzt wurde die Bezugsgröße auf EaD umgestellt), betrug per Dezember 2008 34,5 % (auf Basis der alten Bewertungsmethode: 33,5 %).

Die Problemkredite im Bereich Public Sector & Infrastructure Finance sind mit Wertberichtigungen zu 20,0 % abgesichert. Die entsprechende Vergleichszahl per 31. Dezember 2008 betrug 35,8 %. Der Rückgang ist auf den hohen Zugang zu Problemkrediten zurückzuführen, für die bisher nur eine vergleichsweise geringe Wertberichtigung gebucht werden musste.

Die strukturierten Produkte im Bankbuch und den konsolidierten Zweckgesellschaften waren, wie im Berichtsteil Corporate Center dargestellt, bezogen auf den gesamten Nominalwert mit 26,7 % abgesichert.

Die Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen enthielten vor allem Rückstellungen für Avalrisiken, Akkreditive und unwiderrufliche Kreditzusagen im Kreditgeschäft. Sie betragen 19 Mio. € per 31. Dezember 2009 und sind gegenüber 11 Mio. € zum 31. Dezember 2008 um 8 Mio. € höher. Der Anstieg entfällt im Wesentlichen auf das Geschäftssegment PS & IF.

Marktrisiko

Definition

Marktrisiko beschreibt die Gefahr eines Wertverlustes aufgrund von Schwankungen der Marktpreise von Finanzinstrumenten. Geschäfte der HRE unterliegen hauptsächlich folgenden Risikoarten:

- Credit-Spread-Risiko
- allgemeines Zinsänderungsrisiko sowie
- Fremdwährungsrisiko

Marktrisikostategie

Die HRE verfolgt folgende grundlegende Prinzipien in Bezug auf Marktrisiken:

- Geschäfte sollen den Kundenbedarf abdecken; Eigengeschäfte sind auf ein Minimum zu begrenzen und müssen abgesichert werden.
- Es dürfen nur Geschäfte in Finanzinstrumenten abgeschlossen werden, die unabhängig über ein Modell bewertet oder für die Marktpreise beobachtet werden können; sie müssen den Neuproduktprozess erfolgreich durchlaufen haben.
- Alle Handels- und Bankbuchpositionen unterliegen der täglichen GuV- und Risikoüberwachung durch Risk Management & Control.

Organisation der Marktrisikosteuerung

Die Überwachung der Handels- und Bankbuchpositionen erfolgt MaRisk-konform durch den vom Handel aufbauorganisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsführung getrennten Bereich Risk Management & Control. Dies gilt sowohl für die einzelnen Tochterunternehmen als auch für die HRE als Ganzes.

Marktrisikoberichte

Risk Management & Control erstellt täglich auf Konzern-ebene ausführliche Marktrisikoberichte für diverse Berichtsempfänger:

- Der tägliche Marktrisikobericht ist an den Risikovorstand und den Vorstand für Treasury und Public Finance adressiert. Er zeigt Marktrisiko-Value-at-Risks (VaR), Limit-Inanspruchnahmen und ökonomische Performancezahlen auf Konzernebene sowie auf verschiedenen Detailebenen.
- Tägliche Sensitivitätsberichte beinhalten Analysen für die Hauptrisikofaktoren auf unterschiedlichen Detailebenen. Sie werden dem Risikovorstand und dem Vorstand Treasury/Public Finance zur Verfügung gestellt.

Marktrisikomessung und -limitierung

Operative Risikomessung und -limitierung Risk Management & Control berechnet täglich den Marktrisiko-VaR auf Gesamt- und Teilportfolioebene anhand eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Dabei werden alle Handels- und Bankbuchpositionen berücksichtigt.

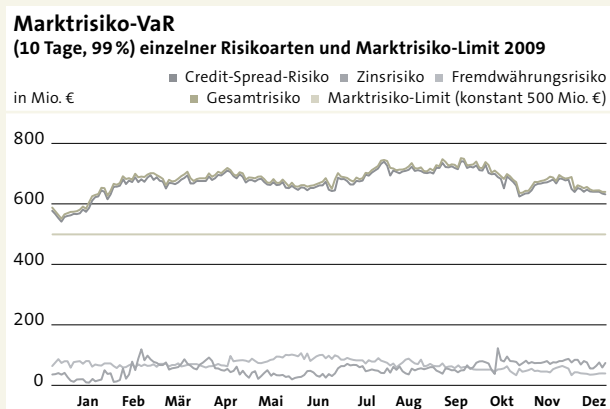
- Die verwendeten Korrelationen und Volatilitäten basieren auf historischen Zeitreihen der jeweils letzten 250 Handelstage, die gleich gewichtet in die Berechnung eingehen.
- Für die tägliche operative Risikosteuerung bezieht sich der VaR auf eine zehntägige Halteperiode und ein einseitiges 99%-Konfidenzintervall.
- Bei der Aggregation der einzelnen Marktrisikokomponenten wie Zins-, FX- und Credit-Spread-VaR zu einem Gesamt-VaR, der die Basis für die Limitüberwachung darstellt, wird Unkorreliertheit der Marktrisikokategorien unterstellt. Diese Annahme wird regelmäßig für signifikante Portfolios der Gruppe explizit überprüft und validiert.
- Der VaR wird sowohl konsolidiert auf Konzernebene wie auch für die einzelnen Tochterbanken, Geschäftssegmente, Abteilungen, Portfolios und Handelstische berechnet.

Der Marktrisiko-VaR (10 Tage Haltedauer; 99 % Konfidenzniveau) liegt zum 31. Dezember 2009 mit 638,2 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2008: 592,4 Mio. €) nach wie vor deutlich über dem im Jahr 2009 gültigen Limit von 500 Mio. €. Die Limitüberschreitung bestand während des gesamten Jahres.

In der HRE wurden die Limite im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse (ICAAP) abgeleitet. Trotz mittlerweile zum Teil erfolgter Rekapitalisierung der HRE reicht die derzeit vorhandene Risikodeckungsmasse nach wie vor aber nicht aus.

Der trotz des Abbaus von Positionen erfolgte Anstieg des VaR in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 ist bedingt durch einen Anstieg der bei der VaR-Rechnung verwendeten historischen Credit-Spread-Volatilitäten. Seit dem vierten Quartal 2009 sinken die historischen Credit-Spread-Volatilitäten wieder.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des Marktrisiko-VaR sowie des VaR für die einzelnen Risikoarten im Vergleich zum Marktrisiko-Limit im Jahresverlauf.



Die Inanspruchnahme der Marktrisiko-VaR-Limite wird darüber hinaus für die einzelnen Tochterbanken sowie für einzelne Segmente überwacht.

Weitere Instrumente, wie Sensitivitätsanalysen sowie Stress- und Backtesting, ergänzen die VaR-Betrachtung.

Sensitivitätsanalysen Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wird quantifiziert, welchen Effekt eine Veränderung einzelner Marktparameter auf den Wert der Positionen der HRE hat. So gibt beispielsweise die Credit-Spread-Sensitivität Aufschluss darüber, welche ökonomische Barwertänderung aus der isolierten Veränderung der für die Bewertung relevanten Credit Spreads um einen Basispunkt resultiert.

Backtesting Durch die tägliche Gegenüberstellung von VaR-Werten und anschließend tatsächlich eingetretenen Barwertänderungen des Portfolios wird die Qualität der eingesetzten Risikomessmethoden laufend überprüft und gegebenenfalls optimiert. Der Konzern hat zur quantitativen Einschätzung des Risikomodells die Ampelsystematik der Baseler Eigenkapitalübereinkunft von 1996 übernommen. Hierbei werden die im Rahmen des Backtestings ermittelten statistischen (negativen) Ausreißer innerhalb eines Zeitraums von 250 Handelstagen gezählt. Insgesamt wurden für die Handelsbücher in den letzten zwölf Monaten vier Ausreißer beobachtet, die meist auf die Marktbewegungen der Credit Spreads zurückzuführen waren. Damit liegt das Risikomodell der HRE im „grünen Bereich“.

Stresstesting Während die VaR-Messung das Marktrisiko unter „normalen“ Marktbedingungen abbildet und nicht als Maß für einen potenziellen Verlust in einem für die Position der Bank besonders nachteiligen Marktumfeld zu verstehen ist, zeigen Stress-Szenarien das Marktrisiko unter extremen Bedingungen. In der HRE werden konzern-einheitliche, hypothetische Stress-Szenarien auf monatlicher Basis für alle wesentlichen Risikotreiber (Credit Spreads, Zinssätze, Fremdwährungskurse) unter Einbeziehung aller Handels- und Bankbücher gerechnet. Zusätzlich werden historische Stress-Szenarien simuliert. Eine Parallelverschiebung der Zinskurve um 200 Basispunkte hätte für alle Handels- und Bankbücher des Konzerns zum Beispiel eine Marktwertänderung von 262,9 Mio. € zur Folge. Der Vergleichswert für das Jahresende 2008 lag bei 318,9 Mio. €. Der Vorstand und die entsprechenden Gremien werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert.

Risikokapitalmessung und -limitierung Für die Berechnung des ökonomischen Kapitals (Risikokapital), das bei der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt wird, wird der VaR sowohl auf einen 1-Jahres-Zeitraum als auch auf ein höheres Konfidenzniveau (von 99 % auf 99,95 %) skaliert.

Das ökonomische Kapital für Marktrisiken beträgt zum 31. Dezember 2009 bei einem einjährigen Betrachtungszeitraum ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten 690 Mio. € (Dezember 2008: 1.146 Mio. €). Dabei ist zu beachten, dass im ökonomischen Kapital die Credit-Spread-Risiken der AfS-Positionen durch ein Kreditportfoliomodell ermittelt und als Adressrisiko ausgewiesen werden.

Marktrisikosteuerung, -management und -überwachung

Der Konzern steuert und überwacht das Marktrisiko anhand eines Drei-Säulen-Ansatzes:

- Management der Positionen im Bereich Treasury/Public Finance
- Risikomessung und Überwachung der Limiteinhaltung durch Risk Management & Control sowie
- Eskalationsprozesse über alle Entscheidungsgremien bis hin zum Vorstand.

Die Überwachung des Marktrisikos erfolgt für alle Handels- und Bankbuchpositionen durch eine Kombination von Value-at-Risk (VaR)-Limiten sowie einer Überwachung der Sensitivitäten und des ökonomischen Kapitals durch den Bereich Risk Management & Control.

Marktrisikoabsicherung und -minderung

Im Rahmen der Neuausrichtung des Konzerns sollen die Marktrisiken der Handelsbücher weiter reduziert werden. Hier stehen vor allem die verbliebenen Credit-Spread-sensitiven Positionen der Arbitrageportfolios im Vordergrund. Wie schnell diese Reduktion vorangetrieben werden kann, ist stark von der weiteren Entwicklung der Kapitalmärkte abhängig.

Ausblick

Durch die geplante Errichtung einer Abwicklungsanstalt, die im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ näher beschrieben wird, zum wertschonenden Abbau von Vermögensgegenständen und bestimmten Risikopositionen werden risiko-relevante Positionen in erheblichem Umfang abgespalten. Für die HRE wird dies in Zukunft zu einem niedrigeren VaR führen.

Nach vollständig erfolgter Rekapitalisierung sollen – basierend auf dem neuen Geschäftsmodell der HRE und der darin verankerten reduzierten Risikobereitschaft – die Limite im ökonomischen Kapital neu festgelegt werden.

Da historische Volatilitäten erst mit Verzögerung auf die am Markt zu beobachtenden Volatilitäten reagieren, ist derzeit – auf Grund bereits gesunkener Marktvolatilitäten – von einem weiteren Sinken der im Rahmen der Credit-Spread-VaR-Messung verwendeten historischen Volatilitäten im ersten Halbjahr 2010 auszugehen. In Verbindung mit der beabsichtigten weiteren Reduktion der risikobehafteten Positionen und der bereits erwähnten Gründung der Abwicklungsanstalt wird dies im Jahr 2010 voraussichtlich zu einem deutlich niedrigeren Marktrisiko-VaR führen.

Entwicklung der relevanten Marktrisikoarten

Allgemeines Zinsänderungsrisiko Das gesamte allgemeine Zinsänderungsrisiko der HRE, das alle Handels- und Bankbücher und damit das gesamte Asset-Liability-Management (ohne Eigenkapitalbücher) umfasst, betrug zum 31. Dezember 2009 40,4 Mio. € (Vergleichswert 31. Dezember 2008: 66,2 Mio. €). Durchschnittlich lag das Zinsänderungsrisiko mit 68,3 Mio. € im Jahr 2009 (maximal 105,9 Mio. €; minimal 35,2 Mio. €) weiterhin auf niedrigem Niveau (durchschnittlicher VaR für das Jahr 2008 bei 23,3 Mio. €; maximal 80,1 Mio. €; minimal 8,1 Mio. €). Nicht-lineare Zinsrisiken liegen nur in unbedeutendem Umfang vor. Der größte Teil des Zinsänderungsrisikos ist in den Bankbuchpositionen enthalten.

Das Zinsrisiko der Handelsbücher hat sich per 31. Dezember 2009 im Vergleich zum Ende des Jahres 2008 von 9,4 Mio. € auf 6,0 Mio. € reduziert.

Credit-Spread-Risiko Das Credit-Spread-Risiko gibt die potenzielle Änderung des Barwertes von Positionen aufgrund von Veränderungen der jeweiligen Credit Spreads wieder. Risikomesssysteme zur Ermittlung von Credit-Spread-Risiken existieren für alle relevanten Positionen der HRE sowohl im Handelsbuch als auch im Bankbuch. Der überwiegende Teil des Credit-Spread-Risikos ist auf deckungsfähige Vermögenswerte für Pfandbriefe, Lettres de Gage und Asset Covered Securities (ACS) zurückzuführen.

Der Limitierung unterliegen nur die Credit-Spread-Risiken der Handelsbücher sowie der AfS- und FVtPL-Bestände, nicht jedoch der LaR-Positionen. Sensitivitäten werden jedoch für alle Bestände, also auch für LaR-Positionen, ermittelt und für die Deutsche Pfandbriefbank AG limitiert. Insgesamt ist es Teil der Konzernstrategie, die Credit-Spread-Sensitivität der Handelsbücher weiter zu reduzieren.

Durch erfolgreiche Maßnahmen zur Risikoreduzierung (im Wesentlichen Abbau von CMBX-Positionen mit einem Nominalwert von 1,5 Mrd. US\$) sank der Credit-Spread-VaR der Handelsbücher gegenüber dem Vorjahresende von 154,9 Mio. € auf 115,6 Mio. €.

Bedingt durch das Geschäftsmodell des Konzerns, stellen die Wertpapierbestände der Deckungsstöcke den weit überwiegenden Teil der gegenüber Credit-Spread-Änderungen sensitiven Positionen der HRE dar. So belief sich die Credit-Spread-Sensitivität des Gesamtportfolios (inklusive der als LaR klassifizierten Wertpapierbestände) gegenüber einer zeitgleichen Erhöhung aller Credit Spreads um

einen Basispunkt Ende Dezember 2009 auf 192,9 Mio. €, wovon lediglich 0,7 Mio. € auf die Handelsbücher entfielen (Vergleichswerte Ende 2008: 194,6 Mio. €, Handelsbücher 2,7 Mio. €).

Fremdwährungsrisiko und sonstige Marktrisiken Das barwertig gerechnete Fremdwährungsrisiko, das alle Handels- und Bankbücher und damit das gesamte Asset-Liability-Management umfasst, betrug zum 31. Dezember 2009 68,5 Mio. €, der vergleichbare Jahresendwert 2008 betrug 103,4 Mio. €. Generelle Strategie des Konzerns ist es, Fremdwährungsrisiken so weit wie möglich abzusichern. Der Rückgang des Fremdwährungsrisikos ist Ergebnis einer erfolgreichen Umsetzung dieser Strategie. Die Absicherung erfolgt anhand der bilanziellen Fremdwährungsposition.

Aktienkurs-, Rohwaren- und Inflationsrisiken liegen für den Konzern nicht vor beziehungsweise sind im Wesentlichen abgesichert. Finanzderivate werden überwiegend zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Liquiditätsrisiko

Definition

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, bestehenden oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nach Umfang und zeitlicher Struktur nicht, nicht vollständig beziehungsweise nicht fristengerecht nachkommen zu können. Dies wäre etwa dann der Fall, wenn – wie im Fall der HRE geschehen – nicht mehr genügend externe Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Da das Fortbestehen der HRE maßgeblich von den Garantien durch den SoFFin abhängt, ist das Liquiditätsrisiko derzeit eines der maßgeblichen Risiken.

Liquiditätsrisikostategie

Die Liquiditätsrisikostategie ist wesentlicher Bestandteil der Risikostrategie der Gruppe und wird in verschiedene Bausteine unterteilt. Dabei wird sichergestellt, dass die Refinanzierung der HRE mittels eines Limitsystems überwacht und gesteuert wird. Die Festlegung der Limite ist Teil des jährlichen Geschäftsplanungsprozesses.

Organisation der Liquiditätsrisikosteuerung

Risk Management & Control identifiziert, misst, berichtet und überwacht das Liquiditätsrisiko auf HRE- und Legal-Entity-Ebene. Die Steuerung des Risikos obliegt der vom Risk Management & Control unabhängigen Einheit Treasury der HRE Gruppe. Die verwendeten Prozesse und Methoden werden regelmäßig vom Risk Committee und vom Asset Liability Committee überprüft.

Liquiditätsrisikobericht

Die HRE hat im Oktober 2008 einen verbesserten konsolidierten Berichts- und Planungsprozess eingeführt und im Jahr 2009 deutlich weiterentwickelt. Die Berichte zur Liquiditätssteuerung werden täglich konzernübergreifend erstellt und an den gesamten Vorstand sowie unter anderem an Bundesbank, Bafin und SoFFin berichtet. Die Berichte beinhalten die tagesaktuelle Liquiditätssituation sowie Projektionen auf Basis vertraglicher Geldflüsse und getroffener Annahmen zu künftigen, die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung beeinflussenden Ereignissen.

Liquiditätsrisikomessung und -limitierung

Zur Steuerung der Liquiditätsrisiken wurde ein System zur Messung und Begrenzung kurzfristiger und mittelfristiger Abweichungen innerhalb der Zahlungsströme installiert. Neben vertraglichen Zahlungsströmen werden auch optionale Zahlungsströme erfasst. Diese Daten werden regelmäßig einem Backtesting unterzogen.

Die Liquiditätsposition, welche sich aus den vertraglichen und optionalen Zahlungsströmen ergibt, wird in unterschiedlichen Szenarien gemessen. Auf täglicher Basis werden dabei verschiedene Liquiditätspositionen berechnet. Die beiden Liquiditätspositionen unterstellen

- konstante Markt- und Refinanzierungsbedingungen (Base-Szenario) und
- Liquiditätsstress (Risk-Stress-Szenario), der ähnlich zur Situation der HRE gegen Ende 2008 ausgestaltet wurde.

Für das kurzfristige Liquiditätsrisiko wurde für die unterschiedlichen Liquiditätsszenarien jeweils ein Limit über einen Zeitraum von einem Monat definiert.

Das Limit-System besteht aus drei Säulen:

- Headroom-Limit für die Liquiditätsreserve der HRE
- Limit auf das Liquiditätsstressprofil für die HRE
- Limit-System für die Tochterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG und DEPPA Bank plc

Im Rahmen des Limit-Systems wurde für den nächsten Monat ein positiver Saldo im Risk-Stress-Szenario in Höhe von mindestens 4,5 Mrd. € für die nächsten fünf Handelstage und ein positiver Saldo größer Null für den Rest des

Monats auf Gruppenebene festgelegt. Im Base-Szenario besteht ein Trigger in Höhe von 13 Mrd. € über einen Monat.

Für 2010 ist ferner geplant, das mittel- und langfristige Liquiditätsrisiko zu limitieren.

Als Ergänzung zum Reporting verwendet die HRE regelmäßig durchgeführte zusätzliche Stresstests und Szenarioanalysen zur Qualitätskontrolle der Messergebnisse und zur Untersuchung des Effekts zusätzlich auftretender Stressereignisse auf die Liquiditätsposition.

Im Rahmen der Szenarioanalysen werden mögliche Auswirkungen makroökonomischer, geldpolitischer und politischer Krisen auf die Liquiditätssituation der HRE simuliert.

Die Szenarien werden an den Vorstand sowie an externe Gremien wie zum Beispiel die Bundesbank und den SoFFin berichtet und gemeinsam analysiert.

Liquiditätsrisikoüberwachung und -management

Die Überwachung der Liquiditätsrisiken wird durch das tägliche Reporting der Liquiditätssituation der HRE und einen definierten Eskalationsprozess sichergestellt. In diesem Rahmen wurde 2009 unter anderem ein Liquiditätsnotfallplan verabschiedet, der den fachlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsengpässen bildet.

Das Liquiditätsrisikomanagement basiert auf verschiedenen, ineinandergreifenden Komponenten, die auf einer vom Vorstand festgelegten „Liquiditätsrisikotoleranz“ aufbauen. Damit wird sichergestellt, dass die einzelnen Unternehmen der HRE über ausreichende Liquiditätsreserven verfügen.

Liquiditätsrisikoabsicherung und -minderung

Die Begrenzung des Liquiditätsrisikos wird über ein Risikotoleranzsystem gesichert. Die Risikotoleranz ist in den Liquiditätsmanagementprozess über Trigger (Limit-System) integriert, um eine Survival Period im Stressfall zu gewährleisten.

Die Grenzen für die Risikotoleranz werden regelmäßig ermittelt und angepasst.

Entwicklung der Risikoposition

Die Entwicklung der Liquiditätssituation im vierten Quartal zeigte eine leicht positive Tendenz. Ursache war in erster Linie die Zuführung von Eigenkapital seitens des SoFFin in Höhe 3 Mrd. €.

Gleichzeitig erfolgt eine zunehmende Belastung durch erhöhte Anforderungen an die Überdeckung in den Deckungsstöcken seitens der Ratingagenturen.

Die externe Liquiditätsunterstützung wurde zum 23. Dezember 2009 beziehungsweise zum 31. Dezember 2009 umstrukturiert. Die über BLUE erteilten Liquiditätshilfen/-zusagen von zuletzt 43 Mrd. € wurden durch mit SoFFin-Garantien besicherte Wertpapiere in gleicher Höhe abgelöst. Hiervon werden 23 Mrd. € über ein Bankenkonsortium und 20 Mrd. € über den Kapitalmarkt/Zentralbanken refinanziert.

Per 31. Dezember 2009 bestanden SoFFin-Garantien in Höhe von 95 Mrd. €. Davon waren Liquiditätslinien (nach Abzug von Haircuts) von rund 14 Mrd. € ungenutzt.

Trotz der Rückkehr an die öffentlichen Finanzierungsmärkte wird die HRE weiterhin in hohem Maße auf externe Unterstützungsmaßnahmen angewiesen sein. Der Liquiditätsbedarf des Konzerns ist weiterhin von Marktschwankungen abhängig. Hier sind insbesondere Zins-, Währungs- und Credit-Spread-Schwankungen zu nennen. Die aktuellen Unterstützungsmaßnahmen sind ausführlich im Kapitel „Wesentliche Ereignisse“ im vorliegenden Lagebericht beschrieben. Die Unterstützungsmaßnahmen laufen am 30. Juni 2010 beziehungsweise am 22. Dezember 2010 aus. Auch wenn sich die Deutsche Pfandbriefbank AG weiter an den Kapitalmärkten etablieren kann und sich die Kapitalmärkte im Laufe des Jahres 2010 weiter erholen, wird die HRE auf eine Verlängerung der Unterstützungsmaßnahmen angewiesen sein.

Durch die im erwähnten Kapitel beschriebenen Unterstützungsmaßnahmen betrug die Liquiditätskennziffer zum 31. Dezember 2009 gemäß Liquiditätsverordnung in der Deutschen Pfandbriefbank AG 2,12; sie lag damit über der gesetzlichen Mindestgrenze von 1,0. Auch die Liquiditätsvorgaben der irischen Aufsicht für die DEPFA Bank plc wurden eingehalten. So betrug die Liquiditätskennziffer für das 0-bis-8-Tage-Band 1,25 (regulatorisch gefordertes Minimum liegt hier bei 1,0) und die Kennziffer für das Band von acht Tagen bis zu einem Monat 1,16 (regulatorisch gefordertes Minimum liegt hier bei 0,9).

Restlaufzeitengliederung der HRE Bilanz nach IFRS

in Mrd. €

Bis 3 Monate
3 Monate bis 1 Jahr
1 Jahr bis 5 Jahre
Über 5 Jahre
Sonstige Aktiva ¹⁾ /Passiva ²⁾
Summe

31.12.2009		31.12.2008	
Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
27	118	30	166
18	69	19	37
79	56	87	83
208	67	246	80
28	50	38	54
360	360	420	420

¹⁾ Handelsaktiva, latente Steuerforderungen, Wertberichtigungen, sonstige Aktiva

²⁾ Eigenkapital, Handelsverbindlichkeiten, Rückstellungen, latente Steuerverbindlichkeiten, sonstige Passiva

Für die Refinanzierung stehen der HRE als Hauptfinanzierungsinstrumente gedeckte und ungedeckte Emissionen zur Verfügung. Pfandbriefe und andere Covered Bonds sind ein zentraler Bestandteil der Refinanzierungsquellen. Aufgrund ihrer hohen Qualität und des stabilen Fälligkeitsprofils sind die bestehenden gedeckten Schuldverschreibungen vergleichsweise weniger von Marktverwerfungen betroffen. Dies gilt vor allem für die deutschen Pfandbriefe, auf die sich die Deutsche Pfandbriefbank AG für die Refinanzierung des Neugeschäfts und des Restportfolios nach Ausgliederung stützen wird. Unterstützt wurde das positive Marktumfeld im vierten Quartal 2009 durch das Covered-Bond-Kaufprogramm der EZB. Die Deutsche Pfandbriefbank konnte im dritten und vierten Quartal 2009 zwei Jumbopfandbriefe über 1 Mrd. € beziehungsweise 1,5 Mrd. € am Markt platzieren. Ergänzt wurden diese sogenannten Benchmarktransaktionen durch Privatplatzierungen. Die Neuausrichtung des Geschäftsmodells der Deutschen Pfandbriefbank AG auf deckungsstockfähiges Neugeschäft trägt dieser Entwicklung Rechnung. Jedoch sind die Aufschläge, die die Deutsche Pfandbriefbank AG im Vergleich zu anderen Emittenten bezahlen muss, relativ hoch. Wenn hier im Zeitablauf kein Angleich stattfindet, kann dies Auswirkungen auf die Profitabilität des Neugeschäfts haben.

Die Deutsche Pfandbriefbank AG und die DEPFA Bank plc konnten sich auch im Bereich der besicherten Repogeschäfte am Markt neu etablieren und somit einen Teil des Wertpapierportfolios zu marktüblichen Konditionen refinanzieren.

Auch im Bereich der unbesicherten Refinanzierung konnte über Geldmarktgeschäfte und längerfristige Emissionen zur Refinanzierung des Konzerns beigetragen werden. Die Volumina sind jedoch nicht in der Lage, die externe Liquiditätsunterstützung maßgeblich zu reduzieren.

Darüber hinaus konnten Refinanzierungsmittel über rund 30,6 Mrd. € mittels eigener Wertpapiere am Repomarkt beschafft werden. Die Laufzeiten betragen rund drei Monate.

Ausblick

Die Höhe des Liquiditätsbedarfs bis Ende 2010 ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Die meisten kurzfristigen Refinanzierungsinstrumente aus der Zeit vor der Krise sind inzwischen ausgelaufen und durch die Liquiditätsunterstützung des SoFFin und des Bankenkonsortiums abgelöst worden. Um die erwartete zukünftige Entwicklung darzustellen, sind für eine Reihe von volatilen Einflussfaktoren Szenarien zu definieren:

- die zukünftige Entwicklung der Abschlüsse bei den Repo-Refinanzierungen am Markt und bei den Zentralbanken
- eventuell zusätzliche Sicherheitenanforderungen aufgrund von sich ändernden Marktparametern (wie Zinssätze und Fremdwährungskurse)
- die Entwicklung der Besicherungsanforderungen für Absicherungsgeschäfte
- veränderte Anforderungen der Ratingagenturen hinsichtlich der erforderlichen Überdeckung in den Deckungsstöcken

Für die Sicherstellung des Liquiditätsbedarfs ist der uneingeschränkte Zugang zu den Zentralbanken notwendig. Eine Änderung der Offenmarktgeschäftsmöglichkeiten kann große Auswirkungen auf die Liquiditäts- und Ertragslage haben. Auch ist die Fortführung der vom SoFFin zur Verfügung gestellten Fazilitäten über derzeit 95 Mrd. € unabdingbar für die Refinanzierung des Konzerns im Jahr 2010 und in den Folgejahren. Die HRE wird weiterhin auf die externe Liquiditätsunterstützung angewiesen sein.

Laufzeit der gedeckten Refinanzierung über die EZB

in Mrd. € (Stand 31. Dezember 2009)

	Externe Liquiditätsunterstützung	Eigene Sicherheiten
bis 1 Monat	37,5	7,8
bis 3 Monate	13,6	5,3
bis 6 Monate	1,6	0,9
bis 12 Monate	23,0	19,9
Insgesamt	75,7	33,9

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind mit den meisten Geschäftsaktivitäten der HRE verbunden und erstrecken sich auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Risiken, die gerade in Zeiten intern und/oder extern verursachter Belastungssituationen, wie sie die gesamte Finanzbranche und insbesondere die HRE im Berichtsjahr erfahren hat, besonders intensiv überwacht werden müssen.

Definition

Die HRE definiert das operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, verursacht durch unzureichende oder fehlende Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Die Definition beinhaltet rechtliche Risiken, schließt jedoch strategische und Reputationsrisiken aus.

Strategie für operationelle Risiken

Die obersten Ziele der HRE sind die Früherkennung, die Erfassung, die Bewertung sowie die Überwachung, Verhinderung beziehungsweise Begrenzung von operationellen Risiken sowie ein frühzeitiger und aussagekräftiger Bericht an das Management. Die HRE versucht, Verluste aus operationellen Risiken zu minimieren. Die Bereitstellung von ausreichenden Informationen ist dabei die Basis für gezielte Entscheidungen zur Risikobegrenzung.

Organisation der Steuerung von operationellen Risiken

Im Bereich Risk Management & Control ist die Abteilung Operational Risk & MaRisk für gruppenweit einheitliche Prozesse, Instrumente und Methoden zur Erfassung, Bewertung, Überwachung und Berichterstattung operationeller Risiken in der HRE zuständig. Der Fokus liegt dabei auf der Früherkennung, Minderung und dem Management der Risiken.

Risikoberichte, Überwachung und Management von operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden durch ein Netzwerk, bestehend aus Kontrollen, Verfahren, Berichten und Verantwortlichkeiten, überwacht. Innerhalb des Konzerns übernimmt jeder einzelne Fachbereich die Verantwortung für die eigenen operationellen Risiken und stellt entsprechende Ressourcen und Prozesse zu deren Begrenzung zur Verfügung.

Die HRE setzt folgende, konzernweit eingeführte Prozesse und Methoden für das Management, die Bewertung, Überwachung und Berichterstattung der operationellen Risiken ein:

- regelmäßige Auswertung von risikorelevanten Kennzahlen (Key Risk Indicators, KRI), die geeignet sind, frühzeitig Kontrolldefizite und ungünstige Entwicklungen aufzuzeigen
- Durchführung von Risk Self Assessments zur Bewertung möglicher Auswirkungen von potenziellen Risikoquellen in Prozessen sowie der vorhandenen Kontrollen zur Begrenzung des Risikos
- Verlustdatensammlung aus operationellen Risiken zur Identifizierung von Prozess-, Kontroll- beziehungsweise Systemschwächen, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikoreduzierung ergreifen zu können
- Koordination des Neuprodukt-Prozesses der HRE zur Bewertung und Überwachung von Risiken, die mit neuen Produkten oder Geschäftsaktivitäten verbunden sein können
- fokussierte Analyse vordefinierter Hauptrisikobereiche in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen zur Bereitstellung von geeigneten Maßnahmen zur Risikoabsicherung

Die gesammelten Informationen werden verwendet, um das operationelle Risikoprofil der Gruppe und die daraus abzuleitenden Maßnahmen zu bestimmen.

Die Abteilung Operational Risk & MaRisk wertet die gesammelten Daten aus, empfiehlt Maßnahmen und zeigt in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Möglichkeiten zur Verhinderung und zum Management operationeller Risiken auf. Für die Überwachung und das Management von operationellen Risiken ist der jeweilige Leiter des Fachbereichs verantwortlich.

Um die Fachbereiche speziell in kritischen Prozessen oder Verfahren zu unterstützen, führt Operational Risk & MaRisk im Auftrag des Vorstands Einzelanalysen durch und erarbeitet einen speziellen Maßnahmenkatalog.

Ferner ist die Einheit mit der Koordination zur Gewährleistung der Erfüllung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in der HRE betraut.

Risikoberichte

Regelmäßige Berichte werden für den Chief Risk Officer (CRO) und das Risk Committee erstellt. Der quartalsweise Bericht für den Vorstand, in dem die operationellen Schadens- und Verlustfälle dargestellt werden, dient zur Beurteilung und Bewertung des operationellen Risikoprofils der Gruppe. Zudem weist ein vierteljährlicher Key-Risk-Indicator-Bericht den Vorstand auf potenzielle Risikoquellen hin. Die Ergebnisse des regelmäßigen Risk Self Assessments in den Fachbereichen werden nach Abschluss des Assessment-Prozesses ebenfalls dem Vorstand berichtet. Nach Beendigung einer in Auftrag gegebenen speziellen Risikoanalyse erhält der zuständige Vorstand einen Abschlussbericht.

Risikomessung

Zur Bestimmung der Mindestkapitalanforderung gemäß Basel II beziehungsweise gemäß EU-Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD) verwendet die Gruppe den Standardansatz. Für die Allokation des ökonomischen Kapitals wird ebenfalls der Standardansatz angewendet.

Die Eigenkapitalunterlegung für operationelle Risiken entsprechend dem Standardansatz nach Basel II beträgt 104 Mio. € zum 31. Dezember 2009 (212 Mio. € zum 31. Dezember 2008).

Wesentliche operationelle Risiken der HRE

Die wichtigsten operationellen Risiken resultieren im Wesentlichen aus der andauernden Restrukturierung der Gruppe.

Wesentliche operationelle Risiken erwachsen aus der hohen Anzahl von manuellen Geschäftserfassungen sowie der hohen Anzahl von unterschiedlichen Abwicklungs- und Überwachungssystemen in der Gruppe. Die Systeme werden derzeit konsolidiert. Bis zum Abschluss der Konsolidierung besteht eine erhöhte Fehleranfälligkeit in Bezug auf die manuellen Prozesse und Kontrollen, die zur Sicherung der Datenkonsistenz erfolgen.

Des Weiteren besteht eine hohe Abhängigkeit von Know-how, um einerseits Restrukturierungsprozesse zu implementieren und andererseits das Tagesgeschäft zu betreiben. Damit stellt der Verlust von Know-how in der aktuellen Situation der Gruppe ein erhöhtes Risiko dar. Die inzwischen in der Gruppe umgesetzten signifikanten Veränderungen erfordern ebenfalls erfahrenes Personal, um einen stabilen Kontrollprozess zu etablieren und sicherzustellen.

Im Geschäftsjahr 2009 ergaben sich für die HRE Verluste von gesamt 8,3 Mio. € aus operationellen Risiken. Die Verluste resultierten hauptsächlich aus einer fehlerhaften Verbuchung von zwei Derivatepositionen, die aggregiert zu einem Verlust von 7,9 Mio. € führten.

Prozess- und Kontrollverbesserungen wurden implementiert, um die zugrunde liegenden Ursachen der aufgetretenen Verlustfälle zu beheben.

Die HRE ist an einer Reihe gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren beteiligt, aus denen sich für die Gruppe insbesondere im Zusammenhang mit den Verfahren, die im Anhang (Notes) des Konzernabschlusses beschrieben sind, Rechtsrisiken ergeben.

Ergebnis der Risikotragfähigkeitsanalyse

Ökonomisches Kapital nach Risikoarten

ohne Diversifikationseffekte

in Mio. €

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung in %
Kreditrisiko (Ausfall- und Migrationsrisiko sowie Credit-Spread-Risiko in Available for Sale)	7.925	5.905	34
Marktrisiko (Credit-Spread-Risiko im Handelsbuch und Fair Value through P&L)	455	454	—
Marktrisiko (Zins- und Währungsrisiko)	236	692	–66
Operationelles Risiko	370	438	–16
Geschäftsrisiko	333	388	–14
Risiko des bankeigenen Immobilienbestandes	80	76	5
Risiko des Beteiligungsbestandes	2	40 ¹⁾	–95
Summe vor Diversifikationseffekt	9.401	7.993	18
Summe nach Diversifikationseffekten	8.806	7.248	21
Risikodeckungsmasse	5.651	3.530	60
Über-/Unterdeckung	–3.155	–3.718	–15

¹⁾ Der im vierten Quartal 2008 berichtete Wert von 99 Mio. € beinhaltete Unternehmen, die konsolidiert werden.

Ohne die Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten beläuft sich das ökonomische Kapital der HRE auf rund 9,4 Mrd. € (Dezember 2008: 8,0 Mrd. €). Mit deren Berücksichtigung sinkt es auf rund 8,8 Mrd. € (Dezember 2008: 7,2 Mrd. €). Die Zunahme des ökonomischen Kapitals ist hauptsächlich eine Folge des gestiegenen Kreditrisikos, das im Wesentlichen auf eine Verschlechterung der Bonität des CRE-Portfolios sowie einer Modellierung deutlich größerer Credit-Spread-Szenarien im Public Sector Business zurückzuführen ist. Dieser Anstieg konnte nicht durch eine Reduzierung des Engagements, vor allem im nicht-strategischen Geschäft mit dem öffentlichen Sektor, der Infrastrukturfinanzierung und dem Bereich CM&AM, abgefedert werden. Deutlich rückläufig hingegen ist das ökonomische Kapital für Marktrisiken infolge deutlich gesunkener Zins- und Fremdwährungspositionen.

Die im Jahr 2009 in zwei Tranchen erhaltene Kapitalaufstockung von insgesamt 6 Mrd. € wurde durch reduzierte Nachrangmittel, die Auswirkungen des negativen Jahresergebnisses 2009 und der latenten Steueraufwendungen sowie durch erhöhte Jahresplanwerte für Risikovorsorge

und negative Provisionserlöse teilweise kompensiert. Dadurch zeigt sich in der Risikodeckungsmasse gegenüber dem Vorjahr nur ein Anstieg von 2,1 Mrd. €.

Laut dem aufsichtsrechtlich geforderten ICAAP-Modell, nach dem sich die ökonomische Risikotragfähigkeit der Gesellschaft bestimmt, ergibt sich zum 31. Dezember 2009 für einen einjährigen Betrachtungszeitraum eine ökonomische Kapitallücke von rund 3,2 Mrd. €. Zusätzlich ist eine Risikoreserve nötig und marktüblich, um zukünftiges, langfristig erforderliches Wachstum zu unterstützen und eine erforderliche Kapitalisierung für Stresstestsituationen sowie nicht quantifizierbare Risikoarten zu gewährleisten. Im Zusammenhang mit unserer etablierten Richtlinie zu diesem Thema gehen wir von einer Risikoreserve von 20% auf das Risikokapital aus.

Methodik der einzelnen Risikoarten

Das ökonomische Kapital jeder Risikoart wird über einen quantitativen Ansatz ermittelt und unter Berücksichtigung von spezifischen Korrelationen zum Gesamtbankrisiko aggregiert. Gemäß gängigem Marktstandard werden die Risikoarten auf einen Zeitraum von einem Jahr und ein aus dem Zielrating abgeleitetes Risikoniveau (hier 99,95 %) skaliert.

Die Berechnung und Allokation des ökonomischen Kapitals unterliegt verschiedenen Annahmen und Erwartungen. Die Methodik im Kreditportfoliomodell ist im Berichtszeitraum weiterentwickelt worden, um die ökonomische Kapitalermittlung konsistent zur aktuellen Geschäftsstrategie, Eigentümerstruktur und dem veränderten Funding-Profil zu halten. Diese Anpassung ist ein erster Umsetzungsschritt in Richtung der zuvor erwähnten Überarbeitung des Modells. Weitere Details sind dem Abschnitt zum Kreditportfoliomodell im Kapitel „Adressrisiko“ zu entnehmen.

Die Definition und Berechnungsmethodik des ökonomischen Kapitals der Risikoarten Kredit-, Markt- und operationelles Risiko wurde in den jeweils vorangegangenen Kapiteln dargestellt.

Geschäftsrisiko Das ökonomische Kapital wird auf Basis der Skalierung der operativen Kosten pro Geschäftssegment individuell skaliert. Die operativen Kosten dienen dabei als Näherungswert für die Fixkosten, die im Falle eines Ertragseinbruchs abgedeckt werden müssten. In ähnlicher Art wie für das operationelle Risiko werden als Berechnungsgrundlage implizite Kosten aus dem Cost-Income-Verhältnis von 35 % verwendet. Für die Skalierungsfaktoren kommt der konservativste Wert aus diversen extern ermittelten, vergleichbaren Geschäftssegmenten zum Einsatz.

Geschäftsrisiko umfasst mehrere zugrunde liegende Risikokategorien, die hauptsächlich aus strategischem Risiko und dem Risiko von Kosten-/Ertragsschwankungen bestehen und deshalb in gewissem Maße auch Liquiditätsrisiko beinhalten.

Beteiligungs- sowie bankeigener Immobilienbestand Der Anteil am ökonomischen Kapital der Gruppe beträgt zusammen ca. 1 %.

Beide Risikoarten werden über die Volatilität des MSCI Immobilienindex über eine 15-jährige Historie abgeleitet. Der bankeigene Immobilienbestand ist auf Vorjahresniveau. Das Beteiligungsportfolio hat sich im Jahr 2009 durch Verkäufe fast auf null reduziert.

Liquiditätsrisiko Auch in der aktuellen Situation der Gruppe ist der Ansatz von spezifischem Kapital als Puffer in Zeiten substanzieller Liquiditätskrisen nicht unproblematisch. Kapitalquellen wie Eigen- und Nachrangkapital können aufgrund systematischer oder spezifischer Ursachen illiquide werden. Kapital kann nicht die Funktion von Kreditlinien oder qualitativ hochwertigen Vermögenswerten ersetzen. Die Unterscheidung zwischen Kapital und Liquidität in Zeiten einer Liquiditätskrise zeigt, dass Liquiditätsrisiken gesteuert werden müssen, nicht jedoch über die Bereitstellung ökonomischen Kapitals. Der Sinn der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist es, sicherzustellen, dass Fremdkapitalgeber im Falle eines Ausfalls ihre Forderung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zurückerhalten.

Liquiditätsrisiken werden jedoch durch zusätzliche aussagekräftige Stresstests, die 2009 in der HRE eingeführt wurden, berücksichtigt.

Stresstests

Modelle stützen sich auf Annahmen und die eingegebenen Daten. Stresstests in Bezug auf das ökonomische Kapital werden eingesetzt, um ein besseres Verständnis der Sensitivität der Ergebnisse gegenüber diesen Faktoren zu entwickeln. Die HRE führt Stresstests als Instrument für ein angemessenes regulatorisches und ökonomisches Kapitalmanagement für elf Kategorien durch, jeweils bezogen auf eine isolierte Risikoart:

- Herabstufung der größten Kontrahenten
- Stresstests des Immobilienkredit-Portfolios
- Stresstests der Kreditwürdigkeit aller Kontrahenten
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko
- Beteiligungsrisiken
- Risiken des bankeigenen Immobilienbestandes
- Stresstests der Refinanzierung und Liquidität
- Zinsänderungen
- Fremdwährungsänderungen
- Credit-Spread-Ausweitungen

Darüber hinaus wurden infolge der Finanzmarktkrise im dritten Quartal 2009 integrierte, das heißt risikoartenübergreifende Stresstest-Szenarien auf Basis historischer Ereignisse eingeführt. Hierbei werden Szenarien untersucht, die sich während der jüngsten Finanzmarktkrise tatsächlich so ereignet haben beziehungsweise realistisch erscheinen.

Die beiden untersuchten Szenarien sind:

Erstes Stress-Szenario

- CRE-Exposure wird um zwei Stufen schlechter geratet, CRE-LGDs steigen an, abhängig von der Region um durchschnittlich 6,7 %.
- Das Nicht-CRE-Exposure wird eine bis zwei Stufen schlechter geratet, Nicht-CRE-LGDs bleiben unverändert.
- Credit Spreads steigen in dem Maße an, dass das aktuelle Gesamtportfolio den maximalen 1-Jahres-Verlust erleiden würde, auf Basis beobachteter historischer Spread-Veränderungen der letzten 10 Jahre.

- US-Dollar, britisches Pfund und japanischer Yen steigen gegenüber dem Euro um 15 %, andere Währungen bleiben unverändert.
- Zinsen steigen in dem Maße an, dass das Gesamtportfolio den maximalen 1-Jahres-Verlust erleiden würde, auf Basis der Zinsveränderungen der letzten 10 Jahre.
- Volatilitäten steigen um den Faktor 1,55 an.
- 50 % Verlust auf alle Beteiligungen, das Immobilienportfolio und den nicht garantierten Teil des CDO-Portfolios der Gruppe.

Dieses Szenario hätte per Jahresende einen Anstieg des ökonomischen Kapitals um 1.112 Mio. € zur Folge.

Zweites extremes Stress-Szenario

- CRE-Exposure wird um drei Stufen schlechter geratet, CRE-LGDs steigen an, abhängig von der Region um durchschnittlich 9,1 %.
- Das Nicht-CRE-Exposure wird eine bis drei Stufen schlechter geratet, Nicht-CRE-LGDs bleiben unverändert.
- Credit Spreads steigen pro Ratingklasse um den historisch maximalen Spread-Anstieg innerhalb eines Jahres auf Basis der beobachteten letzten 10 Jahre. Somit wird in jeder einzelnen Ratingklasse der historische Maximalverlust modelliert.
- Alle Währungen steigen gegenüber dem Euro um 30 %.
- Zinsen ändern sich entsprechend der historisch maximalen Bewegung innerhalb eines Jahres auf Basis der letzten 10 Jahre.
- Credit-Spread-Volatilitäten steigen um den historisch maximal beobachteten Faktor 3,94 an, Zins- und Fremdwährungsvolatilitäten um 2,35.
- 100 % Verlust auf alle Beteiligungen, das Immobilienportfolio und den nicht garantierten Teil des CDO-Portfolios der Gruppe.

Dieses Szenario hätte per Jahresende einen Anstieg des ökonomischen Kapitals um 3.180 Mio. € zur Folge.

Ausblick

Die Situation an den Finanzmärkten hat sich im zweiten Halbjahr 2009 weiter stabilisiert. Die negativen Auswirkungen der durch die Finanzmarktkrise ausgelösten Rezession auf die Immobilienmärkte werden jedoch weiterhin spürbar bleiben. Die mittlerweile deutlich verbesserte Datenqualität sowie die Fortschritte bei den Risikomess- und -steuerungsinstrumenten unterstützen den Konzern bei der

rechtzeitigen Identifizierung und dem Management dieser Risiken. Durch die geplante Ausgliederung von Vermögenswerten in eine Abwicklungsanstalt und mögliche weitere Kapitalmaßnahmen wird – die Zustimmung der erforderlichen Gremien, der EU-Kommission und der FMSA unterstellt – voraussichtlich die Risikotragfähigkeit der Gruppe 2010 wiederhergestellt werden.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Für das Jahr 2010 wird allgemein eine verhaltene wirtschaftliche Erholung erwartet, das heißt, es wird voraussichtlich eine Rückkehr zu positiven Wachstumsraten erfolgen. Diese positive Erwartung ist jedoch in zweifacher Hinsicht zu relativieren: Zum einen wird insbesondere für Europa das Wachstum auch 2010 deutlich unterhalb der Raten vor der Krise gesehen. Zum anderen wird in vielen Ländern bei Weitem noch nicht wieder das Niveau der Wirtschaftsleistung von vor der Krise erreicht werden.

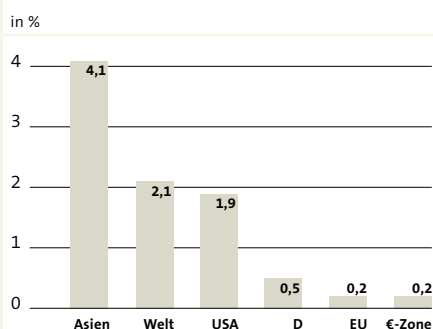
Allerdings sind derzeit die Bandbreiten der Erwartungen für 2010 noch relativ groß. Während die in der unten stehenden Grafik verwendeten international vergleichbaren Prognosen Deutschland nur bei einem Wachstum von 0,5 % sehen, liegen die aktuellen Prognosen anderer Institute für 2010 bei etwa 1,5 %, teilweise sogar leicht darüber. Diese Prognoseunsicherheit ist nicht zuletzt Ausdruck unterschiedlicher Szenarien, wie die Wirtschaft auf die umfangreichen staatlichen Konjunkturstützungsmaßnahmen reagieren wird. Dennoch geht die Mehrheit der Prognosen für die USA und den asiatischen Raum von einer deutlichen Erholung aus, während die Eurozone voraussichtlich nur sehr verhalten wachsen wird.

Ein gewisses Gefahrenpotenzial für den Aufschwung geht von der nach wie vor nicht eindeutig abschätzbaren Risikosituation des Finanzsektors aus. Zwar haben viele Banken in den USA die gewährten Staatshilfen inzwischen zurück-

bezahlt, allerdings befinden sich in den Bilanzen nach wie vor besonders risikobehaftete Positionen wie Kreditrisiken und risikobehaftete Wertpapiere. Darüber hinaus könnte eine noch bevorstehende Konkurswelle gerade auch in einigen besonders stark von der Krise betroffenen Volkswirtschaften Osteuropas zu Wertberichtigungsbedarf führen. Vor diesem Hintergrund sind Banken bei der Ausreichung neuer Kredite deutlich vorsichtiger geworden. Allerdings kann eine zu vorsichtige Vergabepolitik auch gegenüber an sich gesunden Firmen den Aufschwung ausbremsen.

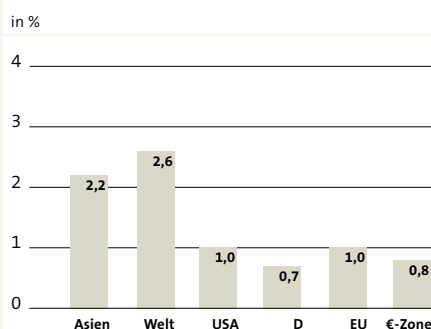
Die Inflationsraten werden für 2010 weiterhin sehr verhalten sein. Während in den USA die Preise voraussichtlich um 1 % steigen werden, wird die Inflation im Euroraum insgesamt und auch in Deutschland noch etwas unterhalb dieser Marke gesehen. Der Grund dafür liegt in der nach wie vor deutlichen Unterauslastung der Produktionskapazitäten. In einem solchen konjunkturellen Umfeld sind Preiserhöhungen nicht zu erwarten, auch wenn einige Kommentatoren auf einen möglichen Inflationsdruck im Gefolge der großzügigen Geldpolitik des Jahres 2009 hinweisen. Bei diesen Befürchtungen ist allerdings zu berücksichtigen, dass zwar im Zuge der quantitativen Lockerung die Liquidität im Bankensystem dramatisch anstieg, nicht aber die für den Inflationsdruck entscheidende Geldmenge im privaten Sektor außerhalb des Bankensystems. Eine baldige Rückführung der Maßnahmen

Reales BIP-Wachstum, Prognose 2010



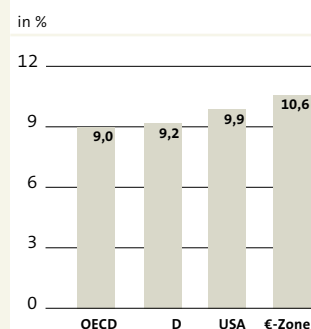
Quelle: EIU, Abfrage über Datastream am 15.12.2009

Konsumentenpreis-inflation, Prognose 2010



Quelle: EIU, Abfrage über Datastream am 15.12.2009

Arbeitslosenquoten, Prognose 2010



Quelle: OECD, Economic Outlook No. 86, 11/2009

der quantitativen Lockerung erscheint wahrscheinlich, während eine Anhebung der Leitzinsen noch nicht konkret absehbar ist.

Die aktuelle Krise führte auch in Ländern der Eurozone zu teilweise besorgniserregenden Verfassungen der öffentlichen Haushalte. Vor allem in Griechenland, Portugal, Irland und Spanien sind die Grenzen des fiskalisch Möglichen 2009 sicherlich erreicht, wenn nicht teilweise überschritten worden, sodass von dieser Seite für 2010 keine weiteren Impulse zu erwarten sind. Die von den Finanzmärkten in diesen Ländern inzwischen verlangte Risikoprämie engt die fiskalischen Spielräume zusätzlich ein.

Aufgrund der eher milden Aufwärtsbewegung der realen Wirtschaftsaktivität wird für alle wichtigen Volkswirtschaften im Jahr 2010 ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote erwartet. Gerade für die europäischen Volkswirtschaften gilt, dass die Arbeitslosenquote typischerweise mit einer Verzögerung von gut einem Jahr der realwirtschaftlichen Entwicklung folgt. Speziell in Deutschland wird mit dem Auslaufen der Kurzarbeit im produzierenden Gewerbe mit einer Entlassungswelle zu rechnen sein. Die OECD geht für Deutschland von einem Anstieg der Arbeitslosenquote um gut 1,5 Prozentpunkte auf 9,2 % aus, während in den USA ein geringfügiger Anstieg auf 9,9 % erwartet wird.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Gesamtsituation der Bankenbranche

Die Bankenbranche steht auch im Jahr 2010 vor großen Herausforderungen. Gründe hierfür sind die anhaltend fragile Verfassung der Immobilienmärkte, die nur verhalten wachsende Konjunktur, die ansteigende Zahl von Insolvenzen, zunehmende Arbeitslosigkeit sowie die hohe Volatilität der Kapitalmärkte. Hinzu kommen die kritische Staatsverschuldung von Ländern wie beispielsweise Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien. Weiterhin ist damit zu rechnen, dass auch im Jahr 2010 Banken weitere Wertberichtigungen vornehmen müssen und die Übertragung von risikobehafteten Vermögenswerten in Restrukturierungseinheiten vorantreiben. Verschärfte Bilanzierungsregeln sowie Sondersteuern dürften zudem die Eigenkapitalrenditen der Banken im Jahr 2010 belasten. Neue Anforderungen ergeben sich für die Finanzbranche zudem auch aus regulatorischen Änderungen, die für 2010 vorgesehen sind.

Neue regulatorische Anforderungen und Änderungen in der Bankenaufsicht

So wurden bereits 2009 weitreichende Neuerungen mit dem Ziel auf den Weg gebracht, die internationale Bankenaufsicht weiter zu vereinheitlichen. Im Rahmen dessen wurde mit der Überarbeitung der Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie begonnen. Die Umsetzung in den einzelnen EU-Staaten soll bis Oktober 2010 erfolgen, ein Inkrafttreten ist für Ende des Jahres geplant.

Die wesentlichen Änderungen sind wie folgt:

- Erweiterung der Pflicht zur Bildung von Kreditnehmereinheiten für die Ermittlung von Großkrediten
- volle Anrechnung von Interbankenforderungen auf Großkreditgrenzen
- stärkere Durchschau auf die einzelnen Schuldner im Referenzaktivum bei Investmentanteilen, Verbriefungspositionen und anderen strukturierten Produkten
- strengere Regeln zur Anrechnung von hybriden Kapitalinstrumenten als Eigenkapital
- Verschärfung der Anforderungen für Verbriefungen

Darüber hinaus haben verschiedene Institutionen als Reaktion auf die Finanzkrise eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Bankenaufsicht erarbeitet. Diese sind jedoch noch nicht abschließend besprochen. Experten rechnen jedoch damit, dass sich hieraus erhebliche Implikationen für den Bankensektor ergeben werden. Erst im Dezember 2009 hatte der Ausschuss für Bankenaufsicht in Basel einen Entwurf zur Überarbeitung des Basel-II-Rahmenwerks veröffentlicht. Wichtige Themen hierbei sind insbesondere:

- Stärkung der Qualität, Konsistenz und Transparenz des Kernkapitals
- Erhöhung der Kapitalanforderungen für Risiken aus Derivaten, Repos und Finanzierungsaktivitäten für Verbriefungen
- Aufbau eines antizyklischen Kapitalpuffers
- Einführung und Limitierung einer sogenannten modifizierten bilanziellen Eigenkapitalquote
- Verschärfung der Offenlegungsanforderungen
- Stärkung der Liquiditätsausstattung
- neue Regelung zur Vergütung von Bankmitarbeitern

Immobilienfinanzierung

2010 werden die hohen Leerstände beziehungsweise Mietausfälle, sinkende Mieten und geringere Objektwerte aufgrund der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage die Kreditportfolios der Banken weiter belasten und die Prolongation bestehender Darlehen deutlich erschweren.

Eine anhaltende Erholung des Immobilienmarktes würde das Problem lösen. In Großbritannien hat es seit dem Sommer einen Wertzuwachs von 3,2 % bei erstklassigen Gewerbeimmobilien gegeben. Ein weiterer Anstieg der Immobilienpreise wäre aber nur dort und auch nur dann nachhaltig, wenn die Beschäftigungszahlen zunehmen und die Mieten steigen.

Der Markt sucht daher nach weiteren Lösungen. Neben Staatshilfen und Abwicklungsanstalten sondieren die Banken alternative Ausstiegsstrategien. Diese reichen von Joint Ventures bis zur Einrichtung von Fonds und Immobilienfonds, die helfen sollen, den Markt wieder anzukurbeln.

Es wird erwartet, dass mehr Investoren langsam in die Märkte zurückkehren werden und sich die Investitionsvolumina sukzessive erhöhen. Ein zunehmender Wettbewerb könnte zu geringeren Margen führen und zu einem allmählichen Wiederanstieg der Beleihungsausläufe. Die Aussichten für 2010 deuten auf einen sich vorsichtig normalisierenden Markt hin, wobei es zu einer vollständigen Erholung nur dann kommen wird, wenn Investoren und Geldgeber wieder Immobilien in B-Lagen erwägen.

Staatsfinanzierung

Wie auf anderen Märkten hängt die Prognose für 2010 stark vom Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung ab. Eine solche Erholung wird das Verhalten einiger Marktteilnehmer, insbesondere von breit aufgestellten Geschäftsbanken, beeinflussen. Bei besserer Verfassung der Kapitalmärkte könnten die verfügbare Liquidität und das Kapital in andere, mehr risikobehaftete, aber rentablere Geschäftsbereiche umgeschichtet werden, das Augenmerk für den Staatsfinanzierungssektor könnte zurückgehen. Andererseits bereinigen viele Banken in Europa nach wie vor ihre Bilanzen, und die zum Teil milliardenschweren Verluste könnten weiter die Geschäftsstrategien zugunsten risikärmerer Kreditmärkte beeinflussen. Die hohe Staatsverschuldung von Staaten wie Griechenland, Portugal, Island, Irland und Spanien dürfte jedoch den Staatsfinanzierungsmarkt belasten und könnte negative Wirkung auf die Risikoauflösung der restlichen Mitglieder der Währungsunion haben.

2010 wird die Nachfrage nach Staatsfinanzierung in Europa steigen. Obwohl die Wirtschaft der 16 Euroländer in den Jahren 2010 und 2011 laut EU-Kommission voraussichtlich wachsen dürfte, wird das noch geringe Wachstum bei steigender Arbeitslosigkeit nicht ausreichen, Haushaltsdefizite zu kompensieren. Für 2010 werden die Haushaltsdefizite europaweit bis auf 6,9 % des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Sowohl aus mechanischen (ansteigende Kosten und sinkende Einnahmen aufgrund der Krise) als auch aus politischen Gründen werden die europäischen Regierungen die wirtschaftliche Erholung auch weiterhin unterstützen.

Demzufolge erwarten wir in unseren Kernmärkten eine anhaltende Nachfrage nach mittel- und langfristigen Staatsfinanzierungen, staatsgarantierten Public-Private-Partnerships und öffentlich garantierten ECA-Transaktionen in unseren europäischen Kernmärkten.

Infrastrukturfinanzierung

Aufgrund der verhaltenen wirtschaftlichen Erholung für das Jahr 2010 dürfte sich die Situation für Infrastrukturfinanzierungen noch nicht wesentlich verbessern. Im Rahmen der anhaltenden Rezession wird wohl mit weiteren Kreditausfällen zu rechnen sein. Ohne einen deutlichen konjunkturellen Aufschwung dürften sich weder die Bewertungen von finanzierten Assets noch die Cashflows von Infrastrukturmaßnahmen verbessern. Kreditgeber werden sich jedoch weiter risikoavers verhalten und bei Neugeschäft hohen Eigenkapitaleinsatz oder die Beteiligung der öffentlichen Hand verlangen.

Refinanzierungsmärkte

Die Refinanzierungsmärkte haben sich in den letzten Monaten weiter stabilisiert. Die weitere Entwicklung hängt vom Gesamtmarkt und in den einzelnen Märkten von individuellen Faktoren ab. Selektiv dürften sich einzelne Märkte weiter stabil entwickeln – insbesondere dann, wenn die staatlichen Unterstützungsprogramme greifen. Zu den stabileren Märkten wird voraussichtlich auch der Pfandbriefmarkt zählen, nicht zuletzt aufgrund des Ankaufprogramms der EZB. Ob sich die Risikoauflösung im Markt für unbesicherte Bankemissionen weiter stabilisieren oder gar reduzieren können, ist nur sehr schwer vorherzusagen. Außerdem ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Volumina im Geldmarkt sehr schnell erhöhen werden. Insgesamt können weitere Volatilitäten für einzelne Teilmärkte oder für den Gesamtmarkt nicht ausgeschlossen werden.

Unternehmensspezifische Rahmenbedingungen

Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der HRE stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Die Unternehmen der HRE waren im gesamten Geschäftsjahr 2009 weiterhin in ihrer Existenz gefährdet.

Die HRE geht unverändert von einer Fortführung ihrer Tätigkeit unter den nachfolgend dargestellten Voraussetzungen (Exogene Faktoren/Endogene Faktoren) aus, deren Vorliegen beziehungsweise Eintreten der Vorstand nach sorgfältiger Prüfung auf der Basis der ihm vorliegenden Informationen derzeit für überwiegend wahrscheinlich hält.

Exogene Faktoren

- Die HRE bekommt sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch im Gesamtvolumen hinreichende weitere Liquiditätsunterstützungen seitens des SoFFin. Darüber hinaus erhält die HRE hinreichende Kapitalhilfen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis durch den SoFFin. Die Unterstützungen werden zu tragfähigen Konditionen gewährt. Rechtliche Vorbehalte, insbesondere im Rahmen des EU-Verfahrens, werden nicht erfolgreich geltend gemacht.
- Das Kapitalmarktumfeld stabilisiert sich innerhalb des Zeitraums der Jahre 2010 bis 2012, insbesondere kommt es nicht zu einer gravierenden weiteren Verschärfung der Finanzmarktkrise mit unabsehbaren Folgen, beispielsweise ausgelöst durch externe Schocks wie den Zusammenbruch von größeren Staaten oder von bedeutenden Banken, und die Krise der Immobilienmärkte führt nicht zu Ausfällen von Krediten und Wertpapieren in einer existenzgefährdenden Höhe.
- Der Interbankenmarkt und andere kurzfristige unbesicherte Refinanzierungsmärkte sowie die langfristigen besicherten und unbesicherten Refinanzierungsmärkte erholen sich, beginnend ab 2010. Es kommt zu einer Stabilisierung bis leichten Erholung der Ratings der Unternehmen der HRE. Die Unterstützungen können in den nächsten Jahren sukzessive durch eigenständige Refinanzierungen gedeckt werden.

Endogene Faktoren

- Der HRE gelingt es weiter, das Vertrauen der Kunden wiederzuerlangen und erfolgreich Neugeschäft in auskömmlichem Volumen und zu auskömmlichen Margen abzuschließen.
- Die Umsetzung der Restrukturierung der HRE mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz und Rentabilität sowie Verschlankung der Geschäftsabläufe ist keinen wesentlichen Verzögerungen oder Behinderungen ausgesetzt.
- Die Abwicklung oder Sanierung von leistungsgestörten Finanzierungen durch die HRE kann im Wesentlichen wie derzeit vorgesehen umgesetzt werden.
- Die HRE erhält die Möglichkeit, durch Einrichtung einer Abwicklungsanstalt Vermögenswerte wertschonend abzubauen und Bilanzpositionen zu übertragen.
- Trotz der besonderen Restriktionen, zum Beispiel bei der Vergütung, gelingt es der HRE, Mitarbeiter in Schlüsselpositionen zu halten und anzuwerben.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) schriftlich bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG, sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, gegebenenfalls eine Abwicklungsanstalt für nicht-strategische oder Not leidende Vermögenswerte der HRE einzurichten. Darüber hinaus wird der Finanzmarktstabilisierungsfonds über weitere Garantien die Liquidität der Gruppe sicherstellen. Diese sowie gegebenenfalls weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Als ersten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds am 28. März 2009 20 Mio. HRE Holding Aktien zum gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € je Aktie unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre übernommen. Als zweiten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE haben die Aktionäre auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund 2,96 Mrd. € gegen Bareinlage beschlossen. Die rund 986,5 Mio. Aktien wurden zum satzungsmäßigen Nennwert und gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € ausgegeben. Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der Finanzmarktstabilisierungsfonds zugelassen, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der SoFFin hielt nach der Eintragung der Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 einen Anteil von 90 % am Grundkapital der Gesellschaft. Am 5. Oktober 2009 wurde auf einer außerordentlichen Hauptversammlung die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den SoFFin beschlossen. Das Amtsgericht München hat am 13. Oktober 2009 den Übertragungsbeschluss in das Handelsregister eingetragen, wodurch der SoFFin Alleinaktionär der HRE Holding wurde. Als dritten Schritt der Rekapitalisierung hat die HRE im November 2009 eine weitere Kapitalzuführung über insgesamt 3,0 Mrd. € vom SoFFin erhalten. Diese Tranche setzt sich aus einer stillen Einlage in die Deutsche Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,0 Mrd. €, einer Einzahlung in die Rücklage der Deutschen Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,3 Mrd. € und einer Einzahlung in die Rücklage der HRE Holding in Höhe von 0,7 Mrd. € zusammen.

Die HRE Holding und die Deutsche Pfandbriefbank AG haben sich gegenüber dem Finanzmarktstabilisierungsfonds grundsätzlich verpflichtet, die zur Umsetzung der Rekapitalisierung jeweils erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Bestandsgefährdende Risiken

Der Fortbestand der HRE Holding hängt davon ab, dass der HRE Holding und ihren wesentlichen Tochtergesellschaften in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz aufgrund Zahlungsunfähigkeit von wesentlichen Tochtergesellschaften der HRE Holding oder

der Gesellschaft selbst abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen so lange zur Verfügung stehen, bis sich die HRE Holding und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der HRE Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Erfolgslage Die HRE hat das Jahr 2009 mit einem negativen Vorsteuerergebnis abgeschlossen. Auch für die Zukunft rechnet die HRE mit hohen Ergebnisbelastungen, die zu einer anhaltenden Verlustsituation führen werden. Die HRE geht nicht davon aus, vor 2012 wieder in die Gewinnzone zurückkehren zu können. Die Höhe der erwarteten Verlustsituation wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Die Restrukturierung der Unterstützungsmaßnahmen eines Konsortiums aus dem deutschen Kredit- und Versicherungswesen und der Bundesbank unter Beteiligung der Bundesregierung wird die Refinanzierungsaufwendungen des Konzerns senken. Dennoch übersteigen die Refinanzierungssätze für die neuen und bestehenden SoFFin-Mittel die Refinanzierungssätze vor Inanspruchnahme der Liquiditätsunterstützungen im September 2008. Daher werden der Zinsüberschuss und der Provisionsüberschuss erheblich belastet bleiben.

- Der Zinsüberschuss wurde im Jahr 2009 durch hohe Erträge im Geldmarktbereich und aus gezogenen US-amerikanischen Kundenliquiditätsfazilitäten begünstigt. Da nicht mit einer ähnlich günstigen Marktzinssituation im Jahr 2010 gerechnet wird und die Fazilitäten inzwischen größtenteils getilgt wurden, wird in den nächsten Jahren nicht mit einem ähnlich hohen Zinsüberschuss aus diesen Effekten gerechnet.
- Die Höhe des Bestandsportfolios wird durch Abschmelzungen und Verkäufe sowie durch die mögliche Auslagerung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in eine Abwicklungsanstalt abnehmen, sodass der Zinsüberschuss belastet wird. Darüber hinaus können aufgrund von negativen Marktwerten im Falle von Veräußerungen Verluste entstehen, die den Zinsüberschuss oder das Finanzanlageergebnis belasten würden.
- Neben der Refinanzierung über den Finanzmarkt nutzt die HRE in einem nicht unerheblichen Umfang auch die Refinanzierungsmöglichkeiten, die durch Zentralbanken zur Verfügung gestellt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass sich diese Refinanzierungsmöglichkeiten verändern. Inwieweit und zu welchen Kosten sodann alternative Refinanzierungsmöglichkeiten zeitnah zur Verfügung stehen, ist derzeit nicht abzusehen. Sollte eine alternative Refinanzierung notwendig werden, wäre dies voraussichtlich mit höheren Kosten verbunden und würde sich somit nachteilig auf die Ertragslage des Konzerns auswirken.
- Weitere Ausweitungen der Credit Spreads und eine Verschlechterung des Sicherheitenpools können zu zusätzlichen erfolgswirksamen Belastungen aus den noch im Bestand befindlichen Collateralised Debt Obligations im Finanzanlageergebnis und im Handelsergebnis führen. Darüber hinaus können Ausfallrisiken und andere Verschlechterungen der Marktkonditionen zu Verringerungen der beizulegenden Zeitwerte der Handelsbestände führen, die unmittelbar in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu erfassen wären. Wertberichtigungen können auch auf die gemäß IAS 39 von Held for Trading und Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umklassifizierten Bestände notwendig werden.
- Die Lage auf dem US-amerikanischen und auf einigen europäischen Immobilienmärkten wird angespannt bleiben. Auch die Situation einiger öffentlicher und Infrastrukturkunden verschlechtert sich weiter. Dadurch und durch die sich insgesamt verschlechternde gesamtwirtschaftliche Lage wird die Kreditrisikovorsorge im Jahr 2010 und 2011 voraussichtlich auf einem erhöhten Niveau liegen.
- Sollten Vertragspartner infolge der unsicheren Lage an den Kapital- und Finanzierungsmärkten in Zahlungsschwierigkeiten geraten oder sogar Insolvenz anmelden müssen, können Abschreibungen der Wertpapiere oder Kredite notwendig werden.
- Aus der Neuausrichtung der HRE und der Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur und von Prozessen werden weitere Aufwendungen resultieren, die vor allem den Verwaltungsaufwand belasten und die Ersparnisse aus dem Abbau des Personalbestandes zumindest teilweise kompensieren könnten.
- Durch die geplante Gründung einer Abwicklungsanstalt mit anschließender Übertragung von Vermögenswerten werden Aufwendungen für Beratungsleistungen und andere Verwaltungsaufwendungen entstehen.
- Derzeit anhängige wie auch künftig noch anhängig werdende Rechtsstreitigkeiten können das Ergebnis der HRE erheblich beeinträchtigen oder sogar den Fortbestand der HRE gefährden. Diese betreffen vor allem Klagen von ehemaligen Aktionären wegen angeblicher fehlerhafter Kapitalmarktinformation, unter anderem im Zusammenhang mit den Ad-hoc-Mitteilungen vom 15. Januar 2008 und der Liquiditätssituation der DEPFA Bank plc, Klagen von ehemaligen Aktionären gegen die in der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 beschlossene Kapitalerhöhung und Klagen von ehemaligen Aktionären gegen den in der außerordentlichen Hauptversammlung am 5. Oktober 2009 beschlossenen Squeeze-out, Klagen ehemaliger Vorstandsmitglieder auf Zahlungen, Klagen von Mitarbeitern auf Zahlung einer variablen Vergütung für die Jahre 2008 beziehungsweise 2009 und Klagen einiger Kommunen auf Schadensersatz.
- Aufgrund der Rating-Herabstufungen wurden mehrere ISDA-Rahmenverträge sowie Guaranteed Investment Contracts gekündigt beziehungsweise können in Zukunft noch gekündigt werden, was zu Kosten aufgrund vorzeitiger Vertragsauflösung sowie zu zusätzlichen Kosten der Wiederbeschaffung von Sicherungsgeschäften geführt hat. Weitere Rating-Herabstufungen würden zu weiteren Kündigungen von ISDA-Rahmenverträgen führen. Dabei können der Bank auch aufgrund der vor dem Hintergrund ihrer aktuellen Langfrist-Ratings eingeschränkten Auswahl von Kontrahenten zusätzliche Kosten entstehen.

- Die von der HRE erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen werden von der EU-Kommission in einem Beihilfverfahren geprüft. Abhängig von der Entscheidung der EU-Kommission könnte die Erfolgslage der HRE belastet und gegebenenfalls sogar der Bestand der HRE gefährdet werden.
- Die HRE ist operationellen Risiken aus ihrer Restrukturierung wie zum Beispiel der Abhängigkeit von Schlüsselpositionen, Technologierisiken aufgrund der Vielzahl der Buchungssysteme, einer erhöhten Fluktuation von Mitarbeitern und Risiken im Zusammenhang mit Change-Management-Aktivitäten ausgesetzt. Aus diesen Risiken können wesentliche Verlustfälle resultieren.

Vermögenslage Die Vermögenslage der HRE wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Sollten sich die Credit Spreads von Staaten wie zum Beispiel Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien sowie von anderen Banken weiter beziehungsweise wieder ausweiten, werden die Marktwerte der von ihnen begebenen Wertpapiere sinken. Die HRE hat einen Großteil der Available-for-Sale-Wertpapiere gemäß der im Oktober 2008 veröffentlichten Änderung von IAS 39 „Umgliederung finanzieller Vermögenswerte“ in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umkategorisiert. Für den Restbestand der Available-for-Sale-Wertpapiere würden die Credit-Spread-Ausweitungen jedoch zu einer weiteren Belastung der Marktwerte und somit der AfS-Rücklage führen.
- Der Portfoliobestand wird durch Abschmelzung oder Verkäufe und die mögliche Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in eine Abwicklungsanstalt voraussichtlich sinken, was der Fokussierung auf funktionierende Konzerngeschäftsfelder entspricht.
- Die angespannte Situation und die anschließend eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der HRE haben in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit zu Debatten geführt. Insgesamt hat das Image der HRE gelitten. Auch wenn bereits Erfolge beim Wiedereintritt in Märkte erzielt werden konnten, sind negative Folgen für zukünftige Geschäfts- und Kundenbeziehungen nicht auszuschließen.

Finanzlage Die Finanzlage der HRE wird insbesondere beeinflusst werden durch den Eintritt oder Nichteintritt beziehungsweise den Grad der Verwirklichung der nachfolgend genannten, möglicherweise sich verwirklichenden Risiken.

- Die erhaltenen Unterstützungsmaßnahmen werden von der Europäischen Kommission im laufenden Beihilfverfahren geprüft. In ihrer abschließenden Entscheidung wird die Europäische Kommission höchstwahrscheinlich einzelne wesentliche Auflagen gegen die HRE verhängen, einschließlich einer wesentlichen Verringerung der Bilanzsumme und der Vorgabe eines bestimmten Zeitrahmens für die Reprivatisierung der Deutschen Pfandbriefbank AG. Falls die Europäische Kommission jedoch zu dem Ergebnis kommt, dass die staatlichen Beihilfen nicht oder nicht vollständig mit dem EG-Vertrag übereinstimmen, kann es sein, dass sie Deutschland verpflichtet, diese Beihilfen innerhalb einer bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten, beziehungsweise die Rückzahlung anordnet. Dies könnte für einzelne oder für alle Gesellschaften der HRE zur Insolvenz führen und damit den Bestand der HRE gefährden.
- Auch in den nächsten Jahren wird die Refinanzierung der HRE von den Unterstützungsmaßnahmen durch den SoFFin abhängig sein. Die Ablösung der Unterstützungsmaßnahmen wird unter anderem vom Zugang der HRE zu den Refinanzierungsmärkten und vom Rating abhängen.
- Die HRE hat unwiderrufliche Kreditzusagen und Liquiditätsfazilitäten ausgegeben. Ziehungen können zu weiteren Liquiditätsabflüssen führen. Darüber hinaus würden weitere Rating-Herabstufungen zu weiteren Kündigungen aufgrund von ISDA-Rahmenverträgen führen, was Liquiditätsabflüsse verursachen würde.
- Die Kapitalausstattung der HRE und ihrer Tochterunternehmen hat sich durch die Unterstützungen des SoFFin verbessert. In den Jahren 2010 und 2011 können sich das IFRS-Eigenkapital und das aufsichtsrechtliche Kernkapital aufgrund der oben aufgeführten Ergebnisbelastungen jedoch wieder verringern. Darüber hinaus könnte eine Überarbeitung der regulatorischen Anforderungen zu strengeren Regeln bezüglich der Eigenkapitalausstattung führen. Derzeit wird auf der Basis der erwarteten Unterstützungsmaßnahmen durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds erwartet, dass die Fortführung der Geschäftstätigkeit der HRE nicht infrage gestellt wird.

Das neue Geschäftsmodell stellt eine Chance für die HRE dar. Im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung werden vermutlich viele Wettbewerber den Markt verlassen oder ernsthaft geschwächt sein. Zudem ist die Kreditvergabe allgemein restriktiver geworden. Als Folge sind am Immobilienfinanzierungsmarkt die Margen gestiegen. Die Globalisierung der Finanzströme und Investoren von großvolumigen Projekten werden einen spezialisierten gewerblichen Immobilienfinanzierer wie die HRE aufgrund seiner speziellen Markt- und Produktkenntnis schätzen, dessen Expertise am Markt anerkannt ist und der im Jahr 2009 bereits wieder erfolgreich Neugeschäft abgeschlossen hat. Auch im Bereich der Staatsfinanzierung sind zahlreiche Wettbewerber durch die Finanzmarktkrise beeinträchtigt. Die Erfahrung der HRE im Pfandbriefgeschäft kann daher ein Vorteil sein. Die HRE wird vor diesem Hintergrund auch in den Jahren 2010 und 2011 Marktchancen suchen und Neugeschäft zu attraktiven Margen abschließen. Dabei wird der Fokus strategiekonform auf pfandbrieffähigen Anschlussfinanzierungen und auf neu akquirierten Geschäften in den Bereichen Real Estate und Public Sector liegen.

Die HRE Holding hat am 21. Januar 2010 in Abstimmung mit dem SoFFin bei der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) einen Antrag auf Errichtung einer Abwicklungsanstalt zum wertschonenden Abbau von Vermögenswerten gestellt. Ein Rechtsanspruch auf Einrichtung der Abwicklungsanstalt besteht nicht; ihre Einrichtung steht vielmehr im Ermessen der FMSA. Für die HRE kann eine Abwicklungsanstalt eine Chance darstellen, da die Bilanz von nicht-strategischen Positionen entlastet wird und das Kerngeschäft schneller freigelegt werden kann.

Die Ergebnisse der Jahre 2010 und 2011 werden voraussichtlich durch die Abschreibungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie die Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützungen belastet sein. Darüber hinaus werden sich im Jahr 2010 die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Gründung einer Abwicklungsanstalt mit anschließender Übertragung von Vermögenswerten im Verwaltungsaufwand und somit im Ergebnis negativ auswirken. Die HRE geht nicht davon aus, vor 2012 wieder in die Gewinnzone zurückkehren zu können.

› **Gewinn-und-Verlust-Rechnung** 112

› **Gesamtergebnisrechnung** 113

› **Bilanz** 114

› **Entwicklung des Eigenkapitals** 115

› **Kapitalflussrechnung** 116

› **Anhang (Notes)** 117

1 Allgemeine Informationen

›› **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** 117

- 2 Grundsätze
- 3 Stetigkeit
- 4 Konzerneinheitliche Bilanzierung
- 5 Konsolidierung
- 6 Finanzinstrumente
- 7 Barreserve
- 8 Handelsaktiva
- 9 Forderungen
- 10 Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (Risikoversorge)
- 11 Finanzanlagen
- 12 Sachanlagen
- 13 Immaterielle Vermögenswerte
- 14 Sonstige Aktiva
- 15 Verbindlichkeiten
- 16 Handelspassiva
- 17 Rückstellungen
- 18 Sonstige Passiva
- 19 Nachrangkapital
- 20 Stille Einlage
- 21 Aktienbasierte Vergütung
- 22 Währungsumrechnung
- 23 Ertragsteuern
- 24 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte
- 25 Zukunftsbezogene Annahmen und Schätzungsunsicherheiten

›› **Segmentberichterstattung** 132

- 26 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung nach Geschäftssegmenten
- 27 Erfolgsrechnung nach Geschäftssegmenten
- 28 Bilanzsumme nach Geschäftssegmenten
- 29 Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen (auf HGB-Basis) nach Geschäftssegmenten
- 30 Aufgliederung der operativen Erträge

›› **Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung** 135

- 31 Zinsüberschuss und ähnliche Erträge
- 32 Provisionsüberschuss
- 33 Handelsergebnis
- 34 Finanzanlageergebnis
- 35 Zusammengefasstes Bewertungsergebnis aus dem CDO-Portfolio und ähnlichen Produkten
- 36 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
- 37 Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen
- 38 Kreditrisikoversorge
- 39 Verwaltungsaufwand
- 40 Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA

41 Saldo übrige Erträge/Aufwendungen

42 Ertragsteuern

43 Nettogewinne/Nettoverluste

›› **Angaben zur Bilanz (Aktiva)** 140

- 44 Barreserve
- 45 Handelsaktiva
- 46 Forderungen an Kreditinstitute
- 47 Forderungen an Kunden
- 48 Kreditvolumen
- 49 Wertberichtigungen auf Forderungen
- 50 Finanzanlagen
- 51 Sachanlagen
- 52 Immaterielle Vermögenswerte
- 53 Sonstige Aktiva
- 54 Ertragsteueransprüche
- 55 Nachrangige Vermögenswerte
- 56 Pensionsgeschäfte
- 57 Verbriefungsgeschäfte (Securitisations)

›› **Angaben zur Bilanz (Passiva)** 149

- 58 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- 59 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- 60 Verbriefte Verbindlichkeiten
- 61 Handelspassiva
- 62 Rückstellungen
- 63 Sonstige Passiva
- 64 Ertragsteuerverpflichtungen
- 65 Nachrangkapital
- 66 Eigenkapital
- 67 Eigene Aktien und Mitarbeiterbeteiligungsplan
- 68 Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung
- 69 Treuhandgeschäfte

›› **Angaben zur Kapitalflussrechnung** 157

- 70 Erläuterungen zu den Positionen der Kapitalflussrechnung

›› **Angaben zu Finanzinstrumenten** 157

- 71 Derivative Geschäfte
- 72 Cashflow Hedge Accounting
- 73 Undiskontierte Zahlungsströme der Verbindlichkeiten
- 74 Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte
- 75 Sicherheiten, die weiterverkauft oder -verpfändet werden können
- 76 Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente
- 77 Überfällige, aber nicht wertberichtigte Bestände
- 78 Abgrenzung von Day one Profits

›› **Sonstige Angaben** 167

- 79 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen
- 80 Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen (auf HGB-Basis)
- 81 Honorare für den Konzernabschlussprüfer
- 82 Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen
- 83 Mitarbeiter
- 84 Quartalsübersicht
- 85 Mehrjahresübersicht
- 86 Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands
- 87 Anteilsbesitz der HRE Holding

› **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers** 181

Konzernabschluss

Erträge/Aufwendungen					
in Mio. €	Note · Seite	2009	2008	Veränderung	
				in Mio. €	in %
Operative Erträge		419	– 585	1.004	> 100,0
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	31 · 135	1.396	1.633	– 237	– 14,5
Zinserträge und ähnliche Erträge		12.108	16.828	– 4.720	– 28,0
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen		10.712	15.195	– 4.483	– 29,5
Provisionsüberschuss	32 · 135	– 642	32	– 674	< – 100,0
Provisionserträge		137	200	– 63	– 31,5
Provisionsaufwendungen		779	168	611	> 100,0
Handelsergebnis	33 · 135, 35 · 136	– 154	– 1.009	855	84,7
Finanzanlageergebnis	34 · 135, 35 · 136	– 1	– 1.409	1.408	99,9
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	36 · 136	– 117	86	– 203	< – 100,0
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	37 · 136	– 63	82	– 145	< – 100,0
Kreditrisikoversorge	38 · 137	2.091	1.656	435	26,3
Verwaltungsaufwand	39 · 137	541	605	– 64	– 10,6
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA	40 · 137	–	2.482	– 2.482	– 100,0
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	41 · 137	– 8	– 47	39	83,0
Ergebnis vor Steuern		– 2.221	– 5.375	3.154	58,7
Ertragsteuern	42 · 138	15	86	– 71	– 82,6
Ergebnis nach Steuern		– 2.236	– 5.461	3.225	59,1

Gesamtergebnisrechnung							
in Mio. €	2009			2008			
	vor Steuern	Steuereffekt	nach Steuern	vor Steuern	Steuereffekt	nach Steuern	
Ergebnis	-2.221	15	-2.236	-5.375	86	-5.461	
AfS-Rücklage	993	145	848	-3.189	-420	-2.769	
Cashflow-Hedge-Rücklage	605	165	440	881	372	509	
Veränderungen aus Währungseinfluss	8	—	8	-15	—	-15	
Insgesamt	-615	325	-940	-7.698	38	-7.736	
zuzurechnen:							
Anteilseignern (Konzerngewinn/-verlust des Mutterunternehmens)	-615	325	-940	-7.698	38	-7.736	

Komponenten der Gesamtergebnisrechnung							
in Mio. €	2009			2008			
Ergebnis nach Steuern			-2.236			-5.461	
AfS-Rücklage			848			-2.769	
unrealisierte Gewinne/Verluste			843			-2.974	
ergebniswirksame Umbuchung realisierter Gewinne/Verluste			5			205	
Cashflow-Hedge-Rücklage			440			509	
unrealisierte Gewinne/Verluste			440			796	
ergebniswirksame Umbuchung realisierter Gewinne/Verluste			—			-287	
Veränderungen aus Währungseinfluss			8			-15	
Insgesamt			-940			-7.736	

Bilanz

Aktiva						
in Mio. €	Note · Seite	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung		31.12.2007
				in Mio. €	in %	
Barreserve	7 · 126, 44 · 140	1.824	1.713	111	6,5	10.654
Handelsaktiva	8 · 127, 45 · 140	10.749	17.287	– 6.538	– 37,8	20.552
Forderungen an Kreditinstitute	9 · 127, 46 · 140	37.521	49.409	– 11.888	– 24,1	51.975
Forderungen an Kunden	9 · 127, 47 · 140	198.344	222.048	– 23.704	– 10,7	213.173
Wertberichtigungen auf Forderungen	10 · 127, 49 · 141	– 3.898	– 2.277	– 1.621	– 71,2	– 905
Finanzanlagen	11 · 127, 50 · 142	94.808	108.740	– 13.932	– 12,8	88.851
Sachanlagen	12 · 128, 51 · 145	15	32	– 17	– 53,1	68
Immaterielle Vermögenswerte	13 · 128, 52 · 146	44	40	4	10,0	2.555
Sonstige Aktiva	14 · 128, 53 · 147	15.399	17.396	– 1.997	– 11,5	9.870
Ertragsteueransprüche	23 · 130, 54 · 147	4.870	5.266	– 396	– 7,5	3.381
Tatsächliche Steueransprüche		146	132	14	10,6	114
Latente Steueransprüche		4.724	5.134	– 410	– 8,0	3.267
Summe der Aktiva		359.676	419.654	– 59.978	– 14,3	400.174

Passiva						
in Mio. €	Note · Seite	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung		31.12.2007
				in Mio. €	in %	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 · 128, 58 · 149	137.349	146.878	– 9.529	– 6,5	111.241
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15 · 128, 59 · 149	13.259	15.936	– 2.677	– 16,8	27.106
Verbriefte Verbindlichkeiten	60 · 149	156.376	197.978	– 41.602	– 21,0	218.080
Handelsspassiva	16 · 128, 61 · 149	11.391	17.236	– 5.845	– 33,9	14.835
Rückstellungen	17 · 128, 62 · 149	249	352	– 103	– 29,3	144
Sonstige Passiva	18 · 129, 63 · 153	29.250	33.835	– 4.585	– 13,6	14.722
Ertragsteuerverpflichtungen	23 · 130, 64 · 153	3.976	4.163	– 187	– 4,5	2.357
Tatsächliche Steuerverpflichtungen		113	161	– 48	– 29,8	116
Latente Steuerverpflichtungen		3.863	4.002	– 139	– 3,5	2.241
Nachrangkapital	19 · 129, 65 · 153	3.217	4.784	– 1.567	– 32,8	5.615
Verbindlichkeiten		355.067	421.162	– 66.095	– 15,7	394.100
Gezeichnetes Kapital	66 · 155	3.649	633	3.016	> 100,0	602
Hybride Kapitalinstrumente ¹⁾	19 · 129, 65 · 155, 66 · 155	1.043	—	1.043	> 100,0	—
Stille Einlage ²⁾	20 · 129, 66 · 155	999	—	999	> 100,0	—
Kapitalrücklage		8.351	6.352	1.999	31,5	5.926
Gewinnrücklagen	66 · 155	– 4.368	1.085	– 5.453	< – 100,0	943
Neubewertungsrücklage		– 2.829	– 4.117	1.288	31,3	– 1.857
AfS-Rücklage	6 · 122	– 2.267	– 3.115	848	27,2	– 346
Cashflow-Hedge-Rücklage	6 · 122	– 562	– 1.002	440	43,9	– 1.511
Konzerngewinn/-verlust 1.1.–31.12.		– 2.236	– 5.461	3.225	59,1	457
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		—	—	—	—	3
Eigenkapital		4.609	– 1.508	6.117	> 100,0	6.074
Summe der Passiva		359.676	419.654	– 59.978	– 14,3	400.174

¹⁾ Hybride Kapitalinstrumente des Tochterunternehmens DEPFA Bank plc, die nach IAS 32 von den Nachrangverbindlichkeiten in das Eigenkapital umzugliedern waren (nicht beherrschender Anteil)

²⁾ Stille Einlage des SofFin in das Tochterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG (nicht beherrschender Anteil)

Eigenkapital- veränderungsrechnung	Gezeichnetes Kapital	Hybride Kapital- instru- mente ¹⁾	Stille Einlage ²⁾	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen (inkl. Ergeb- nisvortrag)	Neubewertungsrücklage AfS- Rücklage	Cashflow- Hedge- Rücklage	Konzern- gewinn/ -verlust	Gewinn- vortrag aus dem Vorjahr	Eigen- kapital
in Mio. €										
Bestand zum 1.1.2008	602	—	—	5.926	943	-346	-1.511	457	3	6.074
Kapitalerhöhung	30	—	—	420	—	—	—	—	—	450
Eigene Aktien	1	—	—	6	—	—	—	—	—	7
Ausschüttung	—	—	—	—	—	—	—	-101	—	-101
Summe der im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen	—	—	—	—	-15	-2.769	509	-5.461	—	-7.736
Einstellung in die Gewinnrücklagen	—	—	—	—	157	—	—	-356	-3	-202
Bestand zum 31.12.2008	633	—	—	6.352	1.085	-3.115	-1.002	-5.461	—	-1.508
Bestand zum 1.1.2009	633	—	—	6.352	1.085	-3.115	-1.002	-5.461	—	-1.508
Kapitalerhöhung	3.020	—	—	2.000	—	—	—	—	—	5.020
Transaktionskosten zu Kapitalmaßnahmen	-4	—	-1	-3	—	—	—	—	—	-8
Eigene Aktien	—	—	—	2	—	—	—	—	—	2
Ausschüttung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe der im Eigenkapital erfassten Erträge und Aufwendungen	—	—	—	—	8	848	440	-2.236	—	-940
Einstellung in die Gewinnrücklagen	—	—	—	—	-5.461	—	—	5.461	—	—
Umwidmung von hybriden Kapitalinstrumenten	—	1.043	—	—	—	—	—	—	—	1.043
Einzahlung stille Einlagen	—	—	1.000	—	—	—	—	—	—	1.000
Bestand zum 31.12.2009	3.649	1.043	999	8.351	-4.368	-2.267	-562	-2.236	—	4.609

¹⁾ Hybride Kapitalinstrumente des Tochterunternehmens DEPFA Bank plc, die nach IAS 32 von den Nachrangverbindlichkeiten in das Eigenkapital umzugliedern waren (nicht beherrschender Anteil)

²⁾ Stille Einlage des SoFFin in das Tochterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG (nicht beherrschender Anteil)

Kapitalflussrechnung		
in Mio. €	2009	2008
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-2.236	-5.461
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	2.032	1.659
Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen auf Anlagevermögen	-679	1.542
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	951	3.297
davon:		
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA	—	2.482
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-19	-89
Sonstige Anpassungen	-1.381	-1.547
Zwischensumme	-1.332	-599
Veränderung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Vorgänge		
Zugänge Vermögenswerte/Abgänge Verbindlichkeiten (-)		
Abgänge Vermögenswerte/Zugänge Verbindlichkeiten (+)		
Handelsbestand	1.425	5.656
Forderungen an Kreditinstitute	10.609	2.658
Forderungen an Kunden	20.043	-7.640
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	154	105
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-8.209	33.992
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-2.496	-11.208
Verbriefte Verbindlichkeiten	-39.962	-21.873
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-307	1.051
Erhaltene Zinsen	13.424	11.864
Erhaltene Dividenden	—	8
Gezahlte Zinsen	-12.282	-12.564
Ertragsteuerzahlungen	-52	-10
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-18.985	1.440
Einzahlungen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	15.285	16.889
Auszahlungen für den Erwerb von Anlagevermögen	-2.083	-26.275
Einzahlungen aus der Veräußerung von Tochterunternehmen	29	2
Auszahlungen für den Erwerb von Tochterunternehmen	—	-129
Cashflow aus Investitionstätigkeit	13.231	-9.513
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	6.012	—
Dividendenzahlungen	—	-101
Mittelveränderungen aus Nachrangkapital	-372	-766
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	5.640	-867
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	1.713	10.654
+/- Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-18.985	1.440
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	13.231	-9.513
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	5.640	-867
+/- Effekte aus Wechselkursänderungen und zahlungsunwirksamen Bewertungsänderungen	225	-1
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	1.824	1.713

1 Allgemeine Informationen

Die Hypo Real Estate Group (HRE) richtet sich als Spezialist für die Immobilien- und Staatsfinanzierung neu aus. Der regionale Fokus wird auf Deutschland und Europa liegen; abhängig vom Geschäftsfeld wird das Unterneh-

men auch in anderen internationalen Märkten aktiv sein. Die Refinanzierung wird schwerpunktmäßig über Pfandbriefe erfolgen. Konzernobergesellschaft der HRE ist die **Hypo Real Estate Holding Aktiengesellschaft (HRE Holding)**, die im Handelsregister des Amtsgerichts München (HRB 149393) mit München als Firmensitz eingetragen ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**2 Grundsätze**

Die HRE Holding hat ihren Konzernabschluss zum 31. Dezember 2009 im Einklang mit der EG-Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der Abschluss basiert auf den IFRS-Regeln, die von der EU-Kommission im Rahmen des Endorsement-Prozesses in europäisches Recht übernommen wurden; ferner liegen ihm die handelsrechtlichen Vorschriften zugrunde, die nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwenden sind. Mit Ausnahme von bestimmten Vorschriften im Bereich des Fair Value Hedge Accounting für einen Portfolio-Hedge von Zinsrisiken im IAS 39 wurden alle IFRS-Regeln, die nach den Vorschriften der IFRS verpflichtend anzuwenden sind, von der EU vollständig anerkannt. Diese Art des Hedge Accounting wendet die HRE nicht an. Der Abschluss ist daher sowohl mit den gesamten IFRS als auch mit den IFRS konform, wie sie in der EU anzuwenden sind.

Die IFRS sind die vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten Standards und Interpretationen. Im Einzelnen sind dies die International Financial Reporting Standards (IFRS), die International Accounting Standards (IAS) und die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) beziehungsweise des ehemaligen Standing Interpretations Committee (SIC).

Außerdem wurden die vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) herausgegebenen Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) beachtet, sofern sie den IFRS nicht entgegenstehen.

Der Vorstand der HRE Holding hat den Konzernabschluss am 12. März 2010 unter der Annahme der Unternehmensfortführung aufgestellt. Bei der Einschätzung der Unternehmensfortführung sind bei Aufstellung des Konzernabschlusses wesentliche Unsicherheiten in Verbindung mit Ereignissen und Bedingungen bekannt, die erhebliche Zweifel an der Fortführungsfähigkeit der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften aufwerfen. Der Fortbestand der HRE Holding hängt davon ab, dass der HRE Holding und ihren wesentlichen Tochtergesellschaften in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz

aufgrund Zahlungsunfähigkeit von wesentlichen Tochtergesellschaften der HRE Holding oder der Gesellschaft selbst abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen so lange zur Verfügung stehen, bis sich die HRE Holding und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der HRE Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren. Mit Datum vom 6. November 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds die Absichtserklärung erneuert. Insbesondere hat der SoFFin bestätigt, Kapital in hinreichender Höhe zur Verfügung zu stellen, um mindestens die Fortführung der HRE Holding und ihrer wesentlichen Tochtergesellschaften und das erforderliche tragfähige Geschäftsmodell, insbesondere der Deutschen Pfandbriefbank AG, sicherzustellen. Die Unterstützung, die die HRE insgesamt vom Bund erhält, ist abhängig vom Ergebnis einer abschließenden Prüfung, gegebenenfalls eine Abwicklungsanstalt für nicht-strategische oder Not leidende Vermögenswerte der HRE einzurichten. Darüber hinaus wird der SoFFin über weitere

Garantien die Liquidität der Gruppe sicherstellen. Diese sowie mögliche weitere Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass sie die beihilferechtlichen Anforderungen der EU-Kommission erfüllen.

Als ersten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds am 28. März 2009 20 Mio. HRE Holding Aktien zum gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € je Aktie unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre übernommen. Als zweiten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE haben die Aktionäre auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund 2,96 Mrd. € gegen Bar-einlage beschlossen. Die rund 986,5 Mio. Aktien wurden zum satzungsmäßigen Nennwert und gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € ausgegeben. Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der Finanzmarktstabilisierungsfonds zugelassen, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds hielt nach der Eintragung der Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 einen Anteil von 90 % am Grundkapital der Gesellschaft. Am 5. Oktober 2009 wurde auf einer außerordentlichen Hauptversammlung die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf den SoFFin beschlossen. Das Amtsgericht München hat am 13. Oktober 2009 den Übertragungsbeschluss in das Handelsregister eingetragen, wodurch der SoFFin Alleinaktionär der HRE Holding wurde. Als dritten Schritt der Rekapitalisierung hat die HRE im November 2009 eine weitere Kapitalzuführung über insgesamt 3,0 Mrd. € vom SoFFin erhalten. Diese Tranche setzt sich aus einer stillen Einlage in die Deutsche Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,0 Mrd. €, einer Einzahlung in die Rücklage der Deutschen Pfandbriefbank AG in Höhe von 1,3 Mrd. € und einer Einzahlung in die Rücklage der HRE Holding in Höhe von 0,7 Mrd. € zusammen.

Die HRE Holding und die Deutsche Pfandbriefbank AG haben sich gegenüber dem Finanzmarktstabilisierungsfonds grundsätzlich verpflichtet, die zur Umsetzung der Rekapitalisierung jeweils erforderlichen Schritte zu ergreifen.

Erstmalig angewendete IFRS und Interpretationen sowie Änderungen von Standards und Interpretationen Im Geschäftsjahr 2009 wurden die folgenden neuen oder geänderten IFRS und Interpretationen erstmals angewendet:

- IFRS 1 und IAS 27 (Cost of an Investment in a Subsidiary, Jointly-controlled Entity or Associate)
- IFRS 2 (Share-based Payment: Vesting Conditions and Cancellations)
- IFRS 7 (Financial Instruments: Disclosures – Improving Disclosures about Financial Instruments)
- IFRS 8 (Operating Segments)
- IAS 1 (Presentation of Financial Statements: A revised Presentation, revised 2007)
- IAS 23 (Borrowing Costs, revised 2007)
- IAS 32 und IAS 1 (Puttable Financial Instruments and Obligations Arising on Liquidation)
- IFRIC 9 und IAS 39 (Embedded Derivatives, amendment 2009)
- IFRIC 13 (Customer Loyalty Programmes)

- IFRIC 15 (Agreements for the Construction of Real Estate)
- IFRIC 16 (Hedges of a Net Investment in a Foreign Operation)
- IFRIC 18 (Transfer of Assets from Customers)

Eine wesentliche Auswirkung auf den Ausweis der HRE hatten nur die neuen beziehungsweise geänderten Standards IAS 1 (Presentation of Financial Statements: A revised Presentation, revised 2007), IAS 24 (Related Party Disclosures), IFRS 7 (Financial Instruments: Disclosures – Improving Disclosures about Financial Instruments) und IFRS 8 (Operating Segments). Auf den Ansatz und die Bewertung hatten die neuen beziehungsweise geänderten Standards keine Auswirkung.

Gemäß der Änderung des Standards IAS 1 werden die in der Periode erfassten Ertrags- und Aufwandsposten in zwei Aufstellungen ausgewiesen: in der Aufstellung der Ergebnisbestandteile (Gewinn-und-Verlust-Rechnung) und in einer Überleitung vom Gewinn oder Verlust zum Gesamtergebnis mit Ausweis der Bestandteile des sonstigen Ergebnisses (Gesamtergebnisrechnung). Die Bilanz wird freiwillig mit zwei Vergleichsperioden dargestellt. Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt neben den Transaktionen mit Eigentümern, die in ihrer Eigenschaft als Eigentümer handeln, das Gesamtergebnis in einer Position dar.

Die im März 2009 veröffentlichten Änderungen an IFRS 7 sehen erweiterte Angaben über Bewertungen zum Fair Value und das Liquiditätsrisiko vor. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der HRE, die zum Fair Value bewertet werden, sind in drei Fair-Value-Hierarchien einzuteilen. Die Einteilung hängt von der Beobachtbarkeit der Parameter ab, die für die Fair-Value-Bewertung verwendet werden. Die Fair Values der jeweiligen Hierarchien und bestimmte Veränderungen zwischen den Hierarchien sind auszuweisen. Darüber hinaus ist zur Darstellung des Liquiditätsrisikos eine undiskontierte Restlaufzeitengliederung für derivative und nicht-derivative finanzielle Verbindlichkeiten offenzulegen. Der geänderte IFRS 7 führt zu umfangreicheren Anhangangaben, hat aber keine Auswirkungen auf den Ansatz und die Bewertung von Finanzinstrumenten.

Der Standard IFRS 8 ersetzt den ehemaligen Standard IAS 14. IFRS 8 beschreibt, wie ein Unternehmen über operative Segmente zu berichten hat. Gegenwärtig steuert der Vorstand nach drei Segmenten, die die Anforderungen des IFRS 8 an operative Segmente erfüllen. Daher ergab sich aus der überarbeiteten Segmentdefinition des IFRS 8 keine Auswirkung auf die Segmentberichterstattung der HRE. Darüber hinaus enthält der Standard einige zusätzliche Ausweisangaben wie zum Beispiel zur Berichterstattung über Produkte und Dienstleistungen.

Zudem war ein Großteil der vom IASB im Rahmen des Annual Improvements Projects 2008 vorgenommenen Änderungen an Standards erstmals im Geschäftsjahr 2009 anwendbar. Diese Änderungen hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung des Abschlusses sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HRE.

Veröffentlichte, noch nicht verpflichtend anzuwendende IFRS und Interpretation, die nicht vorzeitig angewendet wurden

Die folgenden, wesentlich geänderten und in europäisches Recht übernommenen Standards und die Interpretation hat die HRE nicht vorzeitig angewendet:

- IFRS 3 (Business Combinations, revised 2008)
- IAS 27 (Consolidated and Separate Financial Statements)
- IAS 32 (Financial Instruments: Presentation: Classification of Rights Issues)
- IAS 39 (Financial Instruments: Recognition and Measurement: Eligible Hedged Items)
- IFRIC 17 (Distributions of Non-Cash Assets to Owners)

In IFRS 3 (revised) wird die Anwendung der Erwerbsmethode bei Unternehmenszusammenschlüssen neu geregelt. Wesentliche Neuerungen betreffen die Bilanzierung von Minderheitsanteilen, die Erfassung von sukzessiven Unternehmenserwerben und die Behandlung von bedingten Kaufpreisbestandteilen und Anschaffungsnebenkosten. Der Standard ist prospektiv erstmals in dem am 1. Januar 2010 beginnenden Geschäftsjahr anzuwenden. Auswirkungen für die HRE ergeben sich abhängig von zukünftigen Unternehmenszusammenschlüssen.

Wesentliche Änderungen des IAS 27 betreffen die Bilanzierung von Transaktionen, bei denen ein Unternehmen weiterhin die Beherrschung behält, sowie Transaktionen, bei denen die Beherrschung untergeht. Der Standard ist prospektiv erstmals in dem am 1. Januar 2010 beginnenden Geschäftsjahr anzuwenden. Auswirkungen für die HRE ergeben sich abhängig von zukünftigen Transaktionen.

Die Änderung des IAS 32 regelt die Bilanzierung beim Emittenten von Bezugsrechten, Optionen und Optionscheinen auf den Erwerb einer festen Anzahl von eigenen Eigenkapitalinstrumenten, die in einer anderen Währung als der funktionalen Währung des Emittenten denominated sind. Die Änderung wird die HRE erstmals in dem am 1. Januar 2011 beginnenden Geschäftsjahr anwenden. Auswirkungen für den Konzernabschluss der HRE werden nicht erwartet, da die HRE derzeit keine derartigen Produkte begeben hat.

Die Änderung von IAS 39 konkretisiert, wie die bestehenden Prinzipien zur Abbildung von Sicherungsbeziehungen anzuwenden sind. Adressiert werden die Designation einseitiger Risiken in einem Grundgeschäft und die Designation von Inflation als ein gesondert identifizierbares Risiko. Die Änderung ist erstmals in dem am 1. Januar 2010 beginnenden Geschäftsjahr anzuwenden. Wesentliche Auswirkungen auf die Sicherungsbeziehungen der HRE werden nicht erwartet.

Die Interpretation IFRIC 17 regelt, wie ein Unternehmen unbare Vermögenswerte zu bewerten hat, die es als Gewinnausschüttung an seine Anteilseigner überträgt. IFRIC 17 ist erstmals in dem am 1. Januar 2010 beginnenden Geschäftsjahr anzuwenden. Auswirkungen für die HRE ergeben sich abhängig von zukünftigen Transaktionen und Gewinnausschüttungen.

Veröffentlichte und noch nicht in europäisches Recht übernommene IFRS und Interpretationen

Die folgenden neuen oder geänderten Standards und Interpretationen hat die HRE im Geschäftsjahr nicht angewendet. Diese Standards und Interpretationen wurden von der EU-Kommission noch nicht in europäisches Recht übernommen:

- IAS 24 (Related Party Disclosures)
- IFRS 2 (Share-based Payment: Group Cash-settled Share-based Payment Transactions)
- IFRS 9 (Financial Instruments)
- IFRIC 14 (Prepayments of a Minimum Funding Requirement)
- IFRIC 19 (Extinguishing Financial Liabilities with Equity Instruments)

Im überarbeiteten IAS 24 wurden gegenüber der Vorgängerversion bestehende Inkonsistenzen hinsichtlich der Definitionen eines nahestehenden Unternehmens und einer nahestehenden Person beseitigt. Zudem sind von staatlich kontrollierten Unternehmen zukünftig nur noch Informationen zu wesentlichen Geschäftsvorfällen mit Unternehmen offenzulegen, die vom selben Staat kontrolliert oder bedeutend beeinflusst werden. Der überarbeitete IAS 24 ist erstmals in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Auswirkungen für die HRE werden insbesondere die neuen Angebotsvorschriften für staatlich kontrollierte Unternehmen haben.

Mit der Änderung von IFRS 2 wird die Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich im Konzern klargestellt. Der geänderte IFRS 2 ist erstmals in dem am 1. Januar 2010 beginnenden Geschäftsjahr anzuwenden. Auswirkungen für den Konzernabschluss der HRE werden nicht erwartet, da die HRE derzeit keine anteilsbasierten Vergütungen zugesagt hat.

Das IASB überarbeitet die derzeitigen Regeln zur Bilanzierung von Finanzinstrumenten. Der neue Standard IFRS 9 (Financial Instruments) soll für ab dem 1. Januar 2013 beginnende Geschäftsjahre gelten. Im November 2009 hat das IASB den ersten Teil des neuen IFRS 9 veröffentlicht, der ausschließlich die Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte behandelt. Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Schulden sollen im ersten Halbjahr 2010 veröffentlicht werden. Der zweite und dritte Teil des neuen Standards werden die Themenbereiche „Wertminderungen von Finanzinstrumenten“ und „Hedge Accounting“ betreffen. Die Auswirkungen des neuen Standards sind jedoch erst abschließend beurteilbar, wenn alle Teile des IFRS 9 veröffentlicht sind.

Die vom IASB veröffentlichte Änderung der Interpretation IFRIC 14 betrifft die Vorschriften zur Bilanzierung von Pensionsplänen. Die Änderung gestattet Unternehmen unter bestimmten Umständen, eine Vorauszahlung von Beiträgen als Vermögenswert zu erfassen. Der geänderte IFRIC 14 ist erstmals in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Aus der Änderung werden keine Auswirkungen für die HRE erwartet.

Die Interpretation IFRIC 19 regelt die Bilanzierung, wenn ein Unternehmen teilweise oder vollständig eine finanzielle Verbindlichkeit durch Ausgabe von Aktien oder anderen Eigenkapitalinstrumenten tilgt. Die Interpretation ist erstmals in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2010 beginnen. Auswirkungen für die HRE ergeben sich abhängig von zukünftigen Transaktionen.

Zudem wurden im Rahmen des Annual Improvement Projects 2009 diverse Standards und Interpretationen vom IASB geändert. Ein Großteil der Änderungen ist erstmals in dem am 1. Januar 2010 beginnenden Geschäftsjahr anzuwenden. Aus diesen Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung des Abschlusses sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HRE erwartet.

Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex Der Vorstand der Gesellschaft hat für dieses als ein mittelbar vollständig im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland stehendes Unternehmen die Anwendung des Public-Corporate-Governance-Kodex mit der Maßgabe „comply or explain“ und unter dem Vorbehalt einer gleichlautenden Beschlussfassung des Aufsichtsrats beschlossen. Vorstand und Aufsichtsrat werden daher eine Entsprechenserklärung zum Public-Corporate-Governance-Kodex nach entsprechender Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat auf der Internetseite der Gesellschaft (www.hyporealestate.com) veröffentlichen.

Konzernlagebericht Der Konzernlagebericht erfüllt die Anforderungen des § 315 Abs. 1 und 2 HGB und des DRS 15. Er umfasst einen Bericht über das Geschäft und die Rahmenbedingungen, einen Bericht über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, einen Nachtrags- und Prognosebericht sowie einen Risikobericht. Der Risikobericht (insbesondere in den Kapiteln Adressrisiken, Marktrisiko und Liquiditätsrisiko) enthält Angaben, die nach IFRS 7 verpflichtend offenzulegen sind. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind im Nachtragsbericht und in den Wesentlichen Ereignissen aufgeführt.

3 Stetigkeit

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wendet die HRE dem Rahmenkonzept der IFRS sowie den IAS 1 und IAS 8 folgend stetig an. Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine Ansatz-, Bewertungs- und Ausweismethoden geändert.

4 Konzerneinheitliche Bilanzierung

Die Einzelabschlüsse der konsolidierten in- und ausländischen Unternehmen gehen unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze in den IFRS-Konzernabschluss der HRE Holding ein.

5 Konsolidierung

HRE Holding und Tochterunternehmen (inklusive Zweckgesellschaften)	voll konsolidiert		nicht voll konsolidiert (wegen Unwesentlichkeit/ nicht konsolidierungspflichtig gemäß SIC-12)		Insgesamt
	insgesamt	davon Zweck- gesellschaften	insgesamt	davon Zweck- gesellschaften	
1.1.2009	74	45	45	20	119
Zugänge	3	3	2	—	5
Abgänge	11	9	10	7	21
Verschmelzung	1	—	3	—	4
31.12.2009	65	39	34	13	99

Assoziierte Unternehmen und sonstige Beteiligungen	Assoziierte Unternehmen	Sonstige Beteiligungen	Insgesamt
1.1.2009	13	11	24
Zugänge	—	3	3
Abgänge	—	7	7
31.12.2009	13	7	20

Dieser Abschluss enthält im Abschnitt „Anteilsbesitz“ eine Anteilsbesitzliste. Dort werden die Tochterunternehmen danach gegliedert, ob sie konsolidiert worden sind oder nicht. Zudem ist der sonstige Anteilsbesitz aufgeführt. Alle voll konsolidierten Unternehmen haben grundsätzlich ihren Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 aufgestellt.

Die bilanziellen Auswirkungen der vertraglichen Beziehungen der Konzernunternehmen zu den nicht konsolidierten Tochterunternehmen sind im Konzernabschluss enthalten. Die zusammengefassten Jahresergebnisse der wegen ihrer untergeordneten Bedeutung nicht konsolidierten Tochterunternehmen betragen insgesamt 0 Mio. €. Jahresfehlbeträge sind dabei nahezu vollständig durch Abschreibungen auf Beteiligungen, Rückstellungen und Ergebnisübernahmen im Konzernabschluss berücksichtigt. Die zusammengefassten Bilanzsummen der nicht konsolidierten Tochterunternehmen belaufen sich auf 0,01 % der Konzernbilanzsumme. Die Anteile an den nicht konsolidierten Unternehmen sind als AFS-Finanzanlagen bilanziert.

Folgende neu gegründete oder bestehende Tochterunternehmen wurden mit Erlangung der Beherrschung neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen:

PSION Synthetic CDO I plc, Dublin, wurde im ersten Quartal 2009 erstkonsolidiert, da die Mehrheit der von der Zweckgesellschaft begebenen Notes erworben wurde. Die Erstkonsolidierung hatte keine wesentliche Auswirkung in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung. Es kam zu einer Bilanzverlängerung in Höhe von 25 Mio. US\$, da die Finanzanlagen und die verbrieften Verbindlichkeiten stiegen.

Die Zweckgesellschaft Sirrah Funding IV Ltd., Dublin, wurde im ersten Quartal 2009 neu gegründet. Sirrah Funding IV Ltd. hat Vermögenswerte der HRE gekauft

und zur Refinanzierung verbrieft. Die HRE hält alle von der Zweckgesellschaft begebenen Tranchen in Höhe von 892 Mio. €. Durch die Erstkonsolidierung ergaben sich somit ein Aktivtausch in der Bilanz und keine wesentlichen Auswirkungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Liffey Camelback LLC, Wilmington, wurde am 15. Juni 2009 erstkonsolidiert. Das Tochterunternehmen der Hypo Real Estate Capital Corp., New York, hat einen Rettungserwerb in Arizona/USA übernommen. Der Buchwert des Rettungserwerbs betrug am Erstkonsolidierungstag und zum 31. Dezember 2009 jeweils 9 Mio. €. Aus der Erstkonsolidierung haben sich ansonsten keine wesentlichen Effekte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung oder in der Bilanz ergeben.

Die aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten Tochterunternehmen DEPFA Erste GmbH, Frankfurt am Main, Högni Portfolio GmbH, München, und PBI-Beteiligungs-GmbH in Liquidation, München, wurden im vierten Quartal 2009 auf ihr Mutterunternehmen Deutsche Pfandbriefbank AG, München, verschmolzen. Es ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung oder die Bilanz des Konzerns.

DEPFA First Albany Securities LLC wurde am 27. März 2009 nach dem Verkauf der Gesellschaft an die New Yorker Investmentbank Jefferies & Company Inc. entkonsolidiert. Aus der Entkonsolidierung der Gesellschaft resultierte ein Gewinn von weniger als 1 Mio. €. Das Ergebnis vor Steuern der Gesellschaft bis zum Entkonsolidierungstag betrug 1 Mio. €. Die Bilanzsumme der DEPFA First Albany Securities LLC am Entkonsolidierungstag betrug 56 Mio. €, davon 24 Mio. € Handelsaktiva, 27 Mio. € Forderungen an Kreditinstitute und 5 Mio. € Sonstige Aktiva auf der Aktivseite sowie 14 Mio. € Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, 1 Mio. € Handelspassiva, 11 Mio. € Sonstige Passiva und 30 Mio. € Eigenkapital auf der Passivseite.

Aufgrund des Verkaufs von mehr als 90 % der Aktien an UTI Asset Management Company Ltd., Mumbai, wurde The India Debt Opportunities Fund Ltd., Ebene/Mauritius, entkonsolidiert. Vor dem Verkauf der Aktien wurden die Vermögenswerte des Fonds auf das Mutterunternehmen DEPFA Bank plc, Dublin, übertragen. Aus der Entkonsolidierung haben sich keine wesentlichen Effekte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung oder der Bilanz des Konzerns ergeben.

Die Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG wurde am 10. und am 29. Juni 2009 in die Handelsregister Frankfurt und München eingetragen. Die neue Einheit firmiert als Deutsche Pfandbriefbank AG. Sitz der Gesellschaft ist München. Der konzerninterne Vorgang hatte keine Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HRE. Darüber hinaus wurde am 30. Juni 2009 die Hypo Real Estate Systems GmbH von der HRE Holding an die Deutsche Pfandbriefbank AG zu einem angemessenen Kaufpreis verkauft. Die konzerninterne Transaktion hatte ebenfalls keine Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HRE.

Die DEPFA Holdings B.V. in Liquidation, Amsterdam, wurde am 28. Dezember 2009 aufgelöst und entkonsolidiert. Die Vermögenswerte der Gesellschaft wurden bereits im Vorjahr auf Konzerngesellschaften übertragen, sodass sich durch die Entkonsolidierung keine wesentlichen Effekte in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung oder in der Bilanz ergaben.

Die folgenden Zweckgesellschaften wurden im Jahr 2009 entkonsolidiert:

- House of Europe II Funding plc, Dublin
- House of Europe III Funding plc, Dublin
- Kiel I Ltd., St. Helier, Jersey
- Kiel II Ltd., St. Helier, Jersey
- Kiel VI Ltd., St. Helier, Jersey
- Kiel VII Ltd., St. Helier, Jersey
- Kiel VIII Ltd., St. Helier, Jersey
- Kiel IX Ltd., St. Helier, Jersey

Die Verbriefungsgesellschaften House of Europe II Funding plc, Dublin, und House of Europe III Funding plc, Dublin, wurden entkonsolidiert, nachdem im Geschäftsjahr 2009 die gehaltenen Tranchen veräußert wurden. Die Entkonsolidierung der beiden Gesellschaften führte zu einer Reduzierung der Konzernbilanzsumme von 1,6 Mrd. €.

Die Zweckgesellschaften Kiel I Ltd., Kiel II Ltd., Kiel VI Ltd., Kiel VII Ltd., Kiel VIII Ltd. und Kiel IX Ltd., St. Helier, wurden im vierten Quartal 2009 aufgelöst. Die Vermögensgegenstände der Gesellschaften wurden im Tausch gegen die emittierten Tranchen an die Deutsche Pfandbriefbank AG übertragen. Aus dem Aktivtausch in der Bilanz ergaben sich keine wesentlichen Auswirkungen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Konsolidierungsgrundsätze Zum Erwerbszeitpunkt werden die Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses verteilt, indem die identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens, die die Ansatzkriterien gemäß IFRS 3.37 erfüllen, zu ihren zu dem Zeitpunkt gültigen beizulegenden Zeitwerten angesetzt werden. Jegliche Differenzen zwischen den Anschaffungskosten für den Unternehmenszusammenschluss und dem Anteil des Erwerbers an dem beizulegenden Nettozeitwert der auf diese Weise angesetzten identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten werden gemäß IFRS 3.51–57 als Geschäfts- oder Firmenwert oder als Überschuss des Anteils des Erwerbers an dem beizulegenden Nettozeitwert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens über die Anschaffungskosten bilanziert. Übersteigt der Anteil an der Summe der beizulegenden Zeitwerte die Anschaffungskosten des Unternehmenszusammenschlusses, werden die identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sowie die Bemessung der Anschaffungskosten des Zusammenschlusses erneut beurteilt; der nach der erneuten Beurteilung noch verbleibende Überschuss wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Geschäftsbeziehungen innerhalb des Konsolidierungskreises werden aufgerechnet. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften werden eliminiert.

6 Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist gemäß IAS 32 ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Ansatz und Ausbuchung Die HRE setzt einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit dann und nur dann in ihrer Bilanz an, wenn eine Konzerngesellschaft Vertragspartei der Regelungen des Finanzinstrumentes wird.

Käufe oder Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden grundsätzlich zum Handelstag bilanziert. Agien und Disagien werden periodengerecht in die Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge eingestellt. Das primäre Abgangskonzept des IAS 39 sieht vor, einen finanziellen Vermögenswert auszubuchen, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken übertragen werden. Werden im Wesentlichen weder alle mit dem Eigentum an dem übertragenen finanziellen Vermögenswert verbundenen Chancen und Risiken übertragen noch zurückbehalten und wird weiterhin die Verfügungsmacht über den übertragenen Vermögenswert ausgeübt, so hat das Unternehmen den Vermögenswert in Höhe des sogenannten anhaltenden Engagements zu aktivieren. Geschäftsvorfälle, die zu einer partiellen Ausbuchung aufgrund eines anhaltenden Engagements führen, liegen in der HRE nicht vor.

Im Fall von echten Pensionsgeschäften und synthetischen Verbriefungen dürfen die übertragenen Vermögenswerte nicht ausgebucht werden, da die Abgangskriterien nach IAS 39 nicht erfüllt sind.

Kategorien gemäß IAS 39 Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird bei erstmaligem Ansatz zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Für die Folgebewertung fordert IAS 39, alle Finanzinstrumente in die dort definierten Kategorien einzustufen, in der Bilanz anzusetzen und in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bewerten:

Held for Trading Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird als „zu Handelszwecken gehalten“ eingestuft, wenn dieser/diese

- hauptsächlich mit der Absicht erworben oder eingegangen wurde, das Finanzinstrument kurzfristig zu verkaufen oder zurückzukaufen
- Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gemanagter Finanzinstrumente ist, für das in der jüngeren Vergangenheit Hinweise auf kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen oder
- ein Derivat ist (mit Ausnahme von Derivaten, die als Sicherungsinstrument designiert werden und als solche effektiv sind).

Held-for-Trading-Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes werden erfolgswirksam erfasst. Held-for-Trading-Finanzinstrumente werden in den Positionen Handelsaktiva und Handelspassiva ausgewiesen. Die Zins- und Dividendenenerträge sowie die Refinanzierungskosten für die Held-for-Trading-Finanzinstrumente werden im Handelsergebnis gezeigt.

Sollte am Handelstag ein Unterschied zwischen Transaktionspreis und Marktwert bestehen und dieser Unterschied auf nicht beobachtbare Parameter zurückzuführen sein, die einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung eines Finanzinstruments haben, so wird dieser Differenzbetrag (sogenannter Day one Profit) nicht direkt in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst, sondern über die Laufzeit der Transaktion verteilt. Der verbleibende Unterschiedsbetrag wird erst dann vereinnahmt, wenn die Bewertungsparameter beobachtbar werden, die Transaktion ausläuft oder beendet wird.

Designated at Fair Value Through Profit or Loss (dFVTPL) Finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten können beim erstmaligen Ansatz als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende/-r finanzieller Vermögenswert beziehungsweise finanzielle Verbindlichkeit“ eingestuft werden, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Eine Designation ist zulässig, wenn durch die Nutzung der Bewertungskategorie entweder eine Ansatz- und Bewertungsinkonsistenz vermieden oder erheblich reduziert wird, das Management und die Performance-Messung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Basis der Fair Values erfolgt oder es sich um ein Instrument

handelt, das ein trennungspflichtiges eingebettetes Derivat enthält. Die HRE designiert finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie dFVTPL lediglich für die ersten beiden Fälle. Zum 31. Dezember 2009 sind in der Kategorie dFVTPL nur festverzinsliche Wertpapiere und Forderungen im Bestand. Nicht zugeordnet werden dieser Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten. Das Portfolio der festverzinslichen Wertpapiere und Forderungen wird auf Fair-Value-Basis gesteuert. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass offene Zinsrisikopositionen des Portfolios weitgehend durch Sicherungsderivate geschlossen werden. Da Wertänderungen von Derivaten nach IAS 39 prinzipiell erfolgswirksam zu behandeln sind, wird durch die Designation der festverzinslichen Wertpapiere und Forderungen in die Kategorie dFVTPL eine Bewertungsinkonsistenz vermieden. Als Ergebnis der Designation der festverzinslichen Wertpapiere und der Forderungen gleichen sich die gegenläufigen Wertentwicklungen, bezogen auf das abgesicherte Risiko in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, weitgehend aus. Die Bilanzierung stimmt somit mit dem Risikomanagement und der Investmentstrategie überein.

dFVTPL-Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes werden erfolgswirksam erfasst. Der Betrag der Änderung des beizulegenden Zeitwertes der Forderung, der durch die Änderungen des Kreditrisikos bedingt ist, ist während des Berichtszeitraums und seit Erstansatz im Anhang ausgewiesen. Der Betrag wird bestimmt als Änderung des beizulegenden Zeitwertes, die nicht auf Änderungen der Marktbedingungen zurückgeht, welche zu einem Marktrisiko geführt haben. Der Effekt aus dem Kreditrisiko stellt somit die Differenz zwischen der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwertes und der Änderung, die auf das Marktwertisiko zurückzuführen ist, dar. Da finanzielle Verbindlichkeiten nicht in die Kategorie dFVTPL designiert werden, hat die HRE keinen Effekt aus der Bewertung der Instrumente mit dem eigenen aktuellen Kreditrisiko. Die festverzinslichen Wertpapiere der Kategorie dFVTPL werden in der Position Finanzanlagen ausgewiesen, die Forderungen unter den Forderungen an Kunden. Die Zinserträge aus den Wertpapieren und Forderungen werden in der Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge gezeigt. Die erfolgswirksam zu erfassenden Bewertungsänderungen (Nettogewinne/Nettoverluste der Fair-Value-Option) werden, wie die Wertänderungen der dazugehörigen Derivate, in der Zeile Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen.

Held to Maturity (HtM) „Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen“ sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die auf einem aktiven Markt notiert sind und die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann. HtM-Finanzinvestitionen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

In der Vergangenheit hat die HRE die Bewertungskategorie HtM verwendet. Da die Absicht geändert wurde, die HtM-Vermögenswerte nicht unbedingt bis zum Ende der Lauf-

zeit zu halten, wurde das gesamte Portfolio der HtM-Bestände gemäß IAS 39.51 zum 1. Juli 2007 in die Kategorie AfS umklassifiziert. In den Geschäftsjahren 2009 und 2008 waren keine Vermögenswerte der Kategorie HtM zugeordnet.

Loans and Receivables (LaR) „Kredite und Forderungen“ sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Die Kredite und Forderungen enthalten Schuldscheindarlehen.

Kredite und Forderungen werden in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und Finanzanlagen bilanziert und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zinserträge aus Krediten und Forderungen werden in Zinsüberschuss und ähnliche Erträge ausgewiesen. Bei Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute werden marktpreisinduzierte Nettogewinne und Nettoverluste aus Vorfälligkeitsentschädigungen und Veräußerungen in der Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge gezeigt. Derartige Nettogewinne und Nettoverluste bei Finanzanlagen werden im Finanzanlageergebnis erfasst. Erfolgswirksam zu erfassende bonitätsinduzierte Wertminderungen werden in der Kreditrisikovorsorge beziehungsweise bei den Finanzanlagen im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

Available for Sale (AfS) „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind jene nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar kategorisiert sind und nicht als Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit gehaltene Investitionen oder finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, eingestuft sind. Die HRE kategorisiert keine Forderungen in die Kategorie AfS, sondern nur Wertpapiere.

AfS-Vermögenswerte werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes werden erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals erfasst (AfS-Rücklage), bis der Vermögenswert verkauft, eingezogen oder anderweitig abgegangen ist oder eine Wertminderung für den finanziellen Vermögenswert gemäß IAS 39.58 ff. festgestellt wurde, sodass zu diesem Zeitpunkt der zuvor im Eigenkapital erfasste kumulative Verlust erfolgswirksam wird. Ist der objektive Grund für die Wertminderung eines AfS-Schuldinstruments weggefallen, ist die Wertberichtigung erfolgswirksam rückgängig zu machen. Erfolgswirksam erfasste Wertberichtigungen für ein AfS-Eigenkapitalinstrument dürfen hingegen nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden.

AfS-Vermögenswerte werden in der Position Finanzanlagen ausgewiesen. Die Zinserträge aus den AfS-Vermögenswerten werden in der Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge ausgewiesen. Nettogewinne und Nettoverluste aus der Veräußerung sowie aus erfolgswirksam zu erfassenden Bewertungsänderungen von AfS-Finanzinstrumenten wegen Impairment oder Zuschreibungen werden im Finanzanlageergebnis gezeigt.

Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten sind solche nicht-derivativen finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert kategorisiert sind.

Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Unverbriefte finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten werden in den Positionen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen; verbrieft, nicht nachrangige Verbindlichkeiten unter den verbrieften Verbindlichkeiten und nachrangige Verbindlichkeiten im Nachrangkapital. Zinsaufwendungen aus finanziellen Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten werden in der Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge gezeigt. Darüber hinaus enthält die Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge Nettogewinne und Nettoverluste aus Rückkäufen und Rücknahmen von finanziellen Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten vor Fälligkeit.

Derivate Derivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes werden erfolgswirksam erfasst, sofern die Derivate nicht im Cash-flow Hedge Accounting abgebildet werden. Die Bewertungsergebnisse aus Stand-alone-Derivaten werden im Handelsergebnis gezeigt und jene aus Sicherungsderivaten im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen. Die Zinsen aus Handelsderivaten werden im Handelsergebnis gezeigt. In der Bilanz werden die Stand-alone-Derivate in den Handelsaktiva und Handelspassiva ausgewiesen und die Sicherungsderivate in den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva.

Trennungspflichtige eingebettete derivative Finanzinstrumente innerhalb eines strukturierten Produkts werden – außerhalb der Kategorien Held for Trading und dFVTPL – vom Basisvertrag getrennt und als eigenständiges derivatives Finanzinstrument erfasst. Der Basiskontrakt wird anschließend in Abhängigkeit von der getroffenen Kategorisierung bilanziert. Die Wertänderung aus den abgetrennten und zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Derivaten wird erfolgswirksam erfasst.

Klassen IFRS 7 schreibt Angaben aufgegliedert nach Klassen von Finanzinstrumenten vor. Die HRE hat als Klassen überwiegend die IAS-39-Bewertungskategorien, unwiderprüfliche Kreditzusagen, Finanzgarantien, Sicherungsderivate und die Barreserve definiert.

Bewertungsmethoden Für Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, basiert die Bewertung, falls vorhanden, auf Börsenkursen oder sonstigen Marktpreisen. Liegt kein Preis von einem aktiven Markt vor, werden beobachtbare Marktpreise vergleichbarer Finanzinstrumente verwendet. Sind keine Preise vergleichbarer Instrumente verfügbar, werden Bewertungsmodelle auf Basis von am Markt beobachtbaren Parametern verwendet. Falls auch dies nicht möglich

ist, werden die Finanzinstrumente auf Basis von Modellen mit nicht am Markt beobachtbaren Parametern bewertet. Bei den verwendeten Bewertungsmodellen handelt es sich um Marktstandardmodelle, auf die in der Note „Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente“ im Zusammenhang mit den Produkten eingegangen wird.

Wertminderung Gemäß IAS 39.58 sind alle finanziellen Vermögenswerte auf Wertminderung zu prüfen. Zu jedem Bilanzstichtag untersucht die HRE einzelfallbezogen, ob objektive Hinweise für eine Wertminderung vorliegen. Die Kriterien zur Feststellung eines solchen objektiven Hinweises sind insbesondere:

- erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Kreditnehmers
- überfällige vertragliche Zins- oder Tilgungszahlungen oder andere Vertragsbrüche
- erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass der Kreditnehmer in Insolvenz oder in ein sonstiges Sanierungsverfahren gehen wird
- Neuverhandlungen aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten
- falls vorhanden, der Marktpreis des Vermögenswertes
- für AfS-Eigenkapitalinstrumente eine signifikante und/oder dauerhafte Wertminderung

Zwei Arten von Wertberichtigungen werden unterschieden: Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen. Wertberichtigungen auf Forderungen werden in einem eigenen Sonderkonto (Wertberichtigungen auf Forderungen) ausgewiesen, anstatt den Buchwert dieses Vermögenswertes zu mindern. Der Aufwand wird in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung unter der Kreditrisikovor-sorge gezeigt. Einzelwertberichtigungen auf AfS-Finanzanlagen sowie Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen auf LaR-Finanzanlagen mindern direkt den Buchwert des Vermögenswertes. In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung wird der Aufwand im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Für finanzielle Vermögenswerte, deren Folgebewertung erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert erfolgt, ist ein Impairment im beizulegenden Zeitwert impliziert.

Die HRE wertberichtigt Forderungen und Finanzanlagen, deren Konditionen neu verhandelt wurden, falls objektive Hinweise für eine Wertminderung vorliegen.

Zur Bemessung der Höhe der Wertberichtigung werden insbesondere die folgenden Faktoren berücksichtigt:

- das gesamte Engagement des Kunden gegenüber der HRE
- der Betrag und der Zeitpunkt der erwarteten Zins- und Tilgungszahlung
- der verwertbare Betrag der Sicherheit und die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Verwertung
- die wahrscheinliche Höhe der Kosten zur Eintreibung von Außenständen
- falls vorhanden, der Marktpreis des Vermögenswertes

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte, für die kein Hinweis auf Einzelwertberichtigung identifiziert wurde, werden zur Berechnung von portfoliobasierten Wertberichtigungen zu kreditrisikoinhärenten Portfolios zusammengefasst. Die portfoliobasierten Wertberichtigungen berücksichtigen eingetretene Wertminderungen, die noch nicht identifiziert wurden. Die zur Bemessung der portfoliobasierten Wertberichtigungen verwendeten Parameter werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Wertminderungen werden insbesondere durch Berücksichtigung folgender Faktoren bestimmt:

- historische Verlustraten in Portfolios mit ähnlichen Kreditrisiko-Charakteristika
- eine Beurteilung, ob die derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen und Kreditbedingungen sich im Vergleich zur Vergangenheit verbessert oder verschlechtert haben
- der geschätzte Zeitraum zwischen Eintreten und Identifizieren einer Wertminderung
- Stand des gegenwärtigen Konjunkturzyklus

Hinsichtlich des Zeitraums zwischen Eintreten und Identifizieren einer Wertminderung wurden die Schätzparameter an die verbesserten Kreditprozesse angepasst. Weitere Anpassungen erfolgten im Vergleich zum Vorjahr für die Berücksichtigung des Konjunkturzyklus, da dieser sich zunehmend in den historischen Verlustraten niederschlägt. Aufgrund der geänderten Parameter ergibt sich eine um 323 Mio. € niedrigere portfoliobasierte Wertberichtigung.

Hedge Accounting Sicherungsbeziehungen zwischen Finanzinstrumenten werden gemäß IAS 39 als Fair Value Hedge, Cashflow Hedge oder als Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb abgebildet. Sicherungsinstrumente sind überwiegend Zinsderivate wie zum Beispiel Zins-Swaps und Optionen. Überwiegend werden Zinsrisiken abgesichert, aber auch andere Risiken wie Währungsrisiken.

Fair Value Hedge Gemäß IAS 39 wird bei einem Fair Value Hedge ein bilanzierter Vermögenswert, eine bilanzierte Verbindlichkeit, eine bilanzunwirksame feste Verpflichtung oder ein genau bezeichneter Teil eines solchen Vermögenswertes, einer solchen Verbindlichkeit oder festen Verpflichtung gegen eine Änderung des beizulegenden Zeitwertes abgesichert, die auf ein bestimmtes Risiko zurückzuführen ist und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben könnte.

Erfüllt die Absicherung des beizulegenden Zeitwertes im Verlauf der Berichtsperiode die Voraussetzungen des IAS 39.88, so erfolgt die Bilanzierung folgendermaßen:

- Der Gewinn oder Verlust aus der erneuten Bewertung des Sicherungsinstruments zum beizulegenden Zeitwert (für ein derivatives Sicherungsinstrument) oder die Währungskomponente seines gemäß IAS 21 bewerteten Buchwertes (für nicht-derivative Sicherungsinstrumente) wird im Periodenergebnis erfasst und

- der Buchwert eines Grundgeschäfts wird um den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Gewinn oder Verlust aus dem Grundgeschäft angepasst und im Periodenergebnis erfasst. Dies gilt für den Fall, dass das Grundgeschäft ansonsten mit den Anschaffungskosten bewertet wird. Der dem abgesicherten Risiko zuzurechnende Gewinn oder Verlust wird im Periodenergebnis erfasst, wenn es sich bei dem Grundgeschäft um einen zur Veräußerung verfügbaren (AfS) finanziellen Vermögenswert handelt. Die Amortisierung des Anpassungsbetrages wird bei Auflösung der Sicherungsbeziehung begonnen.

Das Fair Value Hedge Accounting wird von der HRE zur Abbildung von Mikro-Hedge-Beziehungen verwendet. Das Fair Value Hedge Accounting für ein Portfolio von Zinsrisiken wird nicht angewendet. Ineffektivitäten innerhalb der nach IAS 39 zulässigen Bandbreite werden in der Zeile „Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen“ gezeigt. Zur Effektivitätsmessung wird überwiegend die Regressionsanalyse verwendet. Die Dollar-Offset-Methode wird zur Quantifizierung der Ineffektivität herangezogen. Wird eine Absicherungsbeziehung aus anderen Gründen als der Ausbuchung der abgesicherten Position beendet, wird die Differenz zwischen dem Buchwert der abgesicherten Position zu diesem Zeitpunkt und dem Wert, den diese Position ohne Absicherung aufgewiesen hätte (die nicht-amortisierte Fair-Value-Anpassung), über die verbleibende Restlaufzeit der ursprünglichen Absicherung erfolgswirksam amortisiert. Wird das abgesicherte Instrument beispielsweise infolge von Verkauf oder Rückzahlung ausgebucht, wird die nicht-amortisierte Fair-Value-Anpassung sofort erfolgswirksam erfasst.

Cashflow Hedge Bei einem Cashflow Hedge wird gemäß IAS 39 das Risiko schwankender Zahlungsströme abgesichert, das auf ein bestimmtes, mit dem bilanzierten Vermögenswert oder der bilanzierten Verbindlichkeit (wie beispielsweise ein Teil oder alle künftigen Zinszahlungen einer variabel verzinslichen Schuld) oder dem mit einer erwarteten und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden künftigen Transaktion verbundenes Risiko zurückzuführen ist und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben könnte.

Beim Cashflow Hedge Accounting werden Derivate bilanziert, die im Rahmen des Aktiv-/Passiv-Managements der Absicherung des Zinsänderungsrisikos dienen. So werden die zukünftigen variablen Zinszahlungen für zinsvariable Forderungen und Verbindlichkeiten vorwiegend mittels Zins-Swaps in feste Zahlungen getauscht.

Das Cashflow-Hedge-Modell wird bei der HRE zur Absicherung von Zinsrisiken auf Portfoliobasis eingesetzt. Geplante Transaktionen werden dabei nicht angesetzt.

Sicherungsinstrumente werden beim Cashflow Hedge Accounting zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Das Bewertungsergebnis ist in einen effektiven und einen ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung zu trennen.

Der effektive Teil des Sicherungsinstruments wird erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals (Cashflow-Hedge-Rücklage) erfasst. Der ineffektive Teil des Sicherungsderivats wird erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Eine Sicherungsbeziehung gilt als effektiv, wenn zu Beginn und über die gesamte Laufzeit der Geschäfte Änderungen der Zahlungsströme der Grundgeschäfte nahezu vollständig (Bandbreite von 80 % bis 125 %) durch Änderungen der Zahlungsströme der Sicherungsinstrumente kompensiert werden. Um die Effektivität nachzuweisen, werden vierteljährlich die zukünftigen variablen Zinszahlungen aus den zu sichernden Forderungen und Verbindlichkeiten den variablen Zinszahlungen aus den Zinsderivaten in detaillierten Laufzeitbändern gegenübergestellt. Zur Effektivitätsmessung werden die Dollar-Offset-Methode oder statistische Methoden verwendet.

In den Perioden, in denen die Zahlungsströme der gesicherten Grundgeschäfte das Periodenergebnis beeinflussen, wird die Cashflow-Hedge-Rücklage erfolgswirksam aufgelöst. Falls eine Cashflow-Absicherung für eine vorgesehene Transaktion als nicht mehr wirksam erachtet oder die Absicherungsbeziehung beendet wird, wird der kumulierte Gewinn oder Verlust, der ursprünglich direkt im Eigenkapital gebucht worden war, auf dem Absicherungsinstrument noch so lange dort behalten, bis die vereinbarte oder vorgesehene Transaktion erfolgt. Zu diesem Zeitpunkt wird der Gewinn oder Verlust erfolgswirksam gebucht.

Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb Die Absicherung einer Nettoinvestition gegen Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung wird auch als Net Investment Hedge bezeichnet. Die Bilanzierung von Net Investment Hedges erfolgt in gleicher Weise wie die von Cashflow Hedges. Die HRE hat im Geschäftsjahr 2009 und zum 31. Dezember 2008 keine Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe abgesichert.

7 Barreserve

Die Barreserve enthält Guthaben bei Zentralnotenbanken und wird zu Anschaffungskosten bewertet.

8 Handelsaktiva

Die Handelsaktiva enthalten Wertpapiere des Handelsbestandes sowie positive Marktwerte von Handelsderivaten und Stand-alone-Derivaten des Bankbuchs. Darüber hinaus werden innerhalb der Handelsaktiva Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen, soweit sie Handelszwecken dienen, ausgewiesen.

Handelsaktiva werden mit den beizulegenden Zeitwerten bewertet. Bei nicht börsengehandelten originären und derivativen Finanzgeschäften wird der Bilanzwert mithilfe interner Preismodelle auf Basis von Barwertkalkülen beziehungsweise Optionspreismodellen ermittelt. Bewertungs- und Realisierungsgewinne und -verluste aus Handelsaktiva werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Handelsergebnis ausgewiesen.

9 Forderungen

Forderungen werden in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen und gemäß IAS 39 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, sofern es sich nicht um dFVTPL-Forderungen, AfS-Forderungen oder Grundgeschäfte eines Fair Value Hedge handelt. dFVTPL-Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes werden erfolgswirksam erfasst. Zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 hatte die HRE keine Forderungen der Kategorie AfS im Bestand.

Wertberichtigungen auf Forderungen werden in einer eigenen Position Risikovorsorge in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung gezeigt. Alle übrigen Erträge und Aufwendungen aus Forderungen inklusive der Nettogewinne und Nettoverluste werden in der Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge ausgewiesen.

10 Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (Risikovorsorge)

Eine Risikovorsorge für Kreditrisiken wird gebildet, wenn objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass nicht der gesamte gemäß der ursprünglichen vertraglichen Bedingungen geschuldete Betrag eingebracht werden kann. Der Bemessung der Risikovorsorge liegen im Wesentlichen Erwartungen hinsichtlich Kreditausfällen, der Struktur und Qualität der Kreditportfolios sowie gesamtwirtschaftliche Einflussfaktoren auf Einzel- und Portfoliobasis zugrunde.

Einzelwertberichtigungen Für alle erkennbaren Ausfallrisiken entspricht die Risikovorsorge der Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswertes und dem Barwert der erwarteten künftigen Cashflows. Letzterer wird

anhand des ursprünglichen Effektivzinssatzes errechnet. Marktzinsänderungen wirken sich dabei nicht aus. Die durch Zeitablauf bedingte Erhöhung des Barwerts einer wertberechtigten Forderung (sogenanntes Unwinding) wird als Zinsertrag ausgewiesen.

Portfoliobasierte Wertberichtigungen Forderungen, für die kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden gemäß IAS 39.64 zu risikoinhärenten Portfolios zusammengefasst. Für diese werden portfoliobasierte Wertberichtigungen gebildet, deren Höhe sich nach aktuellen Ereignissen, Informationen über signifikante Änderungen im technologischen, marktbezogenen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Umfeld mit nachteiligen Folgen sowie nach historischen Ausfallquoten bemisst.

Die Risikovorsorge unterteilt sich in Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen wie noch nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen. Eine Wertberichtigung auf Forderungen wird als Abzugsposten auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesen, wohingegen eine Rückstellung für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen auf der Passivseite der Bilanz gezeigt wird. In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden grundsätzlich alle Effekte in der Position Kreditrisikovorsorge ausgewiesen. Lediglich der Ertrag aus der durch Zeitablauf bedingten Erhöhung des Barwerts der wertberechtigten Forderungen wird in der Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge gezeigt.

11 Finanzanlagen

In den Finanzanlagen werden dFVTPL-, LaR- und AfS-Wertpapiere bilanziert. dFVTPL- und AfS-Finanzanlagen werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes von dFVTPL-Finanzanlagen werden erfolgswirksam erfasst und im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen ausgewiesen. Änderungen des beizulegenden Zeitwertes von AfS-Finanzanlagen werden erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals erfasst (AfS-Rücklage), bis der Vermögenswert verkauft, eingezogen oder anderweitig abgegangen ist oder eine Wertminderung für den finanziellen Vermögenswert gemäß IAS 39.58 ff. festgestellt wurde, sodass zu diesem Zeitpunkt der zuvor im Eigenkapital erfasste kumulative Gewinn oder Verlust erfolgswirksam wird. Einzelwertberichtigungen auf AfS-Finanzanlagen mindern direkt den Buchwert des Vermögenswertes. Portfoliobasierte Wertberichtigungen sind nicht auf AfS-Finanzanlagen zu bilden. AfS-Finanzanlagen, die effektiv gegen Marktpreisrisiken abgesichert sind, werden im Rahmen des Fair Value Hedge Accounting abgebildet. LaR-Finanzanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Einzelwertberichtigungen und portfoliobasierte Wertberichtigungen auf LaR-Finanzanlagen mindern direkt den Buchwert des Vermögenswertes. In den Geschäftsjahren 2009 und 2008 hatte die HRE keine HtM-Finanzanlagen.

12 Sachanlagen

Sachanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die Buchwerte werden – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer gemindert. Darüber hinaus werden Sachanlagen mindestens einmal jährlich auf Anhaltspunkte für eine außerplanmäßige Wertminderung geprüft. Sofern eine Wertminderung eingetreten ist, erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung. Entfallen die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung, werden Zuschreibungen maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Bei Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer unter Berücksichtigung von Verlängerungsoptionen zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die wirtschaftliche Nutzungsdauer.

Wirtschaftliche Nutzungsdauer	
in Jahren	
Einbauten in fremde Anwesen	5–15
EDV-Anlagen (im weiteren Sinne)	3– 5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–25

Nachträglich angefallene Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden aktiviert, sofern dem Unternehmen ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Maßnahmen zum Erhalt der Sachanlagen werden in dem Geschäftsjahr, in dem sie entstanden sind, erfolgswirksam erfasst.

13 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten ist im Wesentlichen erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen. Geschäfts- oder Firmenwerte, Markennamen und Kundenbeziehungen sind seit ihrer vollständigen Abschreibung im Jahr 2008 nicht mehr aktiviert.

Software stellt immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer dar. Erworbene Software wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Selbst erstellte Software aktiviert die HRE, wenn der Konzern mit großer Wahrscheinlichkeit wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Die aktivierungsfähigen Aufwendungen für selbst erstellte Software umfassen externe, direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personalaufwendungen für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Software wird über eine erwartete Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren linear abgeschrieben. Darüber hinaus sind immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer mindestens jährlich und wenn es einen Anhaltspunkt dafür gibt, dass der immaterielle Vermögenswert wertgemindert sein könnte, auf Werthaltigkeit zu prüfen.

14 Sonstige Aktiva

Unter den Sonstigen Aktiva werden vor allem die positiven beizulegenden Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedging-Derivate und Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern), Rettungserwerbe und die aktivierte Überdeckung der Rückdeckungsversicherung für Pensionsverpflichtungen ausgewiesen. Rettungserwerbe werden wie Vorräte gemäß IAS 2 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet.

15 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten, die nicht Grundgeschäfte eines effektiven Fair Value Hedges sind und die nicht der Kategorie dFVTPL angehören, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Agien und Disagien werden dabei anteilig berücksichtigt. Unverzinsliche Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt. Die HRE hat Verbindlichkeiten nicht in die Bewertungskategorie dFVTPL designiert. Alle Erträge und Aufwendungen aus Verbindlichkeiten inklusive der als Nettogewinne und Nettoverluste gezeigten Einlösungsgewinne und -verluste werden in der Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge gezeigt.

16 Handelspassiva

Unter den Handelspassiva sind die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Refinanzierungspositionen des Handelsbestandes ausgewiesen. Darüber hinaus sind in den Handelspassiva negative Marktwerte von Handelsderivaten und Stand-alone-Derivaten des Bankbuchs enthalten. Handelspassiva werden mit den beizulegenden Zeitwerten bewertet. Bewertungs- und Realisierungsgewinne und -verluste aus Handelspassiva werden in der Gewinn- und Verlust-Rechnung im Handelsergebnis ausgewiesen.

17 Rückstellungen

Bei der Ermittlung der Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften wird die bestmögliche Schätzung nach IAS 37.36 ff. verwendet. Langfristige Rückstellungen werden grundsätzlich abgezinst.

Rückstellungen für leistungsorientierte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 gebildet. Die Berechnung erfolgt nach der „Projected Unit Credit“-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) und berücksichtigt neben dem Barwert der erdienten Pensionsansprüche auch die noch ungetilgten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste. Diese ergeben sich aus Abweichungen zwischen den erwarteten und den tatsächlich eingetretenen Werten (zum Beispiel mehr oder weniger Inva-

liditäts- oder Todesfälle als nach den verwendeten Rechnungsgrundlagen erwartet) oder aus Änderungen der Berechnungsparameter.

Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste werden nach dem sogenannten Korridorverfahren behandelt: Eine erfolgswirksame Berücksichtigung ist demnach in den Folgejahren erst dann vorzunehmen, wenn die insgesamt zum Abschlussstichtag aufgelaufenen Gewinne oder Verluste den Korridor von 10 % des höheren Betrags aus dem Barwert der verdienten Pensionsansprüche und den Vermögenswerten einer eventuell vorhandenen externen Versorgungseinrichtung überschreiten. Die Verteilung des erfolgswirksam zu behandelnden Betrages erfolgt über die erwartete durchschnittliche Restlebensarbeitszeit der vom Plan erfassten Arbeitnehmer.

Der Zinssatz zur Diskontierung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen orientiert sich an dem langfristigen Zinssatz für erstklassige festverzinsliche Unternehmensanleihen am Abschlussstichtag.

Die HRE hat zum 1. Januar 2005 eine nach IAS 19 als „Qualifying Insurance Policy“ zu behandelnde Rückdeckungsversicherung abgeschlossen, um Teile der Risiken aus den leistungsorientierten Pensionszusagen abzusichern. Die Rückdeckungsversicherungen sind an die Versorgungsberechtigten verpfändet und stellen Planvermögen gemäß IAS 19 dar. Die Pensionsverpflichtungen sind mit dem Planvermögen unter Berücksichtigung der Begrenzung gemäß IAS 19.58 zu saldieren.

Der im Verwaltungsaufwand in der Position Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung enthaltene Aufwand für leistungsorientierte Pensionszusagen wurde gemäß IAS 19 um die erwarteten Erträge aus dem Planvermögen gemindert.

18 Sonstige Passiva

Unter den Sonstigen Passiva werden neben den negativen beizulegenden Zeitwerten aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedging-Derivate und Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern) vor allem abgegrenzte Verbindlichkeiten ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Verbindlichkeiten für erhaltene oder gelieferte Güter oder Dienstleistungen, die weder bezahlt noch vom Lieferanten in Rechnung gestellt oder formal vereinbart wurden. Hierzu gehören auch kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, zum Beispiel Gleitzeitguthaben und Urlaubsansprüche. Die abgegrenzten Schulden sind in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt worden.

Sofern die hier aufgezählten Verpflichtungen am Abschlussstichtag noch nicht genau quantifizierbar und die Voraussetzungen des IAS 37 zur Bildung von Rückstellungen erfüllt sind, sind die Verpflichtungen unter den Rückstellungen auszuweisen.

19 Nachrangkapital

Nachrangkapital darf im Falle des Konkurses oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Das Nachrangkapital der HRE umfasst nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtskapital und Hybride Kapitalinstrumente. Bei einigen Instrumenten des Nachrangkapitals nehmen die Inhaber an einem etwaigen Jahresfehlbetrag beziehungsweise Bilanzverlust teil. Darüber hinaus kann unter bestimmten Voraussetzungen der Zinsanspruch entfallen oder sich reduzieren. Bei anderen Instrumenten entfällt bei einem Jahresfehlbetrag lediglich die Verzinsung, wobei diese, je nach Gestaltungsform, wieder aufgeholt werden kann.

Die von Unternehmen der HRE emittierten Nachrangkapitalinstrumente werden gemäß IAS 32 als finanzielle Verbindlichkeit oder als Eigenkapitalinstrument entsprechend der wirtschaftlichen Substanz der vertraglichen Vereinbarung und den Begriffsbestimmungen für finanzielle Verbindlichkeiten und Eigenkapitalinstrumente klassifiziert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die fortgeführten Anschaffungskosten sind der Betrag, mit dem das Nachrangkapital beim erstmaligen Ansatz bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode sowie abzüglich etwaiger erwarteter Minderungen an Zins- und/oder Kapitaldienst.

Im Rahmen der Anwendung der Effektivzinsmethode führten in den Jahren 2008 und 2009 eine erwartete Minderung des Zinsanspruchs und/oder eine erwartete Verlustteilnahme des Nachrangkapitals zu einer Abwertung des Nachrangkapitals. Diese Abwertung wird als Zinsertrag in der Gewinn- und Verlust-Rechnung dargestellt. In den Folgejahren wird aus der durch Zeitablauf bedingten Erhöhung des Barwertes ein Aufwand resultieren.

20 Stille Einlage

In 2009 hat der SoFFin der Deutschen Pfandbriefbank AG eine stille Einlage in Höhe von 1,0 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Die stille Einlage wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen. An einem Bilanzverlust der Deutschen Pfandbriefbank AG nimmt der stille Gesellschafter SoFFin bis zur vollen Höhe der stillen Einlage teil. In Übereinstimmung mit der wirtschaftlichen Substanz der vertraglichen Vereinbarung und den Regelungen des IAS 32 wurde die stille Einlage beim erstmaligen Ansatz als Eigenkapitalinstrument klassifiziert. Die Bewertung der stillen Einlage im Zugangszeitpunkt erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Fair Value der erhaltenen Gegenleistung entsprechen.

21 Aktienbasierte Vergütung

Zum 31. Dezember 2009 hat kein Unternehmen der HRE aktienbasierte Vergütungen zugesagt. Alle zugeteilten Aktien der HRE Holding des Mitarbeiterbeteiligungsplans der DEPFA Bank plc wurden im zweiten Quartal 2009 an die Mitarbeiter des Konzerns übertragen und sind spätestens mit dem Squeeze-out auf den SoFFin übergegangen.

22 Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Zum Abschlussstichtag werden monetäre Posten in Fremdwährung zum Stichtagskurs in die funktionale Währung umgerechnet. Die Berichtswährung ist Euro. Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten in einer Fremdwährung bewertet wurden, werden mit ihrem Anschaffungskurs angesetzt.

Erträge und Aufwendungen, die sich aus der Währungsumrechnung bei den einzelnen Konzerngesellschaften ergeben, werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Position Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen erfasst.

Im vorliegenden Konzernabschluss sind die Bilanzpositionen der Tochterunternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit marktgerechten Kursen am Abschlussstichtag umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Tochterunternehmen werden Durchschnittskurse verwendet. Differenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse der Tochterunternehmen werden erfolgsneutral behandelt und sind in der Entwicklung des Eigenkapitals ausgewiesen. Der Konsolidierungskreis schließt keine Unternehmen aus Hochinflationländern ein.

23 Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden bis auf die im Standard festgelegten Ausnahmen für alle temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen nach IFRS und den Steuerwerten sowie auf die Unterschiedsbeträge, die sich aus der konzerneinheitlichen Bewertung und Konsolidierung ergeben, gebildet (bilanzorientiertes Vorgehen). Latente Steueransprüche aufgrund von ungenutzten steuerlichen Verlustvorträgen, Zinsvorträgen und Steuergutschriften werden angesetzt, soweit dies nach IAS 12.34 ff. notwendig ist.

Die Berechnung der latenten Steuern erfolgt mit den jeweiligen nationalen Steuersätzen, die zum Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenzen erwartet werden, denn die Konzeption der latenten Steuern beruht auf der Darstellung zukünftiger Steueransprüche beziehungsweise Steuerpflichtungen (Liability-Methode). Änderungen der Steuersätze sind berücksichtigt. Die Auszahlung des per

31. Dezember 2006 aktivierten Körperschaftsteuererminderungsguthabens erfolgt seit dem 1. Januar 2008 unabhängig von einer Dividendenzahlung über einen Zeitraum von zehn Jahren. Der unverzinsliche Anspruch war mit dem Barwert zu bewerten. Für die Diskontierung wurde ein Zinssatz von 3,7 % p.a. verwendet. Änderungen des aktivierten Körperschaftsteuererminderungsguthabens aufgrund im Jahr 2009 für frühere Veranlagungszeiträume erlassener Steuerbescheide sind entsprechend erfolgswirksam berücksichtigt worden.

24 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen sind nach IFRS 5 am Bilanzstichtag mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten zu bewerten. Die Vermögenswerte sind separat in der Bilanz auszuweisen. Die HRE hatte zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 keine wesentlichen zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte im Bestand.

25 Zukunftsbezogene Annahmen und Schätzungsunsicherheiten

Bei der Aufstellung des Abschlusses trifft die HRE zukunftsbezogene Annahmen sowie Schätzungen. Dadurch kann ein beträchtliches Risiko entstehen, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden erforderlich wird.

Unternehmensfortführung Der Konzernabschluss der HRE Holding basiert auf der Annahme, den Geschäftsbetrieb fortzuführen. Die Voraussetzungen für eine Unternehmensfortführung sind im Prognosebericht beschrieben.

Nicht vorzeitig angewendete Standards Standards, die neu herausgegeben oder überarbeitet wurden und die nicht vorzeitig angewendet werden, könnten im Rahmen der erstmaligen Anwendung zu Änderungen in der Bilanzierung und Bewertung sowie im Ausweis der Vermögenswerte und Schulden führen. Die nicht vorzeitig angewendeten Standards sind ausführlich in Note 2 beschrieben.

Wertberichtigungen auf Forderungen Das Kreditportfolio der HRE wird mindestens jährlich auf Wertminderungen überprüft. Es ist zu beurteilen, ob die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme niedriger als die tatsächlich vereinbarten Zahlungsströme sind. Dabei ist abzuschätzen, ob beobachtbare Daten auf eine messbare Verringerung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme hinweisen. Hinweise umfassen beispielsweise beobachtbare Daten, die auf eine nachteilige Veränderung beim Zahlungsstand von Kreditnehmern schließen lassen, sowie volkswirtschaftliche oder wirtschaftliche Faktoren, die mit Ausfällen des Portfolios korrelieren. Die Methoden und die Annah-

men zur Schätzung der Höhe und des zeitlichen Verlaufs der Zahlungsströme werden regelmäßig überprüft, damit die Differenzen zwischen geschätzten und tatsächlichen Ausfällen möglichst gering gehalten werden können. Der Ermittlung der portfoliobasierten Wertberichtigungen liegen ferner die Annahme der Verlust-Bestimmungs-Periode (Loss Identification Period) wie auch das erwartete Volumen, basierend auf statistischen Daten, zugrunde.

Wertberichtigungen auf Finanzanlagen Für die Bewertung der Mehrheit der strukturierten Produkte und für andere Wertpapiere waren in den Jahren 2008 und 2009 keine verlässlichen Marktpreise vorhanden. Diese wurden mithilfe von Bewertungsmodellen auf Basis von am Markt beobachtbaren Parametern bewertet. Dazu werden die erwarteten Zahlungsströme mit den pro Produktart, Rating-kategorie und Währung zugeordneten Swap-Kurven diskontiert. Die Methoden und die Annahmen zur Schätzung der Höhe und des zeitlichen Verlaufs der Zahlungsströme werden regelmäßig überprüft, damit die Differenzen zwischen geschätzten und tatsächlichen Ausfällen möglichst gering gehalten werden können.

Beizulegende Zeitwerte von originären und derivativen Finanzinstrumenten Die beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die nicht auf aktiven Märkten notiert sind, werden mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt. In solchen Fällen erfolgt regelmäßig eine Überprüfung, ob die Bewertungsmodelle einen vergleichbaren Maßstab für die aktuellen Marktpreise liefern. Aus praktischen Gründen können in den Bewertungsmodellen nur quantifizierbare Faktoren (zum Beispiel Zahlungsströme, Diskontierungssätze) berücksichtigt werden, die gleichwohl Schätzungen erfordern. Änderungen von Annahmen über diese Faktoren könnten die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente beeinflussen.

Eingebettete Derivate Ein eingebettetes Derivat ist gemäß IAS 39.11 vom Basisvertrag zu trennen und separat zu bewerten, wenn neben anderen Kriterien die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrages verbunden sind. Die wirtschaftlichen Risiken von Grundgeschäft und eingebettetem Derivat werden mit aktuellen Messmethoden gemessen, um das Vorliegen einer Trennungspflicht zu beurteilen.

Hedge Accounting Beziehungen zwischen Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten können im Hedge Accounting abgebildet werden. Eine Beziehung qualifiziert sich nur dann für das Hedge Accounting, wenn bestimmte Bedingungen gemäß IAS 39.88 erfüllt sind. Unter anderem muss die Absicherung hinsichtlich der Erreichung einer Kompensation der Risiken aus Änderungen des beizulegenden Zeitwertes oder der Cashflows in Bezug auf das abgesicherte Risiko als in hohem Maße wirksam gelten.

Die Ermittlung der Wirksamkeit der Risikoabsicherung ist abhängig von Risikomessmethoden, den verwendeten Parametern und Annahmen zur Eintrittswahrscheinlichkeit. Diese Methoden und Parameter werden im Einklang mit den Risikomanagement-Zielsetzungen und -Strategien weiterentwickelt.

Ertragsteuern Die HRE unterliegt bei der Kalkulation der Ertragsteuern den unterschiedlichsten nationalen Steuerregelungen. Zur Beurteilung des Steueraufwands sind jeweils Schätzungen erforderlich, die mit den zum Abschlussstichtag vorhandenen Erkenntnissen eng an der im folgenden Geschäftsjahr zu erstellenden Jahressteuererklärung orientiert sind. In einigen Ländern sind die tatsächlichen Steuerlasten, die auf das laufende Geschäftsjahr entfallen, erst nach entsprechender Steuerprüfung endgültig festzustellen. Diese Abweichungen vom geschätzten Steueraufwand können den Steueraufwand in zukünftigen Geschäftsjahren positiv oder negativ beeinflussen.

Bei der Aktivierung von Verlustvorträgen und sonstigen Steuergutschriften unterliegen sowohl die Höhe als auch die tatsächliche Verfügbarkeit Schätzungen. Wesentliche Verlustvorträge sind dem deutschen Steuerrecht zuzuordnen und hängen in ihrer Verfügbarkeit unter anderem von den Einschränkungen der §§ 8 Abs. 4 und 8c KStG beziehungsweise § 10a GewStG ab. Latente Steueransprüche auf Verlustvorträge sind in dem Umfang bilanziert, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zukünftiges zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge verwendet werden können.

Die Höhe der zukünftigen Auszahlungen des Körperschaftsteuerminderungsguthabens wurde unter Barwertbetrachtung mit Berücksichtigung einer Verzinsung von 3,7 % p.a. ermittelt.

Segmentberichterstattung

26 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung nach Geschäftssegmenten

Die HRE richtet ihr Geschäft neu aus. Zum einen werden die strategischen, zukunftsfähigen Geschäftsfelder herausgearbeitet, wofür die strategischen Aktivitäten in der Kernbank Deutsche Pfandbriefbank AG gebündelt werden. Zum anderen werden nicht-strategische Portfolios abgebaut, wobei die Gewinn-und-Verlust-Rechnung weitestgehend nicht belastet werden soll. Parallel zu dieser verabschiedeten Neuausrichtung der HRE wird die bestehende Segmentstruktur grundlegend überarbeitet. Bis die Unternehmenssteuerung vollständig umgestellt sein wird, unterteilt die HRE ihre Geschäftsaktivitäten weiterhin in die drei operativen Segmente Commercial Real Estate, Public Sector & Infrastructure Finance und Capital Markets & Asset Management. Darüber hinaus wird das Corporate Center ausgewiesen.

Commercial Real Estate (CRE) In diesem Geschäftssegment werden vor allem das internationale und das deutsche Geschäft an strategischen gewerblichen Immobilienfinanzierungen inklusive der Kundenderivate der Deutschen Pfandbriefbank AG zusammengefasst.

Public Sector & Infrastructure Finance (PS & IF) Das Geschäftssegment umfasst vor allem das Public-Sector-Geschäft. Darüber hinaus beinhaltet das Segment das Portfolio der Infrastrukturfinanzierungen und Asset-Based-Finanzierungen.

Capital Markets & Asset Management (CM&AM) Das Geschäftssegment umfasst das Capital-Markets- und Asset-Management-Geschäft des Konzerns. Die Plattform Capital Markets beinhaltet die Mehrheit der Handelsaktiva

und Handelspassiva sowie die Erträge aus Verbriefungen und dem Geschäft aus bestimmten Kundenderivaten. Die Plattform Asset Management umfasst unter anderem die Positionierung in Guaranteed Investment Contracts (GIC).

In der Spalte **Corporate Center** sind die Ergebnisbeiträge aus bestimmten nicht strategiekonformen Portfolios wie den CDOs und MBS dargestellt. Darüber hinaus beinhaltet es Ergebnisbeiträge aus der HRE Holding sowie die Aufwendungen wesentlicher Konzernfunktionen.

Der Segmentbericht der HRE basiert auf den internen Controlling-Instrumenten und dem Management-Informationssystem, das gemäß IFRS erstellt wird. Erträge und Aufwendungen werden verursachungsgerecht zugeordnet, wobei bei der Ertragszuordnung Portfoliostrukturen zugrunde liegen. Verwaltungsaufwendungen werden verursachungsgerecht den Segmenten zugerechnet. Die Segmente erzielten nur konzernexterne Erträge, nicht jedoch Erträge mit anderen Segmenten der HRE oder mit dem Corporate Center. Es gab daher keine Konsolidierungssachverhalte zwischen den Segmenten oder mit dem Corporate Center. Grundlage der Management-Information sind die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzernabschlusses nach IFRS. Eine Überleitung auf die im Konzernabschluss verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist demnach nicht erforderlich.

Die Cost-Income-Ratio ist das Verhältnis zwischen dem Verwaltungsaufwand und den operativen Erträgen, bestehend aus dem Zinsüberschuss und ähnlichen Erträgen, dem Provisionsüberschuss, dem Handelsergebnis, dem Finanzanlageergebnis, dem Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen.

27 Erfolgsrechnung nach Geschäftssegmenten

Erträge/Aufwendungen						
in Mio. €		CRE	PS & IF	CM & AM	Corporate Center	HRE
Operative Erträge	2009	587	148	31	– 347	419
	2008	876	609	– 506	– 1.564	– 585
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	2009	632	683	65	16	1.396
	2008	756	730	73	74	1.633
Provisionsüberschuss	2009	97	– 477	– 73	– 189	– 642
	2008	95	– 39	5	– 29	32
Handelsergebnis	2009	– 151	34	–	– 37	– 154
	2008	– 45	– 124	– 518	– 322	– 1.009
Finanzanlageergebnis	2009	3	– 7	33	– 30	– 1
	2008	58	13	– 61	– 1.419	– 1.409
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	2009	–	– 86	6	– 37	– 117
	2008	–	26	– 5	65	86
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	2009	6	1	–	– 70	– 63
	2008	12	3	–	67	82
Kreditrisikovorsorge	2009	1.866	203	–	22	2.091
	2008	1.066	420	–	170	1.656
Verwaltungsaufwand	2009	177	89	26	249	541
	2008	155	75	32	343	605
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA	2009	–	–	–	–	–
	2008	–	–	–	2.482	2.482
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	2009	– 1	3	–	– 10	– 8
	2008	– 5	– 8	–	– 34	– 47
Ergebnis vor Steuern	2009	– 1.457	– 141	5	– 628	– 2.221
	2008	– 350	106	– 538	– 4.593	– 5.375

Kennziffer						
in %		CRE	PS & IF	CM & AM		HRE
Cost-Income-Ratio	2009	30,2	60,1	83,9		> 100,0
	2008	17,7	12,3	> 100,0		> 100,0

28 Bilanzsumme nach Geschäftssegmenten

Bilanzsumme nach Geschäftssegmenten						
in Mio. €		CRE	PS & IF	CM & AM	Corporate Center	HRE
Summe der Vermögenswerte	31.12.2009	54.608	270.044	16.878	18.146	359.676
	31.12.2008	58.703	295.240	32.934	32.777	419.654

29 Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen (auf HGB-Basis) nach Geschäftssegmenten

Die risikogewichteten Aktiva und die Marktrisikopositionen stellen sich wie folgt dar:

Risikogewichtete Aktiva ³⁾						
in Mrd. €		CRE	PS & IF	CM & AM	Corporate Center	HRE
Insgesamt	31.12.2009	27,1	37,5	7,8	8,6	81,0
	31.12.2008	26,9	41,1	10,7	16,6	95,3

³⁾ inklusive gewichteter Adressausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5; nach Basel-II-Advanced-IRB-Ansatz für genehmigte Portfolios, sonst Basel-II-Standardansatz; vor aufgestellten Jahresabschlüssen und vor erfolgter Ergebnisverwendung

Marktrisikopositionen						
in Mio. €		CRE	PS & IF	CM & AM	Corporate Center	HRE
Währungsrisiken	31.12.2009	36	—	1	—	37
	31.12.2008	63	—	1	—	64
Zinsrisiken	31.12.2009	—	—	198	—	198
	31.12.2008	—	—	282	—	282
Insgesamt	31.12.2009	36	—	199	—	235
	31.12.2008	63	—	283	—	346

30 Aufgliederung der operativen Erträge

Operative Erträge nach Produkten

Operative Erträge nach Produkten		
in Mio. €	2009	2008
Commercial-Real-Estate-Finanzierungen	587	876
Public-Sector-Finanzierungen	137	463
Infrastructure-Finanzierungen	11	146
Sonstige Produkte	–316	–2.070
Insgesamt	419	–585

Operative Erträge nach Regionen Die HRE unterscheidet zum 31. Dezember 2009 die Regionen Deutschland, sonstiges Europa und Amerika/Asien. In der Spalte Corporate Center sind neben Konsolidierungsvorgängen die Ergebnisbeiträge aus den nicht-strategischen Portfolios dargestellt. Darüber hinaus beinhaltet es Ergebnisbeiträge aus dem Corporate Center. Die Zurechnung der Werte zu den Regionen richtet sich nach dem Sitz der Konzernunternehmen beziehungsweise deren Niederlassungen.

Operative Erträge nach Regionen						
in Mio. €		Deutschland	Sonstiges Europa	Amerika/Asien	Corporate Center	HRE
Operative Erträge	2009	540	–277	240	–84	419
	2008	–935	111	422	–183	–585

Operative Erträge nach Kunden Die HRE hat keinen externen Kunden, mit dem 10 % oder mehr der operativen Erträge erzielt werden.

Angaben zur Gewinn- und Verlust-Rechnung

31 Zinsüberschuss und ähnliche Erträge

Zinsüberschuss und ähnliche Erträge nach Ertrags-/Aufwandsart in Mio. €	2009	2008
Zinserträge und ähnliche Erträge	12.108	16.828
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	8.861	12.876
Festverzinsliche Wertpapiere und Schulbuchforderungen	3.247	3.927
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	2
Beteiligungen	—	6
Nachrangkapital	—	16
Sonstige	—	1
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen	10.712	15.195
Verbindlichkeiten	3.641	6.605
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.294	8.496
Nachrangkapital	36	—
Laufendes Ergebnis aus Swap-Geschäften (Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen)	741	94
Insgesamt	1.396	1.633

Die Gesamtzinserträge für finanzielle Vermögenswerte, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten eingestuft sind, betragen 12,1 Mrd. € (2008: 16,7 Mrd. €). Die Gesamtzinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten eingestuft sind, belaufen sich auf 10,0 Mrd. € (2008: 15,1 Mrd. €).

Die Position Zinsüberschuss und ähnliche Erträge enthält einen Ertrag in Höhe von 103 Mio. € (2008: 37 Mio. €) aus der durch Zeitablauf bedingten Erhöhung des Barwerts der wertberichtigten Forderungen und einen Aufwand in Höhe von –24 Mio. € aus der durch Zeitablauf bedingten Erhöhung des Barwerts abgewerteter Verbindlichkeiten (2008: 0 Mio. €).

32 Provisionsüberschuss

Provisionsüberschuss in Mio. €	2009	2008
Wertpapier- und Depotgeschäft	–6	–9
Kreditgeschäft und sonstiges Dienstleistungsgeschäft	–636	41
darunter: Aufwendungen für die Liquiditätsunterstützung	–741	–92
Insgesamt	–642	32

Der Provisionsüberschuss resultiert ausschließlich aus finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden. Der Rückgang des Provisionsüberschusses resultierte überwiegend aus Aufwendungen durch die Liquiditätsunterstützungen. Provisionserträge aus Treuhänder-tätigkeiten belaufen sich wie im Vorjahr auf 0 Mio. € und Provisionsaufwendungen auf 0 Mio. € (2008: 0 Mio. €).

33 Handelsergebnis

Handelsergebnis in Mio. €	2009	2008
aus Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten	–188	–97
aus Kreditrisikoinstrumenten und zugehörigen Derivaten	26	–907
aus Devisenhandel	8	–5
Insgesamt	–154	–1.009

Das Handelsergebnis enthält Zins- und Dividendenerträge in Höhe von 9 Mio. € (2008: 143 Mio. €) und Refinanzierungskosten für die Handelsinstrumente in Höhe von 64 Mio. € (2008: 158 Mio. €).

34 Finanzanlageergebnis

Finanzanlageergebnis in Mio. €	2009	2008
Erträge aus Finanzanlagen	247	205
Aufwendungen aus Finanzanlagen	248	1.614
Insgesamt	–1	–1.409

Im Finanzanlageergebnis werden die Erfolge aus der Veräußerung sowie erfolgswirksam zu erfassende Bewertungsänderungen von Wertpapieren der Bewertungskategorien AfS und LaR ausgewiesen. HtM-Finanzanlagen bestanden in den Jahren 2009 und 2008 nicht mehr. Nach Bewertungskategorien ergibt sich folgende Aufteilung des Finanzanlageergebnisses:

Finanzanlageergebnis nach IAS-39-Bewertungskategorien in Mio. €	2009	2008
HtM-Finanzanlagen	—	—
AfS-Finanzanlagen	27	–350
LaR-Finanzanlagen	5	–1.099
Negativer Unterschiedsbetrag aus Unternehmenserwerb	—	23
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücken und Gebäuden	–33	17
Insgesamt	–1	–1.409

**35 Zusammengefasstes Bewertungsergebnis
aus dem CDO-Portfolio und ähnlichen Produkten**

Erfolgswirksames Bewertungsergebnis		
in Mio. €	2009	2008
Synthetische CDOs	-58	-395
US-amerikanisch	-9	-251
europäisch	-49	-144
Cash CDOs	-57	-846
US-amerikanisch	-9	-703
europäisch	-60	-213
Modellreserve	12	70
MBS	131	-528
Insgesamt	16	-1.769

Das Portfolio an Collateralised Debt Obligations (CDOs) und ähnlichen strukturierten Produkten ist gemäß der am 13. Oktober 2008 vom IASB veröffentlichten Änderung an IAS 39 und IFRS 7 von der Bewertungskategorie AfS in LaR umkategorisiert worden. Die europäischen Cash CDOs beinhalten auch Credit Linked Notes (CLNs) und Credit Swap Options (CSOs). Darüber hinaus ist für die bilanzielle Behandlung relevant, ob diese als sogenannte „Cash-Strukturen“ oder als „synthetische Strukturen“ einzustufen sind.

Synthetische CDOs beinhalten trennungspflichtige eingebettete Derivate nach IAS 39 – wie auch vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Positionspapier vom 10. Dezember 2007 klargestellt –, deren Wertveränderungen erfolgswirksam zu berücksichtigen sind. Cash CDOs der Kategorie Loans and Receivables werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Liegen objektive Hinweise für eine Wertminderung vor, werden die Cash CDOs wertberichtigt. Die Bewertung basiert auf internen Barwertmodellen. Für Unsicherheiten bei den getroffenen Annahmen und Schätzungen zur Bewertung der Collateralised Debt Obligations besteht nach der im Jahr 2009 erfolgten Auflösung von 12 Mio. € (2008: 70 Mio. €) noch eine Modellreserve in Höhe von 8 Mio. € (31. Dezember 2008: 20 Mio. €).

36 Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen		
in Mio. €	2009	2008
Ergebnis aus Fair Value Hedge Accounting	-110	163
Bewertungsergebnis des Grundgeschäfts	-3.424	11.387
Bewertungsergebnis des Sicherungsgeschäfts	3.314	-11.224
Ergebnis aus dFVTPL-Vermögenswerten und zugehörigen Derivaten	-6	-76
Bewertungsergebnis aus dFVTPL-Vermögenswerten	-492	404
Bewertungsergebnis aus zugehörigen Derivaten	486	-480
Erfolgswirksame Ineffizienzen aus Cashflow Hedge Accounting	-1	-1
Insgesamt	-117	86

Im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen wirkten sich zwei Effekte aus. Zum einen resultierte aus Hedge-Ineffizienzen innerhalb der nach IAS 39 zulässigen Bandbreite in Höhe von 80 % bis 125 % ein Aufwand, der überwiegend ein Umkehr effekt aus den korrespondierenden Erträgen im vierten Quartal 2008 ist. Zum anderen ergab sich ein negatives Bewertungsergebnis aus „designated at Fair Value through Profit or Loss (dFVTPL)“-Vermögenswerten und dazugehörigen Derivaten.

37 Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen

Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen		
in Mio. €	2009	2008
Sonstige betriebliche Erträge	14	120
Sonstige betriebliche Aufwendungen	77	38
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	-63	82

Größter Einzelposten in den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Mieterträge aus Gebäuden im Umlaufvermögen (Rettungserwerbe), die sich auf 4 Mio. € beliefen (2008: 4 Mio. €). In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellen Effekte aus der Währungsumrechnung in Höhe von 56 Mio. € (2008: 96 Mio. € Ertrag) den größten Einzelposten dar. Abschreibungen und sonstige Aufwendungen aus Gebäuden im Umlaufvermögen (Rettungserwerbe) betrugen 12 Mio. € (2008: 16 Mio. €). Darüber hinaus ist in den sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen kein wesentlicher Einzelposten enthalten.

38 Kreditrisikovorsorge

Kreditrisikovorsorge		
in Mio. €	2009	2008
Wertberichtigungen auf Forderungen	2.090	1.655
Zuführungen	2.326	1.709
Auflösungen	– 236	– 54
Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	3	4
Zuführungen	4	6
Auflösungen	– 1	– 2
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	– 2	– 3
Insgesamt	2.091	1.656

Die Bestandsentwicklung der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und der portfoliobasierten Wertberichtigungen ist in der Note Wertberichtigungen auf Forderungen dargestellt.

39 Verwaltungsaufwand

Verwaltungsaufwand		
in Mio. €	2009	2008
Personalaufwand	213	260
Löhne und Gehälter	167	205
Soziale Abgaben	27	30
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	19	25
Andere Verwaltungsaufwendungen	300	296
Abschreibungen und Wertberichtigungen	28	49
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte ohne Geschäfts- oder Firmenwerte	16	30
auf Sachanlagen	12	19
Insgesamt	541	605

Cost-Income-Ratio		
in %	2009	2008
Cost-Income-Ratio	> 100,0	> 100,0

40 Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA

Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA		
in Mio. €	2009	2008
Geschäfts- oder Firmenwerte	–	2.223
Erworbene Software	–	14
Kundenbeziehungen	–	165
Markennamen	–	80
Insgesamt	–	2.482

Da der zukünftige Nutzen, der ursprünglich bei der Bewertung der Geschäfts- oder Firmenwerte und der anderen immateriellen Vermögenswerte zugrunde gelegt wurde, nicht mehr vorhanden war, musste die HRE im Geschäftsjahr 2008 die aktivierten Geschäfts- oder Firmenwerte, die aktivierten Markennamen und die Kundenbeziehungen vollständig und die Software teilweise außerplanmäßig abschreiben.

41 Saldo übrige Erträge/Aufwendungen

Saldo übrige Erträge/Aufwendungen		
in Mio. €	2009	2008
Übrige Erträge	27	186
darunter:		
Auflösungen von Restrukturierungsrückstellungen	27	6
Effekte aus der DEPFA-Akquisition	–	180
Übrige Aufwendungen	35	233
darunter:		
Sonstige Steuern	–	2
Zuführungen zu Restrukturierungsrückstellungen	35	229
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	– 8	– 47

Der Saldo übrige Erträge/Aufwendungen enthielt im Vorjahr einen Effekt aus der Akquisition der DEPFA Bank plc. Diese Effekte resultierten aus der im August 2007 begebenen Pflichtwandelanleihe zur Finanzierung der Akquisition der DEPFA Bank plc. Die Pflichtwandelanleihe enthielt ein eingebettetes, mehrkomponentiges Derivat auf Aktien der HRE Holding, das nach IAS 39 vom Basisvertrag zu trennen und separat zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten war. Die Wertveränderung des beizulegenden Zeitwertes ist erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu vereinnahmen. Die Pflichtwandelanleihe wurde am 20. August 2008 in Stammaktien der HRE Holding gewandelt. Aus der Schlussbewertung des Derivats 2008 ergab sich ein Ertrag vor latenter Steuer in Höhe von 180 Mio. €.

42 Ertragsteuern

Zusammensetzung		
in Mio. €	2009	2008
Tatsächliche Steuern	53	62
Latente Steuern	-38	24
darunter:		
Latente Steuern auf Verlustvorträge	3	84
Effekte aus der DEPFA-Akquisition	-	46
Insgesamt	15	86

Im Vorjahr ergaben sich als Sondereffekte Aufwendungen in Höhe von 64 Mio. € aus der Umbewertung latenter Steuern aufgrund der Standortverlegung nach Unterschleißheim sowie Aufwendungen in Höhe von 46 Mio. € aus der DEPFA-Akquisition. Die laufenden Steuern enthalten einen Steueraufwand für Vorjahre in Höhe von 17 Mio. € (2008: 19 Mio. € Steuerertrag).

Die Unterschiede zwischen den rechnerischen und den ausgewiesenen Ertragsteuern sind in der nachfolgenden Überleitungsrechnung dargestellt:

Überleitungsrechnung		
in Mio. €	2009	2008
Ergebnis vor Steuern	-2.221	-5.375
Anzuwendender (gesetzlicher) Steuersatz in %	15,83	15,83
Erwarteter (rechnerischer) Steueraufwand	-352	-851
Steuereffekte		
aus Auslandseinkünften	10	18
aus Steuersatzunterschieden	-21	60
aus Verlusten	-10	-2
aus steuerfreien Erträgen	-28	365
aus steuerlichen Hinzu- und Abrechnungen	99	9
aus Wertanpassungen und dem Nichtansatz latenter Steuern	291	507
aus Abschreibung (2008: Zuschreibung) latenter Steuern	4	-6
aus Vorjahren und anderen aperiodischen Effekten	28	-15
aus sonstigen Unterschieden	-6	1
Ausgewiesene Ertragsteuern	15	86
Konzernsteuerquote in %	-0,7	-1,6

Der für das Berichtsjahr anzuwendende Steuersatz beträgt 15,83 % und setzt sich zusammen aus dem aktuell geltenden deutschen Körperschaftsteuersatz von 15 % sowie dem hierauf entfallenden Solidaritätszuschlag von 5,5 %.

Die Effekte aus Auslandseinkünften betreffen Steuersatzdifferenzen ausländischer Steuerhoheiten. Sie ergaben sich aufgrund der Besteuerung der Auslandseinkünfte mit abweichenden Steuersätzen.

Die Effekte aus Steuersatzunterschieden beinhalten die in Deutschland zusätzlich zur Körperschaftsteuer und zum Solidaritätszuschlag anfallende Gewerbesteuerbelastung (tatsächlich und latent gemäß IFRS).

Die vorgenommene Verrechnung mit bestehenden Verlustvorträgen, auf die in früheren Perioden keine aktiven latenten Steuern gebildet wurden, ist in der Position Effekte aus Verlusten ausgewiesen.

Unter den Effekten aus steuerfreien Erträgen sind Effekte aus steuerfreien Beteiligungserträgen, Ausschüttungen sowie Veräußerungsgewinnen oder -verlusten im deutschen und internationalen Bereich erfasst. Hierbei wurde jeweils auf die vor Ort geltenden steuerlichen Gewinnermittlungsvorschriften abgestellt. Wesentliche Effekte aus der Abschreibung der Beteiligungen/Goodwill im Vorjahr sind ebenfalls in dieser Position erfasst.

Die Effekte aus steuerlichen Hinzu- und Abrechnungen betreffen vor allem steuerlich nicht abzugsfähige Betriebsausgaben, die aufgrund der permanenten Differenz nicht mit latenten Steuern zu berücksichtigen waren, aber die Besteuerungsbasis gemindert oder erhöht haben.

In der Position Effekte aus Wertanpassungen und dem Nichtansatz latenter Steuern sind zu einem großen Teil Effekte auf nicht aktivierte latente Steuern auf Verlustvorträge enthalten. Auf die bereits im Vorjahr aufgrund bestehender Verlustvorträge angesetzten latenten Steueransprüche haben wir keine Wertberichtigungen vorgenommen. Effekte aus laufenden Verlusten sind in der Position Effekte aus Verlusten ausgewiesen.

Die Position Effekte aus Vorjahren und anderen aperiodischen Effekten beinhaltet sowohl tatsächliche Steuern der Vorjahre, die aufgrund von Betriebsprüfungen oder Neubeurteilung der Steuerpflicht entstanden sind, als auch aperiodische Effekte und latente Steuern der Vorjahre.

Die Konzernsteuerquote ist der Quotient aus der ausgewiesenen Ertragsteuer (tatsächliche und latente Steuern) und dem Ergebnis vor Steuern. Im Jahr 2009 wurde sie insbesondere durch den Nichtansatz latenter Steuern auf Verlustvorträge geprägt.

Die latenten Steuerverpflichtungen beziehungsweise die latenten Steueransprüche verteilen sich auf folgende Positionen:

Latente Steuerverpflichtungen/-ansprüche in Mio. €	2009	2008
Forderungen an Kreditinstitute/Kunden (inklusive Risikovorsorge)	22	54
Finanzanlagen	478	389
Immaterielle Vermögenswerte/Sachanlagen	2	1
Sonstige Aktiva/Passiva	2.682	2.918
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	585	522
Sonstiges	94	118
Latente Steuerverpflichtungen	3.863	4.002
Forderungen an Kreditinstitute/Kunden (inklusive Risikovorsorge)	689	645
Finanzanlagen	432	602
Rückstellungen	32	53
Sonstige Aktiva/Passiva	2.940	3.442
Verbriefte Verbindlichkeiten	297	25
Verlustvorträge	168	170
Sonstiges	166	197
Latente Steueransprüche	4.724	5.134

Die Bemessung der latenten Steuern erfolgte bei den inländischen Gesellschaften mit dem zukünftigen einheitlichen Körperschaftsteuersatz von 15 % zuzüglich dem hierauf entfallenden Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (die Messzahl beträgt 3,5 %). Damit ergibt sich bei der HRE Holding ein Gesamtbewertungssatz für latente Steuern von 27,03 %.

Zum Abschlussstichtag bestehen nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge in Höhe von insgesamt 5.043 Mio. € (2008: 3.645 Mio. €). Auf einen Anteil von 625 Mio. € (2008: 632 Mio. €) wurden latente Steueransprüche angesetzt, da die Kriterien für einen Ansatz gemäß IAS 12.34 ff. erfüllt waren. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar. Daneben wurden auf temporäre Differenzen in Höhe von 505 Mio. € (2008: 61 Mio. €) keine latenten Steuern aktiviert.

Ein Betrag von 437 Mio. € (2008: 582 Mio. €) latenter und tatsächlicher Steuern wurde mit der AfS-Rücklage verrechnet, während 206 Mio. € (2008: 371 Mio. €) mit der Cashflow-Hedge-Rücklage verrechnet wurden. Mit dem sonstigen Eigenkapital wurde ein Betrag von 48 Mio. € (2008: 73 Mio. €) verrechnet.

43 Nettogewinne/Nettoverluste

Die Gewinn-und-Verlust-Rechnung enthält folgende erfolgswirksame Nettogewinne/Nettoverluste gemäß IFRS 7.20 (a):

Nettogewinne/Nettoverluste in Mio. €	2009	2008
Loans and Receivables	-2.069	-2.674
Held to Maturity	—	—
Available for Sale	27	-350
Held for Trading ¹⁾	-154	-829
Designated at Fair Value through P&L	-6	-76
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	149	355

¹⁾ 2008 inklusive dem in der Position Saldo übrige Erträge/Aufwendungen gezeigten Ertrag in Höhe von 180 Mio. € aus dem in die Pflichtwandelanleihe eingebetteten Derivat

Angaben zur Bilanz (Aktiva)

44 Barreserve

Barreserve		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Kassenbestand	—	—
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.824	1.713
Insgesamt	1.824	1.713

Der Kassenbestand beträgt wie im Vorjahr weniger als 1 Mio. €.

45 Handelsaktiva

Handelsaktiva		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	956	1.669
Geldmarktpapiere	—	—
Anleihen und Schuldverschreibungen	956	1.669
von öffentlichen Emittenten	218	506
von anderen Emittenten	738	1.163
darunter:		
börsennotiert	883	1.416
nicht börsennotiert	73	253
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.734	3.044
Kursbezogene Geschäfte	—	—
Zins- und währungsbezogene Geschäfte	572	888
Übrige Geschäfte	1.162	2.156
Sonstige Handelsbestände	44	56
Stand-alone-Derivate des Bankbuchs	8.015	12.518
Insgesamt	10.749	17.287

46 Forderungen an Kreditinstitute

Forderungen an Kreditinstitute nach Geschäftsarten		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Kredite und Darlehen	37.185	45.055
Kommunaldarlehen	23.730	30.866
Immobilienfinanzierungen	42	94
Sonstige Forderungen	13.413	14.095
Geldanlagen	336	4.354
Insgesamt	37.521	49.409

Forderungen an Kreditinstitute nach Fristen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällig	11.239	5.947
Befristet mit Restlaufzeit	26.282	43.462
bis 3 Monate	4.283	11.936
über 3 Monate bis 1 Jahr	2.078	2.289
über 1 Jahr bis 5 Jahre	8.527	11.905
über 5 Jahre	11.394	17.332
Insgesamt	37.521	49.409

47 Forderungen an Kunden

Forderungen an Kunden nach Geschäftsarten		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Kredite und Darlehen	198.209	220.965
Kommunaldarlehen	131.461	150.629
Immobilienfinanzierungen	54.302	58.455
Sonstige Forderungen	12.446	11.881
Geldanlagen	135	1.083
Insgesamt	198.344	222.048

Forderungen an Kunden nach Fristen

in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Unbestimmte Laufzeiten	23	32
Befristet mit Restlaufzeit	198.321	222.016
bis 3 Monate	8.592	7.910
über 3 Monate bis 1 Jahr	12.860	12.088
über 1 Jahr bis 5 Jahre	55.606	58.962
über 5 Jahre	121.263	143.056
Insgesamt	198.344	222.048

Die Forderungen an Kunden beinhalten ein Portfolio, das der Bewertungskategorie dFVTPL zugeordnet ist. Durch die Kategorisierung werden Bewertungsinkonsistenzen mit einem gegenüberstehenden Derivat, also einer wirtschaftlichen Absicherung der Position, verringert. Die dFVTPL-Forderungen belaufen sich auf 333 Mio. € (31. Dezember 2008: 395 Mio. €). Die dFVTPL-Forderungen wurden im Rahmen der Übernahme der DEPFA Bank plc erworben.

Die Änderung des beizulegenden Zeitwertes der dFVTPL-Forderungen, die durch die Veränderung des Kreditrisikos der Forderungen bedingt ist, betrug im Jahr 2009 9 Mio. € (2008: –55 Mio. €) und kumuliert seit Erstansatz der Forderungen –50 Mio. € (31. Dezember 2008: –59 Mio. €). Dieser Wertänderung stand eine Veränderung des beizulegenden Zeitwertes der Kreditderivate in Höhe von –22 Mio. € (2008: 42 Mio. €) und kumuliert seit Erstansatz der Kreditderivate von 24 Mio. € (31. Dezember 2008: 46 Mio. €) gegenüber.

Der Buchwert der oben genannten Forderungen spiegelt das maximale Kreditrisiko dieser Vermögenswerte wider. Das Kreditrisiko wird durch ein gegenüberstehendes Kreditderivat um 329 Mio. € (2008: 391 Mio. €) verringert.

48 Kreditvolumen

Kreditvolumen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Kredite und Darlehen an Kreditinstitute	37.185	45.055
Kredite und Darlehen an Kunden	198.209	220.965
Eventualverbindlichkeiten	785	1.309
Insgesamt	236.179	267.329

49 Wertberichtigungen auf Forderungen

Bestandsentwicklung	Einzelwertberichtigungen auf Forderungen	Portfoliobasierte Wertberichtigungen	Insgesamt
in Mio. €			
Stand zum 1.1.2008	672	233	905
Erfolgswirksame Veränderungen	1.117	431	1.548
Bruttozuführungen	1.208	501	1.709
Auflösungen	-54	—	-54
Durch Zeitablauf bedingte Erhöhung des Barwerts (Unwinding)	-37	—	-37
Auflösung Modellreserve	—	-70	-70
Erfolgsneutrale Veränderungen	-161	-15	-176
Inanspruchnahme von bestehenden Wertberichtigungen	-203	-15	-218
Auswirkungen aus Währungsumrechnung und andere nicht erfolgswirksame Veränderungen	42	—	42
Stand zum 31.12.2008	1.628	649	2.277
Stand zum 1.1.2009	1.628	649	2.277
Erfolgswirksame Veränderungen	1.793	182	1.975
Bruttozuführungen	2.037	289	2.326
Auflösungen	-141	-95	-236
Durch Zeitablauf bedingte Erhöhung des Barwerts (Unwinding)	-103	—	-103
Auflösung Modellreserve	—	-12	-12
Erfolgsneutrale Veränderungen	-349	-5	-354
Inanspruchnahme von bestehenden Wertberichtigungen	-406	-4	-410
Auswirkungen aus Währungsumrechnung und andere nicht erfolgswirksame Veränderungen	57	-1	56
Stand zum 31.12.2009	3.072	826	3.898

Die Wertberichtigungen sind ausschließlich auf Forderungen für finanzielle Vermögenswerte der Bewertungskategorie Loans and Receivables gebildet.

Zusammensetzung		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	30	84
Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	3.042	1.544
Portfoliobasierte Wertberichtigungen	826	649
Insgesamt	3.898	2.277

Kreditausfallquote		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Kreditausfälle	411	221
Inanspruchnahme von bestehenden Wertberichtigungen	410	218
Inanspruchnahme von Rückstellungen im Kreditgeschäft	3	6
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	–2	–3
Kreditvolumen	236.179	267.329
Kreditausfallquote¹⁾ in %	0,17	0,08

¹⁾ Kreditausfälle/Kreditvolumen

Risikovorsorgebestandsquote		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Risikovorsorgebestand	3.917	2.288
Wertberichtigungen auf Forderungen	3.898	2.277
Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	19	11
Kreditvolumen	236.179	267.329
Risikovorsorgebestandsquote¹⁾ in %	1,66	0,86

¹⁾ Risikovorsorgebestand/Kreditvolumen

50 Finanzanlagen

Zusammensetzung		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
AfS-Finanzanlagen	13.423	14.470
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	2	53
Beteiligungen	7	8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.410	14.406
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4	3
dFVTPL-Finanzanlagen	3.229	4.476
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.229	4.476
LaR-Finanzanlagen	78.156	89.794
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	78.156	89.794
Insgesamt	94.808	108.740

Der Buchwert der LaR-Finanzanlagen wurde um portfolio-basierte Wertberichtigungen in Höhe von 33 Mio. € gemindert (31. Dezember 2008: 24 Mio. €).

Finanzanlagen nach Fristen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Unbestimmte Laufzeiten	13	64
Befristet mit Restlaufzeit	94.795	108.676
bis 3 Monate	1.164	2.209
über 3 Monate bis 1 Jahr	3.356	4.751
über 1 Jahr bis 5 Jahre	15.132	16.207
über 5 Jahre	75.143	85.509
Insgesamt	94.808	108.740

Die HRE hat die IASB-Änderungen vom 13. Oktober 2008 zu IAS 39 und IFRS 7 angewendet und finanzielle Vermögenswerte umkategorisiert. Als für eine Umgliederung infrage kommend hat die HRE jene Vermögenswerte identifiziert, bei denen zum Zeitpunkt der Umkategorisierung eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollen und die die Voraussetzungen der Kategorie Loans and Receivables nach IAS 39 (unter anderem kein Handel auf einem aktiven Markt) erfüllten. Die umkategorisierten Bestände werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Am 30. September 2008 wurden rückwirkend zum 1. Juli 2008 unter den Handelsaktiva ausgewiesene Handelsbestände in Höhe von 3,5 Mrd. € sowie Finanzanlagen der Kategorie Available for Sale in Höhe von 76,1 Mrd. € umgewidmet. Darüber hinaus wurden zum 1. Oktober 2008 weitere Handelsaktiva in Höhe von 0,7 Mrd. € in Finanzanlagen der Kategorie Loans and Receivables prospektiv umgeliert.

Zum Zeitpunkt der Umgliederung lag der Effektivzins bei Handelsbuchbeständen zwischen 1,3 % und 21,9 %; bei AfS-Wertpapieren lag der Effektivzins zwischen 0,25 % und 34,4 %.

Seit dem Zeitpunkt der Umkategorisierung sind Wertpapiere mit einem (umklassifizierten) Buchwert von rund 9,0 Mrd. € fällig geworden. Davon entfallen 7,8 Mrd. € auf umklassifizierte AfS-Finanzanlagen und 1,2 Mrd. € auf umklassifizierte Handelsaktiva.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden aufgrund der beschlossenen Reduzierung von Portfolios Wertpapiere mit einem umklassifizierten Buchwert von 2,6 Mrd. € verkauft. Dabei entstand ein Nettoverlust von – 108 Mio. €.

Die zuvor im Handelsergebnis gezeigten laufenden Zinserträge aus Handelsaktiva werden seit dem Zeitpunkt der Umgliederung im Finanzanlageergebnis erfasst. Das Finanzanlageergebnis 2009 enthält 137 Mio. € (2008: 95 Mio. €) an Zinserträgen aus umklassifizierten Handelsaktiva. Die Umklassifizierung der AfS-Wertpapiere führte zu keiner Ausweisänderung der laufenden Zinserträge; diese werden wie zuvor im Finanzanlageergebnis gezeigt.

Die folgende Tabelle enthält neben den Buchwerten und beizulegenden Zeitwerten per 31. Dezember 2009 auch die Gewinne und Verluste aus der Veränderung der beizulegenden Zeitwerte, die ohne Umgliederung im Geschäftsjahr 2009 angefallen wären.

Umwidmungen 2009	in: Finanzanlagen Loans and Receivables (LaR)			Effekt in der Berichtsperiode, falls keine Vermögenswerte umklassifiziert worden wären (2009)	
	31.12.2009			Gewinn- und-Verlust-Rechnung in Mio. €	AfS-Rücklage (nach Steuern) in Mio. €
	Datum	Buchwert in Mrd. €	Beizulegender Zeitwert in Mrd. €		
aus:	1.7.2008	2,4	2,0	415	
Handelsaktiva Held for Trading (HfT)	1.10.2008	0,5	0,5	– 1	
aus:					
Finanzanlagen Available for Sale (AfS)	1.7.2008	72,5	68,5	– 35	2.718
Insgesamt		75,4	71,0		

Umwidmungen 2008	in: Finanzanlagen Loans and Receivables (LaR)			Effekt in der Berichtsperiode, falls keine Vermögenswerte umklassifiziert worden wären (Umwidmungszeitpunkt bis 31.12.2008)	
	31.12.2008			Gewinn- und Verlust-Rechnung in Mio. €	AfS-Rücklage (nach Steuern) in Mio. €
	Datum	Buchwert in Mrd. €	Beizulegender Zeitwert in Mrd. €		
aus:	1.7.2008	3,5	2,7	– 755	
Handelsaktiva Held for Trading (HfT)	1.10.2008	0,7	0,7	19	
aus:					
Finanzanlagen Available for Sale (AfS)	1.7.2008	81,0	72,8	24	– 7.070
Insgesamt		85,2	76,2		

Börsenfähigkeit von Wertpapieren				
in Mio. €		Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
börsennotiert	31.12.2009	81.569	1	81.570
	31.12.2008	93.871	2	93.873
nicht börsennotiert	31.12.2009	13.226	3	13.229
	31.12.2008	14.805	1	14.806

Entwicklung der Finanzanlagen

in Mio. €	2009			2008		
	Beteiligungen	Nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen	Als Finanzinvestition gehaltene Grundstücke und Gebäude	Beteiligungen	Nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen	Als Finanzinvestition gehaltene Grundstücke und Gebäude
Anschaffungskosten						
Stand zum 1.1.	90	—	—	104	91	27
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	–91	—
Veränderungen aus Währungsumrechnung	—	—	—	–15	—	—
Zugänge	—	—	—	1	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Abgänge	–74	—	—	—	—	–27
Stand zum 31.12.	16	—	—	90	—	—
Erfolgsneutrale Bewertungsanpassungen						
Stand zum 1.1.	—	—	—	33	—	—
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—
Veränderungen aus Währungsumrechnung	—	—	—	–1	—	—
Wertänderungen	—	—	—	–32	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Abgänge	—	—	—	—	—	—
Stand zum 31.12.	—	—	—	—	—	—
Kumulierte Veränderung aus der Equity-Bewertung		—			—	
Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	–82	—	—	–5	—	–1
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—	—	—
Veränderungen aus Währungsumrechnung	—	—	—	—	—	—
Wertminderungen	–1	—	—	–77	—	—
Zuschreibungen	—	—	—	—	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—	—	—
Abgänge	74	—	—	—	—	1
Marktwertänderungen	—	—	—	—	—	—
Stand zum 31.12.	–9	—	—	–82	—	—
Buchwerte						
Stand zum 31.12.	7	—	—	8	—	—

Die HRE kann für einige Anteile an Unternehmen, die aus Wesentlichkeitsgründen nicht voll konsolidiert oder nicht nach der Equity-Methode bewertet werden, keinen beizulegenden Zeitwert verlässlich ermitteln. Diese Unternehmen in der Rechtsform der Personengesellschaft oder GmbH sind nicht auf einem aktiven Markt gehandelt. Die Anteile werden daher zu Anschaffungskosten bewertet. Der Buchwert dieser Finanzanlagen betrug zum 31. Dezember 2009 552 Mio. € (2008: 646 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2009 wurden Finanzanlagen, deren Fair Value nicht verlässlich ermittelt werden kann, in Höhe von 53 Mio. € (2008: 28 Mio. €) veräußert. Dabei entstand wie im Vorjahr ein Gewinn von weniger als 1 Mio. €.

Seit dem vollständigen Erwerb des Quadra Realty Trust, Inc., New York, im ersten Quartal 2008 bestehen keine nach der Equity-Methode bewerteten Anteile an Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen.

Zusammensetzung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Geldmarktpapiere	461	12
Anleihen und Schuldverschreibungen	94.334	108.664
von öffentlichen Emittenten	68.716	75.456
von anderen Emittenten	25.618	33.208
Insgesamt	94.795	108.676

51 Sachanlagen

Zusammensetzung		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude sowie Gebäude im Bau	—	—
Betriebs- und Geschäftsausstattung	15	32
Insgesamt	15	32

Entwicklung der Sachanlagen		2009		2008
in Mio. €	Betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude sowie Gebäude im Bau	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Insgesamt	Insgesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
Stand zum 1.1.	—	96	96	119
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	–1	–1	6
Veränderungen aus Währungsumrechnung	—	–1	–1	—
Zugänge	—	3	3	14
Abgänge	—	–30	–30	–43
Stand zum 31.12.	—	67	67	96
Ab- und Zuschreibungen				
Stand zum 1.1.	—	64	64	51
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	–1	–1	4
Veränderungen aus Währungsumrechnung	—	—	—	—
Planmäßige Abschreibungen	—	12	12	16
Außerplanmäßige Abschreibungen	—	—	—	3
Zuschreibungen	—	—	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge	—	–23	–23	–10
Stand zum 31.12.	—	52	52	64
Buchwerte				
Stand zum 31.12.	—	15	15	32

52 Immaterielle Vermögenswerte

Zusammensetzung		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Erworbene Software	22	31
Selbst erstellte Software	13	1
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1	1
Geleistete Anzahlungen	8	7
Insgesamt	44	40

Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte				
in Mio. €	Erworbene Software	Selbst erstellte Software	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Geleistete Anzahlungen
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
Stand zum 1.1.2009	128	1	3	7
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—
Veränderungen aus Währungsumrechnung	—	—	—	—
Zugänge	3	7	3	9
Umbuchungen	4	6	—2	—8
Abgänge	—5	—	—	—
Stand zum 31.12.2009	130	14	4	8
Ab- und Zuschreibungen				
Stand zum 1.1.2009	97	—	2	—
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—	—
Veränderungen aus Währungsumrechnung	—	—	—	—
Planmäßige Abschreibungen	14	1	1	—
Außerplanmäßige Abschreibungen	—	—	—	—
Zuschreibungen	—	—	—	—
Umbuchungen	—	—	—	—
Abgänge	—3	—	—	—
Stand zum 31.12.2009	108	1	3	—
Buchwerte				
Stand zum 31.12.2009	22	13	1	8

53 Sonstige Aktiva

Sonstige Aktiva		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Positive beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.079	16.918
Hedging-Derivate	14.715	16.362
Micro Fair Value Hedge	6.388	6.884
Cashflow Hedge	8.327	9.478
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern	364	556
Rettungserwerbe	108	183
Sonstige Vermögenswerte	171	208
Rechnungsabgrenzungsposten	41	26
Aktivierte Überdeckung der Rückdeckungsversicherung für Pensionsverpflichtungen	—	61
Insgesamt	15.399	17.396

Die im Geschäftsjahr 2009 erstmals aktivierten Rettungserwerbe sind in der Note Konsolidierung beschrieben. Die Wertberichtigungen auf Rettungserwerbe betrugen im Jahr 2009 37 Mio. € (2008: 5 Mio. €) und die Veräußerungsverluste 5 Mio. € (2008: 0 Mio. €).

54 Ertragsteueransprüche

Ertragsteueransprüche		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Tatsächliche Steueransprüche	146	132
Latente Steueransprüche	4.724	5.134
Insgesamt	4.870	5.266

In der Position Ertragsteueransprüche sind sowohl Erstattungsansprüche aus tatsächlichen Steuern als auch in einem wesentlichen Ausmaß latente Steueransprüche enthalten. Diese entfallen auf aktivierte temporäre Steueransprüche im Zusammenhang mit steuerlichen Verlustvorträgen sowie auf sonstige temporäre Steueransprüche. Ein erheblicher Betrag der latenten Steueransprüche wurde gemäß IAS 12.61 der AfS-Rücklage und der Cashflow-Hedge-Rücklage gutgeschrieben, da die Grundsachverhalte ebenfalls in diesen Positionen gebucht wurden. In den tatsächlichen Steueransprüchen ist auch der aktivierte Auszahlungsanspruch aufgrund des Körperschaftsteuererminderungs Guthabens enthalten.

55 Nachrangige Vermögenswerte

In folgenden Bilanzpositionen sind nachrangige Vermögenswerte enthalten:

Nachrangige Vermögenswerte		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Handelsaktiva	19	15
Forderungen an Kreditinstitute	761	824
Forderungen an Kunden	727	690
Finanzanlagen	81	83
Insgesamt	1.588	1.612

56 Pensionsgeschäfte

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte hat die HRE Vermögenswerte mit einem Buchwert von 67 Mrd. € (2008: 86 Mrd. €) verpensioniert. Die Wertpapiere sind weiterhin Bestandteil der Aktiva. Die erhaltenen Gegenwerte betragen 56 Mrd. € (2008: 67 Mrd. €). Sie werden in den Verbindlichkeiten ausgewiesen und davon überwiegend in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Bei den Pensionsgeschäften handelt es sich um die einzigen übertragenen Vermögenswerte, die der Erwerber gemäß IAS 39.37(a) ohne Zahlungsverzug weiterveräußern oder -verpfänden kann.

57 Verbriefungsgeschäfte (Securitisation)

Synthetische Verbriefungsgeschäfte (Securitisations)				
Sicherungsnehmer	Name der Transaktion	Laufzeit der Transaktion in Jahren	Forderungsart	Kreditvolumen in Mio. €
Deutsche Pfandbriefbank AG	DUKE 2002	25	Gewerbliche Immobiliendarlehen	114
Deutsche Pfandbriefbank AG	GECO 2002	52	Gewerbliche Immobiliendarlehen	253
Deutsche Pfandbriefbank AG	Estate Germany 2007-1	56	Private/ kleingewerbliche Immobiliendarlehen	1.019
Deutsche Pfandbriefbank AG	Estate UK-3	15	Gewerbliche Immobiliendarlehen	512
Deutsche Pfandbriefbank AG	ESTATE Pan Europe 5	11	Gewerbliche Immobiliendarlehen	1.315
DEPFA Bank plc	EPIC I	27	Infrastrukturfinanzierungsdarlehen	384
DEPFA Bank plc	EPIC II	36	Infrastrukturfinanzierungsdarlehen und Anleihen	689
DEPFA Bank plc	EPIC III	52	Anleihen von Versorgungsunternehmen zu Infrastrukturfinanzierungen	751
DEPFA Bank plc	PSION	7	Staatliche und kommunale Anleihen „Investment Grade“	661
Insgesamt				5.698

Bei den aufgeführten Verbriefungsgeschäften handelt es sich um die vollständige oder teilweise Weitergabe von eigenen Kreditrisiken ausgewählter, vorab exakt definierter Kreditportfolios an den Kapitalmarkt. Vorrangige Motivation der bankeigenen Securitisation-Programme ist die Risikoentlastung des Kreditportfolios. Bei traditioneller Securitisation wird der Risikotransfer durch den Verkauf („True Sale“) von Bilanzaktiva erreicht. Nach IFRS kommt es bei synthetischen Verbriefungen nicht zu einer Ausbuchung des verbrieften Portfolios. Synthetische Transfers werden in zwei Formen durchgeführt, wobei üblicherweise eine Kombination aus beiden Formen vorkommt:

- bar unterlegte Transaktionen (Cash Funded Transactions), bei denen die HRE einen Credit Default Swap (CDS) abschließt, der besichert (collateralised) ist, und
- nicht unterlegte Transaktionen, bei denen die HRE einen CDS abschließt, der nicht besichert ist.

Securitisation-Programme sehen in der Regel vor, einen geringen Teil der Risiken in Form einer nachrangigen Tranche (First Loss Piece) beziehungsweise einer Zinsunterbeteiligung (Interest Sub Participation) des Sicherungsgebers zurückzubehalten. Vorstehend aufgelistete Programme enthalten nachrangigste Tranchen in Höhe von 141 Mio. €, hiervon werden Risiken in Form von Zinsunterbeteiligungen in Höhe von 43 Mio. € und durch Eigenerwerb in Höhe von 65 Mio. € zurückbehalten.

Aufgrund der geänderten bankenaufsichtsrechtlichen Bestimmungen (Basel II) ist bei den meisten der oben genannten Transaktionen eine Risikoaktiva-Entlastung nicht mehr gegeben. Insgesamt wurde mit den Verbriefungstransaktionen eine Entlastung der gewichteten Risikoaktiva nach Basel II von 220 Mio. € erzielt.

Angaben zur Bilanz (Passiva)

58 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Fristen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällig	967	1.843
Befristet mit Restlaufzeit	136.382	145.035
bis 3 Monate	106.845	116.311
über 3 Monate bis 1 Jahr	24.166	16.047
über 1 Jahr bis 5 Jahre	3.578	7.692
über 5 Jahre	1.793	4.985
Insgesamt	137.349	146.878

61 Handelspassiva

Handelspassiva		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.326	2.575
Zins- und währungsbezogene Geschäfte	616	769
Kreditbezogene Geschäfte	710	1.806
Sonstige Handelspassiva	1.379	2.969
Stand-alone-Derivate des Bankbuchs	8.686	11.692
Insgesamt	11.391	17.236

59 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Fristen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Täglich fällig	53	615
Befristet mit Restlaufzeit	13.206	15.321
bis 3 Monate	269	1.751
über 3 Monate bis 1 Jahr	1.695	1.800
über 1 Jahr bis 5 Jahre	3.912	3.463
über 5 Jahre	7.330	8.307
Insgesamt	13.259	15.936

62 Rückstellungen

Zusammensetzung		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1	64
Restrukturierungsrückstellungen	192	235
Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	19	11
Sonstige Rückstellungen	37	42
darunter: Langfristige Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern	4	5
Insgesamt	249	352

60 Verbriefte Verbindlichkeiten

Verbriefte Verbindlichkeiten nach Geschäftsarten		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Begebene Inhaberschuldverschreibungen	130.824	170.887
Hypothekenpfandbriefe	11.549	12.469
Öffentliche Pfandbriefe	82.497	99.708
Sonstige Schuldverschreibungen	36.731	55.759
Geldmarktpapiere	47	2.951
Begebene Namenspapiere	25.552	27.091
Hypothekenpfandbriefe	8.230	9.409
Öffentliche Pfandbriefe	16.308	16.673
Sonstige Schuldverschreibungen	1.014	1.009
Insgesamt	156.376	197.978

Verbriefte Verbindlichkeiten nach Fristen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	9.565	45.528
über 3 Monate bis 1 Jahr	43.297	18.541
über 1 Jahr bis 5 Jahre	47.601	70.258
über 5 Jahre	55.913	63.651
Insgesamt	156.376	197.978

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten die betriebsinternen Direktzusagen für eine betriebliche Altersversorgung an Organe und Mitarbeiter der HRE.

Im Hinblick auf die große Mehrheit der deutschen Mitarbeiter der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG bestehen sowohl beitrags- als auch leistungsorientierte Pensionspläne. Bei den beitragsorientierten Plänen leisten Konzernunternehmen Zuwendungen für Zusagen von überbetrieblichen Einrichtungen, wie zum Beispiel in Deutschland die BVV- und HVB-Unterstützungskassen.

Bei leistungsorientierten Plänen erhalten die Mitarbeiter eine Direktzusage der jeweiligen Gesellschaft. Im Bereich der aktiven Mitarbeiter handelt es sich dabei überwiegend um zeitgemäße Rentenbausteinpläne. Für die Verpflichtungen aus Direktzusagen werden Pensionsrückstellungen gebildet. Die Pensionspläne wurden grundsätzlich geschlossen.

In den nicht deutschen Einheiten bestehen ausschließlich beitragsorientierte Pläne. Hier wird für fast alle ausländischen Einheiten für die Mitarbeiter im Zuge eines „Defined Contribution Pension Scheme“ ein definierter Prozentsatz des Festgehalts in einen extern gemanagten Pensionsfonds einbezahlt. Der Aufwand für die beitragsorientierten Pläne betrug 11 Mio. €, nach 11 Mio. € im Vorjahr.

Zinssätze und Bewertungsparameter	31.12.2009/ 1.1.2010	31.12.2008/ 1.1.2009
in %		
Zinssatz	5,25	5,80
Erwartete Rendite des Planvermögens	4,50	5,00
Rentendynamik	2,00	2,25
Gehalts- bzw. Anwartschaftsdynamik	2,50	2,50
Karrieredynamik	0–1,50	0–1,50

Die HRE hat mit Wirkung zum 1. Januar 2005 durch Abschluss einer nach IAS 19 als „Qualifying Insurance Policy“-qualifizierten Rückdeckungsversicherung Teile der Risiken aus den leistungsorientierten Pensionszusagen abgesichert. Die erwartete Rendite des Planvermögens wurde gemäß der Anlagestrategie des Planvermögens aus dem langfristigen risikolosen Zinssatz abgeleitet.

Die qualifizierte Rückdeckungsversicherung stellt ein Planvermögen gemäß IAS 19 dar. Gemäß IAS 19.54 sind die Pensionsverpflichtungen um die Höhe des Planvermögens zu kürzen. Der Finanzierungsstatus stellt sich daher wie folgt dar:

Finanzierungsstatus				
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Barwert der erdienten Pensionsansprüche, teilweise fondsfinanziert	237	232	233	190
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	– 232	– 233	– 223	– 222
Finanzierungsstatus	5	– 1	10	– 32
Ungetilgter versicherungstechnischer Gewinn (+)/Verlust (–)	– 4	4	–	– 23
Ungetilgter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–	– 1	– 2
Saldierter Bilanzwert¹⁾	1	3	9	– 57
davon:				
Aktivierte Überdeckung des Planvermögens	–	– 61	– 56	– 57
Ausgewiesene Pensionsrückstellung	1	64	65	–

¹⁾ Zum 31. Dezember 2008 wurden die Verpflichtungen aus leistungsorientierten Pensionszusagen der DEPFA Bank plc und ihrer am 2. Oktober 2007 übernommenen Tochterunternehmen gesondert behandelt. Nach der Verschmelzung der DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG mit der Hypo Real Estate Bank AG zur Deutschen Pfandbriefbank AG werden die leistungsorientierten Pensionszusagen als ein Plan behandelt.

Der Korridor von 10 % des höheren Betrages aus dem Barwert der erdienten Pensionsansprüche und dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens wurde zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 nicht überschritten. Die Pensionsverpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

Entwicklung der Pensionsverpflichtungen		
in Mio. €	2009	2008
Stand zum 1.1.	232	233
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	2
Barwert der im Geschäftsjahr erdienten Pensionsansprüche	5	11
Zinsaufwand	13	12
Neu entstandener versicherungstechnischer Gewinn(–)/Verlust(+)	4	–13
Anpassung von Versorgungszusagen	–3	—
Auszahlungen an Begünstigte	–14	–13
Stand zum 31.12.	237	232

Die erfahrungsbedingte Anpassung der Pensionsverpflichtungen (Gewinn [–]/Verlust [+]) beträgt zum 31. Dezember 2009 –2 % (2008: 0 %; 2007: 1 %) des korrespondierenden Barwerts der erdienten Pensionsansprüche.

Der Pensionsaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Zusammensetzung des Pensionsaufwands		
in Mio. €	2009	2008
Barwert der im Geschäftsjahr erdienten Pensionsansprüche	5	11
Zinsaufwand	13	12
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	–11	–12
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–3	1
Erfolgswirksam erfasste versicherungstechnische Verluste	—	—
Insgesamt	4	12

Das Planvermögen besteht ausschließlich aus an die Versorgungsberechtigten verpfändeten Rückversicherungen. Das Planvermögen enthält somit keine eigenen Finanzinstrumente und keine eigengenutzten Sachanlagen. Das Planvermögen hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung des Planvermögens		
in Mio. €	2009	2008
Stand zum 1.1.	233	223
Beiträge zum Planvermögen	—	13
Erwarteter Ertrag des Planvermögens	11	11
Ungetilgter versicherungstechnischer Gewinn(+)/Verlust(–)	–5	–7
Auszahlungen an Begünstigte	–7	–8
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	1
Stand zum 31.12.	232	233

Der tatsächliche Ertrag aus dem Planvermögen betrug 6 Mio. € (2008: 4 Mio. €).

Entwicklung der Rückstellungen		Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	Sonstige Rückstellungen
in Mio. €	Restrukturierungsrückstellungen		
Stand zum 1.1.2009	235	11	42
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—	—
Zuführungen	40	4	8
Auflösungen	–27	–1	–4
Inanspruchnahmen	–56	–3	–9
Umbuchungen	—	8	—
Stand zum 31.12.2009	192	19	37

Am 19. Dezember 2008 haben der Vorstand und der Aufsichtsrat der HRE die strategische Neuausrichtung und Restrukturierung der Gruppe beschlossen. Die HRE passt ihr Geschäftsmodell an die nachhaltig veränderten Bedingungen an den Kapitalmärkten und an die wachsenden Herausforderungen im Immobiliengeschäft an. Angestrebtes Ergebnis der strategischen Neuausrichtung ist die Positionierung der HRE als einer der führenden spezialisierten Immobilien- und Staatsfinanzierer in Deutschland und Europa mit pfandbrieforientierter Refinanzierung. Die strukturelle Kostenbasis soll gesenkt, Bilanzstruktur und Risikoprofil sollen verbessert werden. Die Zahl der Mitarbeiter soll weiter sinken. Für Verpflichtungen im Zusammenhang mit der strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung wurde im vierten Quartal 2008 eine Restrukturierungsrückstellung in Höhe von 225 Mio. € gebildet. Von dieser Rückstellung wurden 52 Mio. € im Geschäftsjahr 2009 verbraucht. Die Rückstellung wird voraussichtlich bis zum Jahr 2013 vollständig verbraucht werden.

In den Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen sind vor allem Rückstellungen für Avalrisiken, Akkreditive, unwiderrufliche Kreditzusagen und Prozessrisiken im Kreditgeschäft enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten vor allem Rückstellungen im Zusammenhang mit städtebaulichen Verträgen in Höhe von 9 Mio. € (2008: 9 Mio. €) und Rückstellungen für langfristige Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern in Höhe von 4 Mio. € (2008: 5 Mio. €).

Gerichts- und Schiedsverfahren Die HRE ist an einer Reihe gerichtlicher und außergerichtlicher Verfahren beteiligt, aus denen sich für die Gruppe, insbesondere im Zusammenhang mit den folgenden Verfahren, Rechtsrisiken ergeben:

Forderungen werden wegen behauptetem Informationsfehlverhalten im Zusammenhang mit dem CDO-Abschreibungsbedarf und der Ad-hoc-Mitteilung vom 15. Januar 2008 einerseits sowie der Liquiditätssituation der DEPFA Bank plc andererseits geltend gemacht. Insgesamt sind zum Bilanzstichtag 197 Klagen im Gesamtstreitwert von rund 883 Mio. € gegen die HRE Holding anhängig. Die 85 bisher eingeleiteten Güteverfahren mit einem Gesamtstreitwert von rund 20 Mio. € gehen voraussichtlich eben-

falls in Klageverfahren über. Weitere Klagen mit einem Gesamtstreitwert von 2 Mio. € sind – mündlich oder schriftlich – angedroht. Insgesamt ergibt sich damit zum Bilanzstichtag ein Streitwert von rund 905 Mio. €. Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine wesentlichen Änderungen bei der Zahl der Verfahren und der Höhe des Streitwertes ergeben. Der HRE Holding wird vorgeworfen, sie habe den Abschreibungsbedarf im Zusammenhang mit US-amerikanischen CDO-Emissionen, die sie am 15. Januar 2008 bekannt gab, schon zu einem früheren Zeitpunkt gekannt. Ferner wird sie beschuldigt, die Liquiditätssituation der DEPFA Bank plc öffentlich bewusst unrichtig dargestellt zu haben. Bislang liegt erst in einem Fall ein erstinstanzliches Urteil vor, in dem der Klägerin rund 40 Prozent des ursprünglich geltend gemachten Betrags zugesprochen wurden. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Einzelne Kläger haben Anträge auf Durchführung eines Musterverfahrens gestellt. In vier (Stand 26. Februar 2010) Verfahren sind Musteranträge in das Klageregister eingestellt worden. Einzelne Musteranträge sind als unzulässig zurückgewiesen worden. Die Gesellschaft geht davon aus, dass es im Sommer 2010 zur Einleitung eines Musterverfahrens kommt.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen ehemalige Organmitglieder sind noch nicht abgeschlossen. Es ist nicht auszuschließen, dass gegen die HRE Holding in diesem Zusammenhang Bußgelder verhängt werden, falls die staatsanwaltlichen Ermittlungen oder parallel laufende Ermittlungen der BaFin Verstöße gegen die kapitalmarktrechtlichen Informationspflichten feststellen sollten.

Im Juni 2008 wurden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Mailand die Geschäftsräume der Niederlassung Rom der DEPFA Bank plc durchsucht und Beschlagnahmen durchgeführt. Die Ermittlungen richteten sich gegen Mitarbeiter der DEPFA Bank plc – sowie gegen Mitarbeiter von drei weiteren Banken – wegen des Vorwurfs, die Banken hätten im Zusammenhang mit Derivate-Transaktionen, die mit der Stadt Mailand abgeschlossen wurden, ihre Beratungspflicht verletzt und sich ungerechtfertigt bereichert. Am 25. Januar 2010 wurde ein gerichtliches Vorverfahren eingeleitet, in dem das Gericht in Mailand feststellen wird, ob das Hauptverfahren auf Antrag der Staatsanwaltschaft eröffnet wird. Im Januar 2009 leitete die Stadt Mailand im Zusammenhang mit diesen Derivategeschäften ein Verfahren vor den Zivilgerichten ein, in dem sie Schadensersatzforderungen gegen die DEPFA Bank plc (sowie die anderen beteiligten Banken) geltend machte. Mit der Klage wird beantragt, dass das angerufene Gericht in Mailand den Schaden ermittelt und den Ersatzanspruch festlegt, mindestens in Höhe des von der Stadt Mailand geltend gemachten Betrags von rund 239 Mio. €. Von diesem Gesamtbetrag entfielen auf die DEPFA Bank plc als eine der vier beklagten Banken ein Betrag in Höhe von rund 59,7 Mio. €. Ende Mai 2009 hat die DEPFA Bank plc ihre Klageerwidderung eingereicht, gefolgt von einer schriftlichen Stellungnahme auf die Klageerwidderung der Stadt Mailand und einer weiteren Stellungnahme der DEPFA Bank plc.

Am 26. Juni 2009 hat die DEPFA Bank plc (gemeinsam mit der DEXIA) gegen die Provinz Pisa beim High Court in London Klage auf Feststellung der Wirksamkeit eines durch ein ISDA Master Agreement vom 15. Juni 2007 und eine Bestätigung vom 4. Juli 2007 dokumentierten Zins-Swaps und einer entsprechenden Zahlungsverpflichtung der Provinz Pisa erhoben (Pisa hatte die am 28. Juni 2009 fällig gewordene Zahlungsverpflichtung bestritten). Nachdem die von der DEXIA eingeleiteten Verhandlungen zur Restrukturierung des Swaps erfolglos blieben, wurde am 30. November 2009 die Klageschrift zugestellt. Diese wurde um einen Zahlungsantrag in Höhe von 372.147,23 € erweitert, mit dem die Zahlungen geltend gemacht werden, die Pisa im Juni 2009 nicht geleistet hatte.

Die DEPFA Bank plc ist Partei eines Rechtsstreits mit zwei norwegischen Gemeinden und norwegischen Rechtsberatern über die Wirksamkeit von Verträgen über Swap-Transaktionen. Ein Urteil eines englischen Gerichts wurde am 4. September 2009 verkündet. Danach stellten die Swap-Transaktionen Kredite dar, deren Abschluss nach norwegischem Recht den Gemeinden verboten war und die deshalb rückabzuwickeln sind. Der DEPFA Bank plc wurde der Anspruch auf Rückzahlung des gezahlten Betrages in Höhe von 44 Mio. € zugesprochen. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die norwegischen Berater die DEPFA Bank plc über die Fähigkeit der Gemeinden, die Swap-Transaktionen abzuschließen, fahrlässig falsch beraten haben. Eine Berufung dieses Urteils wurde vom 15. bis 18. Februar 2010 verhandelt, wobei ein Urteil noch aussteht. In einem weiteren Urteil vom 12. Februar 2010 entschied das Gericht, dass die DEPFA Bank plc berechtigt ist, den vollen Betrag von ihren norwegischen Beratern zurückzuverlangen.

Im Zusammenhang mit der Kündigung der Dienstverträge von Vorstandsmitgliedern sind derzeit drei Klagen anhängig. Frank Lamby hat seine Vergütung für Januar 2009 eingeklagt, Georg Funke die für die Monate Januar und Februar 2009. Georg Funke und Dr. Markus Fell haben jeweils eine Klage auf Feststellung der Unwirksamkeit der fristlosen Kündigung erhoben. Georg Funke hat darüber hinaus auf Feststellung der Unwirksamkeit des Widerrufs seiner Ruhegehaltszusätze geklagt.

Gegen die auf der außerordentlichen Hauptversammlung vom 2. Juni 2009 gefassten Beschlüsse wurden sechs Anfechtungsklagen erhoben. Sollten die Klagen Erfolg haben, ist nicht auszuschließen, dass die Minderheitsaktionäre Schadensersatzansprüche gegen die HRE Holding geltend machen können.

Gegen den auf der außerordentlichen Hauptversammlung vom 5. Oktober 2009 beschlossenen Ausschluss der Minderheitsaktionäre (Squeeze-out) haben 22 Minderheitsaktionäre Klage erhoben. Da die Rekapitalisierungsregeln und entsprechend geänderten Squeeze-out-Vorschriften im Rahmen der Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte neu in deutsches Recht übernommen wurden, gibt es angesichts fehlender Rechtsprechung noch

keine Erfahrungswerte, wie deutsche Gerichte – auch das Bundesverfassungsgericht – in laufenden oder neuen, von Minderheitsaktionären gegen Squeeze-out-Beschlüsse eingeleiteten Verfahren entscheiden werden. Hat eine Klage gegen den Squeeze-out-Beschluss Erfolg, würde dies für den SoFFin in einer Verpflichtung zur Rückübertragung der Aktien an die Minderheitsaktionäre Zug um Zug gegen Rückzahlung der Barabfindung resultieren. Sollte die Klage Erfolg haben, ist weiterhin nicht auszuschließen, dass die Minderheitsaktionäre Schadensersatzforderungen gegen die HRE Holding geltend machen.

Durch Verschmelzung der DIA GmbH (übertragende Gesellschaft) auf die HRE Holding (übernehmende Gesellschaft) am 10. März 2004 wurde die HRE Holding als Rechtsnachfolgerin der DIA GmbH Partei zu einem im Zusammenhang mit dem Ausschluss der Minderheitsaktionäre (Squeeze-out) der Hypo Real Estate Bank AG, eingetragen im Handelsregister München am 3. September 2003, eingeleiteten Spruchverfahren. Eine durch das Gericht angeordnete Neubegutachtung kommt zu einer Erhöhung der Barabfindung von 4,41 € je Aktie.

Die Entscheidung des Vorstands, für das Jahr 2008 keine diskretionäre variable Vergütung zu zahlen, hat seitdem bereits mehrere anhängige beziehungsweise angedrohte arbeitsgerichtliche Verfahren mit Mitarbeitern in Deutschland zur Folge. Die Frage, ob und in welcher Höhe Bonusansprüche der Mitarbeiter für das Jahr 2008 bestehen, ist eine Frage der Anspruchsgrundlage, der Vertragsauslegung und der Anwendung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Einzelfall. Bislang sind zwei erstinstanzliche Urteile gegen die Bank zum Bonus für das Jahr 2008 ergangen (Arbeitsgericht München). Die Gesellschaft beabsichtigt, Rechtsmittel gegen diese Urteile einzulegen und hat dies in einem Fall bereits getan. Es ist nicht auszuschließen, dass von weiteren Mitarbeitern Bonusansprüche für 2008 erfolgreich geltend gemacht werden.

Für das Jahr 2009 wurden ebenso von Mitarbeitern Bonusansprüche – teilweise gerichtlich – geltend gemacht. Der Vorstand hat die Entscheidung getroffen, auch für das Jahr 2009 keine diskretionäre variable Vergütung zu zahlen. Auch hier ist nicht auszuschließen, dass von weiteren Mitarbeitern Bonusansprüche für 2009 erfolgreich geltend gemacht werden.

63 Sonstige Passiva

Sonstige Passiva		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Negative beizulegende Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	28.622	33.329
Hedging-Derivate	28.500	33.251
Micro Fair Value Hedge	19.425	23.314
Cashflow Hedge	9.075	9.937
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern	122	78
Sonstige Verbindlichkeiten	522	387
Rechnungsabgrenzungsposten	106	119
Insgesamt	29.250	33.835

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen insbesondere Verbindlichkeiten aus Ergebnisverrechnungen sowie abgegrenzte Verbindlichkeiten nach IAS 37. Die abgegrenzten Verbindlichkeiten enthalten vor allem Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen aus noch ausstehenden Rechnungen, kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern sowie sonstige abgegrenzte Verbindlichkeiten wegen Provisionen, Zinsen, Sachaufwand und Ähnlichem.

64 Ertragsteuerverpflichtungen

Ertragsteuerverpflichtungen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Tatsächliche Steuerverpflichtungen	113	161
Latente Steuerverpflichtungen	3.863	4.002
Insgesamt	3.976	4.163

In der Position Ertragsteuerverpflichtungen sind sowohl Rückstellungen oder Verbindlichkeiten für tatsächliche Steuern erfasst als auch latente Steuerverbindlichkeiten. Ein wesentlicher Betrag der latenten Steuerverpflichtungen wurde mit der AfS- oder Cashflow-Hedge-Rücklage verrechnet.

65 Nachrangkapital

Zusammensetzung		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.948	2.387
Genussrechtskapital	13	1.072
Hybride Kapitalinstrumente	256	1.325
Insgesamt	3.217	4.784

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der Emittenten nicht entstehen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Nachrangkapital nach Fristen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	33	227
über 3 Monate bis 1 Jahr	217	384
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.363	1.574
über 5 Jahre	1.604	2.599
Insgesamt	3.217	4.784

Die Abwertung einiger Instrumente des Nachrangkapitals führte im Jahr 2009 zu einem Ertrag in Höhe von 138 Mio. € (2008: 353 Mio. €).

Genussrechtskapital Das begebene Genussrechtskapital setzt sich aus den folgenden Emissionen zusammen:

Genussrechtskapital					
Emittent	Emissionsjahr	Art	Nominalbetrag in Mio. €	Zinssatz in %	Fälligkeit
Deutsche Pfandbriefbank AG	1989	Namens-Genussschein	10	8,000	2014
Deutsche Pfandbriefbank AG	1998	Inhaber-Genussschein	38	variabel verzinst	2009
Deutsche Pfandbriefbank AG	1999	Inhaber-Genussschein	70	7,000	2009
Deutsche Pfandbriefbank AG	1999	Namens-Genussschein	5	6,000	2009
Deutsche Pfandbriefbank AG	1999	Namens-Genussschein	1	6,000	2009
Deutsche Pfandbriefbank AG	2001	Namens-Genussschein	21	7,100	2011
Deutsche Pfandbriefbank AG	2001	Namens-Genussschein	5	7,130	2011
Deutsche Pfandbriefbank AG	2001	Inhaber-Genussschein	13	6,750	2010
Deutsche Pfandbriefbank AG	2001	Inhaber-Genussschein	50	7,000	2011
Deutsche Pfandbriefbank AG	2002	Inhaber-Genussschein	50	7,000	2012

Der Zinsanspruch mindert sich insoweit, als sich durch eine Ausschüttung ein Jahresfehlbetrag beziehungsweise ein Bilanzverlust bei den jeweiligen Emittenten ergeben würde. Die Genussscheininhaber nehmen grundsätzlich an einem etwaigen Jahresfehlbetrag beziehungsweise Bilanzverlust eines Emittenten durch Minderung ihrer Rückzahlungsansprüche teil, und zwar im Verhältnis der Rückzahlungsansprüche zu dem in der Bilanz ausgewiesenen gezeichneten Kapital zuzüglich Gewinn- und Kapitalrücklagen, Genussscheinkapital sowie Verlust- beziehungsweise Gewinnvorträgen.

Aus Bilanzgewinnen der Folgejahre sind die Rückzahlungsansprüche wieder bis zum Nennbetrag zu erhöhen. Die Genussscheine verbriefen nachrangige Gläubigerrechte; sie gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

Hybride Kapitalinstrumente Unter den Begriff der hybriden Kapitalinstrumente fallen insbesondere auch Emissionen in Form von sogenannten Preferred Securities, die durch eigens hierfür gegründete Zweckgesellschaften begeben werden. Diese Instrumente unterscheiden sich vom klassischen Ergänzungskapital insbesondere dadurch, dass sie hinsichtlich ihrer Laufzeit strengeren Anforderungen unterliegen. Darüber hinaus dürfen hybride Kernkapitalinstrumente im Konkursfall erst nach Rückzahlung des Ergänzungskapitals (Nachrangverbindlichkeiten, Genussrechtskapital) befriedigt werden. Im Unterschied zu den traditionellen Kernkapitalinstrumenten ist bei hybriden Instrumenten der Gewinnanspruch in Form einer vom Bestehen eines Gewinns abhängigen festen oder variablen Verzinsung vorgesehen. Im Übrigen können hybride Kapitalemissionen sowohl als zeitlich unbegrenzte Instrumente wie auch als langfristig rückzahlbare Emissionen begeben werden.

Bestimmte Hybridemissionen der DEPFA Bank plc sind seit dem ersten Quartal 2009 gemäß IAS 32.16 als Eigenkapitalinstrumente zu bilanzieren. Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten als Eigenkapital- oder Fremdkapitalinstrumente ist nicht von den gesellschaftsrechtlichen Regelungen abhängig. Sie richtet sich stattdessen danach, ob die Gesellschaft eine vertragliche Verpflichtung hat, Zahlungen aus einem begebenen Finanzinstrument zu leisten. Die DEPFA Bank plc hat über ihre Emissionsvehikel DEPFA Funding II LP, DEPFA Funding III LP und DEPFA Funding IV LP nachrangiges Fremdkapital in Form von Endlosanleihen herausgegeben. Diese hybriden Kapitalinstrumente müssen nur Zinszahlungen leisten, wenn gleichrangige Gläubiger eine Zinszahlung erhalten. Nachdem die letzte gleichrangige Verbindlichkeit mit Zinsanspruch im ersten Quartal 2009 zurückbezahlt worden ist, hat die Gesellschaft ab diesem Zeitpunkt keine vertragliche Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen. Dementsprechend war der Buchwert dieser hybriden Kapitalinstrumente in Höhe von 1.043 Mio. € von den Nachrangverbindlichkeiten in das Eigenkapital umzugliedern.

Durch die Verschmelzung der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG auf die Hypo Real Estate Bank AG wurden die Instrumente des Genussrechtskapitals der ehemaligen DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG zu Nachrangigen Verbindlichkeiten, da den Genussscheininhabern gleichwertige Rechte gewährt wurden. Diese Rechte beinhalten Modifikationen hinsichtlich Ausschüttung und Verlustteilnahme. Auf Basis dieser Modifikationen wurden die Papiere umklassifiziert, da dieses dem wirtschaftlichen Gehalt der Verträge näherkommt.

66 Eigenkapital

Am 31. Dezember 2009 war das gezeichnete Kapital der HRE Holding in Höhe von 3.648 Mio. € eingeteilt in:

Gezeichnetes Kapital		
in Stück (Nennbetrag: 3 €)	31.12.2009	31.12.2008
auf den Inhaber lautende Stammaktien	1.217.628.600	211.084.520
auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht	—	—
Insgesamt	1.217.628.600	211.084.520

Genehmigtes Kapital			
in Mio. €	Befristung	Ursprünglicher Betrag	Stand 31.12.2009
Beschlussjahr 2008	27.5.2010	180	180

Bedingtes Kapital 2008/I			
in Mio. €	Befristung ¹⁾	Ursprünglicher Betrag	Stand 31.12.2009
Beschlussjahr 2008	27.5.2010	60	60

¹⁾ bezogen auf die Emission von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (beziehungsweise Kombinationen dieser Instrumente)

Bedingtes Kapital 2008/II			
in Mio. €	Befristung ¹⁾	Ursprünglicher Betrag	Stand 31.12.2009
Beschlussjahr 2008	27.5.2010	60	60

¹⁾ bezogen auf die Emission von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (beziehungsweise Kombinationen dieser Instrumente)

Gewinnrücklagen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Gesetzliche Rücklage	—	—
Andere Gewinnrücklagen	– 4.368	1.085
Insgesamt	– 4.368	1.085

Die Anzahl der auf den Inhaber lautenden Stammaktien erhöhte sich von 211.084.520 zum 31. Dezember 2008 durch die im Laufe des Jahres durchgeführten Kapitalerhöhungen um 1.006.544.080 auf 1.217.628.600 zum 31. Dezember 2009.

Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Die hybriden Kapitalinstrumente der DEPFA Bank plc sind gemäß IAS 32 als Eigenkapital auszuweisen, da sie keine vertraglichen Rück- und Zinszahlungsverpflichtungen haben. Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe der Aktien und die Einzahlung des SoFFin in die Rücklagen. Als Gewinnrücklagen dürfen nur Beträge ausgewiesen werden, die im Geschäftsjahr oder in einem früheren Geschäftsjahr aus dem Ergebnis gebildet worden sind. Dazu gehören aus dem Ergebnis zu bildende gesetzliche Gewinnrücklagen und andere Gewinnrücklagen.

Im vierten Quartal 2009 hat der SoFFin der Deutschen Pfandbriefbank AG eine stille Einlage in Höhe von 1,0 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Die stille Einlage nimmt am nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Bilanzverlust im Verhältnis der stillen Einlage zum Gesamtbuchwert aller am Bilanzverlust teilnehmenden Haftkapitalanteile teil. Die Gesamtverlustbeteiligung des stillen Gesellschafters am handelsrechtlichen Bilanzverlust ist auf seine stille Einlage begrenzt. Der Bilanzverlust, der auf das Jahr 2008 entfällt, wird zur Berechnung der Verlustteilnahme nicht einbezogen. Die stille Einlage wurde zum Jahresende im handelsrechtlichen Jahresabschluss der Deutschen Pfandbriefbank AG um 397 Mio. € auf 603 Mio. € herabgesetzt. Es besteht eine Wiederauffüllungsverpflichtung seitens der Deutschen Pfandbriefbank AG.

67 Eigene Aktien und Mitarbeiterbeteiligungsplan

Ein Mitarbeiterbeteiligungsprogramm bestand zum 31. Dezember 2009 nicht mehr. Alle zugeteilten Aktien des Mitarbeiterbeteiligungsplans (181.820 Stück) wurden im zweiten Quartal 2009 aus dem Aktienbestand des DEPFA Bank plc Deferred Stock Trust, Dublin, an die Mitarbeiter des Konzerns übertragen und sind spätestens mit dem Squeeze-out auf den SoFFin übergegangen. Die Aktien waren am 2. Oktober 2007 gewährt worden. Der gewichtete durchschnittliche beizulegende Zeitwert am Tag der Gewährung betrug 8 Mio. €. Die aus dem Mitarbeiterbeteiligungsplan erfassten Personalaufwendungen stellen sich bis zum Jahresende 2009 wie folgt dar:

Personalaufwendungen	
in Mio. €	Erfasste Personalaufwendungen
2007	1
2008	6
2009	1
Insgesamt	8

Der DEPFA Bank plc Deferred Stock Trust, Dublin, hatte zum 31. Dezember 2008 196.084 Aktien der HRE Holding im Bestand. Der Trust hat für die verbliebenen, nicht im Rahmen des Mitarbeiterbeteiligungsplans zugeteilten Aktien (14.264) das Übernahmeangebot der Bundesrepublik Deutschland angenommen und dafür 1,39 € je Aktie erhalten. Zum 31. Dezember 2009 hatten die HRE Holding oder nachrangig verbundene Unternehmen keine eigenen Aktien im Bestand. Stattdessen wurden sämtliche Aktien der HRE Holding vom SoFFin gehalten.

In den Jahren 2008 und 2009 wurde nicht in eigenen Aktien gehandelt.

68 Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung	31.12.2009	31.12.2008
in Mio. €		
Fremdwährungsaktiva	122.646	124.486
darunter:		
US \$	59.181	79.091
JP ¥	16.795	17.708
CHF	6.215	7.927
SEK	2.942	2.679
HK \$	8	70
GB £	27.871	12.000
Sonstige	9.634	5.011
Fremdwährungspassiva (ohne Eigenmittel)	121.009	123.795
darunter:		
US \$	59.662	79.104
JP ¥	17.283	17.527
CHF	6.643	7.940
SEK	2.794	2.586
HK \$	1	84
GB £	28.480	11.607
Sonstige	6.146	4.947

69 Treuhandgeschäfte

Die nachfolgenden Tabellen zeigen das Volumen der in der Konzernbilanz nicht ausgewiesenen Treuhandgeschäfte.

Treuhandvermögen	31.12.2009	31.12.2008
in Mio. €		
Forderungen an Kreditinstitute	—	7
Forderungen an Kunden	25	24
Sonstige Vermögensgegenstände	—	45
Insgesamt	25	76

Treuhandverbindlichkeiten	31.12.2009	31.12.2008
in Mio. €		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20	26
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5	50
Insgesamt	25	76

Angaben zur Kapitalflussrechnung

70 Erläuterungen zu den Positionen der Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Die operative Geschäftstätigkeit wird weit definiert, so dass die Abgrenzung entsprechend dem operativen Ergebnis vorgenommen wird. Im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie Wertpapiere des Handelsbestands und andere Aktiva gezeigt. Zu- und Abgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls

zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen sind im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgewiesen.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beinhaltet Zahlungsvorgänge für den Beteiligungs- und Wertpapierbestand sowie für Sachanlagen.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen, Einzahlungen in die Rücklagen und stillen Beteiligungen sowie Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital.

Im Jahr 2009 wurde die Gesellschaft DEPFA First Albany Securities Inc. verkauft und keine Gesellschaft gekauft. Darüber hinaus wurden keine Nicht-Zweckgesellschaften gekauft oder veräußert. Die Auswirkungen aus den Transaktionen sind in der Note Konsolidierung dargestellt.

Angaben zu Finanzinstrumenten

71 Derivative Geschäfte

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die jeweiligen Nominalbeträge und Marktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivaten.

Zur Minimierung (Reduzierung) sowohl des ökonomischen als auch des regulatorischen Kreditrisikos werden zweiseitige Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen. Dadurch können die positiven und negativen Marktwerte der unter einer Aufrechnungsvereinbarung einbezogenen derivativen Kontrakte miteinander verrechnet sowie die regulatorischen zukünftigen Risikozuschläge dieser Produkte verringert werden. Im Rahmen des Netting-Prozesses reduziert sich das Kreditrisiko auf eine einzige Nettoforderung gegenüber dem Vertragspartner.

Sowohl für die regulatorischen Meldungen als auch für die interne Messung und Überwachung der Kreditengagements werden derartige risikoreduzierende Techniken nur dann eingesetzt, wenn sie bei Insolvenz des Geschäftspartners in der jeweiligen Rechtsordnung auch für durchsetzbar gehalten werden. Zur Prüfung der Durchsetzbarkeit werden Rechtsgutachten genutzt.

Analog geht die HRE mit ihren Geschäftspartnern auch Sicherheitenvereinbarungen ein, um die sich nach Netting ergebende Nettoforderung/-verbindlichkeit abzusichern (Erhalt oder Stellung von Sicherheiten). Dieses Sicherheitenmanagement führt in der Regel zur Kreditrisikominderung durch zeitnahe Bewertung und Anpassung des Kundenengagements.

Derivatevolumen am 31.12.2009

Derivatevolumen am 31.12.2009	Nominalbetrag				beizulegender Zeitwert	
	Restlaufzeiten			Insgesamt	positiv	negativ
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre			
in Mio. €						
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte	86.808	211.060	334.329	632.197	22.174	35.675
Forward Rate Agreements	1.000	—	—	1.000	—	—
Zins-Swaps	81.792	203.497	328.544	613.833	22.036	35.212
Zinsoptionen	4.016	7.563	5.775	17.354	138	461
Käufe	2.036	3.931	4.860	10.827	125	320
Verkäufe	1.980	3.632	915	6.527	13	141
Sonstige Zinskontrakte	—	—	10	10	—	2
Börsengehandelte Produkte	2.769	—	—	2.769	7	2
Zins-Futures	2.769	—	—	2.769	7	2
Insgesamt	89.577	211.060	334.329	634.966	22.181	35.677
Währungsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte	56.088	3.600	7.235	66.923	1.243	1.740
Devisenkassa- und -termingeschäfte	53.970	136	—	54.106	85	1.095
Zins-/Währungs-Swaps	2.118	3.464	7.235	12.817	1.158	645
Insgesamt	56.088	3.600	7.235	66.923	1.243	1.740
Sonstige Geschäfte						
OTC-Produkte	2.664	11.011	16.403	30.078	1.404	1.217
Kreditderivate	2.664	11.011	16.403	30.078	1.404	1.217
Insgesamt	2.664	11.011	16.403	30.078	1.404	1.217
Insgesamt	148.329	225.671	357.967	731.967	24.828	38.634

Verwendung der derivativen Geschäfte am 31.12.2009

Verwendung der derivativen Geschäfte am 31.12.2009		beizulegender Zeitwert	
in Mio. €	Nominalbetrag	positiv	negativ
Zinsbezogene Geschäfte			
Fair Value Hedge Accounting	241.653	5.866	18.909
Cashflow Hedge Accounting	237.212	7.881	8.753
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern	3.510	364	122
Stand-alone-Derivate	152.591	8.070	7.893
Insgesamt	634.966	21.181	35.677
Währungsbezogene Geschäfte			
Fair Value Hedge Accounting	5.995	522	515
Cashflow Hedge Accounting	18.500	446	322
Stand-alone-Derivate	42.428	275	903
Insgesamt	66.923	1.243	1.740
Sonstige Geschäfte			
Fair Value Hedge Accounting	29	—	1
Stand-alone-Derivate	30.049	1.404	1.216
Insgesamt	30.078	1.404	1.217
Insgesamt	731.967	24.828	38.634

Derivatevolumen am 31.12.2008				Nominalbetrag		beizulegender Zeitwert	
in Mio. €	Restlaufzeiten			Insgesamt	positiv	negativ	
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre				
Zinsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	171.261	228.811	391.432	791.504	26.042	42.927	
Forward Rate Agreements	33	—	—	33	—	—	
Zins-Swaps	158.978	218.823	386.761	764.562	25.793	41.559	
Zinsoptionen	10.958	9.988	4.095	25.041	219	1.277	
Käufe	4.578	3.836	2.388	10.802	219	8	
Verkäufe	6.380	6.152	1.707	14.239	—	1.269	
Sonstige Zinskontrakte	1.292	—	576	1.868	30	91	
Börsengehandelte Produkte	2.608	140	—	2.748	5	2	
Zins-Futures	2.608	140	—	2.748	5	2	
Insgesamt	173.869	228.951	391.432	794.252	26.047	42.929	
Währungsbezogene Geschäfte							
OTC-Produkte	50.067	5.079	7.834	62.980	3.890	1.880	
Devisenkassa- und -termingeschäfte	41.664	92	48	41.804	1.735	222	
Zins-/Währungs-Swaps	8.403	4.987	7.786	21.176	2.155	1.658	
Insgesamt	50.067	5.079	7.834	62.980	3.890	1.880	
Sonstige Geschäfte							
OTC-Produkte	4.220	16.828	22.207	43.255	2.543	2.787	
Kreditderivate	4.220	16.828	22.207	43.255	2.543	2.787	
Insgesamt	4.220	16.828	22.207	43.255	2.543	2.787	
Insgesamt	228.156	250.858	421.473	900.487	32.480	47.596	

Verwendung der derivativen Geschäfte am 31.12.2008				Nominalbetrag		beizulegender Zeitwert	
in Mio. €						positiv	negativ
Zinsbezogene Geschäfte							
Fair Value Hedge Accounting		248.821				6.282	22.590
Cashflow Hedge Accounting		356.718				8.031	9.293
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern		4.879				509	78
Stand-alone-Derivate		183.834				11.225	10.968
Insgesamt		794.252				26.047	42.929
Währungsbezogene Geschäfte							
Fair Value Hedge Accounting		7.375				602	724
Cashflow Hedge Accounting		23.381				1.447	644
Stand-alone-Derivate		32.224				1.841	512
Insgesamt		62.980				3.890	1.880
Sonstige Geschäfte							
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern		395				47	—
Stand-alone-Derivate		42.860				2.496	2.787
Insgesamt		43.255				2.543	2.787
Insgesamt		900.487				32.480	47.596

Kontrahenten	31.12.2009		31.12.2008	
	beizulegender Zeitwert		beizulegender Zeitwert	
	positiv	negativ	positiv	negativ
in Mio. €				
OECD-Banken	18.530	29.042	24.635	36.244
OECD-Finanzinstitute	3.602	8.893	6.297	10.588
Nicht-OECD-Zentralregierungen (und Notenbanken)	13	4	31	3
Nicht-OECD-Banken	13	—	17	—
Nicht-OECD-Finanzinstitute	20	—	365	—
Sonstige Unternehmen und Privatpersonen	2.650	695	1.135	761
Insgesamt	24.828	38.634	32.480	47.596

Als beizulegende Zeitwerte sind die Summen der positiven und negativen Werte pro Kontrakt ohne Kürzung von Sicherheiten und ohne Berücksichtigung etwaiger Netting-Vereinbarungen angegeben. Bei verkauften Optionen ergeben sich definitionsgemäß keine positiven beizulegenden Zeitwerte.

72 Cashflow Hedge Accounting

Die Zahlungsströme der im Cashflow Hedge Accounting abgebildeten Sicherungsinstrumente werden in den folgenden Berichtszeiträumen erwartet:

Zahlungsströme der im Cashflow Hedge Accounting abgebildeten Sicherungsinstrumente	31.12.2009	31.12.2008
in Mio. €		
bis 1 Monat	12	67
über 1 Monat bis 3 Monate	5	154
über 3 Monate bis 1 Jahr	117	431
über 1 Jahr bis 2 Jahre	130	317
über 2 Jahre bis 5 Jahre	656	833
über 5 Jahre	1.838	1.643
Insgesamt	2.758	3.445

Es wird erwartet, dass sich die Zahlungsströme im Laufzeitband ihres Eintretens auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung auswirken werden.

Die Entwicklung der Cashflow-Hedge-Rücklage ist im Eigenkapitalspiegel enthalten.

73 Undiskontierte Zahlungsströme der Verbindlichkeiten

Die vertraglich vereinbarten undiskontierten Zahlungsströme aus derivativen und nicht-derivativen Finanzinstrumenten der finanziellen Verbindlichkeiten gemäß IFRS 7.39 gliedern sich zum 31. Dezember 2009 nach Restlaufzeiten wie folgt:

Vertraglich vereinbarte undiskontierte Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten gemäß IFRS 7.39	31.12.2009	31.12.2008
in Mrd. €		
bis 3 Monate	127	179
aus derivativen Finanzinstrumenten	4	—
aus nicht-derivativen Finanzinstrumenten	123	179
über 3 Monate bis 1 Jahr	93	46
aus derivativen Finanzinstrumenten	14	3
aus nicht-derivativen Finanzinstrumenten	79	43
über 1 Jahr bis 5 Jahre	98	109
aus derivativen Finanzinstrumenten	29	8
aus nicht-derivativen Finanzinstrumenten	69	101
über 5 Jahre	139	132
aus derivativen Finanzinstrumenten	49	32
aus nicht-derivativen Finanzinstrumenten	90	100

Die Darstellung der vertraglich vereinbarten undiskontierten Zahlungsstrom-Fälligkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, das heißt, bei Vorliegen von Wahlrechten und Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Diese Darstellung entspricht nicht der ökonomischen Steuerung, die auf erwarteten Zahlungsströmen basiert. Die Liquiditätsrisikostategie und das Liquiditätsrisikomanagement der HRE sind im Risikobericht beschrieben.

74 Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Für folgende Verbindlichkeiten wurden Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

Eigene Verbindlichkeiten		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	123.835	139.294
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	570	—
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	30.098
Insgesamt	124.405	169.392

Für die vorgenannten Verbindlichkeiten wurden folgende Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

Gestellte Vermögenswerte		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Handelsaktiva	110	19
Forderungen an Kreditinstitute	26.432	14.080
Forderungen an Kunden	31.602	80.908
Finanzanlagen	44.423	61.184
Insgesamt	102.567	156.191

Die HRE Holding sowie ihre wesentlichen Tochtergesellschaften haben im Rahmen der Liquiditätsunterstützungen von einem Konsortium aus dem deutschen Finanzsektor und von der Bundesbank unter Beteiligung der Bundesregierung sowie vom Finanzmarktstabilisierungsfonds fast alle frei verfügbaren Vermögenswerte im Gesamtnominalwert von ca. 60 Mrd. € als Sicherheit an den Sicherheitentreuhänder der Kreditgeber übertragen beziehungsweise verpfändet. Darüber hinaus hat die HRE Holding die Anteile an der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc sowie die DEPFA-Bank-plc-Anteile an Tochterunternehmen verpfändet. Im Rahmen der Ende 2009 erfolgten Umstrukturierung der Liquiditätsunterstützungen wird das Sicherheitenportfolio von ursprünglich ca. 60 Mrd. € bis zum 31. März 2010 weitgehend freigegeben. Nicht freigegeben sind die Verpfändungen der Anteile an der Deutschen Pfandbriefbank AG und der DEPFA Bank plc sowie die Verpfändungen der Anteile an Tochterunternehmen der DEPFA Bank plc.

Die übrigen Sicherheitenübertragungen resultieren vor allem aus Pensionsgeschäften. Die Transaktionen wurden unter den handelsüblichen und gebräuchlichen Bedingungen für Pensionsgeschäfte ausgeführt.

75 Sicherheiten, die weiterverkauft oder -verpfändet werden können

Der Fair Value der Sicherheiten, die ohne Zahlungsverzug weiterverkauft oder -verpfändet werden können, belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 30 Mio. € (2008: 43 Mio. €). Zum 31. Dezember 2009 betrug der Fair Value der weiterverkauften oder weiterverpfändeten Sicherheiten 0 Mio. € (2008: 15 Mio. €). Die HRE erhielt die Sicherheiten im Rahmen von Pensionsgeschäften und ist verpflichtet, die Sicherheiten grundsätzlich an den Sicherungsgeber zurückzuübertragen. Nur wenn die Sicherheit in der Zwischenzeit fällig geworden ist, kann ein Barausgleich erfolgen.

76 Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente

Die angegebenen beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente gemäß IFRS 7 entsprechen nach Auffassung der HRE den Beträgen, zu denen am Abschlussstichtag zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte. Die beizulegenden Zeitwerte wurden stichtagsbezogen auf Basis der zur Verfügung stehenden Marktinformationen sowie anhand der in der Note Finanzinstrumente dargestellten Bewertungsmethoden ermittelt.

Gemäß der im März 2009 veröffentlichten Änderung des IFRS 7 „Financial Instruments: Disclosures“ sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der HRE, die zum Fair Value bewertet werden, in Fair-Value-Hierarchien einzuteilen. Diese dreistufige Hierarchie beruht auf der Beobachtbarkeit der Parameter, die für die Fair-Value-Bewertung verwendet werden:

- Level 1 – in aktiven Märkten notierte Marktpreise (unbereinigt) für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten
- Level 2 – Bewertungsverfahren mittels direkt oder indirekt beobachtbarer, marktbasierter Parameter, die aber nicht als notierte Kurse der Stufe 1 gelten
- Level 3 – Bewertungsverfahren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen (nicht beobachtbare Parameter)

In der folgenden Tabelle sind die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet:

Fair-Value-Hierarchie am 31.12.2009				
in Mio. €	Insgesamt	Level 1	Level 2	Level 3
Aktiva				
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	21.063	871	18.631	1.561
Handelsaktiva	10.749	—	9.546	1.203
Forderungen an Kunden	333	—	—	333
dFVTPL-Finanzanlagen	3.229	871	2.358	—
Hedging-Derivate	6.388	—	6.363	25
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern	364	—	364	—
Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	21.741	12.941	8.752	48
AfS-Finanzanlagen ¹⁾	13.414	12.941	473	—
Cashflow-Hedge-Derivate	8.327	—	8.279	48
Insgesamt	42.804	13.812	27.383	1.609
Passiva				
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	30.938	—	28.673	2.265
Handelspassiva	11.391	—	9.301	2.090
Hedging-Derivate	19.425	—	19.250	175
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern	122	—	122	—
Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	9.075	—	9.057	18
Cashflow-Hedge-Derivate	9.075	—	9.057	18
Insgesamt	40.013	—	37.730	2.283

¹⁾ ohne Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen

In der Berichtsperiode waren aufgrund von veränderten Marktverhältnissen für bestimmte Finanzinstrumente auf aktiven Märkten notierte Marktpreise nicht mehr verfügbar. Nichtsdestotrotz konnten die Fair Values dieser Finanzinstrumente auf der Grundlage von am Markt beobachtbaren Input-Daten ermittelt werden. Infolgedessen wurden finanzielle Vermögenswerte mit einem Fair Value von 63 Mio. € aus Level 1 in Level 2 der Fair-Value-Hierarchie umklassifiziert.

Im Jahr 2009 verbesserte sich die Qualität der für die Fair-Value-Bewertung verwendeten Input-Daten für einige Instrumente derart, dass anstelle von am Markt beobachtbaren Input-Daten nun auf aktiven Märkten notierte Marktpreise verfügbar sind. Finanzinstrumente mit einem Fair Value von 1.898 Mio. € wurden aus Level 2 in Level 1 der Fair-Value-Hierarchie umklassifiziert.

Die folgenden Tabellen zeigen die Veränderungen der Level 3 zugeordneten Instrumente im Geschäftsjahr 2009.

Veränderungen der in Level 3 zugeordneten finanziellen Vermögenswerte					Insgesamt
	Handelsaktiva	Forderungen an Kunden	Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte Hedging-Derivate	Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte Cashflow-Hedge-Derivate	
in Mio. €					
Stand zum 1.1.2009	1.511	395	81	34	2.021
Gesamtergebnis erfasst in					
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	-179	-45	-46	—	-270
Eigenkapital	—	—	—	14	14
Zukäufe	488	—	—	—	488
Verkäufe	—	—	—	—	—
Emissionen	—	—	—	—	—
Rückzahlungen	-617	-17	-10	—	-644
Umbuchungen in Level 3	—	—	—	—	—
Umbuchungen aus Level 3	—	—	—	—	—
Stand zum 31.12.2009	1.203	333	25	48	1.609

Veränderungen der in Level 3 zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten				Insgesamt
	Handelsspassiva	Hedging-Derivate	Erfolgsneutral zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten Cashflow-Hedge-Derivate	
in Mio. €				
Stand zum 1.1.2009	-4.178	-106	-15	-4.299
Gesamtergebnis erfasst in				
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	364	-68	—	296
Eigenkapital	—	—	-3	-3
Zukäufe	-208	-1	—	-209
Verkäufe	—	—	—	—
Emissionen	—	—	—	—
Rückzahlungen	1.932	—	—	1.932
Umbuchungen in Level 3	—	—	—	—
Umbuchungen aus Level 3	—	—	—	—
Stand zum 31.12.2009	-2.090	-175	-18	-2.283

Im Jahr 2009 hat die HRE keine Finanzinstrumente in beziehungsweise aus Level 3 umklassifiziert.

Die in der Periode insgesamt angefallenen erfolgswirksamen Gewinne oder Verluste in Höhe von 26 Mio. € sind den zum Bilanzstichtag gehaltenen dFVTPL-Vermögenswerten und dFVTPL-Verbindlichkeiten zuzuordnen. Die aus den dFVTPL-Vermögenswerten resultierenden Gewinne oder Verluste (davon -179 Mio. € Handelsak-

tiva, -45 Mio. € Forderungen an Kunden und -46 Mio. € Hedging-Derivate) sind im Handelsergebnis (-179 Mio. €) und im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (-91 Mio. €) enthalten. Die aus den dFVTPL-Verbindlichkeiten resultierenden Gewinne oder Verluste (davon 364 Mio. € Handelsspassiva und -68 Mio. € Hedging-Derivate) sind im Handelsergebnis (364 Mio. €) und im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (-68 Mio. €) enthalten.

Alle zum Bilanzstichtag direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne oder Verluste (11 Mio. €) betreffen Cashflow-Hedge-Derivate, die zum Bilanzstichtag gehalten werden. Diese werden als Veränderungen der Cashflow-Hedge-Rücklage ausgewiesen.

Obwohl die HRE davon ausgeht, dass die von ihr geschätzten Fair Values zutreffend ermittelt wurden, hat die Verwendung von vernünftigerweise möglichen alternativen Input-Parametern signifikante Auswirkungen auf den Fair Value. Die folgende Tabelle zeigt die Fair-Value-Sensitivitäten der Level-3-Instrumente aufgrund von vernünftigerweise möglichen alternativen Annahmen.

Sensitivitäten der Level-3-Instrumente		
in Mio. €	vorteilhafte Änderungen	nachteilhafte Änderungen
Aktiva		
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	126	-150
Forderungen an Kunden	23	-19
Hedging-Derivate	8	-10
Insgesamt	157	-179
Passiva		
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		
Handelspassiva	8	-23
Hedging-Derivate	30	-38
Insgesamt	38	-61

Die dargestellten vorteilhaften und nachteilhaften Änderungen sind unabhängig voneinander berechnet worden. Für die Derivate im Cashflow Hedge Accounting wurden keine alternativen Fair Values ermittelt, da diese der Absicherung von Zinsrisiken (zukünftige variable Zinszahlungen werden in feste Zahlungen getauscht) dienen.

Aufgrund von sich kompensierenden Derivaten sowie Sicherungsbeziehungen bestehen Ausgleichseffekte, die sowohl die vorteilhaften als auch die nachteilhaften Änderungen abmildern.

Gegenüber dem Vorjahr erfolgte keine Änderung der Methoden und Bewertungstechniken, die zur Bestimmung des Fair Values verwendet wurden. Nachfolgend sind die verwendeten Bewertungsmethoden auf der Ebene von Produktklassen näher beleuchtet:

Die beizulegenden Zeitwerte bestimmter zu Nominalwerten bilanzierter Finanzinstrumente entsprechen nahezu ihren Buchwerten. Hierunter fallen etwa die Barreserve sowie Forderungen und Verbindlichkeiten ohne Zinsbindung oder Fälligkeit beziehungsweise mit kurzer Restlaufzeit. Bei diesen Finanzinstrumenten wird aufgrund der nur unwesentlichen Abweichung als beizulegender Zeitwert der Buchwert verwendet.

Für die börsengehandelten Wertpapiere und Derivate sowie bei börsennotierten Schuldtiteln wird auf quotierte Marktpreise zurückgegriffen. Der beizulegende Zeitwert

der originären Schuldinstrumente, für die kein Preis von einem aktiven Markt vorliegt, wird als Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows auf Basis zugehöriger Benchmark-Zinskurven und Credit Spreads ermittelt.

Die beizulegenden Zeitwerte der Zins- und Zins-Währungs-Swap-Vereinbarungen sowie Zinstermingeschäfte werden auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt. Dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente geltenden Marktzinssätze verwendet. Der beizulegende Zeitwert von Devisentermingeschäften wird auf der Basis aktueller Terminkurse bestimmt. Optionen werden mittels Kursnotierungen oder anerkannter Modelle zur Ermittlung von Optionspreisen bewertet. Als Bewertungsmodelle dienen für einfache europäische Optionen die gängigen Black-Scholes-Modelle (Währungs- und Indexinstrumente) oder lognormale Modelle (Zinsinstrumente). Bei exotischeren Instrumenten werden die Zinsen über ein- und mehrdimensionale Term-Structure-Modelle unter Nutzung der aktuellen Zinsstruktur sowie von Cap- oder Swaption-Volatilitäten als bewertungsrelevanten Parametern abgebildet. Bei Zins-Währungsprodukten kommen geeignete Ein- und Mehrfaktor-Modelle zum Einsatz.

Für Kreditderivate wie zum Beispiel Credit Default Swaps werden einschlägige Standardmodelle verwendet. Ebenso wie bei den Zins- und Währungsderivaten wird die Bonität des Vertragspartners in der Bewertung berücksichtigt.

Für strukturierte Kreditprodukte werden die beizulegenden Zeitwerte unter Verwendung von marktüblichen Gauss-Copula-Modellen und geeigneten Anpassungen hiervon herangezogen. Parallel dazu wird auf Basis der Referenzprodukte und Nachrangigkeit der jeweiligen Papiere der Erwartete Verlust berechnet. Im Fall von signifikanten Erwarteten Verlusten wird für die im Bestand befindlichen Tranchen zusätzlich eine detaillierte Kredit-Einzelanalyse durchgeführt. Für die Bewertung von Kundenderivaten werden Kontrahentenrisikoeinstufungen vorgenommen.

Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumenten, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden gemäß IAS 39.46 mit den Anschaffungskosten bewertet.

Beizulegende Zeitwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente	31.12.2009		31.12.2008	
	Buchwert	beizulegender Zeitwert	Buchwert	beizulegender Zeitwert
in Mio. €				
Aktiva	354.747	332.950	414.316	382.860
Barreserve	1.824	1.824	1.713	1.713
Handelsaktiva (HfT)	10.749	10.749	17.287	17.287
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	37.491	36.854	49.325	48.360
Kategorie LaR	37.491	36.854	49.325	48.360
Forderungen an Kunden ¹⁾	194.476	178.714	219.855	199.487
Kategorie LaR	194.143	178.381	219.460	199.092
Kategorie dFVTPL	333	333	395	395
Finanzanlagen ²⁾	94.808	89.410	108.740	98.617
Kategorie AfS	13.423	13.423	14.470	14.470
Kategorie dFVTPL	3.229	3.229	4.476	4.476
Kategorie LaR	78.156	72.758	89.794	79.671
Sonstige Aktiva	15.399	15.399	17.396	17.396
darunter:				
Hedging-Derivate	14.715	14.715	16.362	16.362
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern	364	364	556	556
Passiva	350.842	345.558	416.647	405.987
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	137.349	137.311	146.878	146.444
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.259	13.149	15.936	14.184
Verbriefte Verbindlichkeiten	156.376	151.500	197.978	190.964
Handelspassiva (HfT)	11.391	11.391	17.236	17.236
Sonstige Passiva	29.250	29.250	33.835	33.835
darunter:				
Hedging-Derivate	28.500	28.500	33.251	33.251
Derivate, die dFVTPL-Finanzinstrumente sichern	122	122	78	78
Nachrangkapital	3.217	2.957	4.784	3.324
Sonstige Positionen	8.870	8.469	14.498	12.787
Eventualverbindlichkeiten	785	785	1.309	1.309
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.931	5.530	11.271	9.560
Liquiditätsfazilitäten	2.154	2.154	1.918	1.918

¹⁾ abzüglich Wertberichtigungen auf Forderungen

²⁾ ohne als Finanzinvestition gehaltene Grundstücke und Gebäude und nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen

Die Buchwerte spiegeln das maximale bilanzielle Kredit- ausfallrisiko der Aktiva beziehungsweise die maximale Inanspruchnahme der sonstigen Posten im Sinne des IFRS 7 wider.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach Bewertungskategorien und Klassen in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Vermögenswerte		
Loans and Receivables (LaR)	309.790	358.579
Held to Maturity (HtM)	—	—
Available for Sale (AfS)	13.423	14.470
Held for Trading (HfT)	10.749	17.287
dFVTPL-Vermögenswerte (dFVTPL)	3.562	4.871
Barreserve	1.824	1.713
Positive Marktwerte von Sicherungsderivaten	15.079	16.918
Verbindlichkeiten		
Held for Trading (HfT)	11.391	17.236
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	310.348	365.847
Negative Marktwerte von Sicherungsderivaten	28.622	33.329

77 Überfällige, aber nicht wertberichtigte Bestände

Die nachstehend aufgeführten Beträge waren zum 31. Dezember 2009 überfällig. Es wurde jedoch keine individuelle Wertberichtigung gebildet, da die HRE keine Probleme bei der Werthaltigkeit dieser Bestände beziehungsweise der diesen Krediten zugrunde liegenden Sicherheiten sieht. Zeitliche Verschiebungen bei der Rückzahlung von fälligen Zahlungsströmen treten im normalen Geschäfts- verlauf regelmäßig (bis 3 Monate) auf und sind deshalb nicht automatisch ein Anzeichen einer eingeschränkten Werthaltigkeit. Die Höhe der überfälligen Beträge ist des- halb der Höhe des Gesamtbestandes gegenübergestellt.

LaR-Bestände		
LaR-Bestände: überfällig, aber nicht wertberichtigt (Gesamtbestand)		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
bis 3 Monate	774	927
über 3 Monate bis 6 Monate	288	265
über 6 Monate bis 1 Jahr	301	120
über 1 Jahr	222	79
Insgesamt	1.585	1.391

Buchwerte LaR-Bestände		
in Mrd. €	31.12.2009	31.12.2008
Buchwert der weder einzelwertberichtigten noch überfälligen LaR-Bestände	308,8	358,0
Buchwert der überfälligen, aber nicht wertberichtigten LaR-Bestände (Gesamtbestand)	1,6	1,4
Buchwert der einzelwertberichtigten LaR-Bestände (netto)	2,4	0,8
Bestand portfoliobasierte Wertberichtigungen	0,9	0,6
Insgesamt	313,7	360,8
davon: Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Geldanlagen)	37,5	49,4
Forderungen an Kunden (inklusive Geldanlagen)	198,0	221,6
Finanzanlagen (brutto)	78,2	89,8

Der Buchwert der Vermögenswerte, die wegen Konditio- nenanpassung nicht überfällig oder wertberichtigt sind, belief sich im Jahr 2009 auf 0 Mio. € (2008: 0 Mio. €).

Der beizulegende Zeitwert der Sicherheiten der einzel- wertberichtigten finanziellen Vermögenswerte belief sich auf rund 2,0 Mrd. € (2008: 1,2 Mrd. €). Die Sicherheiten bestehen weit überwiegend aus Grundschulden.

AfS-Bestände Die HRE hatte zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 weder überfällige und nicht wert- berichtigte noch einzelwertberichtigte AfS-Finanzanlagen im Bestand.

78 Abgrenzung von Day one Profits

Abgrenzung von Day one Profits		
in Mio. €	2009	2008
Anfangsbestand noch erfolgswirksam abzugrenzender Day one Profits	51	42
Veränderungen im Konsolidierungskreis	—	—
Neu aktivierte Day one Profits	4	13
Erfolgswirksam vereinnahmte Day one Profits	—3	—4
Endbestand noch erfolgswirksam abzugrenzender Day one Profits	52	51

Die abzugrenzenden Day one Profits resultieren aus finan- ziellen Vermögenswerten, kategorisiert als Held for Trading.

Sonstige Angaben

79 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Eventualverbindlichkeiten	785	1.309
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	785	1.309
Kreditbürgschaften	39	58
Erfüllungsgarantien und Gewährleistungen	746	1.251
Andere Verpflichtungen	8.127	13.246
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.931	11.271
Buchkredite	636	2.269
Avalkredite	64	83
Hypotheken- und Kommunaldarlehen	5.231	8.919
Liquiditätsfazilitäten	2.154	1.918
Sonstige Verpflichtungen	42	57
Insgesamt	8.912	14.555

Die HRE Holding hat gegenüber dem innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin, bestehenden Einlagensicherungsfonds die nach Maßgabe der geltenden Statuten vorgesehene Verlustfreistellungserklärung abgegeben.

Die HRE ist Leasingnehmer im Rahmen von Operating-Leasing-Verhältnissen. Zum 31. Dezember 2009 bestehen unkündbare Operating-Leasing-Verträge für Grundstücke und Gebäude sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Mindestverpflichtungen aus unkündbaren Leasingverhältnissen führen im Geschäftsjahr 2010 zu Aufwendungen in Höhe von 23 Mio. €, in den Geschäftsjahren 2011 bis 2014 zu Aufwendungen in Höhe von insgesamt 79 Mio. €, und für den Zeitraum 2015 und später betragen die Aufwendungen insgesamt 118 Mio. €. Im Vorjahr betrugen die Mindestverpflichtungen aus unkündbaren Leasingverhältnissen wie folgt: für das Geschäftsjahr 2009 21 Mio. €, in den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 insgesamt 83 Mio. € und für den Zeitraum 2014 und später insgesamt 130 Mio. €.

In der HRE sind unwiderrufliche Kreditzusagen und Liquiditätsfazilitäten die größten Posten in der Position Andere Verpflichtungen. Zu den unwiderruflichen Kre-

ditzusagen zählen alle Verpflichtungen eines Kreditgebers, die zu einem späteren Zeitpunkt einen Kredit gewähren und somit zu einem Kreditrisiko führen können. Dieses sind überwiegend nicht vollständig ausbezahlte Kredite. Liquiditätsfazilitäten sind zugesagte Kreditlinien.

80 Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen (auf HGB-Basis)

Der Vorstand der HRE Holding steuert das Kapital auf der Basis der Solvabilitätsverordnung (SolvV) und der Maßgaben des § 10 Kreditwesengesetz (KWG). Demnach darf die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/risikogewichtete Aktiva) 8,0 % nicht unterschreiten, zudem muss der Kernkapitalanteil am Eigenkapital mindestens 50 % betragen, sodass die Kernkapitalquote mindestens 4,0 % betragen muss. Gleichzeitig ist die aus der Relation der Eigenmittel zur Summe risikogewichteter Aktiva und den 12,5-fachen Anrechnungsbeträgen für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken errechnete Eigenmittelquote von mindestens 8,0 % einzuhalten.

Die HRE unterliegt gem. § 3 SolvV, i.V.m. § 2 Absätze 2 und 3 SolvV, der Verpflichtung, eine Mindest-Eigenmittelquote von 8 % zu gewährleisten. Im Geschäftsjahr 2009 war die Einhaltung dieser Mindestquote im Zeitraum vom 24. April 2009 (Datum der Feststellung des Jahresabschlusses 2008) bis zum 7. Juni 2009 nicht gegeben. Die zuständigen Aufsichtsbehörden BaFin und Deutsche Bundesbank wurden hierüber pflichtgemäß im Sinne des § 7 SolvV rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. Aufgrund der zum damaligen Zeitpunkt bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Rekapitalisierung der HRE wurden seitens der Aufsichtsbehörden für den betreffenden Zeitraum keine Sanktionsmaßnahmen ergriffen. Seit Eintragung der in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 2. Juni 2009 beschlossenen Kapitalerhöhung in das Handelsregister am 8. Juni 2009 wurde die Eigenmittelquote von 8 % nicht mehr unterschritten.

Gemäß den offiziellen regulatorischen Vorgaben erfolgt die Ermittlung der Eigenmittel zu den Stichtagen 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2008 ohne Einbezug des jeweiligen Jahresergebnisses, da zum Zeitpunkt der Abgabe der Meldung an die Aufsichtsbehörden noch kein aufgestellter Jahresabschluss vorlag. Dieser ist jedoch Voraussetzung, um das Jahresergebnis berücksichtigen zu können.

Das bankenaufsichtsrechtliche Kapital gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) der HRE stellt sich wie folgt dar:

Eigenmittel ¹⁾				
in Mio. €	31.12.2009 ²⁾	31.12.2009 ³⁾	31.12.2008 ²⁾	31.12.2008 ³⁾
Kernkapital	7.614	6.260	5.897	2.928
Ergänzungskapital	1.133	2.213	2.275	2.069
Eigenkapital	8.747	8.473	8.172	4.997
Dritrangmittel	—	—	—	—
Insgesamt	8.747	8.473	8.172	4.997

¹⁾ konsolidiert gemäß § 10a KWG
²⁾ vor aufgestellten Jahresabschlüssen und vor erfolgter Ergebnisverwendung
³⁾ pro forma nach aufgestellten Jahresabschlüssen und nach erfolgter Ergebnisverwendung

Die risikogewichteten Aktiva, die operationellen Risiken und die Marktrisikopositionen stellen sich wie folgt dar:

Risikogewichtete Aktiva ¹⁾				
in Mrd. €	31.12.2009 ²⁾	31.12.2009 ³⁾	31.12.2008 ²⁾	31.12.2008 ³⁾
Risikogewichtete Aktiva	81,0	80,2	95,3	87,3

¹⁾ inklusive gewichteter Adressausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5; nach Basel-II-Advanced-IRB-Ansatz für genehmigte Portfolios, sonst Basel-II-Standardansatz
²⁾ vor aufgestellten Jahresabschlüssen und vor erfolgter Ergebnisverwendung
³⁾ pro forma nach aufgestellten Jahresabschlüssen und nach erfolgter Ergebnisverwendung

Operationelle Risiken		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Insgesamt	212	237

Marktrisikopositionen		
in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Währungsrisiken	37	64
Zinsrisiken	198	282
Insgesamt	235	346

Die Kapitalquoten wurden auf Basis der Eigenkapitaldefinition nach SolvV sowie unter Verwendung der risikogewichteten Aktiva nach Basel II ermittelt. Zum 31. Dezember 2009 und zum 31. Dezember 2008 ergaben sich somit folgende Kapitalquoten:

Kapitalquoten				
in %	31.12.2009 ¹⁾	31.12.2009 ²⁾	31.12.2008 ¹⁾	31.12.2008 ²⁾
Kernkapitalquote ³⁾	9,4	7,8	6,2	3,4
Eigenkapitalquote ⁴⁾	11,2	11,0	9,0	6,0
Eigenmittelquote (Gesamtkennziffer) ³⁾	10,8	10,6	8,6	5,7

¹⁾ vor aufgestellten Jahresabschlüssen und vor erfolgter Ergebnisverwendung
²⁾ pro forma nach aufgestellten Jahresabschlüssen und nach erfolgter Ergebnisverwendung
³⁾ inklusive gewichteter Adressausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen und operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5
⁴⁾ inklusive gewichteter Adressausfallrisikopositionen sowie der Anrechnungsbeträge für operationelle Risiken, skaliert mit dem Faktor 12,5

81 Honorare für den Konzernabschlussprüfer

Honorare für den Konzernabschlussprüfer in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Abschlussprüfungen	5.560	5.170
Andere Bestätigungsleistungen	148	650
Steuerberatungsleistungen	116	178
Sonstige Leistungen	7.358	6.139
Insgesamt	13.182	12.137

82 Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Definition von nahestehenden Unternehmen und Personen umfasst nach IAS 24 (Related Party Disclosures) unter anderem Unternehmen beziehungsweise Personen, die direkt oder indirekt das berichtende Unternehmen beherrschen oder von diesem beherrscht werden, aufgrund einer Beteiligung einen maßgeblichen Einfluss auf dieses ausüben können oder die gemeinsame Führung innehaben, sowie assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen.

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen steht die HRE Holding unmittelbar oder mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit nicht konsolidierten Tochtergesellschaften und anderen nahestehenden Unternehmen in Beziehung. Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden durchgeführt wie mit fremden Dritten, bis zur Geltung des § 7d FMStBG, unter Beachtung der Besonderheiten der §§ 311 ff AktG.

Gegenüber nahestehenden Unternehmen Vermögenswerte gegenüber nahestehenden Unternehmen

Vermögenswerte gegenüber nahestehenden Unternehmen in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kunden	66	66
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	16	18
andere nahestehende Unternehmen	50	48

Darüber hinaus waren keine Vermögenswerte von nicht konsolidierten Tochterunternehmen und anderen nahestehenden Unternehmen im Bestand.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen in Mio. €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4	—
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	4	—
andere nahestehende Unternehmen	—	—

Darüber hinaus waren keine Verbindlichkeiten von nicht konsolidierten Tochterunternehmen und anderen nahestehenden Unternehmen im Bestand.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2009 bestanden, wie im Vorjahr, keine Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber beitragsorientierten Altersversorgungsplänen.

Die während der Periode erfassten Erträge und Aufwendungen gegenüber nahestehenden Unternehmen waren nicht wesentlich.

Aufgrund der Beherrschung der HRE Holding durch den SoFFin, ein Sondervermögen des Bundes nach § 2 Abs. 2 FMStFG, ist die HRE Holding ein staatlich kontrolliertes Unternehmen und nahestehendes Unternehmen zu anderen Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der Bundesrepublik Deutschland stehen (sogenannte Government-related Entities). Geschäftsbeziehungen mit Unternehmen der öffentlichen Hand werden wie unter fremden Dritten abgewickelt. Die Unterstützungsmaßnahmen des SoFFin sind im Lagebericht detailliert beschrieben.

Gegenüber nahestehenden Personen

Bezüge an Personen, die Schlüsselpositionen im Konzern ausüben (Senior Management) ¹⁾ in Tsd. €	2009		2008
	Bezüge	Abfindungen	Insgesamt
Insgesamt	14.963	5.649	20.612

¹⁾ Vorstandsmitglieder der HRE Holding, der Tochtergesellschaften sowie Geschäftsführer der HRE Systems GmbH und Mitarbeiter der zweiten Führungsebene des Konzerns

Pensionsverpflichtungen gegenüber Personen, die Schlüsselpositionen im Konzern ausüben (Senior Management) in Tsd. €	31.12.2009	31.12.2008
Insgesamt ¹⁾	96.493	61.090

¹⁾ davon 82.816 Tsd. € (2008: 41.798 Tsd. €) für Pensionäre und deren Hinterbliebene

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder und der Mitglieder des Aufsichtsrats ist inklusive entsprechender Tabellen im Vergütungsbericht dargestellt.

Mitglieder des Aufsichtsrats der HRE Holding erhielten im Jahr 2009 keine Bezüge für persönlich erbrachte Leistungen. Zum Abschlussstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber am Abschlussstichtag aktiven Aufsichtsratsmitgliedern.

Im Jahr 2009 wurden von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats keine Aktien der HRE Holding oder sich darauf beziehende Derivate erworben oder veräußert.

Die Aktien der HRE Holding werden vollständig vom SoFFin gehalten. Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats hielten dementsprechend am 31. Dezember 2009 keine Aktien der Gesellschaft.

Angaben zu Bezügen gemäß § 285 Nr. 9 a) und b) HGB a.F. der HRE Holding nach Personengruppen Die Bezüge des Vorstands belaufen sich auf 6.245 Tsd. € (2008: 6.430 Tsd. €) und die des Aufsichtsrats auf 599 Tsd. € (2008: 1.178 Tsd. €).

Die Pensionsansprüche nach IFRS für aktive Vorstandsmitglieder betragen zum 31. Dezember 2009 11.195 Tsd. €. Für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder belaufen sie sich auf 17.471 Tsd. €.

83 Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalstand	2009	2008
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	1.562	1.884
Auszubildende	6	8
Insgesamt	1.568	1.892

84 Quartalsübersicht

Konzern		2008	2009			
		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen						
Operative Erträge	in Mio. €	– 660	– 80	348	244	– 93
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	676	371	345	333	347
Provisionsüberschuss	in Mio. €	– 72	– 108	– 99	– 97	– 338
Handelsergebnis	in Mio. €	– 574	– 162	135	25	– 152
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	– 881	– 30	– 14	1	42
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	120	– 110	3	– 30	20
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	71	– 41	– 22	12	– 12
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	1.409	196	881	810	204
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	181	130	121	142	148
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	– 227	–	– 10	– 1	3
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	– 2.477	– 406	– 664	– 709	– 442
Ergebnis nach Steuern	in Mio. €	– 2.569	– 382	– 750	– 574	– 530
Kennzahlen						
Kreditvolumen	in Mrd. €	267,3	258,5	248,7	239,7	236,2
Mitarbeiter		1.786	1.656	1.582	1.480	1.397

Commercial Real Estate		2008	2009			
		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen						
Operative Erträge	in Mio. €	219	153	173	167	94
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	187	161	162	158	151
Provisionsüberschuss	in Mio. €	28	17	31	24	25
Handelsergebnis	in Mio. €	– 25	– 25	– 23	– 18	– 85
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	18	–	1	1	1
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	–	–	–	–	–
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	11	–	2	2	2
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	839	135	899	616	216
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	22	40	34	47	56
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	– 5	–	– 1	–	–
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	– 647	– 22	– 761	– 496	– 178

Public Sector & Infrastructure Finance		2008	2009			
		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen						
Operative Erträge	in Mio. €	180	96	127	51	– 126
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	205	286	212	110	75
Provisionsüberschuss	in Mio. €	– 63	– 84	– 79	– 79	– 235
Handelsergebnis	in Mio. €	– 10	– 21	–	44	11
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	5	– 1	– 2	3	– 7
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	40	– 84	– 5	– 27	30
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	3	–	1	–	–
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	420	49	– 20	180	– 6
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	– 15	25	24	22	18
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	– 8	–	–	3	–
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	– 233	22	123	– 148	– 138

Capital Markets & Asset Management		2008		2009		
		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen						
Operative Erträge	in Mio. €	− 522	− 95	102	40	− 16
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	17	17	14	17	17
Provisionsüberschuss	in Mio. €	− 12	− 11	− 15	− 13	− 34
Handelsergebnis	in Mio. €	− 444	− 99	122	35	− 58
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	− 82	—	− 17	—	50
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	− 1	− 2	− 2	1	9
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	—	—	—	—	—
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	—	—	—	—	—
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	− 25	12	5	4	5
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	—	—	—	—	—
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	− 497	− 107	97	36	− 21

Corporate Center		2008		2009		
		4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Erfolgszahlen						
Operative Erträge	in Mio. €	− 537	− 234	− 54	− 14	− 45
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	267	− 93	− 43	48	104
Provisionsüberschuss	in Mio. €	− 25	− 30	− 36	− 29	− 94
Handelsergebnis	in Mio. €	− 95	− 17	36	− 36	− 20
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	− 822	− 29	4	− 3	− 2
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	81	− 24	10	− 4	− 19
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	57	− 41	− 25	10	− 14
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	150	12	2	14	− 6
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	199	53	58	69	69
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	− 214	—	− 9	− 4	3
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	− 1.100	− 299	− 123	− 101	− 105

85 Mehrjahresübersicht

Konzern						
Erträge/Aufwendungen		2009	2008	2007	2006	2005
Operative Erträge	in Mio. €	419	–585	906	1.082	946
Zinsüberschuss und ähnliche Erträge	in Mio. €	1.396	1.633	1.105	804	722
Provisionsüberschuss	in Mio. €	–642	32	198	145	125
Handelsergebnis	in Mio. €	–154	–1.009	–224	43	26
Finanzanlageergebnis	in Mio. €	–1	–1.409	–169	79	70
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	in Mio. €	–117	86	–5	9	–2
Saldo sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	–63	82	1	2	5
Kreditrisikovorsorge	in Mio. €	2.091	1.656	–61	159	151
Verwaltungsaufwand	in Mio. €	541	605	435	335	317
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte der DEPFA	in Mio. €	—	2.482	—	—	—
Saldo übrige Erträge/Aufwendungen	in Mio. €	–8	–47	55	–17	–35
Ergebnis vor Steuern	in Mio. €	–2.221	–5.375	587	571	443
Ertragsteuern	in Mio. €	15	86	130	29	63
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	in Mio. €	–2.236	–5.461	457	542	380

86 Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands

Aufsichtsrat der HRE Holding Stand 25.1.2010		Funktion in den Ausschüssen des Aufsichtsrats			
Name, Wohnsitz und Funktion im Aufsichtsrat	Haupttätigkeit	Präsidialausschuss	Prüfungsausschuss	Nominierungs- ausschuss	Risikomanagement- und Liquiditäts- strategieausschuss
Dr. Bernd Thiemann Kronberg Vorsitzender (seit 13.8.2009)	Selbstständiger Unternehmensberater	Vorsitzender (seit 13.8.2009)	Mitglied (seit 13.8.2009)	Vorsitzender (seit 13.8.2009)	Mitglied (seit 13.8.2009)
Dagmar P. Kollmann Bad Homburg Stellv. Vorsitzende (seit 13.8.2009)	Vorsitzende des Gesellschafterausschusses der Kollmann GmbH	Mitglied (seit 13.8.2009)	Vorsitzende (seit 13.8.2009)	Mitglied (seit 13.8.2009)	Mitglied (seit 13.8.2009)
Dr. Günther Bräunig Frankfurt Mitglied (seit 9.7.2009)	Mitglied des Vorstands der KfW	Mitglied (seit 13.8.2009)	Mitglied (seit 13.8.2009)	Mitglied (seit 13.8.2009)	Vorsitzender (seit 13.8.2009)
Dr. Alexander Groß Teltow Mitglied (seit 13.8.2009)	Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie				
Dr. Markus Kerber Berlin Mitglied (seit 5.12.2009)	Abteilungsleiter Finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen im Bundesministerium der Finanzen				
Dr. Hedda von Wedel Andernach Mitglied (seit 13.8.2009)	Präsidentin des Bundesrechnungshofs a.D.		Mitglied (seit 13.8.2009)		
Dr. Michael Endres Königstein Vorsitzender (bis 13.8.2009)	Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main	Vorsitzender (bis 13.8.2009)	Mitglied (28.3. bis 13.8.2009)	Vorsitzender (bis 13.8.2009)	Mitglied (28.3. bis 13.8.2009)
Dr. h.c. Bernhard Walter Bad Homburg Stellv. Vorsitzender (bis 13.8.2009)	Mitglied des Aufsichtsrats und Vor- sitzender des Prüfungsausschusses der Daimler AG, Stuttgart	Mitglied (28.3. bis 13.8.2009)	Vorsitzender (bis 13.8.2009)	Mitglied (28.3. bis 13.8.2009)	
Dr. Renate Krümmel Hamburg Stellv. Vorsitzende (bis 31.3.2009)	Geschäftsführerin der J. C. Flowers & Co. GmbH, Hamburg				
J. Christopher Flowers New York Mitglied (bis 27.3.2009)	Chairman und Chief Executive Officer der J.C. Flowers & Co. LLC, New York/USA	Mitglied (bis 27.3.2009)		Mitglied (bis 27.3.2009)	
Bernd Knobloch Frankfurt Mitglied (bis 13.8.2009)	Mitglied des Vorstands der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main				Vorsitzender (bis 13.8.2009)
Dr. h.c. Edgar Meister Kronberg Mitglied (bis 18.5.2009)	Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank AG, Frankfurt am Main		Mitglied (bis 18.5.2009)		
Siegmar Mosdorf Potsdam Mitglied (bis 13.8.2009)	Partner der CNC AG, Berlin		Mitglied (22.6. bis 13.8.2009)		
Richard S. Mully Dublin Mitglied (bis 27.3.2009)	Managing Partner Grove International Partners (UK) LLP, London/Großbritannien				Mitglied (bis 27.3.2009)
Dr. Albert Peters Berlin Mitglied (13.8. bis 4.12.2009)	Leiter der Steuerabteilung im Bundesministerium der Finanzen				
Hans-Jörg Vetter Königstein Mitglied (bis 13.8.2009)	Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart	Mitglied (bis 13.8.2009)		Mitglied (bis 13.8.2009)	
Manfred Zaß Königstein Mitglied (bis 13.8.2009)	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Euroshop AG, Hamburg				Mitglied (bis 13.8.2009)

Vorstand der HRE Holding	
Stand 25.1.2010	
Name, Wohnsitz	Funktion im Vorstand
Dr. Axel Wieandt Königstein	Vorsitzender
Manuela Better München	Mitglied (seit 1.2.2009)
Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer Bad Homburg	Mitglied
Frank Krings Hofheim	Mitglied
Dr. Bernhard Scholz Regensburg	Mitglied (seit 1.1.2010)
Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen Grünwald	Mitglied (seit 1.10.2009)
Cyril Dunne Dublin	Mitglied (bis 31.1.2009)
Dr. Robert Grassinger Neufarn	Mitglied (bis 31.1.2009)
Bettina von Oesterreich München	Mitglied (bis 31.1.2009)

87 Anteilsbesitz der HRE Holding

Anteilsbesitz der HRE Holding zum 31.12.2009	Kapitalanteil in %		Währung	Bilanzsumme in Tsd.	Eigenkapital in Tsd.	Jahres- überschuss / -fehlbetrag in Tsd.	Abweichendes Geschäftsjahr
	Insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar					
Name und Sitz							
Tochterunternehmen							
Konsolidierte Tochterunternehmen							
Kreditinstitute							
Inländische Kreditinstitute							
Deutsche Pfandbriefbank AG, München	100,00	—	€	272.944.403	2.491.097	–1.660.120	—
Ausländische Kreditinstitute							
DEPFA ACS Bank puc, Dublin	100,00	100,00	€	83.064.546	585.264	21.625	—
DEPFA Bank plc, Dublin	100,00	—	€	157.745.522	634.367	–320.067	—
DEPFA Bank Europe plc, Dublin	100,00	100,00	€	34.054	26.383	399	—
Hypo Pfandbrief Bank International S.A., Luxemburg	100,00	100,00	€	8.053.396	158.439	3.117	—
Hypo Public Finance Bank puc, Dublin	99,99	99,99	€	1.465.816	526.522	15.838	—
Hypo Public Finance USA Inc., New York	100,00	100,00	US \$	1.311.022	15.113	–62.887	—
Hypo Real Estate Capital Hong Kong Corporation Ltd. i.L., Hong Kong	100,00	100,00	HK \$	799.330	–54.303	–63.265	—
Hypo Real Estate Capital India Corporation Private Ltd., Mumbai	100,00	100,00	INR	375.857	317.320	9.500	—
Hypo Real Estate Capital Singapore Corporation Private Ltd., Singapur	100,00	100,00	SG \$	631.150	2.021	804	—
Sonstige konsolidierte Unternehmen							
DEPFA Asset Management Romania S.A. i.L., Bukarest	100,00	90,00	€	1.249	1.156	–120	—
DEPFA Bank Representacoes Ltda.i.L., São Paulo	100,00	100,00	€	—	—	—	—
DEPFA Finance N.V., Amsterdam	100,00	100,00	€	1.230.640	3.298	554	—
DEPFA Funding II LP, London	100,00	100,00	€	407.319	4.417	25.929	—
DEPFA Funding III LP, London	100,00	100,00	€	300.311	7.787	25.814	—
DEPFA Funding IV LP, London	100,00	100,00	€	560.576	15.533	20.976	—
DEPFA Hold Six, Dublin	100,00	100,00	US \$	—	—	—	—
DEPFA Investment Bank Ltd. i.L., Nikosia	100,00	100,00	€	—	—	—	—
DEPFA Ireland Holding Ltd., Dublin	100,00	100,00	US \$	265.049	–5.238	–911	—
Flint Nominees Ltd., London	100,00	100,00	GB £	228.669	50.300	1.024 ⁴⁾	—
Hypo Property Investment (1992) Ltd., London	100,00	100,00	GB £	1	1	—	—

Name und Sitz	Kapitalanteil in %		Währung	Bilanzsumme in Tsd.	Eigenkapital in Tsd.	Jahres- überschuss/ -fehlbetrag in Tsd.	Abweichendes Geschäftsjahr
	Insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar					
Hypo Property Investment Ltd., London	100,00	100,00	GB£	497	497	136 ⁴⁾	—
Hypo Property Participation Ltd. i.L., London	100,00	100,00	GB£	240	238	1	—
Hypo Property Services Ltd., London	100,00	100,00	GB£	112	112	1	—
Hypo Real Estate Capital Corp., New York	100,00	100,00	US\$	6.019.163	459.079	32.951 ⁴⁾	—
Hypo Real Estate Capital Japan Corp., Tokio	100,00	100,00	JP¥	285.794.682	29.988.776	–124.900	—
Hypo Real Estate Finance B.V. i.L., Amsterdam	100,00	—	€	276	18	—	—
Hypo Real Estate International LLC I i.L., Wilmington	100,00	100,00	€	381.941	59	33	—
Hypo Real Estate International Trust I i.L., Wilmington	100,00	100,00	€	381.741	57	7	—
Hypo Real Estate Investment Banking Ltd.i.L., London	100,00	100,00	GB£	—	—	–96 ⁴⁾	—
Hypo Real Estate Systems GmbH, München	100,00	100,00	€	36.649	2.615	1.792 ¹⁾	—
Hypo Real Estate Transactions S.A.S., Paris	100,00	100,00	€	59.940	65	33	—
IMMO Immobilien Management GmbH & Co. KG, München	94,00	94,00	€	6.385	–6.319	–4.392	—
Liffey Belmont I LLC i.L., Wilmington	100,00	100,00	US\$	1.042	1.021	—	—
Liffey Belmont II LLC i.L., Wilmington	100,00	100,00	US\$	1.378	1.350	—	—
Liffey Belmont III LLC i.L., Wilmington	100,00	100,00	US\$	1.152	1.129	—	—
Liffey Camelback LLC i.L., Wilmington	100,00	100,00	US\$	17.017	1.500	—	—
Liffey NSYC LLC i.L., Wilmington	100,00	100,00	US\$	40.181	2.600	—	—
Quadra Realty Trust, Inc. i.L., Maryland	100,00	100,00	US\$	—	—	641	—
Ragnarök Vermögensverwaltung AG & Co. KG, München	94,00	94,00	€	8.657	–1.447	–1.547 ³⁾	—
The Greater Manchester Property Enterprise Fund Ltd. i.L., London	100,00	100,00	GB£	—	—	–133 ⁴⁾	—
WH-Erste Grundstücks GmbH & Co. KG, Schönefeld	93,98	93,98	€	83.387	78.803	–25.484	—
WH-Zweite Grundstücks GmbH & Co. KG, Schönefeld	93,98	93,98	€	44.764	42.299	–25.574	—
Zamara Investments Ltd. i.L., Gibraltar	100,00	100,00	GB£	89	81	–11.506 ⁴⁾	—

Anteilsbesitz der HRE Holding zum 31.12.2009	Kapitalanteil in %		Währung	Bilanzsumme in Tsd.	Eigenkapital in Tsd.	Jahres- überschuss/ -fehlbetrag in Tsd.	Abweichendes Geschäftsjahr
	Insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar					
Name und Sitz							
Nicht konsolidierte Unternehmen							
Sonstige nicht konsolidierte Unternehmen							
DBE Property Holdings Ltd., Dublin	100,00	100,00	€	75	58	2	—
DEPFA Hold Four Ltd.i.L., Dublin	100,00	100,00	€	—	—	—	—
DEPFA Hold One Ltd., Dublin	100,00	100,00	€	—	—	—	—
DEPFA Hold Three Ltd. i.L., Dublin	100,00	100,00	€	—	—	—	—
DEPFA Hold Two Ltd., Dublin	100,00	100,00	€	—	—	—	—
DEPFA Royalty Management Ltd.i.L., Dublin	100,00	100,00	€	—	—	—	—
Frappant Altona GmbH, München	88,40	88,40	€	11.883	26	2)	—
FSHC Guernsey Holdings Ltd., Guernsey	6,03	6,03	GB£	—	—	—	—
FSHC Jersey Holdings Ltd., Jersey	6,03	6,03	GB£	—	—	—	—
FUNDUS Gesellschaft für Grundbesitz und Beteiligungen mbH, München	94,00	94,00	€	3.360	904	1)	—
Gfi-Gesellschaft für Immobilienentwick- lung und -verwaltung mbH i.L., Stuttgart	100,00	100,00	€	15	11	4	1.1.– 31.12.2008
Hypo Dublin Properties Limited, Dublin	100,00	100,00	€	157	62	59	—
Immo Immobilien Management Beteiligungsgesellschaft mbH, München	100,00	100,00	€	35	35	–1	—
IMMO Invest Real Estate GmbH, München	100,00	100,00	€	3.514	28	1)	—
IMMO Trading GmbH, München	100,00	100,00	€	1.817	525	1)	—
Meridies Grundbesitz- und Bebauungsgesellschaft mbH, München	94,00	94,00	€	724	78	1)	—
Quadra QRS, LLC i.L., Maryland	100,00	100,00	US \$	—	—	—	—
WestHyp Immobilien Holding Aktiv Bau GmbH, München	100,00	100,00	€	33	–27	37	1.1.– 31.12.2008
WestHyp Immobilien Holding GmbH, München	100,00	100,00	€	882	734	105	1.1.– 31.12.2008
WH-Erste Grundstücks Verwaltungs GmbH, Schönefeld	100,00	100,00	€	307	295	18	—
WH-Zweite Grundstücks Verwaltungs GmbH, Schönefeld	100,00	100,00	€	19	19	—	—

Anteilsbesitz der HRE Holding zum 31.12.2009	Kapitalanteil in %			Bilanzsumme in Tsd.	Eigenkapital in Tsd.	Jahres- überschuss/ -fehlbetrag in Tsd.	Abweichendes Geschäftsjahr
	Insgesamt § 16 Abs. 4 AktG	davon mittelbar	Währung				
Name und Sitz							
Assoziierte Unternehmen							
Assoziierte Unternehmen von untergeordneter Bedeutung							
Sonstige Unternehmen							
Aerodrom Bureau Verwaltungs GmbH, Berlin	32,00	32,00	€	714	– 702	– 10	1.1.– 31.12.2007
Airport Bureau Verwaltungs GmbH, Berlin	32,00	32,00	€	713	– 661	– 41	1.1.– 31.12.2007
Archplan Projekt Dianastraße GmbH, München	33,20	33,20	€	192	– 135	– 24	1.1.– 31.12.2008
Burleigh Court (Barnsley) Management Limited, London	20,00	20,00	GB£	—	—	—	—
Kondor Wessels – WestHyp Immobilien Holding GmbH i.L., Berlin	33,30	33,30	€	740	– 562	– 55	1.1.– 31.12.2008
Logicité S.A.S., Guyancourt	42,50	42,50	€	16.786	37	—	—
Projektentwicklung Schönefeld Verwaltungsgesellschaft mbH, Stuttgart	50,00	50,00	€	29	28	—	1.1. 31.12.2008
Riedemannweg 59–60 GbR, Schönefeld	32,00	32,00	€	11.315	– 4.761	47	1.1.– 31.12.2008
SANO Grundstücks-Vermietungs- gesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG, Düsseldorf	33,33	33,33	€	13.614	– 4.122	– 219	1.1.– 31.12.2008
SOMA Grundstücks-Vermietungs- gesellschaft mbH & Co. Objekt Darmstadt KG, Düsseldorf	33,33	33,33	€	35.659	– 8.492	– 705	1.1.– 31.12.2008
SP Projektentwicklung Schönefeld GmbH & Co. KG, Stuttgart	50,00	50,00	€	16.734	15.372	– 4.538	1.1.– 31.12.2008
Vierte Airport Bureau Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	32,00	32,00	€	10.859	– 2.183	335	1.1.– 31.12.2008
Wisus Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs-KG, München	33,00	33,00	€	10.970	– 3.182	164	1.1.– 31.12.2008
Sonstige Beteiligungen							
Sonstige Unternehmen							
ILLIT Grundstücks- und Verwaltungs- gesellschaft mbH & Co. KG i.L., Grünwald	5,00	5,00	€	67.625	– 17.227	– 2.531	1.1.– 31.12.2008
Inula Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Grünwald	10,00	10,00	€	95.646	– 45.703	1.284	1.1.– 31.12.2008
JER Europe Fund III, L.P., London	0,31	0,31	GB£	—	—	— ⁵⁾	—
KOROS Grundstücks-Verwaltungs GmbH & Co. KG, Grünwald	2,50	2,50	€	18.491	– 8.818	463	1.1.– 31.12.2008
S.W.I.F.T SCRL, La Hulpe	0,04	0,04	€	1.003.304	524.562	49.460	1.1.– 31.12.2008
The India Debt Opportunities Fund Ltd. i.L., Mauritius	> 0	> 0	US\$	107	—	10.421	—
WILMA Bouwfonds Bauprojekte GmbH & Co. „An den Teichen“ KG, Ratingen	5,00	5,00	€	117	86	32	1.1.– 31.12.2007

¹⁾ Ergebnisübernahme durch Gesellschafter aufgrund Ergebnisübernahmevertrag

²⁾ Ergebnisübernahme durch Meridies Grundbesitz- und Bebauungsgesellschaft mbH, München, aufgrund Ergebnisübernahmevertrag

³⁾ Komplementärhaftung der Deutschen Pfandbriefbank AG

⁴⁾ Ergebnis inklusive erhaltener/gezahlter Ausschüttungen

⁵⁾ Werte zu dieser Gesellschaft lagen bei Erstellung noch nicht vor.

Devisenkurse		
1 € entspricht		31.12.2009
Australien	AU \$	1,6008
Großbritannien	GB £	0,8881
Hong Kong	HK \$	11,1709
Indien	INR	67,0400
Japan	JP ¥	133,1600
Rumänien	RON	4,2363
Singapur	SG \$	2,0194
USA	US \$	1,4406

München, den 12. März 2010

Hypo Real Estate Holding Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Dr. Axel Wieandt



Manuela Better



Dr. Kai Wilhelm Franzmeyer



Frank Krings



Dr. Bernhard Scholz



Alexander von Uslar

Wir haben den von der Hypo Real Estate Holding AG, München, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn-und-Verlust-Rechnung, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht

in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen der Gesellschaft im Konzernlagebericht im Abschnitt „Bestandsgefährdende Risiken“ sowie im Konzernanhang unter Ziffer 2 hin. Dort ist dargelegt, dass der Fortbestand der Hypo Real Estate Holding AG davon abhängt, dass der Hypo Real Estate Holding AG und ihren wesentlichen Tochtergesellschaften in hinreichendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz auf Grund Zahlungsunfähigkeit von wesentlichen Tochtergesellschaften der Hypo Real Estate Holding AG oder der Gesellschaft selbst abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen solange zur Verfügung stehen, bis sich die Hypo Real Estate Holding AG und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können, und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der Hypo Real Estate Holding AG und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet,
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrecht erhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen,
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt,
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden,
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

München, den 12. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dielehner
Wirtschaftsprüfer

Wiechens
Wirtschaftsprüfer

- > **Glossar** 184
- > Finanzkalender 191
- > Konzernadressen 192
- > Zukunftsgerichtete Aussagen 193
- > Internet-Service 193
- > Impressum 193

Serviceeteil

Adressrisiko Adressrisiken lassen sich in Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiken untergliedern und bezeichnen jeweils den potenziellen Wertverlust, der durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden im Kreditgeschäft, von Emittenten von Schuld-scheindarlehen und Wertpapieren sowie von Kontrahenten von Geldhandels-, Wertpapier- und Derivatgeschäften entstehen kann.

Advanced Approach Bei der „fortgeschrittenen Methode“ wird es einer Bank mit einem ausreichend entwickelten Verfahren für die interne Kapitalallokation (strenge Auflagen in Bezug auf Methodik und Offenlegung) gestattet, ihre internen Einschätzungen der Bonität eines Schuldners für die Beurteilung des Kreditrisikos in ihren Portfolios zu verwenden.

Spezielle Analyseverfahren gibt es für verschiedene Arten von Kreditengagements, zum Beispiel Kredite an Unternehmen und Privatkunden, deren Verlustmerkmale sich unterscheiden.

AfS (Available for Sale) Finanzielle Vermögenswerte, die dem Unternehmen zur Veräußerung zur Verfügung stehen, bei denen es sich nicht um Forderungen, zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente oder »HtM-Finanzinstrumente handelt. Zu den AfS-Finanzinstrumenten zählen vor allem festverzinsliche Wertpapiere, die nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden können beziehungsweise sollen, sowie Eigenkapitalinstrumente, denen es an einer Endfälligkeit fehlt.

Aktiv-/Passiv-Steuerung Maßnahmen einer Bank zur Steuerung der Bilanzstruktur und zur Begrenzung von Fristeninkongruenz- und Liquiditätsrisiken.

Anlagebuch Risikotragende Positionen, die nicht dem »Handelsbuch zugeordnet werden.

Asset Backed Security Handelbare Schuldverschreibung, die durch Forderungen gedeckt ist.

Aufwandsquote (Cost-Income-Ratio) Quotient aus Verwaltungsaufwand und Erträgen vor Risikovorsorge, der die Kosteneffizienz eines Unternehmens oder eines Geschäftsfeldes widerspiegelt.

Ausfallrisiko Gefahr des teilweisen oder vollständigen Ausfalls einer Forderung.

Ausfallwahrscheinlichkeit Erwartete durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, dass ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, basierend auf statistischen Analysen der historischen Ausfälle.

Basel II Mit dem Begriff Basel II ist die neue Eigenkapitalrichtlinie gemeint, die vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht Mitte 2004 präsentiert wurde. Der Ausschuss, der regelmäßig in der „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“ (BIZ) in Basel tagt und sich aus Vertretern der Zentralbanken und der Bankenaufsichtsinstanzen der wichtigsten Industrienationen zusammensetzt, wird allgemeine strategische Empfehlungen über die Rahmenbedingungen und Standards für die Bankenaufsicht geben. Mit Basel II wird im Vergleich zur ersten Baseler Eigenkapitalvereinbarung (Basel I) aus dem Jahr 1988 ein neuer Rahmen für die Messung der Risikoaktiva und Mindestkapitalanforderungen für Kreditinstitute festgelegt.

Beleihungsauslauf, auch: Loan-to-Value (LTV) Verhältnis der Kapitalforderung an den Kreditnehmer zum Wert der Sicherheit.

BIZ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit Sitz in Basel; ist als Zentralbank der Zentralbanken insbesondere für die grenzüberschreitende Bankenaufsicht und für die Schaffung international geltender Eigenkapitalforderungen an überregional tätige Banken zuständig.

Bonds Englischer Begriff für festverzinsliche Wertpapiere beziehungsweise Schuldverschreibungen.

Cashflow Cashflow ist die englische Bezeichnung für Kasenzufluss respektive Kassengewinn. Er gibt die während einer bestimmten Periode erarbeiteten Mittel eines Unternehmens an. Der Cashflow errechnet sich aus der Summe von Reingewinn, Abschreibungen und Rückstellungen während der betreffenden Periode.

Cashflow Hedge Absicherung des Risikos zukünftiger Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem »Swap.

Collateralised Debt Obligation (CDO) Collateralised Debt Obligations (CDOs) stellen ein Segment der »Asset Backed Securities dar. Es handelt sich um eine Anleihe, die durch ein diversifiziertes Schuldenportefeuille besichert wird. Eine Collateralised Debt Obligation wird meist in verschiedene Tranchen unterschiedlicher Bonität aufgeteilt. Für gewöhnlich werden CDOs nach dem Gegenstand ihrer Anlage klassifiziert. Werden komplette Anleihen verkauft, so handelt es sich um sogenannte Cash CDOs – werden jedoch anstatt der tatsächlichen Anleihen ausschließlich deren Risiken verkauft, so werden diese als Synthetic CDOs bezeichnet.

Commercial Mortgage Backed Security (CMBS) Durch Immobilien forderungsbesichertes Wertpapier »Mortgage Backed Security (MBS).

Commercial Paper (CP) Geldmarktpapiere in Inhaberpapieren, die keine standardisierten Laufzeiten besitzen, sondern auf individuelle Anlagebedürfnisse abgestellt werden können und abgezinst gezahlt werden. Ihre Laufzeiten bewegen sich zwischen einem und 270 Tagen. Sie werden von bonitätsmäßig einwandfreien Schuldner in hohen Beträgen und mit hohen Mindestnennwerten am Geldmarkt emittiert.

Compliance Regelüberwachung

Corporate Governance Unter Corporate Governance wird der rechtliche und faktische Rahmen zur Leitung und Überwachung von Unternehmen verstanden. Die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex schaffen Transparenz und sollen das Vertrauen in eine gute und verantwortungsvolle Unternehmensführung stärken; sie dienen vor allem dem Schutz der Aktionäre.

Cost-Income-Ratio Verhältnis zwischen den Verwaltungsaufwendungen und der Summe aus Zinsüberschuss und ähnlichen Erträgen, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis, Finanzanlageergebnis, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen und Saldo sonstiger betrieblicher Erträge und Aufwendungen; eine niedrige Cost-Income-Ratio ist Ausdruck einer hohen Produktivität.

Credit Default Swap (CDS) Finanzkontrakt, bei dem das Risiko eines vorab spezifizierten Kreditereignisses (zum Beispiel Insolvenz oder Bonitätsverschlechterung) von einem Sicherungsnehmer auf einen Sicherungsgeber übertragen wird. Unabhängig vom tatsächlichen Eintritt des Kreditereignisses erhält der Sicherungsgeber für die Übernahme des Kreditrisikos vom Sicherungsnehmer eine regelmäßige Prämienzahlung.

Credit Linked Notes (CLN) Eine vom Sicherungsnehmer emittierte Schuldverschreibung, die nur dann am Laufzeitende zum Nennwert zurückgezahlt wird, wenn ein vorab spezifiziertes Kreditereignis aufseiten des Schuldners nicht eintritt. Kommt es tatsächlich zu dem Kreditereignis, wird die Credit Linked Note unter Abzug eines vereinbarten Ausgleichsbetrages zurückgezahlt. Im Unterschied zum Credit Default Swap und Total Return Swap erhält der Sicherungsgeber seine Geldzahlung vom Sicherungsnehmer im Voraus.

Deferred Compensation Umwandlung von Teilen der Vergütung in Pensionsleistungen.

Developer Developer entwickeln und führen Immobilienprojekte durch, üblicherweise gewerbliche Großprojekte, mit dem Ziel eines zügigen Abverkaufs.

Eigenkapitalrentabilität Kennzahl, bei der der Jahresüberschuss oder eine Vorsteuer-Erfolgsgroße (zum Beispiel Gewinn vor Steuern) zum durchschnittlichen Eigenkapital in Beziehung gesetzt wird; gibt an, wie sich das von dem Unternehmen beziehungsweise seinen Eigentümern eingesetzte Kapital verzinst hat.

Eigenmittel gemäß BIZ Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der Eigenkapitalempfehlung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht vom Juli 1988 (zuletzt geändert im Januar 1996) für international tätige Kreditinstitute. Sie setzen sich aus dem haftenden Eigenkapital (Kern- und Ergänzungskapital) und den Drittrangmitteln zusammen:

Kernkapital oder Tier-I-Kapital vor allem gezeichnetes Kapital, Rücklagen und Hybridkapitalteile

Ergänzungskapital oder Tier-II-Kapital insbesondere Genussrechtskapital, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren und sonstige Wertberichtigungen für inhärente Risiken

Dritrangmittel oder Tier-III-Kapital im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Ergänzungskapital.

Emittentenrisiko Gefahr von Wertverlusten bei Wertpapieren im Eigenbestand, die aus einer Bonitätsverschlechterung beziehungsweise dem Ausfall eines Emittenten resultieren.

Ergebnis je Aktie Kennziffer, die den Jahresüberschuss nach Steuern der durchschnittlichen Zahl an Stammaktien gegenüberstellt.

Fair Value Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen würde (auch beizulegender Zeitwert); häufig identisch mit dem Marktpreis.

Fair Value Hedge Absicherung einer festverzinslichen Bilanzposition (zum Beispiel eine Forderung oder ein Wertpapier) gegen das Marktrisiko durch einen »Swap; die Bewertung erfolgt zum Marktwert (»Fair Value).

Finanzinstrumente Hierunter werden insbesondere ausgereichte Kredite und Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.

Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) Er wurde am 17. Oktober 2008 durch das »Finanzmarktstabilisierungsgesetz geschaffen. Ziel des Fonds ist es, das deutsche Finanzsystem zu stabilisieren, die Liquiditätsengpässe zu überwinden und die Eigenkapitalbasis von Finanzunternehmen zu stärken. Zu den Leistungen des Fonds zählen die Gewährung von Garantien (bis zu 400 Mrd. €) sowie die Rekapitalisierung und Risikoübernahme (bis zu 70 Mrd. €).

Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) Ein Artikelgesetz, das am 17. Oktober 2008 als Eilgesetz verabschiedet wurde. Durch das Gesetz wird die Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes ermöglicht. Hauptbestandteil des Gesetzes ist die Errichtung des »Finanzmarktstabilisierungsfonds.

Futures Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld-, Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum börsenmäßig festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

Genussschein Verbriefung von Genussrechten, die von Unternehmen jeder Rechtsform ausgegeben und in den amtlichen (Börsen)-Handel eingeführt werden. Genussscheine können unter bestimmten Voraussetzungen dem haftenden Eigenkapital zugerechnet werden.

Goodwill Betrag, den ein Käufer eines Unternehmens unter Berücksichtigung zukünftiger Ertragserwartungen (= Ertragswert) über den »Fair Value der einzelnen Vermögensgegenstände nach Abzug der Schulden (= Substanzwert) hinaus zahlt (auch Geschäfts- oder Firmenwert).

Handelsbuch Bankenaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene Geschäfte (zum Beispiel zur Absicherung). Nicht zum Handelsbuch gehörige risikotragende Positionen werden dem »Anlagebuch zugeordnet.

Hedge Accounting Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (beispielsweise eines Zins-Swaps) und eines Grundgeschäfts (zum Beispiel eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der erfolgswirksamen Bewertung und Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu minimieren.

Hedging Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel, sich gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (zum Beispiel Kurs- und Zinsänderungsrisiken) abzusichern. Zu einer Position wird eine Gegenposition aufgebaut und so das Risiko ganz oder teilweise ausgeglichen.

HtM (Held to Maturity) Von Dritten erworbene finanzielle Vermögenswerte, die eine feste Laufzeit sowie feste oder bestimmbare Zahlungen haben und bei denen die Absicht oder Fähigkeit besteht, den Vermögenswert bis zur Endfälligkeit zu halten.

Hybride Kapitalinstrumente Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht-kumulative hybride Kapitalinstrumente) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Kernkapital. Andernfalls sind sie dem Ergänzungskapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative hybride Kapitalinstrumente).

International Accounting Standards (IAS) Rechnungslegungsvorschriften, die vom IASC (International Accounting Standards Committee) herausgegeben werden, einer internationalen Fachorganisation, die von mit Rechnungslegungsfragen befassten Berufsverbänden getragen wird. Ziel ist es, eine transparente und vergleichbare Rechnungslegung auf internationaler Basis zu schaffen.

International Financial Reporting Standards (IFRS) Die IFRS umfassen die bisherigen »International Accounting Standards (IAS) und Interpretationen des Standing Interpretations Committee sowie die Standards und Interpretationen, die vom IASB (International Accounting Standards Board) künftig herausgegeben werden.

Kapitaldienstdeckungsfähigkeit Grad, zu dem die Mieteinnahmen aus dem finanzierten Objekt in der Langfristfinanzierung den Zinsdienst mindestens decken müssen. Kennzahl: DSC (Debt Service Coverage).

Kapitalflussrechnung Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat sowie Ermittlung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn und am Ende des Geschäftsjahres.

Kontrahentenrisiko Risiko, dass durch den Ausfall eines Vertragspartners ein noch nicht realisierter Gewinn aus schwebenden zins- und fremdwährungsbezogenen Derivat- und Termingeschäften nicht mehr vereinnahmt werden kann.

Das Kontrahentenrisiko wird unterschieden in Erfüllungsrisiko (ab Valuta bis Erfüllung) und Kurs-/Wiedereindeckungsrisiko (ab Geschäftsabschluss bis Valuta).

Konzentrationsrisiko Risiko, hervorgerufen durch Konzentrationen des »Adressrisikos auf eine einzelne Adresse (Kontrahent, Emittent, Land, Kreditkunde) im Portfolio oder auf eine Gruppe von Adressen, die eine parallele Entwicklung der Ausfallwahrscheinlichkeit über die Zeit haben, verursacht zum Beispiel durch gleiche Konjunkturabhängigkeiten. Synonym: Klumpenrisiko.

Kreditderivate Derivative Finanzinstrumente, die einem Beteiligten des Geschäfts (Sicherungsnehmer) erlauben, das »Kreditrisiko einer Forderung oder eines Wertpapiers an einen anderen (Sicherungsgeber) gegen Zahlung einer Prämie zu transferieren. Der Risikokäufer trägt somit das Kreditrisiko der Forderung oder des Wertpapiers, ohne dieses tatsächlich erwerben zu müssen (beispielsweise »Credit Default Swap, »Total Return Swap oder »Credit Linked Note).

Kreditrisiko Gefahr, dass ein Geschäftspartner seinen vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Das Kreditrisiko umfasst »Ausfall-, »Besicherungs- und »Sekundärrisiko.

Länderrisiko Gefahr, dass ein Geschäftspartner in einem beliebigen Land seinen vertraglich vereinbarten Verpflichtungen aufgrund politischer oder sozialer Unruhen, Verstaatlichungen oder Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder Abwertung der Landeswährung nicht nachkommen kann.

Latente Steuern Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen zwischen Steuerbilanz und Handelsbilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern dar.

Leerstandsrate (Vacancy Rate) Durchschnittlicher Prozentsatz aller Immobilienflächen, die nicht genutzt oder vermietet sind.

Libor-Zinssatz (London Interbank Offered Rate) Referenzzinssatz im Interbankengeschäft, der täglich von den wichtigsten international tätigen Banken der British Bankers' Association in London festgelegt wird. Zu diesen Zinssätzen können Banken am Markt oder von anderen Banken Gelder aufnehmen beziehungsweise angeboten bekommen.

Liquiditätsfazilität Die Verpflichtung, einem Vertragspartner Liquidität zur Verfügung zu stellen. Durch die Liquiditätsfazilität soll eine zeitgerechte und reibungslose Weiterleitung der Zahlungen gewährleistet werden. Sie federt das Risiko ab, sollte es zu Zahlungsstörungen kommen. An die Ziehung einer Liquiditätsfazilität sind aufsichtsrechtliche Bestimmungen geknüpft.

Loss Given Default (LGD) Wirtschaftlicher Verlust nach einer Leistungsstörung eines Kredites und nach Vollstreckung aller Sicherheiten.

Marktrisiko Gefahr des Wertverlustes aufgrund von Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.

Marktrisikoposition Die aufsichtsrechtliche Marktrisikoposition im Sinne des Grundsatzes I umfasst die Fremdwährungs-, Rohwaren- und Optionsrisiken sowie die Risikopositionen des Handelsbuchs wie zins- und aktienkursbezogene Risiken sowie »Adressrisiken des Handelsbuchs.

Mezzanine-Finanzierungen Finanzierungsarten, die sowohl aus rechtlicher wie auch aus wirtschaftlicher Sicht eine Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital darstellen.

Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) Mindestanforderungen, die von allen Kreditinstituten zur Sicherung ihrer Solvenz zu beachten sind und in internen Anweisungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Art und des Umfangs der Handelsaktivitäten zu ergänzen beziehungsweise zu präzisieren sind. Sie enthalten Anforderungen an das Risikocontrolling und Risikomanagement, an die Organisation der Handelstätigkeit und an die Revision sowie Regelungen für spezielle Geschäftsarten. Sie wurden im Oktober 1995 vom BaKred (jetzt: BaFin) verlautbart.

Mindestanforderungen an das Betreiben von Kreditgeschäften (MaK) Mindestanforderungen, die von allen Kreditinstituten zur Begrenzung der Risiken aus dem Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der jeweiligen Art und des Umfangs des Geschäfts zu beachten sind.

Monoliner US-amerikanische Versicherungen, die Anleihen gegen Ausfall versichern.

Mortgage Backed Security (MBS) Verbriefung von Hypothekendarlehen zur Feinstreuung und Reduzierung von Kreditrisiken. MBS sind Wertpapiere, deren Zins- und Tilgungsleistungen an die Zahlungspersormance eines mit Grundpfandrechten besicherten Forderungspools gebunden sind.

On-balance-sheet-lender Ein Kreditgeber, der in der Lage ist, Risiken auf die eigene Bilanz zu nehmen.

Operationelles Risiko Die Gefahr von unmittelbaren oder mittelbaren Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von Menschen, technischen Systemen, internen Verfahren oder externen Ereignissen eintreten (Definition nach Basel II).

Operationelle Risiken werden gewöhnlich nicht bewusst eingegangen und sind nicht diversifizierbar sowie schwer abzugrenzen.

Beispiele: menschliches Versagen, fehlerhafte Managementprozesse, kriminelle Handlungen, Betrug, Naturkatastrophen (Feuer usw.), Technikversagen, Abwanderung wichtiger Mitarbeiter.

Option Eine Option gewährt dem Käufer das Recht, eine bestimmte Menge des der Option zugrunde liegenden Optionsgegenstandes (zum Beispiel Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (= Stillhalter) zu einem beim Abschluss bestimmten Preis (= Strike) zu kaufen (= Kaufoption beziehungsweise Call) oder zu verkaufen (= Verkaufsoption beziehungsweise Put). Die Ausübung der Option kann entweder zu einem vorher festgelegten Zeitpunkt oder in einem vorher festgelegten Zeitraum stattfinden; für dieses Recht zahlt der Käufer eine Optionsprämie.

Rating Risikoeinschätzung eines Schuldners (intern) beziehungsweise Beurteilung der Bonität eines Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen (extern).

Repogeschäft Kurzfristiges, durch Wertpapiere besichertes Geldhandelsgeschäft.

Risikoaktiva Um die »Adressrisiken des »Anlagebuches, die aus der unterschiedlichen Bonität der Emittenten beziehungsweise Geschäftspartner resultieren, aufsichtsrechtlich abbilden zu können, werden Bilanzaktiva, außerbilanzielle Geschäfte (zum Beispiel Bürgschaften und Garantien für Bilanzaktiva) sowie »Termingeschäfte, »Swaps und »Optionsrechte mit – von der Bonitätsklasse der Emittenten beziehungsweise Geschäftspartner abhängigen – (Bonitäts-)Gewichtungsfaktoren risikogewichtet. Diese risikogewichteten Aktiva sind im Grundsatz I mit 8 % haftendem Eigenkapital zu unterlegen.

Risikocontrolling Das Risikocontrolling ist für die Umsetzung der vom Vorstand vorgegebenen Risikopolitik, für die neutrale Überwachung der Kredit-, Markt- und operativen Risiken sowie für die Analyse und Berichterstattung bezüglich der aktuellen und zukünftigen Risikosituation verantwortlich.

Eine weitere Aufgabe des Risikocontrollings ist die Festlegung von Mess- und Bewertungsmethoden sowie die anschließende Durchführung der Messung und Bewertung von Risiko und Risikoergebnis beziehungsweise Limitkontrolle.

Risikomanagement Treffen von operativen Geschäftsentscheidungen, Portfoliomanagement beziehungsweise Optimierung von Risiken im weitesten Sinne nach Rendite-/Risikogesichtspunkten (zum Beispiel bei »Adressrisiken, Linienzuteilung, »Kreditderivaten usw.) innerhalb der vom Vorstand definierten strategischen Rahmenbedingungen und delegierten Kompetenzen mit direkter Risiko- und Ergebnisverantwortung.

Schuldendienst-Deckungsmarge (Debt Service Coverage Margin) Relation der aus einem Objekt erzielbaren Reinerträge und des für dieses Objekt anfallenden Schuldendienstes.

Securitisations Wertpapiermäßige Unterlegung beziehungsweise Umwandlung von Forderungen (beispielsweise durch Anleihen) zur Beschaffung von Finanzierungsmitteln. Ziel ist vor allem, die Forderungen über organisierte Kapitalmärkte (zum Beispiel über die Börse) handelbar zu machen. Der Kapitalgeber (= Gläubiger) und somit Erwerber der verbrieften Forderung übernimmt das Risiko von Marktpreisschwankungen sowie des Kreditausfalls; der Kapitalnehmer (= Schuldner) muss seine Bonität durch regelmäßige Berichterstattung beziehungsweise eine möglichst gute Einstufung durch eine Ratingagentur regelmäßig öffentlich nachweisen.

Segmentberichterstattung Aufspaltung der aggregierten Konzernwerte auf einzelne Segmente, zum Beispiel nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) oder geographischen Merkmalen (Regionen); ermöglicht Rückschlüsse auf die Entwicklung in den einzelnen Segmenten und deren Beitrag zum Konzernergebnis.

Sekundärrisiko Risiko, dass durch eventuell ausfallende Mieteinnahmen aufseiten der Kreditnehmer die Kapitaldienstdeckungsfähigkeit gefährdet wird.

Self Assessment Self Assessment ist ein Prozess, bei dem die operationellen Risiken und die risikomindernden Maßnahmen regelmäßig von den Prozessverantwortlichen identifiziert und bewertet werden, das heißt von den Personen, welche die Stärken und Schwächen der Prozesse am besten beurteilen können.

Neben der Identifizierung und Bewertung der Risiken ermöglicht das Self Assessment die Aufstellung eines Aktionsplanes zum Erschließen von Verbesserungspotenzialen sowie die Etablierung eines Risikobewusstseins auf allen Ebenen der Bank.

Senior Lender Finanzierer erstrangiger Darlehensteile.

Solvabilität Die Ausstattung eines Versicherers oder Kreditinstituts mit Eigenmitteln. Durch Eigenmittel werden Ansprüche von Versicherungsnehmern oder Gläubigern gesichert. Je höher die Solvabilität, umso gesicherter sind diese Ansprüche.

Standardrisikokosten Durchschnittlich innerhalb eines Jahres erwartete Risikokosten beziehungsweise Wertberichtigungen durch Ausfall von Forderungen.

Swap Grundsätzlich Austausch von Zahlungsströmen: Tausch von festen und variablen Zinszahlungsströmen gleicher Währung (= Zins-Swap) beziehungsweise Tausch von Zahlungsströmen in unterschiedlichen Währungen (= Währungs-Swap).

Termingeschäfte Kauf beziehungsweise Verkauf von Finanzinstrumenten zu einem festgelegten Termin und zu einem fixierten Preis; unterschieden werden bedingte (»Optionen) und unbedingte Termingeschäfte (»Futures). Im Gegensatz zu Kassageschäften fallen hier Zeitpunkte des Vertragsabschlusses und der Vertragserfüllung auseinander.

Tier-I-Ratio Diese Kennzahl wird auch als Kernkapitalquote nach »BIZ bezeichnet und setzt die nach den Vorschriften der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ermittelten Risikoaktiva einer Gesellschaft plus deren »Marktrisikopositionen ins Verhältnis zu deren Kernkapital (auch »Eigenmittel gemäß BIZ).

Total Return Swap Austausch hinsichtlich der Erträge sowie der Wertveränderungen des zugrunde liegenden Finanzinstruments zwischen dem Sicherungsnehmer und dem Sicherungsgeber. Der Sicherungsgeber übernimmt, gegen Erhalt einer entsprechenden Zinszahlung, neben dem Kredit- auch das aus dem zugrunde liegenden Finanzinstrument resultierende Kursrisiko.

Treasury Geschäftsfeld, in dem die Aufgabenbereiche Refinanzierung und Liquiditätssteuerung, »Aktiv-/Passiv-Steuerung, Fixed Income und Eigenhandel zusammengefasst sind.

Value-at-Risk Methode zur Risikoquantifizierung; misst die potenziellen künftigen Verluste, die innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten werden.

Finanzkalender 2010

26. März 2010	Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2009
7. Mai 2010	Veröffentlichung der Ergebnisse des ersten Quartals 2010
13. August 2010	Veröffentlichung der Ergebnisse des zweiten Quartals 2010
5. November 2010	Veröffentlichung der Ergebnisse des dritten Quartals 2010

Konzernadressen

Hypo Real Estate Holding AG
Freisinger Straße 5
85716 Unterschleißheim
Deutschland
Telefon +49(0)89 2880-0
Telefax +49(0)89 2880-28772
info@hyporealestate.com
www.hyporealestate.com

Deutsche Pfandbriefbank AG
Freisinger Straße 5
85716 Unterschleißheim
Deutschland
Telefon +49(0)89 2880-0
Telefax +49(0)89 2880-12100
info@pfandbriefbank.com
www.pfandbriefbank.com

DEPFA Bank plc
1 Commons Street
Dublin 1
Irland
Telefon +353 1 7922222
Telefax +353 1 7922211
info@depfa.com
www.depfa.com

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält vorausschauende Aussagen in Form von Absichten, Annahmen, Erwartungen oder Vorhersagen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Hypo Real Estate Holding AG derzeit zur Verfügung stehen. Vorausschauende Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln. Vorausschauende Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von vorausschauenden Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa und den USA, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie sonstige mit unserer Geschäftstätigkeit verbundene Risiken.

Internet-Service

Besuchen Sie uns im Web unter
www.hyporealestate.com

Im Menüpunkt „Investor Relations“ finden Sie Informationen über externe Ratings unserer Konzernunternehmen, Zahlen und Fakten. Unsere Geschäfts- und Zwischenberichte können interaktiv gelesen, auf Ihren Computer heruntergeladen oder online bestellt werden.

Impressum

Herausgeber

Hypo Real Estate Holding AG, München
(Copyright 2010)

Konzeption, Design und Realisierung

KMS TEAM GmbH, München

Hypo Real Estate Holding AG
Freisinger Straße 5
85716 Unterschleißheim
Deutschland
Telefon +49(0)89 2880-0
Telefax +49(0)89 2880-28772
www.hyporealestate.com